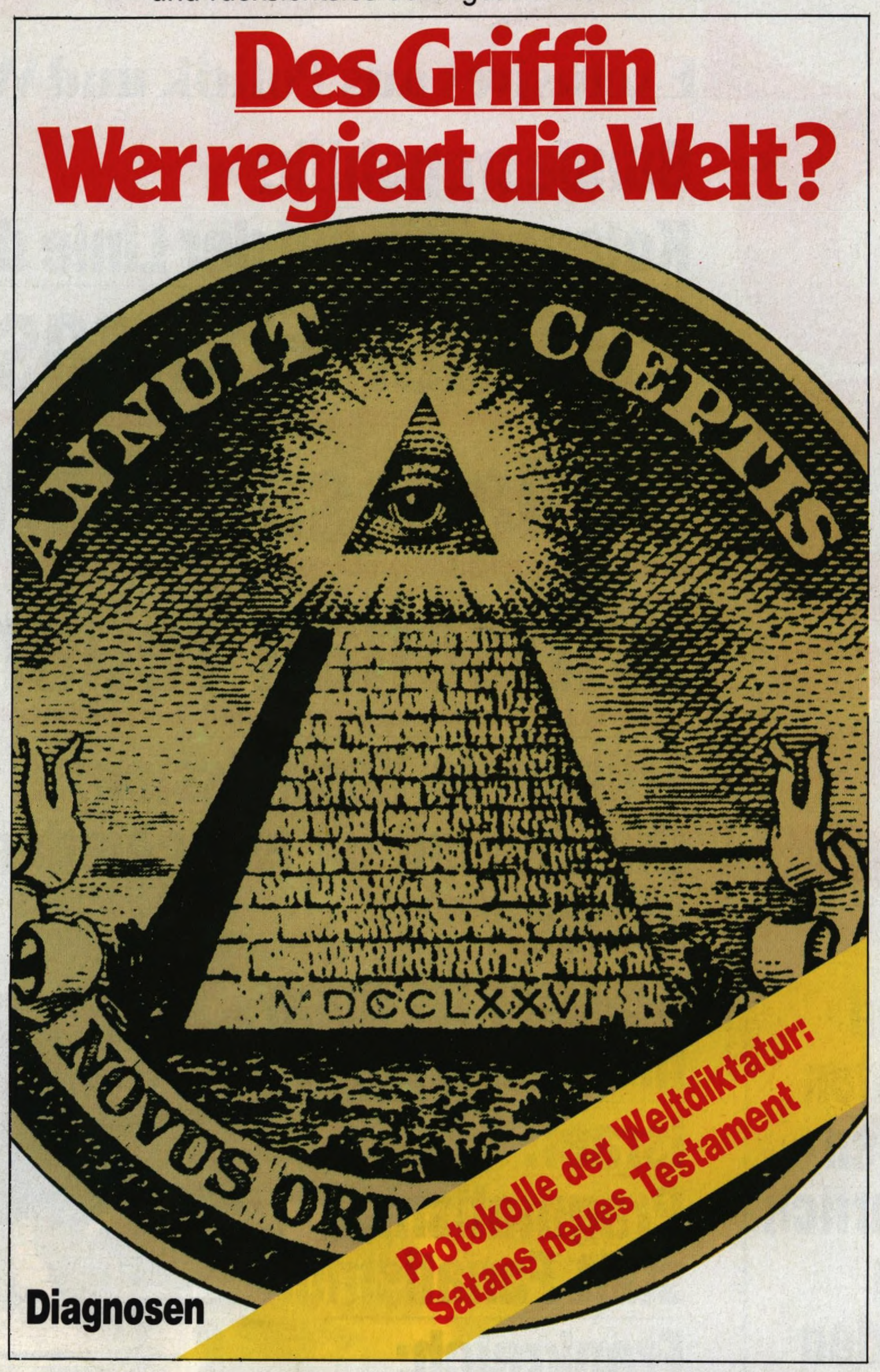

DM 7,50
Österreich 65,– öS
Schweiz 7,50 sfr
Nr. 7
Juli 1988
E 8080 E
CODE
CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft
Bundesrepublik:
Kotaupolitik auf der Linie der Sieger
Ziel der Franzosen:
D-Mark soll marode
Wirtschaft retten
Trilaterale Kommission:
Die Zukunft ist entschieden
Aktien:
Geldflut ist noch nicht vorüber
Israel:
Pragmatismus statt Fanatismus
Frankreich:
Die Erfolge LePens
Bonn:
Tausend Milliarden Schulden und jährlich siebzig Milliarden Zinsen

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.




Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel




# *Lieber CODE-Leser,*

*diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.*

*Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.*

*Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.*

*Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.*

*Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.*

*Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.*

*Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als* ***Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«***

**Vielen Dank**
**Ihr**
**Verlag Diagnosen**

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

## Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

**Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.**

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

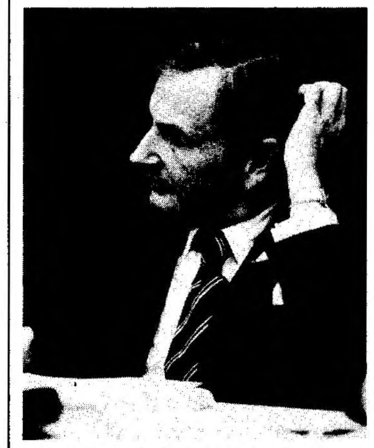


Exclusives aus Politik und Wirtschaft

# Nr. 7 Juli 1988

## Naher Osten





*David Rockefeller und seine Chase Manhattan Bank sahen in der persischen Monarchie eine Milchkuh.*



## Medizin



## Ständige Rubriken

# Bonn

# Die deutsche Kotaupolitik

Wolfgang Stach

**Es geht um drei Begriffe: Schlageter, Israel und die deutsche Selbstbestimmung. Auf den ersten Blick haben der deutsche Widerstandskämpfer und Nationalheld Albert Leo Schlageter, Israel und das deutsche Selbstbestimmungsrecht nicht viel miteinander zu tun. Bei genauer Betrachtung und Analyse ergibt sich allerdings ein ganz entgegengesetztes Bild: daß nämlich die Bundesrepublik, der sogenannte »freie« Teil Deutschlands, heute in seinen Entscheidungen eben nicht frei ist, sondern durch eine nationale Aufgabepolitik der meisten Politiker »etablierter« Parteien nach wie vor eine Kotaupolitik vor der gesamten Welt betreiben muß.**

Als Einführungsbeispiel nehmen wir den Badener Kaufmann Albert Leo Schlageter, der im Ersten Weltkrieg in Frankreich eingesetzt war, dort das Eiserne Kreuz erster Klasse erhielt, und sein Leben auch nach Beendigung des ersten Völkerringens nach wie vor in den Dienst des deutschen Vaterlandes stellte, unter anderem in Oberschlesien.

Besonders aktiv leistete Schlageter Widerstand gegen die völkerrechtswidrige Ruhrgebiets-Besetzung im Jahr 1923 durch die französischen Truppen.

## Die »Sternstunde« des Parlaments

Durch Verrat aus den eigenen Reihen wurde er festgenommen und anschließend in einer Scheinverhandlung in Düsseldorf, wo damals das Hauptquartier der Franzosen war, zum Tode verurteilt. Trotz Intervention des päpstlichen Gesandten, der schwedischen Königin und vieler anderer verweigerte der damalige französische Regierungschef Poincaré ohne lange Prüfung das Gnadengesuch. Am 26. Mai 1923, also vor genau 65 Jahren, wurde der zu diesem Zeitpunkt 28jährige Schlageter dann in den frühen Morgenstunden auf der Golzheimer Heide in Düsseldorf von den Franzosen erschossen – oder besser gesagt ermordet.

Während in Berlin mit Zustimmung der dort regierenden CDU mittlerweile das zweite Denkmal zu Ehren Rosa Luxemburgs, einer Vorkämpferin des Kommunismus, die der neue SPD-Ministerpräsident für Schleswig-holstein, Björn Engholm, jetzt sogar als »Heldin der Geschichte« bezeichnete, aufgestellt wurde und in Hamburg sogar ein Ehrenmal für Deserteure geplant ist, lehnen die Stadtverantwortlichen Düsseldorfs es ab, wenigstens einen kleinen Gedenkstein oder eine kleine Gedenktafel für den mutigen Deutschen aufzustellen. Die Begründungen reichen von »nationalsozialistischer Gesinnung« Schlageters bis hin zu einem, natürlich verklausulierten Terrorismusvorwurf. In den deutschen Schul-Geschichtsbüchern findet man über Schlageter sowieso nichts und wenn, dann meist nur einen einzigen Satz, der zudem meist nichtssagend und die Wahrheit entstellend ist.

## Antisemitismus in moralischer Tarnung

Am 11. März 1988 fand nach Aussagen der meisten Auguren eine »Sternstunde des Parlaments« im Deutschen Bundestag statt. Gemeint ist die Bundestagsdebatte zur Nahostpolitik. In Wirklichkeit war dies natürlich keine »Sternstunde«, sondern vielmehr eine der peinlichsten Veranstaltungen, die seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 im Parlament stattgefunden haben, vielleicht sogar eine der peinlichsten in der gesamten deutschen Geschichte.



**Otto Schily, Bundestagsabgeordneter der Grünen, verlor in der »Sternstunde des Bundestages« seine Stimme.**

Jeder Redner und jede Rednerin, ohne Ausnahme, sei er oder sie aus der CDU, der CSU, der FDP, der SPD oder den Grünen, beschwor die »Verantwortung«, die wir Deutschen angeblich auch heute noch, 43 Jahre nach Kriegsende, gegenüber dem israelischen Volk besäßen. Es gehe nicht an, daß gerade das deutsche Parlament, und dazu noch als erstes in Europa, den Stab über Israel breche. Zwar geschehe dort durch die Israelis den Palästinensern viel Unrecht, dies müsse auch abgestellt werden, doch hätten wir Deutschen angesichts unserer millionenfachen Schuld, so zumindest die Redner, kein Recht, Israel zu kritisieren.

Fast schon ergreifend war es, mit anzusehen, wie der SPD-Abgeordnete Gansel mit Tränen im Gesicht seine Rede soeben noch beenden konnte. »Wo jüdisches Unrecht größer gemalt wird und mit strengeren Maßstäben gemessen wird als Unrecht anderswo, wo die bewundernswerte Tatsache, daß trotz des äußeren Drucks die Demokratie in Israel bisher intakt blieb und sich in Massendemonstrationen gegen die Politik der eigenen Regierung äußert, ignoriert wird, da regt sich Antisemitismus in moralischer Tarnung«, glaubte der SPD-Politiker zu erkennen. Nur komisch, in bezug auf Südafrika, auf das die Äußerungen viel eher zutreffen, hört sich das bei Herrn Gansel alles etwas anders an.

War von Frau Hamm-Brücher schon nichts anderes zu erwarten, so gab dann die CSU durch Frau Geiger kund, daß auch bei ihr die Unterwerfungspolitik gegenüber Israel vor einer Behandlung dieses Staates wie jeden anderen auch kommt.

Den Höhepunkt setzte allerdings der Grüne Otto Schily. Nach dem für deutsche Politiker exemplarischen Satz »Das Blut (gemeint ist das Blut, das die Israelis durch deutsche Greueltaten vergossen haben, der Verfasser) läßt sich nicht abwaschen, auch nach 40 Jahren nicht«, mußte er vor »Ergriffenheit« seine Rede unterbrechen. Die Erinnerung habe ihn überwältigt. Nur komisch, daß er dann gut eine halbe Stunde später seine Rede in allerkühlstem Politdeutsch ohne emotionale Ausbrüche zu Ende führen konnte.

## Die Resonanz ist Schweigen

In der veröffentlichten Meinung der »etablierten« Medien wird diese Parlamentsdebatte bereits auf die gleiche Stufe gestellt wie die »Befreiungsrede«, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 hielt. Von daher nicht ungewöhnlich, daß sich auch israelische Offizielle in höchsten Tönen lobend über beide »Sternstunden deutscher Politik« ausließen.

Wenn dieser Parlamentsdebatte zeitgeschichtlicher Charakter zugesprochen werden muß, dann nur deswegen, weil sie aufzeigte,

welche Hintergrundsmächte die deutsche Politik bestimmen.

Wenn in Südafrika Journalisten die Berichterstattung aus bestimmten Gebieten verboten wird, schallt aus deutschen Landen lautstarker Protest. Wenn das gleiche in Israel geschieht, hört man nichts. Wenn in Südafrika Polizisten, die der Folter angeklagt werden, freigesprochen werden oder nur geringe Haftstrafen bekommen, wird dies als »skandalöses Fehlurteil« gebrandmarkt. Wenn aber in Israel zwei Soldaten jungen Palästinensern auf brutalste Art die Knochen brachen – selbst das ZDF veröffentlichte den von einem Amerikaner gedrehten Film –, zu zehn oder elf Tagen Haft verurteilt werden, herrscht Schweigen in diesem unserem Land.

Im Gegensatz zur veröffentlichten Meinung wurde die Nahost-Debatte von der Bevölkerung weniger positiv aufgenommen. In privaten Gesprächen im Freundes- und Bekanntenkreis, aber auch bei Mithören von Gesprächen in öffentlichen Verkehrsmitteln oder am Arbeitsplatz war zumeist genau das Gegenteil zu hören.

Und interessant genug: Werden sonst in deutschen Tageszeitungen zu jeder etwas aufsehenerregenden Bundestagsdebatte jede Menge Leserbriefe veröffentlicht, so druckten diesmal sehr viele Zeitungen nicht einen einzigen ab, und dies zu einer »Sternstunde deutscher Politik«. Von einem Redaktionsmitglied einer großen Tageszeitung war inoffiziell zu erfahren, daß bei seiner Zeitung nicht ein einziger positiver Leserbrief ankam, dafür aber jede Menge negative. Also habe man sich eben kurzerhand entschlossen, gar keine hierzu zu veröffentlichen. Kommentar überflüssig.

## Politiker auf der Linie der Siegermächte

Was diese beiden Beispiele – Schlageter und Israel – aufzeigen, ist also, daß dem deutschen Volk noch immer sein Selbstbestimmungsrecht vorenthalten bleibt. Zwar wird kein öffentlich sichtbarer Zwang auf die Verantwortlichen in Staat und Politik ausgeübt, doch ist durch die Spitzenpolitiker der »etablierten« Parteien sichergestellt, daß Deutschland das Büßerhemd anbehält, daß die Vergangenheit im Sinne der Sieger geschönt dargestellt wird und dies der Jugend in den Schulen eingetrichtert wird.

Konsequenz dessen ist dann, daß Deutschland noch immer keinen Friedensvertrag hat, die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Berlin de jure die Regierungsmacht haben – denn der Berliner Senat kann letztendlich nur das beschließen, was ihm die Kontrollratsanweisungen zugestehen –, diese durch Berliner Gerichtsurteile, die auch für die Bundesrepublik Präzedenzwirkung haben, auch de facto im »freien Teil Deutschlands« ausüben – zumindest in manchen Punkten – und die deutsche Politik damit praktisch in die von ihnen gewünschte Richtung lenken.

Mit dem jedem freien Staat zustehenden Selbstbestimmungsrecht verträgt es sich auch nicht, wenn die Alliierten den Deutschen in Berlin vorschreiben, welche Parteien es dort geben darf und dies gleichzeitig damit verbinden, rechten Gruppierungen die politische Betätigung zu verbieten.

Durch ungerechte Wahlbestimmungen und Verteufelung nationaler Parteien als »neonazistische Teufelsparteien« wird zumindest derzeit noch sichergestellt, daß nur den Siegermächten genehme Parteien in die Parlamente kommen – wobei die Grünen trotz einiger Vorbehalte dennoch akzeptiert werden. Da dies aber bedeutet, daß nur Politiker, die eben genau auf dieser im Grunde für Deutschland negativen Linie »fahren«, eine Möglichkeit haben, in den Führungskader der betreffenden Parteien zu gelangen, ist gesichert, zumindest solange bis das deutsche Volk die Wahrheit erkennt, daß diese Politik auch in der Zukunft – wenn vielleicht auch etwas modifiziert – weiterbetrieben und der echte Wille zur Erringung, Verteidigung und Bewahrung der deutschen Selbstbestimmung, der nationalen Identität des deutschen Volkes, klein gehalten wird. Und hierfür haben eben die Ablehnung Schlageters, die Verdrängung seines Namens aus Geschichtsbüchern und die Nahost-Debatte für den denkenden Bürger klare Beweise geliefert. □

# Bonn

# Nachlese zu den Wahlen

Hans W. Schimmelpfeng

**Die etablierten Parteien von »rechts« bis »links« verlieren zu Recht immer mehr das Vertrauen der Wähler. Für immer mehr Deutsche sind die etablierten Parteien nicht mehr wählbar.**

Das Verhalten der etablierten Parteien während des Wahlkampfes ist immer gleich: Man überlegt angestrengt, was der Wähler denkt und wünscht. Man bemüht Meinungsforscher und will wissen, was man dem Wähler versprechen müsse, um seine Stimme zu gewinnen. Eine massive Beschimpfung des Konkurrenten gehört zu den Schwerpunkten solcher Wahlwerbung.

## Es handelt sich um Klassenkampf

Zweck des Wahlkampfes in der Parteien-Demokratie ist nun eben, möglichst viele Stimmen zu gewinnen, um die politischen Machtstellungen mit den eigenen führenden Personen besetzen zu können. Eine Partei spricht nicht das ganze Volk an, sondern einen Personenkreis, auf den die Partei ausgerichtet ist, eine Klasse. Es handelt sich also um Klassenkampf.

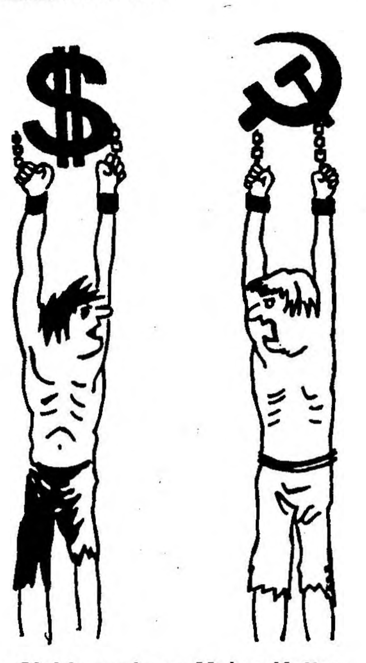
Was auf der Strecke bleibt, ist das Wohl der Gesamtheit des Volkes, besonders in der gegenwärtigen Zeit, in der internationale Mächte die politischen und wirtschaftlichen Grenzen einreißen möchten, um die Weltmacht zu gewinnen und das Weltgeschäft zu beherrschen.

Das eigene und das internationale Geschäft spielt auch schon bei dem nationalbegrenzten Wahlkampf eine große Rolle. Die Parteien brauchen viel Geld. Ihre Geldbeschaffungsmethoden sind in letzter Zeit aufmerksamen Wählern bekannt geworden. Leider noch nicht genügend vielen, die meisten lassen sich von dem Millionen kostenden Rummel immer noch beeinflussen.

Das Ergebnis? Es gibt in der Parteien-Demokratie kein stabiles Ziel, mit dem das Wohl des Volkes erstrebt wird. Der Wechsel der regierenden Machtblöcke garantiert Unstabilität. Was der eine aufbaut, reißt der andere demnächst ein. Die Wähler sind nur Stimmvieh. Eine wurzel- und willenlose Masse ist ideal für Parteien-Machtkämpfe.

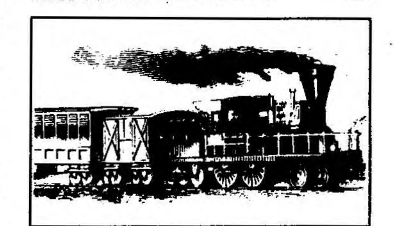
## Der Fehler liegt im System

Darum Menschenverschiebung und Rassenmischung. Wenn dann eine Clique sich nicht vermischt und weiß, was sie will, beherrscht sie die Welt. In wessen Diensten stehen wohl die Massenmedien?



**»Sieh's mal so: Meine Ketten sind rostfrei.«**

Wie lange wollen wir den etablierten Parteien dieses Spiel noch gestatten? Sie denken weder vor noch nach der Wahl über das Wohl des Volkes nach, sondern über die Parolen, die ihnen nächstes Mal mehr Stimmen und mehr Macht einbringen sollen. Der Fehler liegt im System. Wir täten künftig gut daran, unser Volk in unmittelbarer Wahl einen Kanzler wählen zu lassen, der dem Volk für seine Regierung verantwortlich ist und durch periodische Wahl die Zustimmung des Volkes finden oder zurücktreten muß. □



Bonn

# Das Bündnis mit Frankreich

Wolfgang Stach

**Ein Hauptziel der jetzigen bundesdeutschen Regierung und speziell ihres Außenministers Hans-Dietrich Genscher ist die Aufgabe nationaler Selbständigkeit zugunsten eines vereinigten Europas. Die Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungsbündnisses und eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates soll dies forcieren. In Wirklichkeit schaden diese Pläne nicht nur Deutschland, sondern auch dem Gedanken der europäischen Einigung.**

Mit dem von Bundesaußenminister Genscher mit großer Schnelligkeit vorangetriebenen Plan des deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates – sollte dies nicht in erster Linie Aufgabe des Finanz- und Wirtschaftsministeriums sein? –, der von Helmut Kohl, der eigentlich die Richtlinien der Politik bestimmen sollte, unterstützt wird, soll die Geld- und Währungspolitik beider Länder »abgestimmt« werden. Was sich aber so harmlos anhört, verbirgt in Wiklichkeit große Gefahren für unser Land.

Die Bundesrepublik ist das einzige europäische Land, in dem die Notenbank unabhängig, also nicht an Weisungen der Regierung gebunden ist. Die Zentralbanken aller anderen Länder sind allesamt weisungsgebunden. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß diese Notenbanken keine am Markt ausgerichtete Geld- und Währungspolitik betreiben, sondern ausschließlich Interessenpolitik machen.

Interessenpolitik in der Art, daß die Politik dieser Institutionen immer an die jeweilige Regierung bildenden Parteien gebunden ist. Ändert sich die Regierung, ändert sich sofort auch die Politik der Zentralbank, ohne Rücksicht auf den Markt, ohne Rücksicht auf noch wenige Wochen vorher geäußerte Ansichten.

Anders als die Bundesbank. Sie fährt autonom von jeder Regierung den Kurs, den ihre Fachleute als währungs- und finanzpolitisch richtig erachten. Dies kann zu manchem Konflikt führen, und hat es in der Vergangenheit auch getan, beispielsweise als die Regierung eine nachfrage-orientierte Politik betrieb, also auf Privatinvestitionen und verstärkten Konsum setzte, die Notenbank aber aufgrund inflationärer Tendenzen eine restriktive Geldpolitik mit dementsprechend hohen Zinsen betreiben mußte. Durch die Unabhängigkeit ist also ein gewisser Ausgleich gegen Übertreibungen der jeweiligen Regierung gegeben, die schlimmeres verhindern oder zumindest abmildern kann.

## Es ärgert die Franzosen

Die Unabhängigkeit der deutschen Notenbank wird nun aber dadurch gefährdet, daß sich zukünftig Deutschland und Frankreich in ihrer Währungs- und Finanzpolitik »abstimmen« wollen, also auch für die Bundesbank bindende Beschlüsse fassen. Den Schaden hat Deutschland, den Nutzen Frankreich.

Genau in diesem Zusammenhang müssen auch die Einwände der Deutschen Bundesbank gegen das geplante völkerrechtlich bindende Gesetz verstanden werden. Mit der eigentliche Skandal dieses ganzen ist aber, daß die Bundesbank bei den Verhandlungen beider Länder nicht konsultiert wurde, sondern vielmehr urplötzlich vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Bundesbank-Präsident Pöhl sah sich sogar genötigt, statt seine Kritik intern zu äußern, sich direkt an die Öffentlichkeit zu wenden, um damit zu versuchen, das schlimmste zu verhindern.

Es ärgert die Franzosen, daß alle Welt nur von Dollar, Yen, Deutsche Mark und gegebenenfalls noch vom britischen Pfund spricht und niemand sich ernsthaft darum kümmert, wie der französische Franc steht. Kein Franzose kann und will es akzeptieren, daß die Deutsche Mark als Leitwährung Europas gilt. Wer erinnert sich nicht daran, wie Anfang des Jahres die französische Regierung sich bitter darüber beklagte, daß die Bundesbank den Dollar stützte, gleichzeitig aber den Franc fallen ließ – ohne daß die Regierung unseres Nachbarlandes überprüft hat, inwieweit ihre Politik an der Franc-Schwäche schuld ist.?

Ziel der Franzosen – und gleichzeitig der einzige Punkt, warum die Franzosen für dieses Abkommen sind – ist, daß die starke deutsche Wirtschaft und die starke Deutsche Mark der insgesamt recht maroden Wirtschaft unseres westlichen Nachbarlandes helfen sollen, damit diese international wettbewerbsfähiger wird.



**Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand verlangt von Kohl, daß eine gemeinsame Notenbank die marode französische Wirtschaft stützen soll.**

Mit anderen Worten: Deutschland soll zugunsten Frankreichs zurückstecken, die Wirtschaft eines anderen Landes soll zu unseren Lasten gestärkt werden, ohne daß wir irgendeinen Vorteil davon hätten. Denn es besteht kein Grund anzunehmen, daß Frankreichs Wirtschaft in naher und auch entfernter Zukunft Deutschland auf den Welthandelsmärkten überholen kann. Zwar soll auch die französische Notenbank zugunsten der Deutschen Mark intervenieren, doch braucht man kein Prophet zu sein, vorherzusagen, daß die deutsche Interventionen zugunsten des Franc weitaus höher sein werden als umgekehrt.

## Den Krieg auf Deutschland begrenzen

Das gleiche gilt für das angestrebte »Verteidigungsbündnis«. Dieses Bündnis hat nur einen Sinn, nämlich im Falle eines hoffentlich nie eintretenden Falles den Krieg so lange wie nur eben möglich auf Deutschland zu begrenzen und von Frankreich fernzuhalten. Dies bestätigen auch die vielen Dementis und Ablehnungen führender französischer Politiker zu einem atomaren Schutzschild der »Force de frappe« über Deutschland, wie einige Franzosen und Deutschen glaubten, kühn anstreben zu können.

Wenige Stunden später wurde bereits von den verantwortlichen Regierungspolitikern und vom Präsidenten klargestellt, daß das französische Atomwaffenarsenal »natürlich« nur für den Schutz Frankreichs gedacht ist und dieser Schutz nicht auf Deutschland ausgedehnt werden soll.

Was nutzen uns aber zusätzliche konventionelle Waffenverbände auf deutschem Boden? Absolut gar nichts. Sie führen nur dazu, daß die konventionelle Auseinandersetzung noch länger als sonst auf Deutschland begrenzt wird. Augrund der Standorte der Verbände können diese nämlich nicht einen Einmarsch der Roten Armee verhindern.

Man darf doch nicht vergessen, daß die Bundesrepublik eine mehr als 1700 Kilometer lange Grenze zu Warschauer Pakt-Staaten hat. In einem Streifen von 100 Kilometer Tiefe entlang der Grenze leben 30 Prozent der Bevölkerung und ist dort 25 Prozent des Industriepotentials angesiedelt. Auch beträgt die Entfernung zwischen der Ost- und der Westgrenze der Bundesrepublik maximal 480 Kilometer. Diese ganzen Besonderheiten verbieten also einen hinhaltenden Abwehrkampf, der auch Raumverluste in Kauf nähme.

Konsequenz einer noch stärkeren Massierung von Waffenverbänden auf deutschem Boden beziehungsweise einer im Krisenfall schnell einsetzenden Verlagerung von Truppen aus Frankreich nach der Bundesrepublik wäre also, daß Deutschland noch mehr zerstört werden würde, als bei einem atomaren Schutzschild beziehungsweise eigener atomaren Bewaffnung Deutschlands, da das Risiko der UdSSR bei einer konventionellen Auseinandersetzung für ihr Land gleich Null ist.

Und die Verlagerung der kriegerischen Auseinandersetzung auf unser Land ist auch das Ziel der Franzosen. Im Kriegsfall soll der Warschauer Pakt so weit geschwächt werden, daß er an dem auch in heutiger Zeit strategisch für die Franzosen günstig gelegenen Rhein aufgrund seiner hohen auf deutschem Boden erlittenen Verluste stoppen muß, da er anderenfalls konventionell vernichtend geschlagen wird – vielleicht sogar so stark, daß er dann auch ohne Atomwaffeneinsatz wieder einige hundert Kilometer gen Osten getrieben werden kann, was nochmals zusätzliche Kriegswirren für Deutschland bedeuten würde.

## Deutschland ist ein schöner Puffer

Die geografischen Besonderheiten Deutschlands können nur durch einen Atomschild ausgeglichen werden. Das Pech für uns ist nur, daß im Falle eines Falles kein anderer Staat das Risiko einer eigenen atomaren Zerstörung wegen Deutschland in Kauf nehmen wird, was auch der Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Fred Ikle, schon in einem Interview Anfang dieses Jahres prophezeit hat. Deutschland ist also für die Franzosen nichts anderes als ein schöner Puffer.

Doch nicht nur die bisher angesprochenen deutschland-spezifischen Gründen sprechen gegen einen deutsch-französichen Alleingang. Nein, denn dieser würde gleichzeitig auch die von Genscher und Co. angestrebte europäische Einigiung erschweren – wobei Frankreich das gerne in Kauf nehmen würde, da die Vorteile für sie überwiegen, zumal die Franzosen auch schon heute eine mehr auf den nationalen Vorteil als auf dem europäischen Einigungsgedanken ausgerichtete Politik betreiben –, da dieser Alleingang nämlich gleichzeitig eine Schwächung der anderen Länder bedeutet, zumindest wenn der Währungs- und Finanzrat verwirklicht wird.

So ist es kein Wunder, daß speziell auch aus Großbritannien Proteste gegen eine deutsch-französische Wirtschaftsunion laut werden. Sie sehen in diesem Pakt zu Recht nichts anderes als einen noch stärkeren Wirtschaftskonkurrenten, gegen den auf den Welthandelsmärkten noch schwerer anzukommen wäre; wobei, um es noch einmal zu sagen, die Franzosen in erster Linie davon profitieren würden.

Dies würde aber in der Konsequenz nichts anderes bedeuten, als daß die Briten eine noch stärker auf ihren Interessen basierende Politik betreiben müßten, die sich aber auf der anderen Seite wieder nicht mit dem europäischen Einigungsgedanken und einer zumindest in etwa abgestimmten Politik vereinbaren läßt.

Eine Möglichkeit gäbe es allerdings noch: Daß sich nämlich peu à peu die anderen Länder des alten Kontinents dem Wirtschafts- und Finanzrat anschließen. Da aber aufgrund der nunmehr geplanten alleinigen deutsch-französischen Vereinbarung die Franzosen überwiegend von ihm profitieren, würden sie mit Sicherheit nichts von ihren Vorteilen abgeben wollen.

Dies bedeutet aber wiederum nichts anderes, als daß Deutschland aufgrund seiner Nazi-Vergangenheit wie auch bereits jetzt in der EG die Zahlmeisterrolle zugewiesen bekommt und andere Länder wirtschaftlich zu Lasten Deutschlands »aufgerüstet« werden. Es ist doch kein Geheimnis, daß es vielen Ländern nicht paßt, daß das »verbrecherische« besiegte Deutschland nur etwas mehr als vier Jahrzehnte nach Beendigung des von ihnen allein verschuldeten Zweiten Weltkrieges – zumindest behaupten sie es entgegen der geschichtlichen Wahrheit so – bereits wieder die stärkste Wirtschaftsmacht Europas und die dritt-stärkste der Welt ist. Alles, was dies zugunsten ihrer eigenen Wirtschaften ändert, ist diesen Staaten hoch willkommen.

## Die Deutschen sollten ihr Ziel kennen

Im übrigen gelten die gleichen Argumente, die gegen einen Separatpakt mit Frankreich sprechen, auch für eine europaweite Ausdehnung dieses Paktes, zumindest unter den derzeitigen sich abzeichnenden Bedingungen. Einem europaweiten währungs-, finanz- und verteidigungspolitischen Pakt darf seitens Deutschland nur zugestimmt werden, wenn die deutschen Belange ausreichend berücksichtigt sind, was derzeit nicht der Fall ist.

So hat es nichts mit Franzosenfeindlichkeit zu tun, wenn die von Genscher angestrebte wirtschafts-, finanz- und verteidigungspolitischen Separatpläne mit Frankreich in ihrer jetzigen Form strikt abzulehenen sind. Der Hauptnutznießer wäre nämlich nicht das deutsche, sondern das französische Volk. Deutschland dagegen würden wirtschaftlich noch schwerere Lasten aufgebürdet, die einen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit noch schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich machen würden und in der letzten Konsequenz sogar zu einer drastischen Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik führen könnten.

Gleichzeitig würde dies aber auch eine Wiedervereinigung mit den derzeit noch annektierten deutschen Ostgebieten fast unmöglich machen, da diese Verträge die Bundesrepublik nahezu unlösbar mit dem Westen zusammenschweißen würden. Die Sowjetunion könnte es aber nicht hinnehmen – und würde es aus ihrer Sicht betrachtet auch gar nicht –, wenn die Rückgabe der deutschen Ostgebiete gleichzeitig zu einer unbedingten Stärkung eines mehr oder weniger über die Köpfe der Deutschen hinweg bestimmenden westlichen Europas führt. □

Bonn

# Das Recht auf Faulheit

Günter Kaufmann

**Als kürzlich die Jusos, die Nachwuchsorganisation der Sozialdemokraten, auf ihrem Bundeskongreß »Das Recht auf Faulheit« proklamierten, erreichte der Trend zur »Selbstverwirklichung« in der bundesdeutschen Gesellschaft einen neuen Höhepunkt. Jener Teil junger Menschen, die das neue Recht jubelnd begrüßten und dafür Verfassungsrang begehren, sind ohne Vorbilder, ohne Glauben an die Zehn Gebote, ohne Heimatgefühl, ohne Traditionsbewußtsein und häufig ohne Nestwärme in der Familie aufgewachsen.**

»Recht auf Faulheit« versteht sich natürlich bei vollem Lohnausgleich im Wahn, daß es immer noch genügend Fleißige geben wird, die die Parasiten durchfüttern. Die Gewerkschaften geben dabei den Ton an, wenn sie mit ihrer Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich an der Spitze aller Industrienationen marschieren und ihr Agieren auch noch mit dem längst widerlegten Argument versehen, durch Arbeitszeitverkürzungen würden neue Arbeitsplätze geschaffen und ein Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit geleistet.

## Niedergang und Verfall

Das »im real existierenden Sozialismus« nebenan, also der kommunistischen DDR, nach wie vor 42,5 Stunden in der Woche gearbeitet werden muß, geniert sie nicht beim Draufschlagen auf Wettbewerb und Marktwirtschaft.

Aber es ist noch mehr faul im Staate Bundesrepublik als nur bei den Jusos. Als erster Politiker hat der bayerische Staatssekretär Peter Gauweiler Alarm geschlagen und im Gleichklang mit der britischen Premierministerin Margret Thatcher ein »Programm zur Überwindung der nationalen Dekadenz« gefordert.

Gauweiler, der durch seine Forderung nach wirksamer Aids-Bekämpfung zu einem Buh-Mann aller »Liberalen« geworden ist, und der von der Beschwichtigungspolitik der Bonner Gesundheitsministerin Süßmuth durch Werbung für Kondome gegen Aids-Gefahren nichts hält, hat kürzlich öffentlich festgestellt: »Rücksichtslosigkeit und Kriminalität, Drogen, Gewalt, Perversität haben ein Ausmaß angenommen, das Beobachter noch aus den sechziger Jahren hätte zusammenzucken lassen. Es ist unübersehbar, daß wir uns bereits in vielen Bereichen dem Niedergang und Verfall ausgesetzt haben und uns zu wenig der Vorgabe verpflichtet fühlen, die im Grundgesetz ganz vorne steht: Der Unantastbarkeit der menschlichen Würde.«

Weiter sagt Gauweiler: »Was ist mit den Verhältnissen von Hamburg-St. Georg, wo es organisierten Verbrechern bis zum heutigen Tag gelingt, fünfzehn-, sechzehnjährige Buben und Mädchen erst rauschgiftsüchtig zu machen, um sie dann zur Finanzierung ihrer Sucht auf den Strich zu zwingen. Da greift die Polizei ein, wenn falsch geparkt wird, bleibt aber faktisch untätig, wenn sich im Abstand von 50 Metern Fünfzehnjährige zur Prostitution anbieten. Der Staat hat die Pflicht, zu handeln, auch wenn solche Eingriffe vordergründig oft mit dem Freiheitswunsch der Menschen kollidieren.«

## Eine CDU für alles und nichts

In das Bild vom Sittenverfall paßt die mißbräuchliche Beantragung von Arbeitslosengeld, die rigorose Ausbeutung der Krankenkassen, das erschreckende Ausmaß der Wirtschaftskriminalität, die Duldung von Vermummung bei Demonstrationen, der Abschluß eines Vertrages des Hamburger Senats mit den Rechtsbrechern der Hafenstraße, die zunehmenden Rauschgiftdelikte – im Jahr 1987 bereits 74 000 gegenüber 68 700 im Vorjahr –, der um sich greifende Okkultismus in den Schulen mitsamt den vielen Jugendsekten.

Es gehört auch in dieses Bild, wenn eine städtische Kommune ein Denkmal für Deserteure aufstellen läßt und ein Amtsgericht einen Akademiker freispricht, der Bundeswehrsoldaten als potentielle »Mörder« beschimpft. Das Überhandnehmen von Spielhallen läßt sogar den Bundestag besorgt sein, der sich ansonst mit Anträgen nach Gleichstellung von homosexuellen und lesbischen Lebensgemeinschaften mit Ehen im Steuer-, Straf- und Erbrecht befassen muß, und der nichts Wichtigeres zu tun hat, als 137 Gesetze an 524 Stellen ändern zu lassen, damit geschlechtsneutrale Bezeichnungen an die Stelle von Begriffen wie Kaufmann, Obmann, Bauherr oder Verkehrsteilnehmer als Ausdruck männlichen Herrschaftsdünkel gesetzt werden können.

Dekadenz manifestiert sich gewiß auch in der auf 60 000 Wehrdienstverweigerer angewachsenen Zahl junger Männer. Sittenverfall und Verbrechen schlagen sich in mehr als 200 000 Abtreibungen jährlich in der Bundesrepublik nieder.

Gauweiler steht mit seiner Kritik nicht allein. Professor Steinbuch mit seinem Buch »Kurskorrektur« und Christa Mewes sind zu nennen. In der Zeitschrift »Neue Ordnung« des von Dominikanern geleiteten Instituts für Gesellschaftswissenschaften in Walberberg bei Bonn schreibt Pater Basilius Streithofen: »Die von der Union 1982 vollmundig angekündigte geistig-moralische Wende hat nicht stattgefunden. Die CDU handelt nach dem Grundsatz: Wir stehen für alles und nichts. Etwas Wischi-Waschi-Christentum für jedermann, etwas Libertinismus (Kondomverteilung), etwas Sozialismus, etwas Neuheidentum, etwas Schickimicki. Flick-Skandal, die Schludergesellschaft in der ›Neuen Heimat‹, die Ereignisse in Schleswig-Holstein, der parteischädigende Streit in den Unions-Parteien, die überzogene Menschenrechtsdebatte lassen jede Sensibilität für das vermissen, was der Bürger von Politikern verlangt: Solidarität und Gerechtigkeit.«

## Chuzpe als Bonner Politik

Ähnliche Gedanken beschäftigen Professor Dr. Hans Maier, Präsident des Zentralkomitees Deutscher Katholiken, wenn er die neue Ich-Betonung als eine »narzißtisch-hedonistische meculture« bezeichnet und »die Bedürfnis- und Lustbetonung als Wurzel der neuen Psychokultur, jenes Nebels aus ganzheitlichem Erlebnistrieb, aus Selbsterfahrung, eines Dunstes aus Drogen, Psychobewegung und Jugendsekten« charakterisiert.

Professor Maier findet Trost in dem Ergebnis einer Meinungsbefragung, wonach sich immerhim 80 Prozent der Jugendlichen zur Familie bekennen, oder 59 Prozent Verdienst- und Aufstiegschancen für wichtig halten, daß es also offenbar doch wohl »zweierlei Jugend« gibt. Das relativiert jedenfalls nicht die Forderung Gauweilers nach einem »neuen Denken« in der Gesellschaft und damit auch einer mutigeren, entschiedeneren Staatsführung.

Die Alten unter uns ziehen jedenfalls aus immer häufigeren Anlässen Vergleiche mit den Zuständen in der Weimarer Republik, in der bekanntlich einer Zulauf erhielt, als er an den gesunden Menschenverstand mit der Parole appellierte »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«. Völlig vergessen?

Wenn man daran nicht erinnert werden möchte, so gehe man doch wenigstens ins Nürnberger Rathaus. Dort steht über der Eingangspforte zum Sitzungssaal zu lesen: »Salus publica – lex suprema.«

Jedenfalls gehört vorerst eine ganz schöne Portion Chuzpe dazu, unsere freiheitliche Demokratie als die beste aller Staatsformen anderen Völkern in der Welt anzupreisen. Umkehr und Einkehr sollten daheim doch erst einmal Vorrang erhalten. □

## Aktienmärkte

# Die Geldflut ist noch nicht vorüber

C. Gordon Tether

**War der weltweite Crash am Aktienmarkt im Jahr 1987 zurückzuführen auf das Zerplatzen einer großen Spekulations-»Blase« und nicht so sehr auf das Ineinandergreifen von fundamentalen wirtschaftlichen und finanziellen Kräften? Könnten die Zinsen und die Schulden eine Rolle gespielt haben?**

Die Frage, warum der große Hausse-Markt an Aktien und Kapitalanteilen, der Anfang der achtziger Jahre in volle Fahrt geriet, in der zweiten Oktoberhälfte des Jahres 1987 über Nacht einen so verheerenden Zusammenbruch erlebte, zieht weiterhin sehr viel Aufmerksamkeit auf sich. Das ist kaum überraschend, denn die Antwort darauf ist von größter Relevanz für das Rätsel, das diese Wandlung nach sich gezogen hat. Wohin gehen wir und von wo aus gehen wir aus der Sicht des Aktienmarkts gesehen?

### Die Theorie der Spekulations-»Blase»

Wenn man daran denkt, daß die Geschichte der Wall Street für die Jahre 1982 bis 1987 eine fast ungeheuerliche Ähnlichkeit hat mit dem, was im Jahr 1929 zu dem Crash führte, der noch sehr gut in Erinnerung ist, dann gibt es zwangsläufig eine Menge Unterstützung für die Theorie mit der Spekulations-»Blase» – der allgemein anerkannten Erklärung für das Debakel des Jahres 1929.

»Die Menschheit fast in ihrer Gesamtheit besitzt einen Zwang zur Spekulation und diesem Zwang gibt sie sich völlig ungezwungen hin«, so schreibt Robert T. Patterson in seinem Buch »Der große Boom und die Panik«.

Eine der ausführlichsten und gelehrtesten Untersuchungen der Theorie zur Spekulations-»Blase« findet sich in der jüngsten Ausgabe des Bulletins der Federal Reserve Bank von St. Louis, einem Mitglied der amerikanischen Federal Reserve Familie, das sich tiefgehender Analysen der Finanzthemen rühmt. Die Studie umfaßt die großen Hausse-Märkte sowohl der Jahre 1924 bis 1929 als auch 1982 bis 1987, um aufzuzeigen, was dahinterstand oder besser was nicht dahinterstand.

Es mag hier genügen zu erwähnen, daß die Schlußfolgerung am Ende dieser langen Untersuchung der zur Verfügung stehenden Beweise dahingeht, daß die Vorstellung die Aktienmarktpreise seien durch »Blasen« gelenkt weder durch die Erfahrungen der Jahre 1924 bis 1929 noch der Jahre 1982 bis 1987 unterstützt werden.

Es konnte keinerlei Beweis dafür gefunden werden, so heißt es darin, daß Änderungen in den Aktienmarktpreisen automatisch korrigiert wurden oder daß die Angaben lange Gültigkeitsdauer hatten. Die Angaben wiesen eher darauf hin, daß die Aktienpreise »Zufallsbewegungen« folgten und daß sie nicht entscheidend beeinflußt wurden durch Spekulations-»Blasen«.

Wie es in dem Artikel weiter heißt, stimmt das, was im Jahr 1987 als auch im Jahre 1929 geschah »mit der wirksamen Markthypothese überein«, das heißt, alle relevanten und ermittelbaren Informationen hinsichtlich der Grundlagen des Aktienmarkts – Zinssätze, Dividenden, künftige Aussichten – sind in den aktuellen Aktienpreisen enthalten.

Es mag auf den ersten Blick wie ein Trost erscheinen, daß der Federal Reserve Bank von St. Louis zufolge Spekulations-»Blasen« nicht das ernste Problem für die normalen Investoren darstellen, was weithin angenommen wurde. Doch die Entdeckung hinterläßt eine weitere, höchst relevante Frage – in gewissem Sinne sogar noch eine weitaus größere –, die die Bank leider erst gar nicht versucht zu beantworten.

Es hat schließlich im Oktober 1987 bei den »Wirtschaftsgrundlagen« keine plötzliche Änderung gegeben, die bei einer Reduzierung der Aktienpreise von einem Drittel von einer Woche zur anderen eine Sinn machen würde. Die gleiche Frage läßt sich auch anders stellen: Wie kommt es, daß die gleichen »Marktkräfte« in der ersten Oktoberhälfte letzten Jahres zufrieden waren mit den Aktienmarktwerten, die sie anschließend – nach nur wenigen Tagen – für bei weitem übertrieben hielten?

Es ist leicht zu erkennen, daß eine »wirtschaftliche Grundlagen-Situation« durch ein anderes Unglück wie der Ausbruch eines weiteren Weltkrieges in dramatischer Form umgewandelt werden kann. Doch glücklicherweise hat es ein solches Ereignis im Oktober 1987 nicht gegeben.

Es herrschte unter den Weisen in der Tat damals allgemeine Übereinstimmung, daß man einer Sache die Schuld für den Crash auf gar keinen Fall in die Schuhe schieben konnte und das waren die »Wirtschaftsgrundlagen«.

Daraus geht hervor, daß etwas in den letzten Jahren ziemlich falsch gelaufen ist mit den Prozessen, nach denen die wirtschaftlichen Grundlagen sich im Verhalten der Aktienmarktpreise entsprechend widerspiegeln. Wenn – wie die Federal Reserve Bank von St. Louis versichert – die Schwierigkeiten nicht durch Intervention einer Spekulations-»Blase verursacht worden sind, muß ein anderer Faktor mit fruchtbaren Eigenschaften am Werk gewesen sein.

### Vier Billionen Dollar auf dem Weltmarkt

Ein Kandidat liegt dabei auf der Hand. Es handelt sich um die massive Schaffung von Krediten auf dem internationalen Geldmarkt und die daraus folgende spektakuläre Expansion in dem Verlangen, sie gewinnbringend einzusetzen.

Zahlen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge lag die Geldmenge, die auf dem internationalen Geldmarkt Anfang der siebziger Jahre im Umlauf war, bei 60 Milliarden Dollar. Ende der siebziger Jahre war sie auf fast zwei Billionen angestiegen. Seither liegt sie bei weit über vier Billionen, was heißt, daß die Zahl der siebziger Jahre inzwischen um etwa das siebzigfache gestiegen ist.

Ist es ein Wunder, daß diese Geldmenge in zunehmendem Maße auf die Aktienmärkte der entwickelten Länder überfloß, nachdem die Banken, die für diese ungeheuere Menge verantwortlich waren, in den achtziger Jahren begonnen hatten, das Interesse daran zu verlieren, es an die armen Länder in der dritten Welt zu verleihen?

### Die ungeheuren Geldmengen drängen auf die Aktienmärkte

Die unvermeidliche Folge waren die Aktienpreise, die zunehmend mit den »wirtschaftlichen Grundlagen« keine Berührungspunkte mehr hatten. Das war keine Spekulations-»Blase« der traditionellen Art, doch sie besaß ein gleichermaßen explosives Potential. Denn die Zeit würde kommen, wo die Verzerrungen des Aktienmarktes, die sie hervorriefen, erkannt werden müßten und die notwendigen Korrektivprozesse würden in Gang gesetzt werden müssen.

Das ist ein Aspekt des Crash vom Oktober 1987, über den die Banken lieber nicht sprechen. Doch er verdient eindeutig weitaus mehr Aufmerksamkeit als er bis jetzt bekommen hat. Denn die große Geldflut im Zusammenhang mit dem Crash ist nicht vorüber. Die Tatsache, daß sie noch immer da ist, hilft bei der Erklärung, warum die Aktienmärkte seit Oktober eine beständige Tendenz zur Erholung zeigen – obwohl dies ohne viel Überzeugung geschehen ist, denn die Erinnerung an das, was geschehen ist, ist noch allzu frisch. □

# Werden die Zentralbanken den USA weiter helfen?

»Den Zentralbanken steht auf den Devisenmärkten eine Dürreperiode bevor«, war der Kommentar eines Bankers aus der City of London nach dem zweiten Crash auf dem amerikanischen Aktienmarkt am 14. April 1988. »Es ist genau die Art von Katastrophe eingetreten, die ich erwartet habe, doch sie trat früher ein als ich gedacht hatte. Es könnte die Einleitung für sehr schlechte Nachrichten in den kommenden Monaten sein. Auf jeden Fall sind die Märkte jetzt derartig sensibilisiert, daß sie jede Nachricht als möglicherweise ›schlechte‹ Nachricht behandeln, während es vor jenem 14. April gerade eher das Gegenteil der Fall war.«

Ein anderer Banken-Insider: »Es hängt jetzt alles von den Japanern ab, ob die Bank von Japan bereit ist alle Dollar auf den Weltmärkten aufzukaufen. Finanzminister Miyazawa zeigte, daß Japan im Augenblick fest hinter den USA steht, als er sagte, die Bank von Japan werde, wenn nötig, ›sehr stark‹ intervenieren, um den Dollar zu stützen. Die Deutschen und vielleicht auch die Bank von England werden dieses Mal nicht so eifrig dabei sein das US-Defizit zu stützen.«

Der britische Schatzkanzler Nigel Lawson soll in der Tat wütend sein auf den amerikanischen Finanzminister James Baker, der ihn und andere Finanzminister durch Gespräche der Gruppe der »Sieben« in Washington führte – einen Tag vor dem Wall Street Crash – ohne ihnen von der katastrophalen Handelssituation in den USA zu erzählen, die dann den Crash auslöste.

Die Stützung des Dollar durch die Briten wird vielleicht weniger nachdrücklich sein, äußerte er gegenüber der Presse. »Es gibt mehr Möglichkeiten eine Währung zu stützen als durch Aufkauf auf Devisenmärkten.« Das war ein offensichtlicher Hinweis darauf, daß die Strategie der Briten darauf hinauslaufen wird, das Federal Reserve System, die amerikanische Bundesbank, zu drängen, in den USA die Zinssätze zu erhöhen. □

# Probleme mit der Geldmenge

Die Deutsche Bundesbank richtet ihre geldpolitischen Entscheidungen seit dem Jahreswechsel 1987/88 an einer neuen monetären Meßlatte aus. Dennoch liegt das Geldmengenwachstum auch im ersten Quartal 1988 deutlich über den Zielvorstellungen der Währungshüter.

Geldmengensteuerung ist das Instrument, mit dem die Deutsche Bundesbank seit 1974 ihre Geldpolitik betreibt: Die Notenbank gibt sich jeweils zum Jahresbeginn ein Ziel für das Wachstum der Geldbestände in der Wirtschaft vor und versucht im Jahresverlauf dieses Ziel durch entsprechende liquiditätspolitische Entscheidungen zu verwirklichen.

Dabei diente bis zum Jahr 1987 als relevante monetäre Größe die sogenannte Zentralbankgeldmenge. Die Zentralbankgeldmenge ist eine künstliche Größe. Sie besteht aus dem gesamten Bargeldumlauf sowie – mit vergleichsweise niedrigen und jeweils unterschiedlichen Gewichten – den Sichteinlagen, Termineinlagen (unter vier Jahren) und den Spareinlagen (mit gesetzlicher Kündigungsfrist) bei den Kreditinstituten.

In den meisten Fällen gelang es der Bundesbank, das Wachstum der Zentralbankgeldmenge innerhalb der von ihr anvisierten Unter- und Obergrenzen zu halten. Zuletzt wurde aber der Zielkorridor deutlich verfehlt: Im Jahre 1986 betrug das Wachstum der Geldmenge 7,8 Prozent bei einem angepeilten Ziel von maximal 5,5 Prozent. Im Jahre 1987 erhöhte sich die Geldmenge um 8,1 Prozent bei einem vorgegebenen Ziel von höchstens 6 Prozent.

Für die kräftige monetäre Expansion gibt es vor allem zwei Gründe: Massiver Aufwertungsdruck der D-Mark besonders gegenüber dem US-Dollar. Erklärung: Die Bemühungen der Bundesbank, die amerikanische Währung durch Dollar-Käufe zu stützen, haben die gesamtwirtschaftliche Liquidität erhöht.

Denn in dem Maß, in dem Dollar gekauft wurden, kamen auch mehr D-Mark in Umlauf.

Der Bargeldumlauf hat sich in letzter Zeit stark erhöht. Dem Posten »Bargeldumlauf« kommt innerhalb der Zentralbankgeldmenge ein sehr hohes Gewicht zu. Folge: Das Wachstum der Zentralbankgeldmenge hat in letzter Zeit die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Liquidität überzeichnet.

Die Bundesbank entschloß sich daher, die Meßlatte anders zu konstruieren: Neue Leitgröße ist seit Beginn 1988 die Geldmenge M3. Die Geldmenge M3 enthält neben dem Bargeldumlauf die Sicht-, Termin- und Spareinlagen in voller Höhe. Der Bargeldumlauf schlägt daher bei M3 nicht so stark zu Buche wie bei der Zentralbankgeldmenge. Tatsächlich expandierte M3 im Jahre 1987 mit 6,2 Prozent wesentlich moderater als die Zentralbankgeldmenge (8,1 Prozent).

Auch für 1988 erwarten die Bundesbank-Verantwortlichen, ihre Zielvorgabe – 3 bis 6 Prozent – mit M3 besser einhalten zu können. Diese Hoffnung hat sich bisher nur bedingt erfüllt.

In den ersten drei Monaten 1988 lag das Wachstum von M3 als Jahresrate deutlich über 6 Prozent und damit oberhalb des Zielkorridors der Deutschen Bundesbank – wenngleich durchweg unterhalb des Wachstums der Zentralbankgeldmenge.

Die kräftige Geldmengenausweitung der letzten Monate geht ebenfalls auf das Konto der DM-Aufwertung und eines erhöhten Bargeldumlaufs. Hinzu kam:

Die Geldkapitalbildung, das heißt die Bildung langfristiger Anlagen bei Banken, ging merklich zurück. Die Unternehmen und Haushalte bevorzugten liquide Anlageformen, also schnell verfügbare Mittel. □

# Die US-Bundesbank ein Depot für Drogengelder

Einer vertraulichen Studie der amerikanischen Drogenbehörde zufolge ist die Niederlassung des Federal Reserve Systems in Miami die einzige, die einen Bargeldüberschuß erzielt hat, weil sie in das Waschen von Drogengeldern verwickelt ist.

Bargeld aus Kolumbien macht 15 Prozent der 2,7 Milliarden Dollar aus, die in einem Zeitraum von 12 Monaten bei der Federal Reserve Bank in Miami eingezahlt wurden, so heißt es in dem Bericht.

Die Niederlassung des Federal Reserve Systems in Miami ist vor etwa zehn Jahren geschaffen worden, vor allem, um den kolumbianischen Regierungsbehörden eine Gefälligkeit zu erweisen, indem man ihnen die Möglichkeit bot, überschüssige US-Währung in das nahegelegene Miami zu schaffen.

Laut dem Bericht der Drogenbehörde steht die Federal Reserve Bank in Miami an der Spitze einer Drogengelder-»Waschanlage«, in die auch Banken auf den Bahamas, in Venezuela, Panama und auf Grand Cayman Island verwickelt sind.

Ein Sprecher der Federal Reserve Bank in Miami sagte, man sei nicht in der Lage den Ursprung der bei ihnen eingezahlten Gelder festzustellen. Doch zwei andere Gründe für den Bargeldüberschuß könnten der Tourismus in Florida und die Tatsache sein, daß Miami ein Zentrum für den Handel mit Lateinamerika ist. □

# Die Last mit dem Dollar hat Japan

Beim letzten Treffen der Finanzminister und Zentralbanker der Gruppe der Sieben (G-7) sollte der Fall des Dollar aufgehalten werden. Mit der am Ende des Treffens abgegebenen Erklärung gelang dies für nur weniger als 24 Stunden. Als die damaligen US-Handelszahlen bekannt

wurden, verfiel der Dollar sofort. Die Reaktionen am Devisenmarkt wären noch extremer gewesen, wenn die G-7-Zentralbanken nicht interveniert hätten, um den Abstieg des Dollar aufzuhalten.

Was bemerkenswert an der Aktion auf dem Devisenmarkt war, ist nicht so sehr die Tatsache, daß der Dollar fiel – es ist wahrscheinlich, daß der US-Dollar weiterhin sinken wird solange der produktive Sektor in den USA im Verhältnis zu dem in anderen Ländern abnehmen wird –, sondern, daß dieser spezielle Verfall durch ein Ereignis ausgelöst wurde, das an sich geringere Bedeutung hat.

Die Zahlen des Warenhandels weisen eine sprunghafte Statistik auf. In den vergangenen Monaten sahen sie besser aus als der Markt speziell erwarten ließ. Die geringsten Fluktuationen bei den Markterwartungen reichen aus, um den Dollar ins Schleudern geraten zu lassen.

Das Vertrauen des Marktes in die anhaltende Währungsstabilität ist eindeutig geringer geworden als noch zu Anfang des Jahres. Die Zentralbanken der Gruppe der Sieben werden es bei der Stützung der US-Währung vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen sehr schwer haben und doch können sie es nicht zulassen, daß der Dollar weiter abfällt, da sich das in diesem Jahr zu einem besonders gefährlichen »freien Fall« entwickeln könnte.

Der Grund dafür ist, daß man auf den Devisenmärkten der Meinung ist, daß die US-Regierung machtlos sein wird, um mit Maßnahmen und Zusagen zur Stützung des Dollar einzugreifen, wie sie es im letzten Sommer getan hat.

Das, was die US-Währung stützt, ist vor allem der Zustrom in US-Vermögenswerte, der aus Japan kommt. Trotz einiger japanischer Investitionen des privaten Sektors in US-Aktien und Schuldverschreibungen seit dem vierten Quartal 1987 wird der Zufluß aus dem japanischen öffentlichen Sektor in die USA in Form von Interventionen der Bank von Japan zur Stützung des Dollar in den kommenden Monaten erheblich sein müssen, wenn der Dollar stabil bleiben soll.

Während andere Zentralbanken aus der Gruppe der Sieben wahrscheinlich ebenfalls bereit sein werden den Dollar zu stützen, gibt es Grenzen dafür wie weit die westdeutsche Bundesbank und die Bank von England bereit sind zu gehen. Damit liegt die Last der Stützung des Dollar bei der Bank von Japan.

Die Intervention von seiten der Bank von Japan steht unter einem gewissen Druck. Dies ist die potentielle Auswirkung der Dollar-Stützungskäufe auf die Inflation, die sich durch den Druck auf die Liquidität auf den inländischen Kreditmärkten in Japan ergibt, der durch die Stützung hervorgerufen wird und die Preise steigen läßt.

Andererseits wird die Bank von Japan damit rechnen, daß eine neue US-Regierung mit ziemlicher Sicherheit gezwungen sein wird protektionistische Handelsmaßnahmen zu ergreifen, wenn man zulassen würde, daß der US-Dollar im Jahr der amerikanischen Präsidentschaftswahlen zusammenbricht, und das würde wiederum den Interessen Japans schaden.

Im ganzen gesehen ist es wahrscheinlich, daß die Bank von Japan das Risiko überschüssiger inländischer Liquidität eingehen wird, wenn sie damit nachteilige politische Entwicklungen in den USA vermeiden kann. Folglich ist damit zu rechnen, daß die Bank von Japan in den kommenden Monaten in starkem Maß zur Verteidigung des Dollar eingreifen wird.

Die Folge wird ein weiterer Zuwachs an Dollar-Werten in offizieller japanischer Hand sein. Dies paßt zur langfristigen Zielsetzung Japans, seine Kontrolle über die Konjunkturtätigkeit in den USA zu verstärken. □

# Mexiko kürzt Haushaltsdefizit

Berichten der Londoner »Financial Times« zufolge, bestätigen hochrangige mexikanische Finanzpolitiker, daß das Haushaltsdefizit ihres Landes in den ersten Quartalen 1988 drastisch gesenkt worden ist. Sie kündigten auch Pläne für eine massive »Privatisierung« von verstaatlichten Industriezweigen an.

Die mexikanische Regierung, deren Wirtschaftspolitik vom Internationalen Währungsfonds (IWF) diktiert wird, plant jetzt die »Privatisierung« staatseigener Industrien zu beschleunigen. Dazu gehört der Verkauf der größten Kupfermine Mexikos in Sonora, der Kupfermine Cananea, obwohl die Unternehmen Gewinne gemacht haben. Es wird der bisher größte Verkauf von staatlichem Besitz in Mexiko sein, und die Regierung rechnet damit 850 Millionen Dollar einzunehmen, mehr als sie für die 112 staatseigenen Firmen bekommen hat, die man bisher verkauft hat.

Aeromexico mußte im April 1988 Konkurs beantragen, nachdem ein viertägiger Streik des Bodenpersonals die Firma sieben Millionen Dollar gekostet hat. Der Streik wandte sich gegen den angekündigten Verkauf von 13 der 43 Düsenflugzeuge der staatlichen Fluglinie. Aeromexico wird jetzt wahrscheinlich aufgeteilt, da die Mehrheitsbeteiligung des Staates ebenfalls verkauft wird. □

# Volkswirtschaften in Lateinamerika öffnen sich für den Drogenhandel

Der einst leidenschaftlich nationalistische Präsident von Peru, Alan Garcia, scheint auf dem besten Weg zu sein vor den Mächten der Geldschneiderei und des Wuchers zu kapitulieren, die seit dem Jahr 1985 seine Bemühungen blockiert haben, sein Land weiter zu entwickeln und eine Einheit der südamerikanischen Länder zu erreichen, um sie von der schrecklichen Schuldenlast zu befreien.

Vor wenigen Wochen lud Präsident Garcia Hernando de Soto, den Leiter des Instituts für Freiheit und Demokratie (ILD), ein, mehrere Stunden lang vor dem peruanischen Kabinett über seine Vorschläge zu sprechen, Peru in eine »informelle« Wirtschaft zu verwandeln.

Soto ist der führende peruanische Vertreter der »Parallel-Regierung« des Projektes Demokratie, das von den Vereinigten Staaten gefördert wird – zum Beispiel von den Freunden Oliver Norths –. Ihre Politik ist es, Lateinamerika auf eine wirtschaftlich »freie Zone« im Stile Hongkongs umzustellen.

De Sotos Gerede von einer »informellen« Wirtschaft ist ein Euphemismus für die Öffnung Perus und anderer lateinamerikanischer Volkswirtschaften für den Drogenhandel, das Waschen von schmutzigen Geldern und weitere organisierte Verbrechen unter dem Deckmantel der »freien Marktwirtschaft«. Bisher stand de Soto im totalen Gegensatz zu den Vorstellungen von Garcias agro-industrieller Entwicklungspolitik.

Garcia, dem es nicht gelungen ist mit der Sozialistischen Internationale zu brechen, hatte zuvor vor dem Druck der Amerikaner zum Thema Panama kapituliert und sich hinsichtlich General Manuel Noriega gegen die Souveränität Panamas entschieden und auf die Seite des amerikanischen Außenministeriums geschlagen. Das war kein kleiner Verrat, wenn man bedenkt, daß Noriega Garcias erster und einziger Anhänger war, als der neue peruanische Präsident im Jahr 1985 die Devisen, die für die Zahlungen auf die Außenschuld verwendet werden sollten, auf zehn Prozent beschränkte. □

# Tausend Milliarden Mark Schulden hat Bonn

Eine strenge Begrenzung des öffentlichen Ausgabenzuwachses fordert der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfele. »Auch die Länder und Gemeinden müssen auf die vereinbarte Drei-Prozent-Ausgabenzuwachslinie einschwenken.«

Häfele warnt, weil im Laufe dieses Jahres Bund, Länder und Gemeinden sowie Bahn und Post den Schuldenstand von 1000 Milliarden DM erreichen. Die Zinslast beträgt allein im Jahr 1988 runde 70 Milliarden DM. □

Banker

# Losungswort heißt Vorsicht

C. Gordon Tether

**Man kann den Bankern einfach nicht vertrauen, daß sie von ihrer Freiheit den richtigen Gebrauch machen und ihre Angelegenheiten auf ihre eigene Art und Weise regeln, insbesondere in der heutigen wirtschaftlichen Lage.**

Das Platzen der »South Sea Bubble« Anfang des 18. Jahrhunderts hat erstmals in spektakulärer Art und Weise gezeigt wie unvorsichtig und unklug – wenn nicht gar zügellos – sich die Bankengemeinde verhalten kann, wenn man sie sich selbst überläßt. Leider war das bei weitem nicht die letzte Lektion dieser Art.

## Der schmale Pfad finanzieller Vorsicht

Das große Bankendebakel, das den Vereinigten Staaten nach dem Krach an der Wall Street im Jahr 1929 schwer zu schaffen gemacht hat, war in nicht geringem Maße das Produkt der Art und Weise wie die Banker des Landes von dem geraden und schmalen Pfad finanzieller Vorsicht und Klugheit in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre abgewichen sind.

Das letzte Beispiel dafür, was passieren kann, wenn bei finanziellen Fehlpraktiken die Zügel locker gelassen werden, liefert die Flut von amerikanischen Banken-Konkursen, die Anfang der achtziger Jahre begannen und die ein halbes Jahrzehnt später unaufhaltsam weiterzugehen scheinen.

Die ersten Opfer waren vor allem Banken, die sich stark in internationale Kreditvergabe-Exzesse verwickelt hatten, die dann in der Schuldenkrise der dritten Welt gipfelten; Chicagos Continental Illinois ist ein herausragendes Beispiel dafür.

In jüngster Zeit waren davon öfter Banken betroffen, die sich eines weitaus größeren Fehlverhaltens schuldig gemacht haben, besonders Mitglieder der Gruppe von fünf Banken, die zusammen fast die Hälfte der Bankvermögenswerte in Texas von 200 Milliarden Dollar außerhalb des Bereichs von Spareinlagen und Krediten innehaben.

Zwei dieser Riesen wurden nur durch staatliche Sanierungspläne vor dem Zusammenbruch gerettet. Zwei andere verdanken ihr Überleben den Rettungsmaßnahmen von seiten stärkerer Banken außerhalb von Texas.

Das ist schon schlimm genug. Was die Sache noch schlimmer macht ist die Tatsache, daß ein Teil der Lone-Star-Finanzmaschinerie des Staates, die mit den Spar- und Kreditinstituten operiert, noch verwundbarer erscheint.

## Die Kunden zahlen die Rechnung

Dem Federal Home Loan Bank Board zufolge sind zwischen einem Fünftel und einem Viertel der 490 Sparkasseninstitute der Vereinigten Staaten – mit einem Vermögen von zusammen 180 Milliarden Dollar – so insolvent, daß sie übernommen werden müssen. Das Fazit ist, daß die Säuberung in diesem Teil der Bankenwirtschaft von Texas so viel Regierungsgelder erforderlich machen würde wie nötig sind, um den großen Fisch auf den Beinen zu halten.

Die Erfahrungen von Texas sind vielleicht eine Ausnahme. Doch es besteht kein Zweifel daran, daß die gleiche Art von Mißgeschick Banken in vielen anderen Teilen der Vereinigten Staaten überkommen – ebenso wie auch in vielen anderen Teilen der Welt.

Kurz gesagt: Die Bankgemeinde hat für eine Menge Rede und Antwort zu stehen. In dem Maße wie die Kosten, um mit der Krise fertigzuwerden, den staatlichen Institutionen aufgebürdet werden, muß die Öffentlichkeit in ihrer Gesamtheit tatsächlich die Rechnung bezahlen. Doch damit nicht genug.

Es ist nur allzu offensichtlich, daß die Zinsen und Bearbeitungsgebühren für die Kredite der Banken jetzt deutlich höher gehalten werden als es der Fall wäre, wenn weniger für uneinbringliche Schulden im In- und Ausland abgeschrieben werden müßte.

In dem Bemühen sich selbst zu verteidigen, haben die Banker versucht den Eindruck zu erwekken, daß ihre Schwierigkeiten auf unvorhersehbare Änderungen zum Schlechten hin in der wirtschaftlichen Lage zurückzuführen sind, in der sie arbeiten müssen. Verluste aus den Kreditvergaben an die dritte Welt wurden darauf zurückgeführt, daß der weltweite Anstieg der Zinssätze Anfang der achtziger Jahre die Forderungen der Schuldendienste der Schuldnerländer derart in die Höhe getrieben hat, daß es ihre Zahlungsfähigkeit weit überschritten hat.

Texanische Banken-Bosse haben darauf hingewiesen, daß sie mit drei großen Wenden zum Schlechteren hin zu kämpfen hatten, die in der Wirtschaftslage des Staates kurz nacheinander auftraten. Es handelte sich dabei um den Zusammenbruch der amerikanischen Agrarindustrie Ende der siebziger Jahre, eine spektakuläre Verschlechterung in den Vermögenswerten der Energiewirtschaft Anfang der achtziger Jahre und jetzt ein verhängnisvoller Umschwung auf dem Immobiliensektor, da der Boom auf dem Gebiet von Büro- und Geschäftsräumen, der Mitte der achtziger Jahre stattfand, jetzt einer Situation Platz gemacht hat, wo 28 Prozent dieser Räume leer stehen.

Solche Entschuldigungen können allerdings keine angemessene Antwort darstellen auf die Beschuldigung, daß die Banken die zusätzliche Freiheit, die man ihnen in den Vereinigten Staaten wie auch in vielen anderen Teilen der Welt gewährt hat, in den letzten Jahrzehnten ernstlich mißbraucht haben.

## Die Schaffung von Krediten

Sie haben schließlich eine eindeutige Pflicht, das Privileg zur Schaffung von Krediten, daß sie genießen, in verantwortlicher Art und Weise auszuüben. Das bedeutet, daß sie bei der Kreditpolitik mögliche Änderungen im politischen und finanziellen Klima, die für diese Politik relevant sein könnten, voll berücksichtigen müssen.

Viele Banken einschließlich erstrangiger Institute, die in hohem Maße auf internationaler Ebene operieren, sind bei dieser Anforderung jämmerlich gescheitert. Seit Anfang der siebziger Jahre sind auf dem internationalen Markt Kredite in einem Tempo geschaffen worden, das sich durch kein annehmbares Kriterium rechtfertigen ließe, wobei es nur eine Frage der Zeit ist, daß sich daraus solche Nebenprodukte wie die Schuldenkrise der dritten Welt ergeben.

Ein steiler Anstieg in der Grundstückspekulation, der dazu führte, daß sich beispielsweise in Texas die Bankenkredite auf diesem Sektor innerhalb von zwei Jahren um fast das Zwanzigfache vervielfachten, konnte nur in einer massiven Explosion gipfeln, die die Bankenfinanzierung in den Abgrund stürzt, was auch diesmal geschehen ist.

Diesmal, so wird gehofft, wird man aus der Geschichte lernen. Wenn man, so wie es scheint, den Banken nicht vertrauen kann, daß sie sich die erforderliche Selbstkontrolle auferlegen, so müssen Wege gefunden werden, um sicherzustellen, daß sie aufhören in einer Art und Weise ihren eigenen Interessen zu dienen, die jenen zuwiderläuft, denen sie eigentlich dienen sollen.

In der Zwischenzeit werden die Bankkunden überall gut beraten sein, wenn sie der wichtigen Frage mehr Aufmerksamkeit schenken, ob jene, denen sie ihr Geld anvertrauen, der Notwendigkeit die Vorsicht wieder zu ihrem Lösungswort zu machen, genügend Beachtung schenken. □

## Banken

# Blühende Profite mit Drogen

James Harrer

**In der Diskussion im amerikanischen Kongreß um die Erhöhung der Finanzen für die Weltbank um 14 Milliarden Dollar wurde ein wesentlicher Punkt dieses Problems nicht erwähnt. Die amerikanische Sondergabe an die Weltbank ist zwar sehr positiv für die internationalen Banker, doch sie ist gleichzeitig ein Rückschlag für die zaghaften Versuche der US-Regierung den Drogenhandel einzudämmen.**

Der einstmals von US-Präsident Ronald Reagan verkündete »Drogenkrieg« hat sich in seiner Regierungszeit in einen ständigen Rückzug verwandelt. In den sieben Jahren der republikanischen Ära hat sich »das Drogengeschäft von einer Verbrechensorganisation der Unterwelt in ein multinationales Konglomerat mit privaten Armeen und eigener Außenpolitik gewandelt«, wie die »Washington Post« in einem Artikel die Lage ganz klar und eindeutig umriß.

### Der Boom einer Wachstumsbranche

Obwohl es inzwischen zu einem vertrauten Bild geworden ist über die Ausbreitung der Drogenepidemie ständig auf den Titelseiten der westlichen Medien zu lesen, haben die meisten Menschen noch immer kaum eine Vorstellung davon, was dieser Wachstumsindustrie den Boom verschafft hat. Um den Lesern einmal einen Einblick hinter die Kulissen des Handels mit »kontrollierten Substanzen« – der Rechtsbegriff für Kokain, Heroin, Marihuana und andere illegale Drogen – zu geben, wurden kürzlich Vertreter der Justiz, medizinische Experten, amerikanische Regierungsbeamte und andere kenntnisreiche Beobachter interviewt.

Alle wurden aufgefordert ihre offene und ehrliche Meinung zu sagen, selbst wenn es um heikle Einzelheiten des Themas ging und erhielten dabei die Zusage, daß sie anonym bleiben, sofern sie dies wünschten.

Diese Experten konzentrieren ihre Kritik auf drei Problembereiche: die sogenannte »Geheimdienstverbindung«, Fehler in der Außenpolitik und die Rolle der »Geldmagnaten«.

»Schauen wir uns ein Land an, das selten in den Drogenschlagzeilen erscheint: der Libanon«, sagt Dr. Geoffrey Clark, ein junger Physiker, der sich auf Computerstudien für Justizbehörden spezialisiert hat, die von einer Washingtoner Beraterfirma entwickelt werden. »In den siebziger Jahren spielte das Land nur eine sehr kleine Rolle im internationalen Drogenhandel. Der Libanon hatte illegale Exporte von lediglich 150 000 Kilogramm Haschisch jährlich – keine ideale Situation, doch es stellte auch keine große Gefahr für uns dar.«

### Drogen als neue Einnahmequelle

Im Jahr 1980 jedoch, so berichtete Dr. Clark, begann der Mossad, Israels Geheimdienst, mit Unterstützung des CIA, eine von Bashir Gemayel angeführte libanesische Miliz zu bewaffnen und zu finanzieren.

»Der Gemayel-Trupp wurde in eine ansehnliche, gut bewaffnete Hilfsstreitmacht verwandelt«, so dieser Wissenschaftler. »Sie gab Israel Unterstützung bei dessen Invasion in den Libanon im Jahr 1982. Doch als dieser Feldzug zusammenbrach und die israelischen Streitkräfte abgezogen wurden, wendete sich diese Miliz einer neuen Einnahmequellen zu: Drogen.«

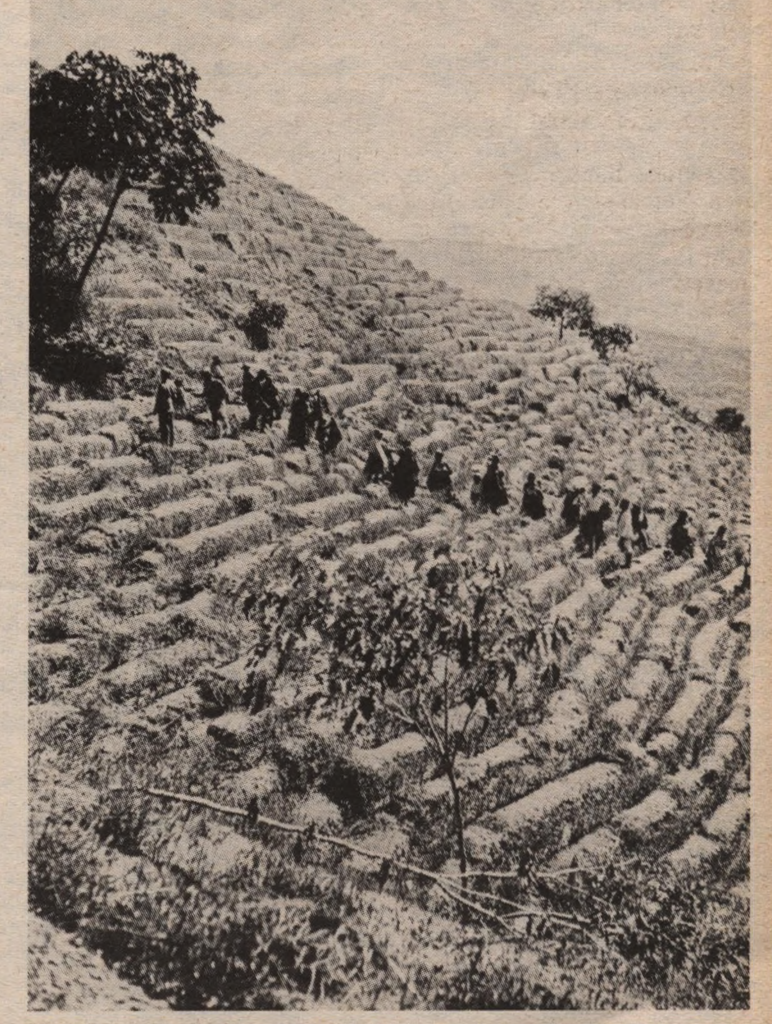
Im kampfgeschüttelten Libanon der achtziger Jahren folgten andere bewaffnete Truppen diesem Beispiel. »Inzwischen bereitet dieses winzige Land den amerikanischen Justizbehörden, die sich um den Drogenhandel kümmern, große Kopfschmerzen«, behauptet Clark. »Die Haschischproduktion ist um das fünffache auf etwas über 800 000 Kilogramm jährlich gestiegen. Das ist eine durchaus beachtenswerte Menge.«

Die amerikanische Drogenbehörde (DEA) bestätigte Clarks Berichte und meinte, der Libanon würde jetzt auch in das Exportgeschäft für Opium einsteigen, was noch bedrohlicher sei.

»Nach Jahrzehnten einer relativ reinen Weste, wird der Libanon jetzt zu einem Land mit umfangreichem Opium- und Kokainhandel«, berichtet Dr. Hannelore Vielman, eine Drogenberaterin bei der DEA und Interpol, der internationalen Ermittlungsbehörde. »In den vergangenen drei Jahren wurden über 100 000 Morgen Land auf den Anbau von Opium umgestellt und unsere Beobachter berichten von zunehmenden Kokain-Anbau im Bekka-Tal.«

Diesen Quellen zufolge hat der Libanon fast 50 000 Kilogramm Opium in die Vereinigten Staaten geschickt. »Es ist noch nicht ganz so schlimm wie Kolumbien oder Thailand, doch es ist ein dramatischer Anstieg und die Menge nimmt jährlich zu«, meinte Clark.

»Der wunde Punkt ist, daß wie so viele andere Aspekte des Drogenprogramms, dies eine Bedrohung unserer ganzen Gesellschaft darstellt«, sagt Albert Fonseca, ein Soziologe, der an einer Doktorarbeit über die Drogenwirtschaft für die Universität Miami schreibt.



**Die Kokapflanzer kennen die Wirkung ihrer »Frucht«, denn sie hilft auch ihnen bei der Erreichung ihres »Solls«.**

## Banken

# Blühende Profite mit Drogen

»Der Libanon war ein blühendes und zivilisiertes Land bis der CIA und andere Geheimdienstbehörden begonnen haben ihre Spiele zu spielen, um das Land zu destabilisieren. Amerikanische Steuergelder wurden dazu verwendet die gleichen paramilitärischen Gruppen aufzubauen, die jetzt die größten Drogenschmuggler sind.«

Diesen Quellen zufolge ist der Libanon ein Bilderbuchfall für die versteckte »Geheimdienstverbindung« hinter dem internationalen Drogenhandel. Ein verrücktes, geheimes Szenario, das gemeinsam von den Israelis und den Vereinigten Staaten in Gang gesetzt wurde, endet letztendlich in einem Fiasko und hinterläßt Gesetzwidrigkeit, Fehden zwischen Parteigruppierungen und bewaffneter Miliz, deren Existenz von Drogen abhängt.

### Amerikas Abstieg als Weltführer

Nach Ansicht dieser Experten ist der Libanon bei weitem nicht das einzige Beispiel dafür, was passiert, wenn das Weiße Haus außenpolitische Probleme versteckt angeht. »Wir haben uns in Lateinamerika ähnlicher außenpolitischer Fehler schuldig gemacht, wo unsere Beziehungen zu einer Anzahl wichtiger Länder auf ihrem niedrigsten Punkt seit Jahrzehnten angelangt sind.«

Zur Erläuterung von Amerikas Abstieg als Weltführer – »unser tragischer Verlust der Führung«, wie Clark es nannte – wiesen die meisten Experten auf die internationalen Megabanken hin.

»Wenn wir von der ›Macht der USA‹ sprechen, meinen wir das Weiße Haus, den amerikanischen Kongreß, das 82. Luftwaffencorps, vielleicht auch Präsident Reagan«, sagt Ferdinand Fonssagrides, ein ehemaliger Handelsbeamter der Vereinten Nationen, der jetzt als Berater einer im transnationalen Handel engagierten Firma tätig ist. »Doch südlich von unseren Grenzen denken die Leute dabei an William Rhodes, den Vizepräsidenten einer Citibank, der dem Bankkomitee für Kredit- und Schuldenverwaltung vorsteht, eine New Yorker-Gruppe, die in Lateinamerika inzwischen mehr Einfluß ausübt als alle Washingtoner Bürokraten zusammen.«

### Eindämmung der Macht der Banken

Das Ergebnis dieser von der Koalition der Banker gesteuerten Schuldenwirtschaft ist weitverbreitete Gesetzwidrigkeit und politisches Chaos. Es hat den Anstieg regionalen Partikularismus durch Privatarmeen und Milizen in vielen Gegenden gefördert, behaupten viele Kenner der Drogenszene.

»In den Schuldnerländern haben die meisten Geschäftsleute es gelernt ihre Transaktionen geheimzuhalten und die Meldepflicht, die Reglementierungen und Kosten, die das Bankenkomitee auferlegt hat, zu umgehen«, schildert Dr. José Antonio Vallarino, ein argentinischer Wirtschaftswissenschaftler.

»Das hat dazu geführt, daß große Industriezweige im Untergrund operieren, wo das Rechtssystem nur noch eine kleine oder gar keine Rolle mehr spielt. In dieser verarmten, anarchistischen und unreglementierten Umgebung hatten die Drogenhändler leichtes Spiel, um zu expandieren.«

Die Banken selbst, so erläutern diese Experten, sind die Finanziers des Drogenhandels, »die größten und einträglichsten Hartwährungs-Exporte, auf die diese armen Länder jetzt hoffen können«, behauptet Mrs. Vielman.

Die Schlußfolgerung ist nach einhelliger Meinung der Experten einfach: »Ablehnung des Antrags der Weltbank auf mehr Gelder, Eindämmung der Macht der Banker und Aufhebung der Schuldenwirtschaft, die den Ländern der dritten Welt auferlegt wurde. Das wäre ein wirksamer Schritt zur Beendigung der Drogengefahr für die westliche Welt«, schlußfolgert Mr. Vallarino. □

## Lateinamerika

# Überleben durch Drogen-Geschäfte

Warren Hough

**Die Reagan-Regierung hat mehrere Gelegenheiten verfehlt oder vermasselt den Drogenhandel südlich der Landesgrenzen einzudämmen. Sie sieht sich jetzt einem Drogen-Syndikat gegenüber, das in einem Dutzend lateinamerikanischer Länder zu einer »anerkannten und boomenden Dienstleistungsindustrie« geworden ist. Das sind die Worte von Professor Horacio Contrares Duque, einem peruanischen Wirtschaftswissenschaftler.**

Ähnliche Ansichten wurden von fünf anderen südamerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern, Handelsexperten und Geschäftsleuten zum Ausdruck gebracht. Ihre Meinungen wurden bekräftigt durch aufschlußreiche neue Daten in zwei europäischen Studien über den internationalen Handel mit »kontrollierten Substanzen«, den offiziellen Begriff für illegale Drogen.

### Die Realität zwingt zum Drogenhandel

»Ich nenne sie: Kolumbien, Bolivien, El Salvador, Jamaica, Panama, Peru – es ist eine lange Liste«, erläuterte Dr. Contrares, der einen großen Teil seiner Zeit als Handelsberater für ein lateinamerikanisches Handelskonsortium verbringt. »In den meisten dieser Länder sind die Drogen inzwischen zum einträglichen Exportartikel geworden. Egal, was lateinamerikanische Politiker sagen, wenn sie mit Nancy Reagan über die Drogen reden, zu Hause zwingt die wirtschaftliche Realität dazu den Drogenschmuggel zu tolerieren und manchmal sogar zu fördern.«

Wieviel Geld macht Kolumbien, das im Kokainhandel weltweit an erster Stelle steht, mit dem Drogenhandel? Nach Jahren ungenauer Schätzwerte legt ein europäisches Forschungsteam von der Schweizer Universität St. Gallen eine dokumentierte Antwort vor: zwischen acht und zehn Milliarden Dollar im Jahr 1987.

»Das ist eine erstaunlich niedrige Zahl«, sagte Rolando Siallo Hoyos, ein junger Soziologe, der an der Universität von Mexiko an einer Doktorarbeit über transnationalen Warenaustausch schreibt. »Doch es ist immerhin fast das Doppelte der Gesamtsumme von Kolumbiens legalen Exporten, die sich im selben Jahr mit Kaffee als Hauptexportartikel auf rund 5,6 Milliarden Dollar beliefen.«

Mitte der achtziger Jahre lag der Drogenhandelsumsatz Kolumbiens um 50 Prozent höher, heißt es in der St. Gallener Studie. Der Einbruch in den Profiten ist fast ausschließlich auf ein Absinken der Großhandelspreise zurückzuführen. Ein Kilogramm Kokain bringt jetzt in Kolumbien zwischen 3000 und 4000 Dollar, ein starker Einbruch, wenn man von dem Preis von 10 000 bis 12 000 Dollar im Jahr 1984 ausgeht.

Ironischerweise hat die Drogenbekämpfung der amerikanischen Regierung beim Absinken der Marktpreise für Drogen eine Rolle gespielt – doch nicht in der Art und Weise wie es vom Weißen Haus beabsichtigt war.

»Das Thema Drogen spiegelt in der Reagan-Ära Niedergang und Scheitern wider«, sagt Francis Scanlon, ein ehemaliger Computerexperte beim Zoll, der jetzt für eine Datenkontrollfirma in Florida arbeitet. »Die Drogenhändler haben die Marktpreise selbst unter Druck gesetzt, weil sie immer mehr Drogen durch das ineffektive amerikanische Justizsystem geschleust haben. Nachdem Drogen dann Ende des Jahres 1985 in jeder amerikanischen Stadt in Hülle und Fülle vorhanden waren, begann der Preis zu sinken. Er befindet sich jetzt wieder im Aufwärtstrend.«

## Drogensyndikat nach dem Beispiel der OPEC

Es ist typisch, daß das Problem, dem sich das »Drogensyndikat« jetzt gegenübersieht, dem anderer großer weltweiter Warenkartelle wie beispielsweise der OPEC ähnelt.

»Mit 20 000 Hektar Koka-Büschen«, meinte Dr. Contrares, »baut Kolumbien lediglich einen kleinen Prozentsatz des weltweiten Kokainertrages an. Im Vergleich dazu hat Bolivien jetzt schätzungsweise 60 000 Hektar Koka angepflanzt und Peru sogar ungefähr 120 000 Hektar. Doch der größte teil ihrer Koka-Ernte wird zu einer Paste verkocht und zur Weiterverarbeitung nach Kolumbien und dort zum Export in die Vereinigten Staaten versandt.«

Der wahre Profit kommt erst, wenn das Kokain oder eine andere illegale Substanz über eine Schmuggelroute in die Vereinigten Staaten verschifft wird. Derzeit kommen die meisten Lieferungen mit dem Flugzeug, sagen die amerikanischen Zollbehörden.

In Miami liegt der Großhandelspreis für ein Kilogramm Kokain zwischen 13 000 und 15 000 Dollar. Ausgehend hiervon vervielfachen sich die Profite um das Hundertfache, wenn die Drogen mit billigeren Substanzen wie Milchpulver vermischt und dann an Drogensüchtige verkauft werden.

Überraschenderweise stellte sowohl die St. Gallener Studie als auch ein ähnliches Forschungsprojekt über die wirtschaftliche Infrastruktur des Drogenhandels, das von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veröffentlicht wurde, fest, daß 70 Prozent der »Profite aus dem Drogenhandel« in den Vereinigten Staaten bleiben.



**Kokain in 86 Paketen im Wert von mehr als 40 Millionen Dollar wurde bei einem Mann in Los Angeles gefunden. Der »Fang« ist für die internationalen Drogenhändler »keine große Sache«.**



**Der Drogenhandel ist für die lateinamerikanischen Länder zu einer profitablen »Dienstleistungsindustrie« geworden.**

## Wohlstand durch Drogenprofite

»Die Drogenbosse aus dem Ausland, ob nun aus Kolumbien oder anderswoher, tragen ihr Geld an die Wall Street«, sagt Raoul Molina, ein Handelsberater bei der Inter American Commerce Association von Miami, »wo die Dienste der größten Banken und Makler zur Verfügung stehen, um das schmutzige Geld zu waschen und wieder in den Geldkreislauf zurückzuführen. Doch einige der Gelder gehen auch zurück nach Kolumbien, wo der Einfluß auf die Wirtschaft deutlich sichtbar ist.«

Der Staatshaushalt Kolumbiens weist einen Einnahmeposten mit der Bezeichnung »Dienstleistungen und Transfers aus dem Ausland« auf, der von 1,4 Milliarden Dollar im Jahr 1983 auf 2,7 Milliarden Dollar im letzten Jahr ständig gestiegen ist.

»Diese Zahlen spiegeln Einkünfte aus dem Drogenhandel wider, die in der einen oder anderen Form an den Staat gehen«, erläuterte Molina. »Auch noch auf anderen verborgenen Wegen gehen unverkennbare Profite aus diesem Handel an die kolumbianische Regierung.«

Die Inflation liegt mit 19 Prozent pro Jahr in Lateinamerika am niedrigsten – Brasilien hat jeden Monat das Doppelte; die Arbeitslosigkeit in den Städten liegt bei neun Prozent; die Außenschuld, die jetzt bei 18 Milliarden Dollar liegt, wird prompter bedient als irgendwo sonst in der dritten Welt. Kolumbien ist der einzige Großschuldner, der sowohl bei den laufenden Zinsen als auch bei den ausstehenden Kapitalverpflichtungen regelmäßige Zahlungen leistet; es ist bekannt als das »beliebteste lateinamerikanische Land bei den Bankern«.

Trotz eines starken Rückgangs des Weltmarktpreises für seinen legalen Hauptexportartikel Kaffee von 40 Prozent im vergangenen Jahr, wuchs die kolumbianische Wirtschaft im Jahr 1987 mit 5,8 Prozent. Damit ist es das einzige Land in Südamerika, das eine solche wirtschaftliche Expansion zu verzeichnen hat.

Mit der Feststellung, daß »der volkswirtschaftliche Motor Kolumbiens mit Drogengeldern geschmiert wird«, schlußfolgerte die Zeitschrift »Economist«, eine führende Publikation des internationalen Finanzmarkts, vor kurzem, daß das Land »aufgrund seines hochwertigen Exportgeschäfts eindeutig reicher ist«.

In den Vereinigten Staaten und den anderen westlichen Industriestaaten dagegen hinterlassen die Drogen keine einträglichen Nebenwirkungen. Hier haben sie zu einer weitreichenden wirtschaftlichen Verwüstung geführt, zu öffentlicher Korruption und menschlichem Leid, deren Gesamtkosten bestürzend sind. □

## Absprachegremien

# Neues vom CFR

Crowell Berrey

**Informationen aus geheimen, internen Treffen des Council on Foreign Relations (Rat für Auslandsbeziehungen), CFR, in New York und Washington zeigen, daß man hart daran arbeitet die Tagesordnungspunkte der Schattenregierung durchzusetzen. Es handelt sich dabei um höhere Steuern in den Vereinigten Staaten und mehr amerikanische Dollar für Auslandshilfe.**

Der Council on Foreign Relations (CFR) mit sich überschneidender Führungsspitze bei den Bilderbergern und der Trilateralen Kommission hat in den USA und in Europa Treffen abgehalten, in denen es um die Förderung der von allen drei Gruppen vereinbarten Politik ging.

### Neue Kandidaten werden rekrutiert

An diesen Geheimtreffen nahmen unter anderem bekannte Politiker teil wie der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger; der ehemalige US-Senator Charlas Mathias, er ist Bilderberger; der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten Jimmy Carter; der ehemalige US-Vizepräsident Walter Mondal sowie der ehemalige nationale Sicherheitsberater der USA Zbigniew Brzezinski. Bei den letzten drei Namen handelt es sich um Mitglieder der Trilateralen Kommission.

David Rockefeller, der Ehrenvorsitzende des CFR, der die Trilaterale Kommission gegründet hat, teilt sich in der Bilderberger-Gruppe die Macht mit den Rothschilds aus Großbritannien.

In den Dokumenten werden als Mitglieder des CFR ebenfalls genannt: US-Außenminister George Shultz, der Journalist George Will, der US-Senator John (Jay) Rockefeller, der ehemalige Gouverneur des US-Bundesstaates Virginia, Charles Robb, der ehemalige US-Senator und jetzige Bezirksrichter James Buckley sowie dessen Bruder, der Zeitschriftenverleger William F. Buckley.



**Richard Gephardt fiel beim CFR in Ungnade, da er für den Schutz der amerikanischen Industrie plädierte.**

Der CFR hat nach jedem gegriffen, der ein potientieller Präsident sein könnte. US-Senator Al Gore sprach im letzten Jahr vor dem CFR. Bruce Babbitt, der ehemalige Gouverneur von Arizona, der als demokratischer Präsidentschaftskandidat schon früh aus dem Rennen gefallen war, war im letzten Jahr Vorsitzender bei einer CFR-Diskussion über Mittelamerika. Jesse Jackson sprach 1986 vor dem CFR.

Das Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses Richard Gephardt sprach ebenfalls im letzten Jahr vor dem CFR über die internationale Wirtschaftslage. Er fiel später in Ungnade, als er im Kongreß und in seiner Präsidentschaftskampagne den Schutz der amerikanischen Arbeitsplätze und Industrie vor unlauterem Wettbewerb aus dem Ausland befürwortete. Der CFR, die Bilderberger und die Trilateralen verurteilen diese Haltung.

### Auch Desmond Tutu sprach vor dem CFR

Die Dokumente zeigen auch, daß Marion Robertson, der ehemalige amerikanische Fernseh-Prediger, der in der Wahlkampagne zur Nominierung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten den CFR und die Trilateralen oft verurteilt hat, hat im März 1987 vor dem CFR gesprochen. Sein Thema: »Auf dem Weg zu demokratischen Vereinten Nationen.«

Der New Yorker Gouverneur Mario Cuomo, ein potentieller amerikanischer Präsident, sprach vor dem CFR nach seiner Rückkehr von einer sechzehntägigen Reise durch die Sowjetunion.

Im August letzten Jahres nahm US-Senator Sam Nunn an einem dreitägigen Treffen des CFR in Europa teil, während man der Öffentlichkeit erzählte, er befände sich im Urlaub.

CFR-Teilnehmer behaupteten bei dieser Gelegenheit, er sei gedrängt worden, sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen, doch er habe es abgelehnt. Wenn er jedoch ausgewählt würde, sei er für eine Nominierung offen, sagte Nunn dem CFR.



**Henry Kissinger gehört zu den Stammgästen bei den Treffen des CFR, der Bilderberger und Trilateralen Kommission.**



**David Rockefeller, Ehrenvorsitzender des CFR, ist der Gründer der Trilateralen Kommission und der Bilderberger.**

Der ehemalige NATO-Generalsekretär Lord Peter Carrington, ein Bilderberger, sprach vor einem anderen CFR-Treffen ebenso wie US-Senator Alan Cranston, ein Gründer der Welt-Föderalisten-Gesellschaft, die sich der Bildung einer Weltregierung verschrieben hat.

Zu weiteren Redner bei CFR-Sitzungen gehören Desmond Tutu, Erzbischof von Kapstadt; der ehemalige nationale Sicher-

heitsberater der USA Generalleutnant Brent Scowcroft, der jetzt für Kissinger Associates arbeitet; James Baker, amerikanischer Finanzminister; Howard Baker, ehemaliger Senator aus Tennessee und gegenwärtiger Stabschef des Weißen Hauses; Shimon Peres, israelischer Außenminister; Yitzhak Rabin, israelischer Verteidigungsminister; Gary Sick, Ford-Stiftung; Samuel Lewis, ehemaliger amerikanischer Botschafter in Israel, der jetzt für die Brookings Institution arbeitet; Winston Lord, ehemaliger Leiter des CFR und jetzt Botschafter in Rotchina; François Mitterrand, französischer Staatspräsident; Cyrus Vance, ehemaliger US-Außenminister; Harold Brown, ehemaliger US-Verteidigungsminister; Jeane Kirkpatrick von der Trilateralen Kommission und ehemalige US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen.

## Für eine stärkere Besteuerung von Benzin

Aus den Dokumenten geht hervor, daß der CFR in den Jahren 1986 und 1987 insgesamt 161 Treffen in Europa und den Vereinigten Staaten abgehalten hat. Die Politik, die der CFR den Staatsoberhäuptern und anderen hohen Beamten in den USA und Europa auferlegt, ist geheim. Wie ihre Schwestergruppierungen, die Trilateralen und die Bilderberger, sind sie zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Dennoch sagen Informanten im CFR, in der Trilateralen Kommission und bei den Bilderbergern, daß sie sich einig sind in ihren Bemühungen höhere Steuern durchzusetzen und noch mehr Geld in die Länder der dritten Welt zu schicken. Unter anderem befürworten sie auch eine starke Anhebung der Besteuerung von Benzin.

Bei ihrem letzten Treffen vor einem Jahr forderten die Trilateralen ihre Mitglieder auf nach einer Anhebung der Benzinsteuer zu drängen. Der Wirtschaftsexperte der »Washington Post«, Robert Rowen, ist ein Trilateraler, und die Zeitung verlangte dann auch prompt diese Steuer. Bundesdeutsche Politiker haben dieses Drängen in der Bundesrepublik ebenfalls nach einer höheren Besteuerung von Benzin ins Gespräch gebracht. □

## Absprachegremien

# Reagan tut, was der CFR will

James Arvantes

**Der ehemalige amerikanische Innenminister James Watt behauptet, die Reagan-Regierung wird von einer Gruppe von Ratgebern kontrolliert, die enge Beziehungen zum Council on Foreign Relations (CFR) und zur Trilateralen Kommission hat.**

»Ich habe nie geglaubt, daß es Liberale in Amerika gibt, die zusammenkommen, um die Strategie zu planen, mit der die Wirtschaft kontrolliert werden soll«, sagt Watt, von 1981 bis 1984 amerikanischer Innenminister.

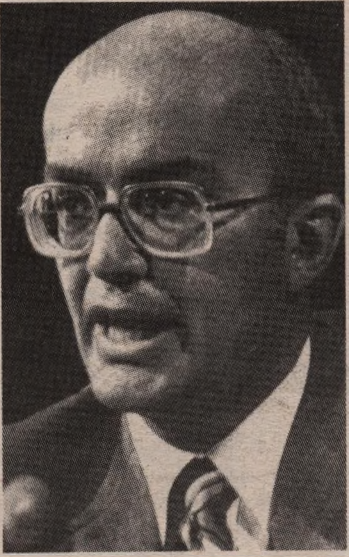
Doch er fügte hinzu: »Nachdem ich im Kabinett des Weißen Hauses Sitzung für Sitzung teilgenommen und Präsident Reagans Ratgebern zugehört habe, bin ich anderer Meinung.«

Sowohl der CFR als auch die Trilaterale Kommission sind Organisationen bestehend aus führenden Geschäftsleuten und Regierungsvertretern aus Japan, Europa und Amerika, die Watt zufolge in dem Bestreben zusammenarbeiten die nationale Regierung zu kontrollieren.

»Der scheinbare Zweck dieser Organisationen (CFR und Trilaterale Kommission) ist es Ideen zu teilen und den Ausgleich der Konjunkturaufschwünge zu planen, die durch die Aktionen der einzelnen Regierungen hervorgerufen werden«, berichtet Watt, »und sie haben versucht eine Entität zur Kontrolle der Regierungen zu schaffen.«

Obwohl Watt sagt, Reagan habe nie zum CFR oder zur Trilateralen Kommission gehört, behauptet er dennoch: »Viele von Reagans Ratgebern sind oder waren Mitglieder dieser Organisationen.«

Und es sind diese Ratgeber, so behauptet Watt, die in der Reagan-Regierung die Politik formulieren.



**James Watt, ehemaliger US-Innenminister, stellt fest, daß die Reagan-Regierung total vom CFR kontrolliert wird.**

Watt sagt, daß ihm die Tatsache in einer Kabinettssitzung im Jahr 1982 klargemacht wurde, als der damalige Finanzminister Donald Regan und der ehemalige Leiter der Haushaltsabteilung, David Stockman, Reagan davon überzeugten, »Steuergelder über den Internationalen Währungsfonds (IWF) an verschuldete Länder in der dritten Welt zu schicken, damit diese Länder ihre Zinszahlungen an die multinationalen Banken leisten können«.

Wenn der IWF diese Kredite nicht gewähren würde, warnte Regan Reagan, dann wären die Dritte-Welt-Länder nicht in der Lage die Zinsen auf ihre Kredite zu zahlen und schließlich wäre die Existenz der multinationalen Banken gefährdet.

Watt hatte damals gefragt, »ob die Kapitalsumme der Kredite jemals zurückgezahlt werden könnte. Die meisten meiner Kollegen starrten vor sich hin, doch ich ließ nicht locker«. Schließlich fragte Watt, warum die Vereinigten Staaten »immer weiter Ländern auf Kosten unserer Steuerzahler helfen würden«.

## Sie wollen die Regierungen manipulieren

Watt meinte, man habe ihm gesagt, wenn die Regierung diesen Ländern kein Geld leihen würde, dann »könnten die Investoren Dividenden verlieren«.

»Absolut nichts hielt diese Kabinettsmitglieder davon ab, ein paar mächtigen amerikanischen Banken zu helfen«, sagte Watt. »Präsident Reagan bekam keine andere Meinung zu hören.«

Als Folge, so berichtet Watt, »hat unsere Regierung Millionen von Steuergeldern an den IWF geschickt zur Kreditvergabe an Brasilien, Mexiko und Chile und diese Länder haben ihrerseits Zinsen an große amerikanische Banken gezahlt«.

Watt ist der Meinung, daß die Trilateralen und der CFR dem freien Markt völlig mißtrauen und sie versuchen darum die Regierung dazu zu benutzen »ihre Reichtümer zu schützen und ihren politischen Einfluß zu erhalten«.

»Die Internationalisten wollten ihre Wirtschaftsreichtümer nicht einer nationalen Regierung anvertrauen, deren Führer vom Volk gewählt werden, sie wollen stärkere Kontrollen als die Launen des Marktes und deshalb wollen sie die Regierungen manipulieren.«

Der Aufkauf der Chrysler Corporation im Jahr 1979 durch den Staat und die fortgesetzten staatlichen Beihilfen an internationale Banken und Unternehmen sind größtenteils das Werk des CFR und der Trilateralen, stellt Watt fest. »Groß zu sein genügt dem CFR und den Trilateralen nicht. Groß sein und von den Regierungen Japans, dem Europäischen Gemeinsamen Markt und Amerika protegiert zu werden ist ihr Ziel.« □

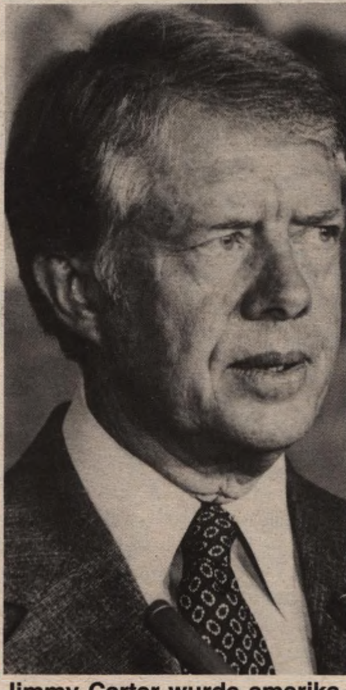
## Trilaterale Kommission

# Die Zukunft ist entschieden

Crowell Berrey

**Hinter verschlossenen und bewachten Türen des Hotels Okura in Tokio traf sich der mächtigste Arm der Weltschattenregierung, um seine Tagesordnung zu verwirklichen. Die Tagesordnung lautete: George Bush neuer Präsident Amerikas, höhere Steuern für die Amerikaner, mehr Steuergelder aller Teilnehmerstaaten in die Länder der dritten Welt und Durchführung des ungeheuer profitablen Programms »Krieg der Sterne«.**

Man sollte nicht erwarten, über dieses Treffen etwas in den Medien des Establishments zu lesen. Strobe Talbot zum Beispiel, der Washingtoner Bürochef des »Time«-Magazin, hielt sich an sein Versprechen, nichts über die Trilaterale Kommission zu berichten. David Rockefeller, Vorsitzender und Gründer der Trilateralen Kommission, sprach zweimal vor der Gruppe. Sein Neffe, Senator John (Jay) Rokkefeller IV. – demokratischer Abgeordneter des US-Staates West Virginia –, nahm zum zweiten Mal an einem Treffen der Trilateralen Kommission teil und saß in einer »Überprüfungssitzung« über »inländische Realitäten und trilaterale Kooperation«.



**Jimmy Carter wurde amerikanischer Präsident auf Wunsch und mit massiver Unterstützung der Trilateralen Kommission.**

### Nichts hat sich daran geändert

Der Senator hat die politische Rolle des verstorbenen Nelson Rockefeller, des ehemaligen Gouverneurs von New York und amerikanischen Vizepräsidenten, geerbt. Der junge Rockefeller nahm zum ersten Mal an einem Treffen der Trilateralen im März 1987 in San Francisco teil.

Der ehemalige US-Senator Randolph sagte zu uns, Jay Rockefeller beabsichtige definitiv, eines Tages Präsident dieses Absprachegremiums zu werden.

Die Trilateralen bekräftigten erneut ihre Unterstützung für Bush im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf, eine Position, die sie einnahmen, schon als Ronald Reagan zum ersten Mal das Präsidentenamt übernahm.

»Nichts hat sich daran geändert«, sagte ein Vertreter der Trilateralen auf die Frage, ob die Gruppe weiterhin entschieden hinter Bush stehen würde, einem langjährigen Mitglied, der angesichts der Beschimpfungen durch die Wähler in den Vorwahlen des Jahres 1980 gegen Reagan aus der Trilateralen Kommission ausschied. Doch während seiner Zeit als amerikanischer Vizepräsident hat Bush mindestens zweimal vor der Gruppe gesprochen.

Zum ersten Mal allerdings seit dem Jahr 1976 sind die Trilateralen und andere Zweige der Weltschattenregierung – der Council on Foreign Relations (CFR) und die Bilderberger – nicht sicher, daß die Kandidaten beider Parteien auf ihrer Seite sind. Sie neigen jetzt eher dazu sicherzustellen, daß Bush jeden Demokraten schlagen wird.



**Zbigniew Brzezinski, ehemaliger nationaler Sicherheitsberater der USA, lobte Reagan, daß er während der Abrüstungsverhandlungen das SDI-Programm zusammengehalten hat.**

Im Jahr 1976 war es der Trilaterale Jimmy Carter gegen den Bilderberger Gerald Ford. Im Jahr 1980 hatten die Trilateralen keine Probleme damit, Reagan von einem Kritiker der Trilateralen Kommission dazu zu bringen, sich zusammen mit Bush in ein Boot zu setzen. Walter Mondale, der Präsidentschaftskandidat der Demokraten im Jahr 1984, war ebenfalls Mitglied der Trilateralen Kommission.

### David Rockefeller beherrscht das Spiel

Die Führung in der Trilateralen Kommission, bei den Bilderbergern und im CFR überschneidet sich und ihre weltweiten Strategien stehen auf einer gemeinsamen Basis. David Rockefeller beherrscht die Trilaterale Kommission, doch er teilt sich die Macht mit den Rothschilds aus Europa in der älteren Bilderberger-Gruppe.

Der CFR hat nach jedem potentiellen demokratischen Kandidaten gegriffen, doch sie hatten keinen Erfolg damit, den US-Senator Sam Nunn und den New Yorker Gouverneur Mario Cuomo zu überzeugen, sich aufstellen zu lassen. Cuomo wird allerdings immer noch von den Trilateralen-CFR-Bilderbergern bearbeitet, eine Nominierung zu akzeptieren, wenn die Versammlung der Demokraten in eine Sackgasse gerät, was inzwischen durchaus wahrscheinlich ist.

Dennoch sind die Führer der Trilateralen Kommission zuversichtlich, mit Gouverneur Michael Dukakis von Massachusetts einen Favoriten ins Geschäft gebracht zu haben.

Cuomo hat allerdings dem Druck der Schattenregierung nicht nachgegeben und es abgelehnt, sich vor den bevorstehenden Vorwahlen in New York für Dukakis auszusprechen. Hätte er dies getan, so hätte dies Dukakis dazu verholfen, New York überzeugend zu gewinnen, und es hätte möglicherweise dazu geführt, daß er die Nominierung vor der Versammlung im August in Atlanta praktisch an sich gerissen hätte.



**Paul Volcker, ehemaliger Chef des Federal Reserve Systems, gab den niedrigen Steuern in den USA die Schuld für die Weltwirtschaftsprobleme.**

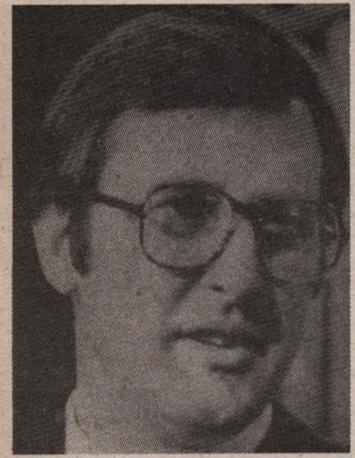
Die Trilateralen haben den Mechanismus zur Erhöhung der Steuern in Amerika jetzt unter Dach und Fach und es ist praktisch alles dafür bereit. Vor einem Jahr in San Francisco wurde in ihrem Geheimdokument, in dem strengstens vor einer Veröffentlichung gewarnt wurde, eine Erhöhung der Benzinsteuer ge-

fordert. Jetzt spricht sich die Trilaterale Kommission wieder für eine entsprechende Erhöhung der Benzinsteuer auch in anderen westlichen Industrienationen aus.

## Niedrige Steuern sind in Amerika an allem schuld

In ihren öffentlichen Äußerungen aus dem Mund von amerikanischen Kongreßabgeordneten und hohen Regierungsbeamten, die den Trilateralen angehören, wird die Forderung nach Erhöhung der Steuerlasten für die Amerikaner damit begründet, daß es notwendig sei, um »das Defizit zu senken«.

Niemals hat der amerikanische Kongreß die Steuern erhöht – trotz allem, was im amerikanischen Gesetz dazu stehen mag – und die Einnahmen daraus für Staatsschulden oder zur Reduzierung von Defiziten verwendet. In allen Fällen hat der Kongreß stets die Ausgaben um



**Senator Jay Rockefeller beabsichtigt definitiv, eines Tages die Präsidentschaft der Trilateralen Kommission zu übernehmen.**

mehr als die neuen Einnahmen aus erhöhten Steuern erhöht.

Hinter den verschlossenen Türen in Tokio rufen die Trilateralen nach noch mehr Steuererhöhungen – zusätzlich zu den Anhebungen in der Benzinsteuer – und sie fordern, daß mehr amerikanische Gelder in die dritte Welt geschickt werden, damit diese Länder dort die ungeheuren Zinsen auf ihre Schulden bei den internationalen Banken bezahlen können. Sie drängen ihre Argumente den hohen amerikanischen Beamten im Außen- und Verteidigungsministerium auf, die immer Folge leisten: mehr amerikanische Dollar müssen in die Länder der dritten Welt geschickt werden, damit diese dann amerikanische Produkte kaufen und die amerikanischen Arbeitsplätze erhalten bleiben können.

Der Mechanismus dafür, daß der nächste amerikanische Präsident – wer immer das auch sein mag – die Steuern erhöhen kann, wurde unbemerkt in die Haushaltsbe-



**Der Bilderberger Gerald Ford verlor 1976 den Wahlkampf gegen den Trilateralen Jimmy Carter.**

stimmungs-Maßnahmen eingearbeitet, die Präsident Ronald Reagan im Dezember letzten Jahres unterzeichnen mußte, sonst hätte seine Regierung einpacken können. Er sah eine Nationale Wirtschaftskommission (NEC) vor, die sich um das Defizit-Problem kümmern soll. Der Bericht dieser Kommission wird am 1. März nächsten Jahres fällig, sechs Wochen nachdem der neue Präsident am 20. Januar vereidigt worden sein wird.

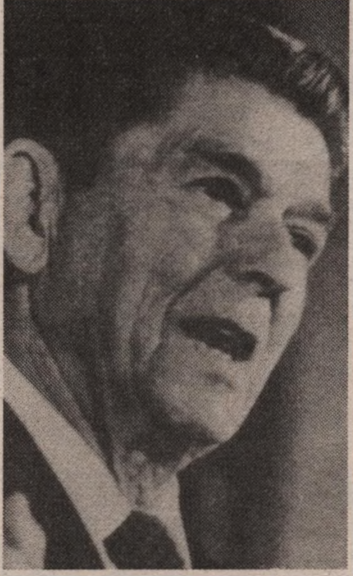
Zu den Mitgliedern, die in den NEC berufen wurden, gehört eine Liste von Leuten, die schon lange Steuererhöhungen befürwortet haben, so auch Paul Volcker, der ehemalige Vorsitzende des Federal Reserve Systems.

In Volckers Rede vor den Trilateralen bei ihrem gemeinsamen Mittagessen – sie stand unter der Überschrift »Die Vereinigten Staaten und die Trilaterale Kooperation« – gab er erneut den niedrigen Steuern in den USA die Schuld für die Weltwirtschaftsprobleme, und er verlangte Berichten zufolge Steuererhöhungen in Höhe von 100 Milliarden Dollar.

Zusätzlich zu einer Benzinsteuererhöhung von 15 Cent – wobei einige Trilaterale 25 Cent fordern – schlug Volcker erhöhte Verbrauchssteuern und eine Mehrwertsteuererhöhung vor.

Es war auch von einem fünf- bis zehnprozentigen Einkommensteuerzuschlag für Leute, die mehr als 40 000 Dollar verdienen, die Rede.

In taktischer Hinsicht, so behaupten einige im Netzwerk der Trilateralen-CFR-Bilderberger,



**Ronald Reagan hat als US-Präsident stets die Wünsche der Absprachegremien zur vollen Zufriedenheit der Banker erfüllt.**

wird die Nationale Wirtschaftskommission (NEC) das Jahr 1989 zum besten Jahr für drastische Steuererhöhungen machen.

Dazu werden folgende Fakten zitiert:

## Lob für Reagans SDI

Der NEC wird einen umfangreichen Bericht liefern, der an den selbstaufopfernden Patriotismus der Amerikaner zur Überwindung der »Defizit-Krise« appellieren wird. Man wird das Defizit sogar mit der Sowjetunion als »einer Bedrohung der amerikanischen Sicherheit« vergleichen und darauf hinweisen, daß der »Wirtschaftskrieg« wie ein »richtiger Krieg« finanziert werden müsse.

Es wird für den amerikanischen Präsidenten und den Kongreß in politischer Hinsicht bequemer sein, die Ergebnisse der Kommission »zögernd« zu akzeptieren und die Steuern auf breiter Front zu erhöhen, als andere Maßnahmen zu ergreifen.

Da im Jahr 1989 keine Wahlen in den Vereinigten Staaten stattfinden, wird es in politischer Hinsicht der richtige Zeitpunkt sein, dann zu handeln. Der amerikanische Präsident hätte vier Jahre Zeit, sich politisch zu erholen, und zwei Drittel des Senats hätten auch drei oder mehr Jahre Zeit dafür. Die Mitglieder des Repräsentantenhauses wären allerdings im kommenden Jahr angreifbar.

»Wenn es je ein günstigeres Jahr für Steuererhöhungen gibt, dann ist es 1989«, sagte ein Mitglied der Trilateralen Kommission.

»Im Jahr 1990 sind ein Drittel des US-Senats und alle Mitglieder der Repräsentantenhauses gefährdet. Im Jahr 1991 wird sich der Präsident – wer immer dies dann auch sein mag – darum sorgen, wiedergewählt zu werden, und außerdem müssen wir es so schnell wie möglich hinter uns bringen.«

Zbigniew Brzezinski, Präsident Jimmy Carters nationaler Sicherheitsberater, der jetzt für das Zentrum für Strategische und Internationale Studien arbeitet, sprach vor der Trilateralen Kommission über Ost-West-Beziehungen und benutzte die Gelegenheit, um sich für die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) auszusprechen und Reagan dafür zu loben, daß er das Programm während der Abrüstungsverhandlungen zusammengehalten hat.

Die Schattenregierung unterstützt SDI enthusiastisch von Anfang an mit der Begründung, daß ungeheure Gewinne zu erwarten sind. Brzezinskis Aussagen liefen einfach darauf hinaus, die hohen Regierungsbeamten, internationalen Banker und politischen Führer der westlichen Welt sollten nach Hause gehen und weiterhin ihren Einfluß zugunsten dieses Programms geltend machen. □

## Europäische Gemeinschaft

# Kritik an Israels Politik

Oscar Boline

**Die Denunziation der israelischen Armee durch Bernard Mills, den Direktor der Relief and Works Agency (UNRWA) bei den Vereinten Nationen im Gaza-Streifen, wegen inhumaner Methoden bei der Behandlung der Palästinenser hat die anti-israelische Mehrheit im Europäischen Parlament nur noch vergrößert und verhärtet. Inzwischen hat die Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments es abgelehnt, die Handelsvereinbarungen mit Israel zu ratifizieren, die vom zuständigen Kommissar des Gemeinsamen Marktes ausgearbeitet worden waren.**

Die Chancen, daß das Europäische Parlament die anhängigen Handelsvereinbarungen mit Israel in absehbarer Zukunft genehmigen wird, sind fast gleich Null, egal wie wichtig solche Handelsabkommen für die Wirtschaft Israels auch sein mögen. Der Kleinstaat in Nahost hat versucht, Westeuropa zur Unterzeichnung dieser Abkommen zu »erpressen«, indem er Annäherungen an Polen, Ungarn und andere kommunistische Länder machte, die mit den Israelis Handel treiben. Es ist jedoch eine Art von »Erpressung«, die in Straßburg und Brüssel mehr als ein Scherz betrachtet wird.

**Israels Präsident Yitzhak Shamir wird wegen seiner Haltung »vom göttlichen Recht«, das heißt, wenn ein Jude was tut, muß es richtig sein, kritisiert.**

### Milliarden von den USA für Israel

Wie Andrew Pearce, Mitglied des Europäischen Parlaments (MEP) aus der Region Liverpool, in einem Interview sagte: »Die rechten Israelis müssen es sich jetzt ernsthaft überlegen; möchten sie, daß ihr Land vom Rest der Welt gemieden wird wie die Sowjetunion oder Südafrika? Israel kann sicher kein großes Interesse daran haben. Es verfügt über keine Mineralstoffvorkommen. Es gibt dort nur Orangen und Wintergemüse. Wenn also eine Blockade gegen das Land verhängt oder es diskriminiert wird, dann wird das verhängnisvolle Folgen haben.«

Viele andere Abgeordneten des Europäischen Parlaments, mit denen ich gesprochen habe, vor allem die britischen, meinten: »Die Amerikaner können ihnen ja heraushelfen. Die machen das immer, egal in welchen Schlamassel Israel gerät.«

Alle sprachen auch von den verschwenderisch hohen Summen, die der amerikanische Kongreß und das Weiße Haus jährlich in das israelische »Rattenloch« schütten und die besser verwendet werden könnten für die ungeheuren sozialen Bedürfnisse der Armen und Alten in den Vereinigten Staaten selbst.

Mills Bemerkungen gegenüber der Presse und sein Bericht sorgten für eine allgemeine Empörung im Europäischen Parlament. Ein Punkt wurde besonders intensiv diskutiert, daß die israelischen Soldaten »keinerlei Respekt gegenüber Menschenleben zeigen und die arabische Bevölkerung so ansehen, als würden sie hinausgehen und Hasen jagen«. Dies schockierte alle Parlamentsmitglieder, mit denen ich während der Sitzungen sprach.

Einige der intensivsten Verfechter der »Traumwelt«, in der Geschäft und Handel nicht durch Menschenrechtsüberlegungen behindert werden sollten, waren plötzlich stumm geworden. Ihre Träume waren zerstört, sie könnten ihren Wählern zu Hause bei einer Befürwortung des Handels mit Israel nicht mehr ins Auge sehen.

Einem Bericht der UNRWA zufolge, der ebenfalls in Straßburg veröffentlicht worden war, benötigten 840 Kinder vom Gaza-Streifen im Alter von 15 Jahren und darunter ärztliche Hilfe wegen Verletzungen, die ihnen in den letzten Monaten zugefügt worden waren. Mills sprach für die Abgeordneten, als er sagte: »Ich verstehe nicht, was das für Menschen sind, die Sechs- oder Siebenjährigen oder sogar Fünf- und Vierjährigen die Knochen brechen.«

Die Europäer sind schockiert. In einem Zeitraum von vier Wochen sind 130 Palästinenser getötet worden oder sie starben aufgrund von Verletzungen durch israelische Soldaten am Gaza-Streifen und an der West Bank, während nur ein israelischer Soldat und ein fünfzehnjähriges israelisches Schulmädchen umgekommen sind. Das Schulmädchen kam durch eine Kugel aus einer M-16 ums Leben, die von einem der beiden Israelis getragen wurde, die das Schulmädchen und ihre Freunde begleiteten.

Obwohl sie durch eine israelische Waffe getötet worden ist, waren die Israelis so »aufgebracht«, daß sie große Demonstrationen inszenierten und das »Auslöschen« des Palästinenserdorfes Beita verlangten, wo das Mädchen starb. Die israelische Armee hat 14 Häuser zerstört, bevor die Operation gestoppt wurde.

Weitere Berichte aus dem UNRWA-Büro in Wien darüber, daß die israelische Armee neue Arten von hochgiftigem Gas gegen palästinensische Demonstranten einsetzen würden, haben die Emotionen gegen Israel hier noch weiter geschürt. Dem UNRWA-Bericht zufolge hat dieses Gas den Tod von zwei Palästinensern verursacht und bei 60 Frauen in zwei Flüchtlingslagern am Gaza-Streifen Fehlgeburten hervorgerufen.

### Auch Israelis wollen Frieden und Freiheit

Jean-Paul Bachy, Europa-Abgeordneter aus dem französischen Charleville-Mezières nahe der belgischen Grenze, war im Dezember 1987, den ersten Tagen der Demonstrationen am Gaza-Streifen, in Jerusalem und Jericho. Er erzählte von einer Knesset-Abgeordneten (israelisches Parlament) des ultrarechten Flügels, die für die israelische Armee nach den stärksten Methoden verlangte, um die steinewerfenden palästinensischen Kinder zurückzudrängen.

US-Präsident Ronald Reagan schloß sich dem Ruf nach ge-

walttätigen Methoden an und bezeichnete laut Presseberichten die Kinder vom Gaza-Streifen als »organisierte Terroristen«.

Bachy sieht für das israelisch-palästinensische Problem nur eine Lösung: Das ist eine Anerkennung der Rechte der Palästinenser und die Schaffung eines palästinensischen Staates. Das ist seiner Meinung nach möglich. Einige der alten Verfechter eines harten Kurses in der israelischen Regierung, die ihre Positionen aufgrund kräftiger Unterstützung aus dem Weißen Haus halten können, werden dann zwar gehen müssen, doch alles, was Rang und Namen hat in Israel, will Frieden und Freiheit.

Bachy erzählte, wie er Israelis und Palästinenser an der West Bank zusammen leben und miteinander kooperieren sah. Deshalb glaubt er, daß sie eine Lösung für ihre Probleme finden können, wenn sie alleine gelassen werden.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments, mit denen ich in der letzten Zeit sprach, sind einhellig der Meinung, daß die Verantwortung dafür, daß die Israelis sich mit den Palästinensern nicht einigen können, beim Weißen Haus liegt, wo die Stimme der israelischen Lobby, die einen harten Kurs verfolgt, und die Israelis des rechten Flügels die einzigen Stimmen sind, die gehört werden. Wenn der amerikanische Kongreß den Mut der europäischen Abgeordneten hätte und den Milliarden, die nach Israel gehen, den Hahn abdrehen würde, müßte sich Israel mit den Palästinensern einigen, und die friedliche Koexistenz, die Bachy im Auge hat, würde Realität werden.

Bei der gegenwärtigen Wahlkampagne in den Vereinigten Staaten hat sich die Aufmerksamkeit der Europäer darauf gerichtet, wie wichtig es ist, sich um die Interessen der ethnischen Minderheiten zu kümmern. Der Abgeordnete Andrew Pearce ist der heftigste Kritiker dieses Prozesses unter den vielen, mit denen ich in Straßburg sprach:

»In den amerikanischen Wahlen scheint sich jeder Kandidat verpflichtet zu fühlen, die Sache jeder ethnischen Minderheit zu vertreten. Dukakis hat daraus in einer Fernsehrede mit dem Titel ›Briten raus aus Irland‹ eine regelrechte Show gemacht. Er war damit offensichtlich auf die Wählerstimmen der Amerikaner irischer Abstammung aus.

Andere unterstützten den Kampf Israels gegen die Palästinenser mit einem Blick auf die jüdischen Wählerstimmen. Doch das ist Bigotterie.«

### Die Haltung vom »göttlichen Recht«

»Wir hätten gedacht, daß sich die amerikanischen Politiker auf Amerikas Probleme konzentrieren würden«, fuhr Pearce fort. »Sie haben erhebliche Wirtschaftsprobleme. Sie haben Rassenprobleme. Sie haben Probleme mit der Armut in einem Maße, wie wir sie in Westeuropa nicht kennen. Sie haben Probleme mit der Gewalt in einem Rahmen, wie sie in Westeuropa unbekannt sind.

In einigen amerikanischen Städten gibt es mehr Morde pro Jahr als bei uns im ganzen Land. Ich hätte gedacht, daß sich die amerikanischen Wähler über diese Themen Gedanken machen. In den Wahlen in Europa machen wir uns Sorgen um unsere Gegenwart, warum also machen sich die Amerikaner keine Sorgen um ihre eigenen Probleme?«

Pearce fuhr fort: »Ich unterstütze die Forderungen, daß die Israelis eine eigene Heimat haben sollen, und ich unterstütze auch die Forderung, daß die Palästinenser eine eigene Heimat haben sollen. Doch die Stimme der Palästinenser hört man erst jetzt aufgrund des schockierenden Verhaltens der israelischen Soldaten, das von deren eigenen Befehlshabern und dem rechten Flügel der israelischen Regierung gutgeheißen wird.

Es sind die Politiker, die den Anstoß erregen, Shamir und Co. Es ist diese Haltung ›von göttlichem Recht‹, die Shamir offensichtlich einnimmt. Die Meinung, daß wenn ein Jude etwas tut, muß es richtig sein, weil es ein Jude getan hat. Das ist nicht richtig. Wir müssen erkennen, daß es sich um ein tapferes und heroisches Volk handelt, doch sie verdienen nicht mehr Privilegien als irgend jemand sonst, in diesem Fall die Palästinenser.« □

## Absprachegremien

# Weltbank lobt die Abhängigkeit

Crowell Berrey

**Barber Conable, Präsident der Weltbank, hat die amerikanischen Steuerzahler aufgerufen wegen der »Abhängigkeit« Amerikas von der »Weltwirtschaft« neues »Kapital« in die Länder der dritten Welt zu schicken. Er machte diesen Aufruf in einer Rede vor dem Rat für Weltangelegenheiten (World Affairs Council).**

Mit seinem Aufruf half Conable die Tagesordnungspunkte der diesjährigen Treffen der Trilateralen Kommission und der Bilderberger festzusetzen. Diese beiden Absprachegremien üben auf hohe Beamte der Weltbank, des amerikanischen Federal Reserve Systems, auf die internationalistischen Banker und die wichtigen Finanzminister der westlichen Industrienationen einen entsprechenden Druck aus.

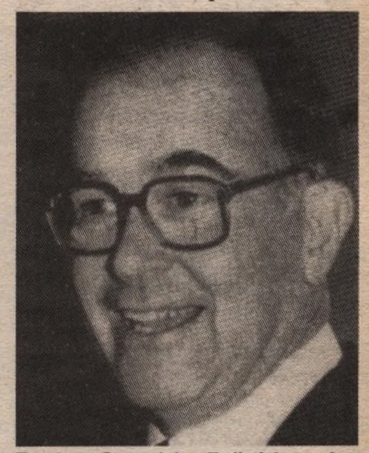
»Nur wenige haben die Realität besser ausgedrückt als Tom Clausen, der Chef der Bank of America, mein Vorgänger bei der Weltbank, Ihr Nachbar und mein Freund«, sagte Conable.

»›Anderen helfen sich selbst zu helfen‹, hat Tom Clausen gesagt, ›hilft jedermann.‹ Den Schwellenländern zu helfen ihre Volkswirtschaft zu expandieren ist ein Plus für die ganze Weltwirtschaft. Jedes Land profitiert davon – die Industrieländer und die Schwellenländer – und der Lebensstandard aller erhöht sich dabei.«

Conable bezog sich hier auf A.W. Clausen, den ehemaligen Präsidenten der Weltbank und Mitglied der Bilderberger.

»Jetzt nähern wir uns allerdings unserem Kreditvergabe-Limit«, führte Conable aus. »Zu einer Zeit, wo der Schuldendienst ins Geld geht, müssen viele Länder der dritten Welt zu Hause investieren und wenn neue Geschäftskredite nicht ausreichen, darf die Weltbank ihre Rolle als Katalysator und Kreditgeber nicht einfach nur fortsetzen, sondern sie muß sie sogar ausweiten.«

»Die Regierung«, sagt er, »bittet den amerikanischen Kongreß in diesem Jahr um eine erste Bewilligung von knapp 70 Millionen Dollar, um zur Expansion beizutragen. Während Amerikas zusätzliche Verpflichtung an abrufbarem Kapital fast 14 Milliarden Dollar betragen wird, beträgt sein einbezahlter Anteil 420 Millionen Dollar.«



**Barber Conable, Präsident der Weltbank, gefällt die Idee der »Abhängigkeit« durch Kredite an die dritte Welt.**

Übersetzt bedeutet dies, daß die amerikanische Verpflichtung 14 Milliarden Dollar wäre, die die Bank verlangen könnte, 240 Millionen Dollar betrachten sie als in der Bank für Kreditvergabezwecke mit einer Anfangszahlung von »knapp 70 Millionen Dollar«.

### Den Präsidenten setzte man unter Druck

Conable betonte, »die Weltbank vergibt keine Kredite, um den Banken auf der Welt zu helfen, sondern um zu investieren, das Wachstum zu fördern und die Armut zu bekämpfen«.

Conables Rede signalisierte, daß die Trilateralen und Bilderberger, eine Weltschattenregierung aus internationalen Bankern und führenden Politikern, die sich jedes Jahr hinter verschlossenen und streng bewachten Türen treffen, die Politik fortsetzen werden, mit der immer mehr amerikanische Steuergelder sowie die anderer westlicher Industrienationen in die dritte Welt und in die kommunistischen Länder fließen werden. □

# Europa-Journal

## Mitterrand für Marshall-Plan für die dritte Welt

In einer programmatischen Aussage hat der französische Staatspräsident François Mitterrand nach einem »weltweiten Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung der dritten Welt« nach dem Modell des Marshall-Planes der Nachkriegszeit verlangt.

Sein Vorschlag lautet: »Annullierung der Schulden der ärmsten Länder Afrikas« und anderer Schuldner in der dritten Welt. Verknüpfung der Schuldenrückzahlung mit den Exportpreisen der Rohstoffe.

Mitterrand bezeichnete die gegenwärtige Schuldenkrise in der dritten Welt gefährlicher als die Gefahr eines Atomkriegs und betonte, daß »die extreme Armut von Afrika, Lateinamerika und Asien zu Kriegen, Revolutionen, Hungersnot und Epidemien führe. Elend erzeugt Elend, als ob es unvermeidlich ist, daß zwei Milliarden Menschen in die Hölle wandern.« □

## Zum Tode des Esten Karl Linnas

In der Ausgabe der amerikanischen Zeitung »Washington Post« wurde ein Brief von Anu Linnas, der Tochter von Karl Linnas, veröffentlicht, den das Amt für Sonderermittlungen (OSI) im amerikanischen Justizministerium im April 1987 in die Sowjetunion und damit in den sicheren Tod abgeschoben hat. In dem Brief heißt es:

»Der Artikel vom 31. März über die Ermittlungen in Sachen Kriegsverbrechen in Großbritannien rief unangenehme Erinnerungen wach an den schockierten Gesichtsausdruck meines Kindes, das mich ansah, als ihr Großvater Karl Linnas von Beamten des US-Justizministeriums gezwungen wurde in einen Wagen einzusteigen, um in das kommunistische Land abgeschoben zu werden, aus dem er vor 40 Jahren geflohen war. Ich werde nie vergessen wie mein geliebter Vater im Alter von 67 Jahren vor einem Jahr, am 20. April am Kennedy-Flughafen in ein Flugzeug gezerrt und gestoßen wurde.

Ich erlebe erneut den Alptraum meiner fünf Tage in Leningrad, wo ich darauf wartete, meinen Vater in dem mittelalterlichen Verlies sehen zu dürfen, das jetzt als Gefängnishospital dient. Sein Antlitz sprach im Sterben von der Pein, Folter und dem Horror, den er in den zwei Monaten, die er in der Sowjetunion war, durchmachen mußte. Mich verfolgt die Erinnerung an sein Antlitz, als er mir sagte, daß das, was ihm angetan wurde, Unrecht sei und daß ich, sein Kind, der Welt diesen Fehler zeigen müsse. Sein Leben endete als Ergebnis einer Horrorgeschichte, die hier in Amerika begann.

Dem Artikel in der ›Post‹ zufolge glaubt William Chalmers, ein ehemaliger britischer Ankläger, nicht, daß es Beweise gibt, die ›es rechtfertigen würden irgendeine Art von Prozeß gegen irgendjemanden anzustrengen‹ und mehrere Mitglieder des Parlaments haben die Untersuchungen über die Kriegsverbrechen als ›unnütze Hexenjagd‹ verurteilt. Ich kann nur beten, daß die britische Regierung dieses Thema demokratischer und humaner abhandelt als das amerikanische Justizministerium.

Meine Großeltern, Cousins, Tanten und Onkel wurden alle niedergemetzelt oder in ihren Nachthemden in Viehwagen gesteckt und von den Sowjets – die Estland mit Gewalt annektiert haben – in die Gulags gebracht. Als einundzwanzigjähriger Student wurde mein Vater gezwungen die Schule zu verlassen und er mußte helfen das Abschlachten der Bevölkerung durch die Sowjets zu stoppen. Er wurde verwundet und aus Estland fortgeschickt. Er war kein Nazi; er war ein herzlicher, fürsorglicher Mann, der sein letztes Hemd hergegeben hätte, um jemandem zu helfen.

Das amerikanische Justizministerium hat meinem Vater nicht erlaubt, sich gegen seine Ankläger zu verteidigen. Es fand eine Gerichtsverhandlung ohne Geschworene statt. Die Zeugen wurden nicht ins Kreuzverhör genommen. Mein Vater wurde niemals irgendeiner Sache für schuldig befunden, es hat niemals ein Strafverfahren gegen ihn gegeben. Man hat ihn ein Jahr lang im Gefängnis festgehalten, was verfassungswidrig ist, und zerrte ihn zum Flughafen, um ihn abzuschieben.

Ich hätte nicht gedacht, daß unsere Regierung derartige Dinge tut. Mein Vater ist gegangen. Noch so viele Tränen, keine Anklagen oder Gerichtsverhandlungen werden ihn wieder zurückbringen. Haß wird den Mord an meinem Vater nicht rächen. Es ist Zeit mit dem Haß aufzuhören und anzufangen an der Welt zu arbeiten, von der ich dachte, daß wir sie in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits haben – eine, in der unschuldige Menschen nicht sterben.« □

## Europas Zukunft ist die Finnlandisierung

Ein hochrangiger sowjetischer Beamter nutzte bei einem Besuch in Finnland eine öffentliche Rede dazu, darauf hinzuweisen, daß ganz Europa bald »finnlandisiert« wird, obwohl er nicht genau dieses Wort für die sowjetischen Vorstellungen verwendete.

Bei seiner Tischrede in Helsinki anläßlich des 40. Jahrestags des finnisch-sowjetischen »Vertrages über Kooperation und gegenseitige Unterstützung« lobte das Mitglied des sowjetischen Zentralkomitees, Lev Zaikov, den Vertrag als ein »Modell für Beziehungen in einer künftigen gemeinsamen europäischen Heimat«.

Mit dem Vertrag wurde Finnland fast zu einem sowjetischen Satelliten. »Unsere gemeinsame europäische Heimat« war die Formulierung in der Sowjetpropaganda für Beziehungen mit allen europäischen Ländern nach deren richtiger Abkopplung von den Vereinigten Staaten. Somit war die Aussage von Zaikov gleichbedeutend mit einem öffentlichen Eingeständnis, daß die Sowjets beabsichtigen der Kolonialherr Europas zu werden.

Als Nummer Drei im Zentralkomitee ist Zaikov verantwortlich für die Rüstungsbeschaffungspolitik und die sowjetische Militärindustrie. □

## Kardinal verlangt Einhaltung der Enzyklika

Der Kardinal von Madrid, Monsignor Suquia, hielt vor der Vollversammlung der spanischen Bischöfe eine aufsehenerregende Rede, und verlangte von ihnen die jüngste Enzyklika des Papstes »Sollicitudo Rei Socialis« ausdrücklich zu proklamieren und zu akzeptieren und sie »zur Orientierung der Gedanken und Meinungen der Menschen« zu verwenden.

In der Enzyklika hatte Papst Johannes Paul II. sowohl den liberalen Kapitalismus als auch den Sozialismus sowjetischen Stils wegen deren Ablehnung der Moral als politisches Kriterium verurteilt.

Der spanische Kardinal griff die spanische Regierung, die Kirche Spaniens und die Europäische Gemeinschaft von seinem Standpunkt darum entschieden an: »Einer unserer größten Fehler ist unser traditioneller Mangel an sozialem Bewußtsein. Viele unserer Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Geschäftsleute, Gewerkschaftler gestern und heute ignorieren die Lehren der Kirche hinsichtlich der moralischen Anforderungen an diese Berufe, die häufig über das Schicksal der Nationen entscheiden.

Dies betrifft auch die Jugend, die sich auf das Priesteramt vorbereitet, da in den letzten 20 Jahren die Sozialdoktrin der Kirche immer mehr in Vergessenheit geraten ist.

Millionen von Spanier leben mit weniger als der Hälfte dessen, was sie brauchen. Unsere Hilfe an die Länder der dritten Welt beträgt 15 Prozent des Bruttosozialprodukts, weit weniger als der durchschnittliche Beitrag, den andere Länder leisten. Spanien erlebt eine kulturelle und

soziale Krise, und unsere eigene Regierung scheint sich dessen nicht bewußt zu sein.

Die Europäische Gemeinschaft zahlt den Bauern Geld dafür, daß sie 20 Prozent ihres Landes brach liegen lassen, anstatt die Gelder auf die Länder in der dritten Welt zu verteilen, so daß sie unsere Überschüsse zu vernünftigen Preisen kaufen können. Wir müssen die Lehren und Praktiken der Kirche aufrechterhalten, wie es in St. John Chrysostom, St. Ambrose und St. Augustin gezeigt wurde.«

Papst Johannes Paul II. erklärte vor einer Gruppe von Geschäftsleuten in Verona« »Nach Gewinn streben ist an sich nicht falsch. In einem Geschäft ist das sogar notwendig und ein vernünftiges Streben nach Profit ist verknüpft mit dem Recht zu wirtschaftlicher Initiative. Was ich meine ist, daß Gewinn moralischen Kriterien unterliegen muß, damit nichts Falsches dran ist.« □

# Medien ignorieren Völkermord in der UdSSR

Die Kommission über die Hungersnot in der Ukraine hat festgestellt, daß die Hungersnot der Jahre 1932/33 ein geplanter Völkermord an den Ukrainern durch »Josef Stalin und jene, die ihn umgaben« gewesen ist.

Die Feststellungen der Kommission gehen in ihrem ausführlichen Bericht so weit; er wurde jetzt dem amerikanischen Kongreß recht lautlos und ohne Kenntnisnahme durch die Establishment-Medien vorgelegt. In dem Bericht heißt es: »Die amerikanische Regierung besaß hinreichende und rechtzeitige Informationen über die Hungersnot, doch sie unternahm keinerlei Schritte, die die Situation verbessert hätten.«

Der Pulitzer-Preisträger und Reporter der »New York Times«, Walter Duranty, und seine Chefs sehen sich heftiger Kritik ausgesetzt; Duranty für seinen Mangel an journalistischer Integrität, weil er nicht über die Hungersnot berichtete, obwohl er über deren Existenz und überwältigenden Umfang Bescheid wußte. Seine Chefs bei der »New York Times« wußten, was er tat, und unternahmen nichts, um die Situation zu ändern, so heißt es in dem Bericht.

Im April dieses Jahres brachte der amerikanische Senator Bill Bradley und das Mitglied des Repräsentantenhauses James Florio einen Gesetzentwurf ein, mit dem der Fortbestand der Kommission über den 22. Juni 1988 hinaus verlängert werden soll – doch ohne Regierungsgelder – und zwar für zwei weitere Jahre.

Das ist zwar nicht die Behandlung, die der Präsidenten-Kommission über den Holocaust zuteil werden müßte. Es hat auch niemand angeregt für die sieben Millionen Ukrainer in Washington ein Denkmal zu errichten, doch immerhin ist es das erste Mal, daß der amerikanische Kongreß zugegeben hat, daß Franklin D. Roosevelts »guter Verbündeter« ein Massenmörder gewesen ist.

»Das Ende des Geldzuflusses vom Staat bedeutet, daß wir weiterhin vom Edelmut der ukrainisch-amerikanischen Gemeinde abhängig sind«, sagte der Stabsdirektor der Kommission, James Mace, gegenüber der »Ukrainian Weekly«. »Wir sind äußerst dankbar für die große Unterstützung von seiten dieser Gemeinde.«

Etwa 140 000 Dollar sind seit Herbst gespendet worden, womit die Gelder bereitgestellt sind für die Arbeit der Kommission bis zum Monat August 1988. □

# Mehr Handel zwischen Sowjetunion und USA

»Trotz der Geheimhaltung ist der Ansturm und die sprunghafte Zunahme des amerikanisch-sowjetischen Handels jetzt unausweichliche Tatsache geworden, vor allem nach den Moskauer Gesprächen von US-Handelsminister William Verity und einer ausgewählten Gruppe amerikanischer Geschäftsleute, die nach neuen Regeln operieren, die vom Nationalen Sicherheitsrat der USA jedoch nicht formell genehmigt sind«, berichten Evans und Novak in mehreren amerikanischen Zeitungen.

Die Bildung von amerikanisch-sowjetischen »Arbeitsgruppen« und die Ankündigung, daß Occidental Petroleum ein sehr großes petrochemisches Werk in der Ukraine bauen wird, hat die Journalisten verärgert, doch was sie noch mehr verärgert hat, ist die Tatsache, daß der Nationale Sicherheitsrat der USA nichts gegen Veritys Initiativen unternommen hat. »Bis heute hat Verity die Initiative auf brillante Weise gehandhabt und er zeigt keinerlei Anzeichen dafür nicht auf dem eingeschlagenen Weg weiter voranzukommen.«

Der »rote Milliardär Hammer« traf sich anläßlich seines Aufenthalts in Moskau zur Unterzeichnung des Protokolls für das petrochemische Werk mit dem Sekretär des Zentralkomitees Anatoly Dobrynin und versicherte ihm dabei, daß die amerikanische Wirtschaft daran interessiert sei, den »für beide Seiten vorteilhaften Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit« mit der Sowjetunion auszuweiten, hieß es in der »Washington Post«.

Inzwischen traf sich Dobrynin auch mit Donald Kendall von Pepsico, der Vorstandsmitglied des amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsrates ist. Sie sprachen über die Beseitigung »künstlicher Schranken«, die verstärkten Handel zwischen den beiden Ländern verhindern, so berichtet die »New York Times«. □

# Tierversuche so wenig wie möglich

Zur Erprobung chemischer und pharmazeutischer Produkte sind in bestimmten Fällen Tierversuche erforderlich. Nach Ansicht der EG-Kommission reichen die geltenden Gemeinschaftsbestimmungen zur Begrenzung der Tierversuche nicht aus. Sie befürwortet die gezielte Förderung neuer Erprobungstechniken, die ohne »Versuchskaninchen« auskommen.

Brüssel fordert eine bessere Abstimmung der Mitgliedsstaaten bei der Suche nach neuen Versuchstechniken. Die EG-Kommission will deshalb den Regierungen der Gemeinschaftsländer in Kürze einen Vorschlag unterbreiten. Er sieht vor, neue Erkenntnisse über Versuchsverfahren unverzüglich in die EG-Bestimmungen einzubeziehen.

Außerdem wird die Kommission Maßnahmen vorschlagen, die auf eine zahlenmäßige Verringerung der bei bestimmten Tests verwendeten Tiere zielen. Ferner sollen für die Auswahl der Versuchstiere strengere Kriterien gelten. Außerdem sieht der Vorschlag die Einrichtung einer europäischen Datenbank für alternative Versuchsmethoden vor. □

# EG will biologische Anbaumethoden fördern

Die EG-Kommission wird in Kürze den Regierungen der zwölf Mitgliedsstaaten gemeinsame Bestimmungen für Produktion, Vertrieb und Bezeichnung biologischer Erzeugnisse vorschlagen. Brüssel will damit den Verbraucher besser vor Betrug schützen und gleichzeitig alternative Anbaumethoden fördern. Gezielte Kontrollen sollen zudem für die Einhaltung der EG-Vorschriften sorgen.

Mit dieser Ankündigung hat die EG-Kommission jetzt auf eine Anfrage des belgischen Europa-Abgeordneten François Roelants du Vivier reagiert. Der Parlamentarier hatte sich besorgt über das Schattendasein der alternativen Landwirtschaft geäußert, das seiner Ansicht nach auf das mangelnde Interesse der Nahrungsmittelindustrie zurückzuführen ist.

Nach Angaben der Kommission werden seit 1979 Forschungsvorhaben, die den Einsatz natürlicher Bewirtschaftungsmethoden im Agrarsektor zum Ziel haben, gefördert. Das Ausmaß der künftigen Unterstützung hängt nach Auffassung der Kommission jedoch entscheidend davon ab, wieviel Geld die Mitgliedsstaaten für das landwirtschaftliche Forschungsprogramm für die Jahre 1989 bis 1993 zur Verfügung stellen. □

# Die Erfolge LePens

Jacques Le Blanc

**Vor den letzten Nationalwahlen in Frankreich hatte das Establishment angedeutet, egal, wer gewinnen würde, François Mitterrand oder Jacques Chirac, das System des Verhältniswahlrechts im französischen Parlament würde aufgehoben werden. Der Plan war, etwas ähnliches wie das amerikanische System einzuführen, bei dem keine Minderheitsstimmen im US-Kongreß angehört werden – lediglich die sich kaum voneinander unterscheidenden Stimmen der Republikaner und Demokraten. Doch mit den großen Wahlerfolgen Jean-Marie LePens und seiner Nationalen Front ist diese Idee gestorben, mit der man ihn und seine Nationalisten zum Schweigen bringen wollte.**

Das französische Establishment ist nach den Nationalwahlen am 24. April und 8. Mai 1988 ein komplettes Chaos. Die Ursache für die Verunsicherung ist Jean-Marie LePen, Führer der Nationalen Front. LePen, ein ehemaliger Angehöriger der französischen Fallschirmtruppen, der vor 22 Jahren in französischen Cafés Flugblätter verteilt hat und dessen erste Versammlung 13 Menschen anzog – einschließlich sich selbst, erhielt 15 Prozent von allen abgegebenen Stimmen. Und dies trotz der gemeinsamen Anti-LePen-Kampagne, wie sie noch kein französischer Politiker zuvor erfahren hat.

## Ein ungeheuerer Sieg für einen Mann

LePens eigenen Meinungsumfragen zufolge hätte er 20 Prozent der Stimmen erhalten sollen, während des Establishment schätzte, er würde zwischen 4 und 8 Prozent bekommen. Die 15 Prozent, die er letztlich trotz der Kampagne gegen ihn und des angeblich hohen Stimmenbetrugs bekam, werden als ein ungeheuerer Sieg angesehen für einen Mann, der von Sozialisten, Kommunisten, Konservativen, der Einwanderer-Lobby, dem Big Business, den Zionisten und der Kirche gleichermaßen angegriffen wird.

LePen glaubt, daß er in den entlegeneren Provinzen durch Stimmenbetrug bis zu 8 Prozent am Gesamtstimmenanteil verloren hat. Seine Partei hatte die Wahllokale in den Großstädten mit Leuten besetzt, doch es standen nicht genügend Mitarbeiter zur Verfügung, um Wahlbeobachter in alle Provinzen zu schicken.

Bei den letzten Wahlen im Dezember 1987 erhielt LePen etwa 10 Prozent der Stimmen, somit stellen selbst seine offiziellen 15 Prozent eine Steigerung von 50 Prozent in nur wenigen Monaten dar.

Es ist kein Wunder, daß die Establishment-Medien zusammen mit Kommunisten, Sozialisten, Konservativen und so ungefähr jeder anderen anerkannten Gruppe sich total gegen den Nationalisten LePen wandten und ihn »einen zweiten Adolf Hitler« und einen »Antisemiten« nannten, der Standardangriff des Establishments gegen jeden, der es wagt, den Nationalismus zu erwähnen.



Jean-Maria LePen erinnert in seinen Reden an Frankreichs vergangenen Ruhm.



Françoise Mitterrand hat schwer mit seiner Krankheit zu tun und mußte zu einer weiteren Legislaturperiode überredet und angespornt werden.

## Sein Patriotismus ist keine leere Phrase

Gleichzeitig fiel die Kommunistische Partei von 28 auf 6 Prozent ab, den niedrigsten Wert bei den französischen Wahlen der jüngsten Vergangenheit. Die Kommunisten demonstrierten damit die Spaltung innerhalb der Partei, über die schon seit Monaten die Gerüchte im Umlauf waren.

Viele Franzosen aus der Arbeiterschaft, die bisher die Hauptstütze der Kommunisten waren, wechselten über zur Nationalen Front LePens und erinnerten sich dabei an Frankreichs vergangenen Ruhm, den LePen in seinen Reden heraufbeschwört. Der Rest stimmte für die Sozialisten von François Mitterrand oder die Gaullisten unter Jacques Chirac. Das Ergebnis führte dazu, daß in den Establishment-Medien Bitten veröffentlicht wurden, man möge LePen um jeden Preis stoppen.

LePens Hauptthema ist der Patriotismus, und das ist keine leere Phrase. Die Bedeutung von LePens Auftreten ist nichts anderes als die Ablehnung der Vergangenheit Frankreichs der letzten 100 Jahre und eine Rückkehr zum französischen Nationalismus.

Ein Beispiel dafür: Am Sonntag, dem 1. Mai 1988, war LePen der Hauptredner bei einer Veranstaltung in Paris, zu der 100 000 Menschen kamen. Diese Zusammenkunft, die alljährlich stattfindet, wird seit Jahren heruntergespielt und von dem französischen Establishment ignoriert, weil es Bilder eines Frankreichs auf der Höhe seines Ruhms heraufbeschwört – ein ständiges Thema von LePen.

In den letzten Jahren haben die Kräfte um LePen die Kontrolle über diese alljährliche Feier übernommen und eine Verbindung zur Plattform der Nationalen Front hergestellt.

Der ehemalige Angehörige der französischen Fallschirmtruppen ist der einzige wirkliche Antikommunist unter den Politikern,

die sich an den Nationalwahlen beteiligten. Er will überhaupt keinen Handel mit der Sowjetunion oder einer ihrer Satellitenstaaten, weil er kommunistische Regime für illegitim hält, das heißt, sie repräsentieren nicht das Volk.

Das ist auch einer der Hauptgründe dafür, warum er sowohl in der Bundesrepublik als auch in den Vereinigten Staaten eine solch schlechte Presse hat. Schließlich führen die Medien dieser Länder eine regelrechte Kampagne für »normale« Beziehungen zu den kommunistischen Regimen. In wessen Interesse dies geschieht, zeigt die Gewährung des jüngsten deutschen Kredites in Höhe von 3,5 Milliarden an die Sowjetunion. Ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank will der Sowjetunion bei der Lösung ihrer Wirtschaftsprobleme helfen und sicherstellen, daß die kommunistische Weltrevolution nicht in einem wirtschaftlichen Fiasko endet.

## LePens Siegeszug geht weiter

Was auffällt, trotz einer heftigen Medienkampagne haben andere französische Kandidaten an Popularität verloren und nicht gewonnen. Mitterrand hat schwer mit seiner Krebskrankheit zu tun und mußte zu einer weiteren Legislaturperiode überredet und angespornt werden, denn ohne ihn, so fürchtete das Establishment, würde LePen eine Mehrheit gewinnen und weiter damit einen Schritt näher der französischen Präsidentschaft sein.

Chiracs Stimmenanteil ist im Vergleich zur letzten Wahl gesunken. Der andere wichtige Kandidat, Raymond Barre, der unter Valéry Giscard d'Estaing Premierminister war, hat Chirac seine ganze Unterstützung gegeben. Barre sagt von sich selbst, daß er ein »Konservativer« und »Patriot« sei, was anhand der Tatsache beurteilt werden muß, daß seine Frau eine bekannte zionistische Führerin ist und er Mitglied der Trilateralen Kommission.

Die Kirche, das heißt die Priester des Establishments, die von sich selbst behaupten, sie würden die Kirche in Frankreich vertreten, ist völlig gegen LePen



**Jaques Chirac, ehemaliger französischer Ministerpräsident, räumte nach der Wahlniederlage sein Amt.**

eingestellt. Kardinal Jean-Marie Lustiger, der Erzbischof von Paris und selbst ein reformierter Jude, der zum Katholizismus übergetreten ist, ging sogar soweit zu erklären, daß es eine Sünde wäre, für LePen zu stimmen.

Die Establishment-Kirche, tat das gleiche mit Ausnahme von ein paar nationalistischen, patriotischen Priestern, die in der Vergangenheit sich auch gegen den Kardinal stellten.

Da bei den Kommunisten ein politisches Chaos herrscht, ist LePens Nationale Front jetzt die drittgrößte Partei in Frankreich. Durch die Wahlen hat der kämpferische Nationalist eine Mehrheit in den Schlüsselstädten und Regionen von Nizza, Toulon und Marseille erhalten und in nicht weniger als zehn anderen Gebieten steht er an zweiter Stelle.

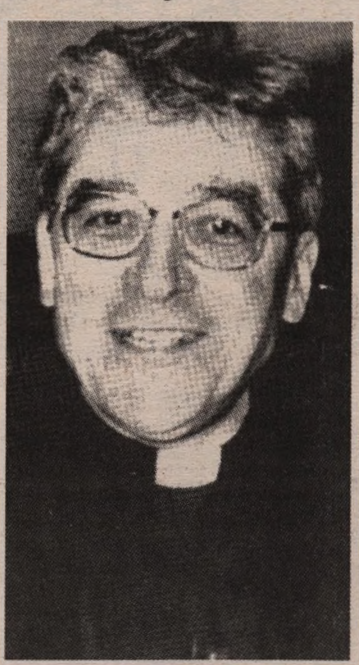
Das heißt, um Mitterrand deutlich herauszufordern, muß Chirac künftig entweder mit LePen oder den Marxisten fertig werden. Er hat bereits vor der Stichwahl angekündigt, daß er »der Ultrarechten nicht den Hof machen werde«. Die andere Möglichkeit, die Chirac bleibt, ist zu versuchen, der Nationalen Front die Themen zu stehlen, eine politische Praxis, die in Frankreich nicht unüblich ist. Das Eintreten für nationalistische Themen könnte ihn allerdings so viel Unterstützung von seiten des Establishments verlieren lassen, wie er von Wählern mit Hang zum Populismus gewinnen könnte.

## Die Einwanderung wird zum Schlüsselthema

LePen, der der Kommunistischen Partei das Rückgrat gebrochen hat, hat schon immer zugegeben, daß sein größter Feind – und damit der Feind des Populismus – die Konservativen sind. Es sind die Konservativen, sagt LePen, die immer mit den Kommunisten kooperieren. Es ist das westliche Big Business, das ständig für die UdSSR bürgt und es immer getan hat, sagt der Führer der Nationalen Front.

Die französischen Wähler sind ruhelos, da die französische Wirtschaft sich schwertut unter der sozialistischen Regierung Mitterrands, selbst als Chirac noch Premierminister war. LePen meint, je länger die Situation andauert, desto größer sind seine Chancen, gewählt zu werden.

Die Einwanderung wird einer der Schlüssel zum Sturz der Konservativen des Establishments sein, sagt LePen. Um ihre Macht zu halten und ihn einzufrieren, wollten sie den Einwanderern die Möglichkeit der Teilnahme an der Wahl geben, denen, die die französischen Großstädte überschwemmen und den französischen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen.



**Kardinal Jean-Marie Lustiger, ein reformierter Jude, der zum Katholizismus übergetreten ist, erklärte es als Sünde, wenn man LePen eine Stimme gäbe.**

Die Franzosen werden deswegen eines Tages auf die Barrikaden gehen, wenn die Situation nicht besser wird, und LePen rechnet damit, daß die Lage unter Mitterrand sich weiter verschlechtern wird.

LePens Sieg ist von populistischen Führern in Europa begrüßt worden. LePen wird in den Vereinigten Staaten als Populist bezeichnet, weil er für viele Lehren des Populismus eintritt. Der Populismus ist eine politische Theorie, die von den Gründungsvätern in Amerika entwickelt wurde. LePen hat den Mut zu behaupten, daß die Französische Revolution, obwohl es heißt, sie habe die amerikanische Revolution als Vorbild, ein Verrat am Volk und ein Verbrechen war.

Wie die Autorin Nesta Webster in ihrem klassischen und nicht mehr erhältlichen Buch über die Französische Revolution schreibt, versuchten die Führer eine ganze Menschenklasse durch Massenmord zu beseitigen. Die Tatsache, daß sie damit keinen Erfolg hatten, besagt keineswegs, daß sie es nicht versucht haben.

LePen predigt einen Populismus, wie er im Amerika des 18. Jahrhunderts entwickelt worden ist, und seine Botschaft erreicht das Volk. Selbst der kommunistische Parteiführer Georges Marchais wies darauf hin, wie schrecklich es sei, daß LePen so viele junge Menschen anziehen würde. Schrecklich für die Kommunisten und ihre Freunde im Establishment vielleicht, doch gut für Frankreich, sagt LePen.

Die Nationale Front hat die Sicherheit und Überwachung für LePen nach seinem jüngsten Wahlsieg verstärkt. Er war schon in der Vergangenheit eine Zielscheibe für Mord und Terror, sein Abschneiden bei den letzten Wahlen kann die Gefahr, in der er sich befindet, nur erhöhen. Doch LePen wird von seinen Zielen nicht lassen und er wird auch seine Botschaft nicht ändern, er rechnet damit, eines Tages französischer Präsident zu sein. □

## Agrarpolitik

# EG zwischen allen Stühlen

Hans W. Schimmelpfeng

**So lautet die Schlagzeile einer Tageszeitung und beschreibt damit den Zustand der »Europäischen Gemeinschaft« auf dem Gebiet der Agrarpolitik. Wir sagen schon lange, daß diese Fehlkonstruktion weder europäisch noch Gemeinschaft ist. Sie ist nicht europäisch, weil sie auf Befehl der westlichen Eroberer im Einvernehmen mit dem östlichen das Deutsche Reich und damit Europa in zwei Teile reißt. Und sie ist keine Gemeinschaft, weil sie nur eine Hilfsorganisation des kapitalistischen Westens in Konkurrenz zum marxistischen Ostlock ist, also eine endlich zu überwindende Nachkriegserscheinung, deren einzelne Teile selten einig sind.**

Das Deutsche Reich war vor seiner gewaltsamen Zerstörung eine politische, wirtschaftliche und völkische Einheit mit gesunder innerer wirtschaftlicher Struktur und ausgeglichenen wirtschaftlichen Beziehungen zu seinen Nachbarn.

### Der überschuldete Bonner Staat

Die politische und wirtschaftliche Auseinanderreißung und brutale finanzielle und materielle Ausbeutung seiner Teile durch die Eroberer hat im Westteil nach einer zeitweiligen Scheinblüte zu einer heillosen wirtschaftlichen Verwirrung geführt. Die Scheinblüte in der BRD beruhte – abgesehen von dem Fleiß und der Tüchtigkeit der auf Wiederaufbau bedachten Deutschen – auf vorübergehend günstiger Konjunktur und auf verantwortungsloser Verschuldung aller öffentlichen Kassen, die sich jetzt in Bund, Ländern und Gemeinden auf fast 1000 Milliarden DM beläuft, so daß Amortisation, Zinsen und laufende Ausgaben und der Ausgleich der Haushalte ohne dauernde Schuldenerhöhung – Steigerung der Zinsknechtschaft – nicht mehr zu bewältigen sind.

Dabei ist es einerlei, welcher der etablierten und um die Machtposition kämpfenden Parteien der jeweilige Finanzminister angehört.

Nun müßte also in diesem überschuldeten westdeutschen Staatswesen sehr sparsam und gemeinschaftsbewußt gewirtschaftet werden. Das geht aber nicht, weil die BRD nicht nur keine selbständige Finanzhoheit besitzt, sondern auch wesentliche Teile ihrer Wirtschaftshoheit an die Europäische Gemeinschaft (EG) abgetreten hat und als politisch unterworfener und somit politisch schwächster Teil der EG sich ständigen Forderungen und Eingriffen der EG-Instanzen ausgesetzt sieht.



**Maschinelle Bewirtschaftung und Überdüngung führte zu einer Zerstörung des früheren Gleichgewichts.**

So kann also auch der Landwirtschaftsminister nicht das tun, was für das Gedeihen des Bauerntums in der BRD nötig wäre, sondern muß bei den vielen Interessen-Gegensätzen mühsam den EG-Mitgliedern die notwendigsten Zugeständnisse abringen.

### Verlust der staatlichen Wirtschaftshoheit

Gegenwärtig wirkt sich das besonders verheerend auf unsere Bauernschaft und damit auf unsere Ernährungssicherheit aus. Die Zerstörung unserer auf der eigenen Landwirtschaft beruhenden ausgeglichenen Lebensmittelproduktion begann mit der volkswirtschaftlich verfehlten Überindustrialisierung, die der eigenen Landwirtschaft die Arbeitskräfte entzog.

Mit dem Ende des Wirtschaftswunders sind nun die Dörfer entleert, und in den Städten haben wir zwei Millionen Arbeitslose. Die Bauernhöfe haben dann die fehlenden Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt und mußten sich anstelle der vorherigen Vielseitigkeit der Wirtschaftsweise auf bestimmte Produkte spezialisieren. Damit erlosch aber auch die Fähigkeit der früher vielseitig wirtschaftenden Höfe, sich dem wechselnden Bedarf des Handels anzupassen. Eine falsche Wirtschaftsberatung erhöhte diese Spezialisierung und Intensivierung noch wesentlich, und das Ergebnis ist die Übererzeugung einzelner Produkte wie Milch, somit Butter, und von Getreide.

Der Verlust der staatlichen Wirtschaftshoheit durch »Integration« in die EG, verbunden mit der weitgehenden Aufhebung des Zollschutzes und mit der ungezügelten Einfuhr ausländischer Waren zerstörte das früher eingespielte Preis-, Erzeugungs- und Versorungssystem.

Die Masseneinfuhr von Futtermitteln aus den USA steigerte die Übererzeugung von Milch und Fleisch. Ländereien, die bisher zur Erzeugung von Viehfutter gedient hatten, wurden nun mit maschineller Bewirtschaftung und mit moderner Überdüngung zur Steigerung der Getreideproduktion benutzt, und so sieht es heute bei unbedachter Zerstörung des früheren Gleichgewichts so aus, als wenn die Landwirtschaft in der EG, insbesondere in der BRD, zuviel erzeugte.

Das ist bezüglich der BRD ein verhängnisvoller Irrtum. Am 24. Januar 1987 erschien in der Presse eine kurze richtige, aber leider sehr seltene Feststellung:

»Die Bundesrepublik Deutschland ist nach den Worten des Bundesernährungsministers Kiechle bezogen auf die Einwohnerzahl der mit Abstand größte Agrarimporteur der Welt. Zur Berliner Grünen Woche schrieb Kiechle, bei Agrareinfuhren von 58 Milliarden DM und einem Einfuhrüberschuß von 30 Milliarden DM (im Jahr 1985) bildet der deutsche Markt gemeinsam mit den USA und Japan die Spitzengruppe der Agrarimportländer.«

### Verrat am eigenen Volk

Es ist festzustellen: Infolge zielloser und verworrener EG-Wirtschaft erzeugen wir bei Aufgabe



**Trotz landwirtschaftlicher Überproduktion kann sich die Bundesrepublik nicht selbst ernähren.**

eigener volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten keineswegs zuviel, sondern wir erzeugen falsch.

In Wirklichkeit sind wir ein Lebensmittel-Importland und könnten uns, wenn die internationalen Unsicherheiten uns den Import abschnitten – was jederzeit eintreten kann –, nur mit größter Mühe aus eigener Erzeugung notdürftig über Wasser halten. Die fehlgeleitete Landwirtschaft in der durch Menschenimport überfüllten BRD könnte es überhaupt nicht.

Ebenso wie in der BRD durch eine verfahrene Agrarpolitik die Bauernschaft dezimiert und die Ausgeglichenheit unseres Landbaus zerstört ist, steht nun die gesamte Wirtschaft in der sogenannten »Europäischen Gemeinschaft« Kopf. Bei den weit auseinanderklaffenden Interessen ihrer widersinnig zusammengeworfenen einzelnen Teile steht auch keine Besserung in Aussicht.

Um das zu ändern, haben wir uns zuerst auf die eigenen Interessen zu besinnen, wenn wir im Rahmen eines wirklichen Europas eine politische und wirtschaftliche Zukunft erstreben.

Voraussetzung einer europäischen Ordnung ist der Wegfall der deutsch-deutschen Teilungsgrenze. Unser Volk muß sich darüber klar werden, daß es nicht um ideologische Unterschiede zwischen Bonn und Pankow geht. Es geht um viel mehr, nämlich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes als unentbehrliche Mitte Europas.

Daß man in Bonn untertänig bemüht ist, den Teilstaat fest an den Westen zu binden, ist Verrat nicht nur am eigenen Volk, sondern auch an dem wirklichen Europa. Es ist zugleich bewußter und gewollter Verstoß gegen das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes.

Wir haben einen politischen Auftrag, der auch Voraussetzung für eine geordnete europäische Wirtschaft ist. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Menschen aus Mitteldeutschland zu bedauern und in den Westen zu lokken. Wir wollen unseren Volksgenossen in der DDR sagen:

Bleibt dort und haltet die Stellung! Denkt nicht, das »System« hier im Westen sei besser!

Es geht nicht um eins der Systeme, es geht um Sein oder Untergang unseres Volkes, das hier in der BRD aufs äußerste gefährdet ist. Von beiden Seiten muß der harte Wille zur Beseitigung der widersinnigen Kunstgrenze sich durchsetzen. Dann erst ist der Weg frei zu gesamteuropäischer Aufbauarbeit und zur Beseitigung der waffenstarrenden Kriegsgefahr. Das Zueinanderfinden der nach verschiedenen Richtungen »umerzogenen« Volksteile ist dann kein Problem.

Auf westlicher Seite muß der Wählerschaft klar gemacht werden, daß es gilt, den heillos zerstrittenen Seperatistenparteien den Stuhl vor die Tür zu setzen und anstelle von Postenjägern pflichtbewußten Volksvertretern den Weg zum gesamtdeutschen Wiederaufbau freizugeben. □

## Litauen

# Sehnsucht nach Unabhängigkeit

Mike Blair

**Vytautas Skuodis, 58 Jahre alt, ein amerikanischer Staatsbürger, der als Benedict Scott im Jahr 1929 in Chicago geboren wurde, hat von den Kommunisten die Erlaubnis bekommen das sowjetisch besetzte Litauen zu verlassen und in seine Heimat Amerika zurückzukehren. Er lebt heute mit seiner Frau Irena und seiner Tochter Daiva in der Gegend von Chicago.**

Die Heldengeschichte von Skuodis, der vor allem wegen seines Dissenses gegen religiöse Verfolgung und die sowjetische Besatzung Litauens sieben Jahre lang ein politischer Gefangener in den brutalen sowjetischen Arbeitslagern war, ist von den westlichen Establishment-Medien ignoriert worden. Skuodis war als 12 Monate altes Baby im Jahr 1930 mit seinen aus Litauen gebürtigen Eltern dorthin gekommen.



Vytautas Skuodis (rechts) erzählt von seinen Erfahrungen im sowjetisch besetzten Litauen.

### Von den Sowjets überfallen

Litauen, Estland und Lettland sind drei unabhängige Staaten an der Ostsee, die von der Sowjetunion im Jahr 1940 überfallen und annektiert wurden. Die Sowjets wurden später im Zweiten Weltkrieg zwar von der deutschen Wehrmacht verjagt, doch als sich das Schicksal gegen die Deutschen wandte, wurden die drei baltischen Staaten erneut von den Sowjets besetzt und die einst unabhängigen Länder sind seither feste Bestandteile des Sowjetimperiums.

Skuodis ist in Litauen aufgewachsen. Von 1953 bis 1969 hat er geologische Untersuchungen durchgeführt und Wasserkraftprojekte in Litauen, Lettland und Sibirien geleitet. Später wurde er Professor an der Universität Wilna, der Hauptstadt Litauens. Er ist ein international anerkannter Hydrogeologe und seine Biographie erschien vor seiner Verhaftung durch die Sowjets im Jahr 1980 in der sowjetisch-litauischen Enzyklopädie.

Im November 1979 durchstöberten sowjetische Agenten des Geheimdienstes KGB seine Wohnung in Wilna und beschlagnahmten sein noch unabgeschlossenes, dreihundertseitiges Manuskript mit dem Titel »Geistiger Völkermord in Litauen«, eine Studie über die 46 Jahre andauernde Unterdrückung der Religion, Sprache und Kultur durch die Sowjets in dem baltischen Staat, der zu 90 Prozent katholisch ist.

Wenige Tage später schrieb Skuodis einen Brief an den damaligen amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter und bekräftigte seine amerikanische Staatsbürgerschaft. Am 9. Januar 1980 wurde er vom KGB verhaftet.

Skuodis wurde »anti-sowjetischer Agitation und Propaganda« beschuldigt, er höre ausländische Rundfunksendungen, erarbeite Untergrundliteratur für Studenten der Universität Wilna – die Universität kann auf eine dreihundertjährige Geschichte zurückblicken – und er sei der Verfasser des Manuskriptes »Geistiger Völkermord«.

### Ins KGB-Gefängnis gesteckt

Nach achttägigen Verhandlungen, in denen es den sowjetischen Justizbehörden nicht gelang auf geltende Gesetze oder Kodizes zu verweisen, die er verletzt haben könnte, wurde Skuodis zu sieben Jahren Sklavenarbeit und fünf Jahren »inneres Exil« in der Sowjetunion – normalerweise im frostigen Sibirien – verurteilt.

»In der Nacht, in der ich verhaftet wurde, hat man mich im Keller unter dem Gerichtsgebäude in Wilna in ein KGB-Gefängnis gesteckt«, erklärte Skuodis. »Ich trug ein Jahr lang die Kleidung, die ich bei meiner Verhaftung angehabt hatte.«

In einer Nacht dann wurde Skuodis und einige Mitgefangene plötzlich woandershin gebracht.

»Man holte uns heraus und behandelte uns wie Tiere«, sagte Skuodis. »Sie steckten uns in einen Käfig, in den normalerweise ungefähr vier Leute gepaßt hätten, doch sie stopften ihn mit 20 Mann voll, meine Mitgefangenen, mich und einige gefährliche Verbrecher.

Der Käfig befand sich in einem gedeckten Güterwagen. Es befanden sich noch fast 100 Gefangene in anderen Käfigen in diesem Güterwagen. Man hielt uns wie Schlachtvieh.

Man brachte uns nach Pskov – 200 Meilen nordöstlich von Wilna –, wo wir schließlich unsere Kleider abgeben mußten und Gefangenenkluft bekamen. In Pskov blieben wir nur etwa zwei Wochen.

Wie sah es da aus? Ein guter Bauer würde Schweine und Vieh nicht in solchem Schmutz und Dreck halten, indem wir uns aufhalten mußten. Wir bekamen eine Art wässrigen Haferschleim und teigige Körner zu essen, ein völlig geschmackloses, kaltes Zeug.

Überraschend wurden wir dann erneut auf die gleiche Weise in einem Zug – wieder in Käfigen – wegtransportiert. Es ging noch weiter östlich nach Yaroslav – nördlich von Moskau –. Die Fahrt dauerte 24 Stunden, doch 14 Stunden davon hielt der Zug, ohne daß wir etwas zu essen oder zu trinken bekamen.

Dann ging es weiter nach Gorki, wo Andrei Sacharow unter Hausarrest gehalten wurde. Es war Sacharow, der meine Verhaftung und die meiner Mitgefangenen im Westen verkündete.«

### Es gab keine medizinische Versorgung

»Der Gefängnisbereich hatte ungefähr eine Größe von 100 Meter mal 60 Meter und es waren Barracken, in denen wir leben mußten«, fuhr Skuodis fort. »Wir waren umgeben von Stacheldraht und Wachtürmen mit Wachtposten, die Automatikgewehre bei sich trugen.

Als ich hier ankam, gab es ungefähr 100 Gefangene, bei meinem Weggang waren es nur noch 50.

Einige konnten die Isolation und die Quälerei nicht ertragen. Man versuchte, uns unsere Persönlichkeit zu zerstören. Einige starben, manche wurden freigelassen und andere kapitulierten und gestanden.«

Die Gefangenen in Varsevo waren alle entweder Dissidenten wie Skuodis oder sogenannte Verräter, weil sie die Sowjetunion und ihre Führung kritisiert hatten.

»Ein junger Mann versuchte zu fliehen, während ich dort war«, berichtete Skuodis, »obwohl er nirgendwo hätte hingelangen können, wenn er entkommen wäre, weil es ein großes, weites Gelände war und die Entfernung zum nächst gelegenen Ort zu weit. Man schnappte ihn und schlug ihn. Sie brachen ihm die Knochen und schlugen ihm die Zähne aus, dann ließen sie ihn ohne jegliche ärztliche Hilfe liegen.

Das Essen, das wir bekamen, bestand vor allem aus Haferschleim mit einer Art Gemüse darin. Weil wir mindestens 50 Prozent unseres täglichen Kolorienbedarfs bekommen sollten, war noch Schweinespeck dabei.

Um unseren Hunger zu stillen, fielen wir über alle möglichen eßbaren Gräser und eßbares Unkraut her.

Einmal im Jahr durften uns unsere Familien besuchen. Die Besuche sollten drei Tage dauern, doch sie kürzten dies dann auf weniger als einen Tag. Bei der Ankunft und beim Gehen wurden sowohl meine Familie als auch ich bis auf die Knochen durchsucht. Wachtposten waren immer anwesend. Man wollte sichergehen, daß keine Nachrichten herein- oder herausgeschmuggelt wurden und keine Stifte und Papier hineingebracht wurde.

Einmal im Monat durften wir einen Brief schreiben. Doch man mußte über jeden Bleistift und jedes Stück Papier Rechenschaft ablegen. Wenn sie aus dem Inhalt der Briefe irgendetwas nicht verstanden, wurde er zur Zensur ins Hauptquartier geschickt.«

Gegen Ende seiner siebenjährigen Gefangenschaft wurde Skuodis nach Chelyabinsk, östlich des Uralgebirges, gebracht, was, wie er dachte, eine Transitstelle für sein »inneres Exil« in Sibiren war. Man übergab ihm jedoch statt dessen eine vom KGB vorbereitete Erklärung, die er unterzeichnen sollte. Es handelte sich um eine Ergänzung zu einer früheren Aussage, in der er seine Schuld zugeben, sich öffentlich entschuldigen und schwören sollte, seine anti-sowjetischen Aktivitäten nicht mehr fortzusetzen. Wenn er unterschreiben würde, würde man ihn auf freien Fuß setzen.

»Ich entschied, daß ich lieber erschossen werden wollte als einen Kompromiß mit meinen Prinzipien zu machen«, sagte Skuodis.

## Die Welt soll wissen, was in Litauen geschieht

Doch in der ergänzenden Erklärung hieß es lediglich, er würde aus der Haft entlassen, wenn er die Sowjetunion verläßt und mit seinen anti-sowjetischen Aktivitäten aufhört. Er erklärte sich nur dann einverstanden zu unterschreiben, wenn der letzte Teil lautete, er habe sich bereit erklärt »sich an das Gesetz zu halten«, was für ihn keine Konzession bedeutete, da er von Anfang an unschuldig war. Der KGB gab nach und er unterschrieb.

Im Februar 1987 wurde er freigelassen und durfte nach Wilna zurückkehren und nach langen bürokratischen Verzögerungen erhielt er schließlich Ende des Jahres 1987 die Genehmigung, in seine Heimat Amerika umzusiedeln. Er sagte: »Ich bin so froh hier zu sein, daß ich jede Arbeit annehmen werde. Ich bin so erstaunt über die Freiheit und den Wohlstand hier, ich hätte mir das in meinen kühnsten Träumen nicht so vorgestellt.«

Skuodis zeigte sich auch überrascht über das reichhaltige Lebensmittelangebot und die ungeheure Höflichkeit und Ehrerbietung, mit denen man Fremden begegnet.

»In all diesen Jahren der Besetzung Litauens«, so meinte er, »sind wir einander gegenüber unmenschlich geworden. Wir haben Angst, freundlich zu sein, weil wir fürchten, der Verschwörung angeklagt zu werden.«

Skuodis sagt, seine Mission sei es jetzt, die Welt davon in Kenntnis zu setzen, daß die Situation der katholischen Kirche in Litauen heute schlimmer ist als je zuvor – trotz Gorbatschows Glasnost, der angeblichen Öffnung. Er sagt, die Sowjets seien beunruhigt darüber, daß etwa 90 Prozent der Litauer katholisch bleiben. Er sagt, sie würden die Priesterschaft mit Agenten des KGB infiltrieren, um so zu versuchen, die Kirche von innen heraus zu zerstören.

»Es gibt einige Jugendliche, die gern das Priesterseminar besuchen würden«, erzählt er. »Doch man erlaubt es ihnen nicht. Die große Gefahr heute ist, daß es den Sowjets zu gelingen scheint, die Kirche zu zerstören.«

## Litauen ist ein besetztes Land

»Seit 48 Jahren hat sich die sowjetische Regierung als die legitime Regierung der Länder des Baltikums hingestellt und darauf bestanden, daß Estland, Litauen und Lettland sich freiwillig der Sowjetunion anschließen und daß keine Basis für eine Unabhängigkeit und Selbständigkeit vorhanden sei. Doch die Bewohner bleiben dabei, daß ihre Länder im Jahr 1940 auf illegale Weise besetzt wurden.

Es scheint jetzt klar zu sein, daß die Legitimationsbemühungen der Sowjets dem weit verbreiteten Unwillen des baltischen Volkes gegen die sowjetische Besatzung keinen Einhalt gebieten konnten. Diese Animosität war leicht festzustellen bei den Demonstranten, die während der Proteste, die am 23. August 1987 in den Hauptstädten der drei Länder des Baltikums stattfanden, ›Freiheit, Freiheit, Freiheit‹ riefen.

In gewissem Sinn hat Glasnost erneut den alten Ausspruch über ›nationale Gleichheit‹ in den UdSSR bestätigt: ›Ja, jeder ist gleich, doch einige sind gleicher‹.«

»Litauen bleibt ein besetztes Land«, fuhr Skuodis fort. »Die Sowjets unternehmen gezielte Anstrengungen, Litauen zu russifizieren. Die internationalistische Erziehung, die so unbarmherzig propagiert wird, ist nichts anderes als eine Politik der Russifizierung. Jede Form von Widerstand gegen die Russifizierung wird von den Sowjets beziehungsweise der sowjetischen Regierung als Nationalismus bezeichnet, gegen den die extremsten Mittel der Bestrafung eingesetzt werden bis hin zum Mord.

In Litauen gibt es keine Rede-, Presse-, keine Versammlungsfreiheit. Ich traf in den Gefangenenlagern politische Gefangene, die einfach wegen kritischer Bemerkungen über die örtliche Regierung festgenommen worden waren. Für jede Art von Versammlung ist eine besondere Erlaubnis der Regierung erforderlich. Die Versammlungen selbst werden von Spionen der Geheimpolizei, dem KGB, überwacht. Die Mehrheit der Bevölkerung Litauens lebt in der Hoffnung, daß das Land eines Tages seine Freiheit wiedergewinnen wird. Litauer, die in Litauen leben und sich in anderen Sowjetrepubliken aufhalten, schauen hoffnungsvoll auf den Westen, in dem Glauben, daß die wichtigsten westlichen Länder, insbesondere die Vereinigten Staaten, Litauen dabei helfen werden, seine Selbständigkeit wiederzuerlangen.

Menschenrechtsverfechter aus Litauen, Lettland und Estland sind schockiert und bestürzt über die Entscheidung des amerikanischen Justizministers, Bewohner des Baltikums, die während der deutschen Besatzung angeblich mit den Nazis kollaboriert haben sollen, in die Sowjetunion abzuschieben, wo ihnen der Prozeß gemacht wird und sie wahrscheinlich hingerichtet werden.«

Skuodis weiter: »Wir sind beunruhigt, daß das amerikanische Justizministerium mit dem sowjetischen Justizministerium und dem KGB in Fällen dieser Art zusammengearbeitet hat, die in ihrer Eigenschaft und ihrem Zweck politischer Natur sind.

In der Zeit meiner Gefangenschaft habe ich viele solcher politischen Gefangenen in den Arbeitslagern getroffen, die der Kriegsverbrechen angeklagt waren, und in der Mehrzahl der Fälle bin ich davon überzeugt, daß das einzige Verbrechen dieser Unglücklichen darin bestanden hat, daß sie vom Schicksal gezwungen wurden, eine deutsche Uniform anzuziehen, als die Deutschen in die Länder des Baltikums einmarschierten und die Sowjets vertrieben.

Es ist demoralisierend für alle jene Gefangenen in den Arbeitslagern, daß die Vereinigten Staaten, auf die sie als ein Bollwerk der Gerechtigkeit hoffnungsvoll blicken, sich im Fall der angeblichen Nazi-Kollaborateure von den sowjetischen Schreien nach angeblicher Gerechtigkeit haben blenden lassen.« □

## Südafrika

# Regierung Botha unter Druck

Ivor Benson

**Viele Freunde Südafrikas auf der ganzen Welt sind ermutigt worden über die Nachrichten, die von den Zeitungen als »Sieg der extremen Rechte auf der ganzen Linie in zwei Nachwahlen in Transvaal« im März 1988 bezeichnet worden sind.**

In Standerton, einer Stadt, 90 Meilen südöstlich von Johannesburg, hat Dr. Andries Treurnichts Konservative Partei ihre Mehrheit von den letzten Wahlen her verdreifacht und in dem ländlichen Wahlbezirk von Schweizer-Reneke vervierfachten sie ihre Mehrheit.

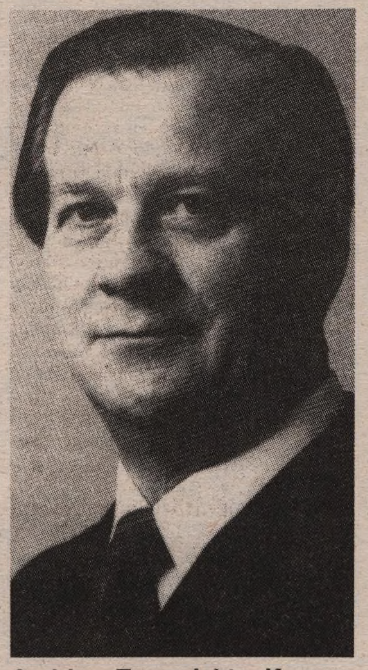
### Ein Schock für die BothaRegierung

Das Ergebnis wird für die Botha-Regierung um so mehr ein Schock gewesen sein, nachdem sie zwei Tage zuvor versucht hatten der Wählerschaft Sand in die Augen zu streuen, indem eine große Zahl sogenannter Anti-Apartheid-Bewegungen heftig angegriffen wurde, ein Unternehmen, mit dem wie bei so vielen der gleichen Art zuvor den Gegnern der Wind aus den Segeln genommen werden sollte.

Der Korrespondent des Londoner »Daily Telegraph« in Johannesburg, Stephen Robinson, zitiert Präsident Botha, der gesagt haben soll, »radikale Elemente« hätten einige seiner Parteianhänger dazu ermuntert zur Konservativen Partei überzulaufen und hätten dabei gelobt seine »wirtschaftlichen, sozialen und politischen Reformen« fortzusetzen.

Robinson meinte damit natürlich die ungeheuere populistische Anziehungskraft von Eugene Terre'Blanche und seiner Afrikaner Widerstands-Bewegung (Afrikaner Weerstandsbeweging oder AWB).

Die Wahrheit tritt ans Tageslicht trotz Robinsons etwas schiefer Berichterstattung. Er schreibt: »Politische Experten sagen, wenn man von den Ergebnissen dieser Woche ausgeht ... wird die Konservative Partei ihren unbarmherzigen Wahlsieg fortsetzen und bei den nächsten Wahlen in Transvaal weitere 14 Sitze gewinnen. Die Partei würde dann die National Party als dominierende Kraft in der politisch kritischen Provinz ablösen.«



**Andries Treurnichts Konservative Partei hat ihre Mehrheit bei den letzten Wahlen teilweise verdreifacht und vervierfacht.**

Das ist eine durchaus logische Schlußfolgerung. Es wäre eine völlig unerwartete Entwicklung nötig, wenn sie nicht eintreten sollte. Ein gutes Beispiel für die Sprache politischer Voreingenommenheit ist dies: »In einer weiteren ominösen Entwicklung wurde die noch extremistischere Herstigte Nasionale Partei (HNP) geschlagen und ihre beiden Kandidaten verloren ihre Sitze.«

Mein Kommentar: Ominös, zweifellos für jene, die den Südafrikanern gerne jene Zustände wünschen, wie sie in Zimbabwe – dem ehemaligen Rhodesien –, Mozambique, Angola und vielen anderen Ländern in Afrika zu finden sind, die seit dem Jahr 1960 »befreit« wurden.

### Zu trickreich um wahr zu sein

Die Beschreibung der HNP als »noch extremistischer« ist falsch: Die HNP unter Führung von J.P. Marais, einem der ersten, der erkannt hat, daß die National Party unmittelbar nach der Übernahme durch J.B.Vorster im Anschluß an die Ermordung von Dr. Verwoerd eine Wende nach links genommen hatte, war einfach leidenschaftlicher populistisch als die Konservative Partei, doch nicht so sehr eingespielt auf die Realitäten der Politik als »der Kunst des Möglichen«. Die Beseitigung der HNP ist »ominös« nur deshalb, weil sie P.W. Botha des Segens einer geteilten Opposition geraubt hat:

»Die Regierung wird jetzt mit Sicherheit eine dritte Nachwahl in Transvaal in Randfontein Ende dieses Monats verlieren und es ist auch damit zu rechnen, daß sie im Oktober in den Kommunalwahlen zugunsten der Rechten an Boden verlieren wird.«

Randfontein am westlichen Ende von Witwatersrand oder Rand, wie es genannt wird, ist ein wichtiges Zentrum der Fabrikarbeiter wie sieben oder acht andere bis hin zu Springs im Osten und noch weiter plus gut bevölkerter Bergwerkstädte im Orange Freistaat.

Es gibt gute Gründe für die Annahme, daß es für die Konservative Partei in Randfontein noch einen größeren Zuwachs geben wird, was ein Ende bedeuten würde für das alte Spiel der National Party die Wähler in den Städten gegen jene auf dem Land – die angeblich rückständigen »backvelders« – auszuspielen.

Gleichermaßen »ominös« sind die Zeichen, die die »Financial Mail« aus Johannesburg erwähnte, nämlich, daß die »politische Loyalität der Beamten sich als so wankelmütig herausgestellt hat«, was heißt, daß es in der riesigen Bürokratie eine offensichtliche Änderung gegeben hat, die bisher als Stimme für die Regierung angesehen werden konnte.

Doch das ist noch nicht alles, denn allen Anzeichen nach können wir jetzt eine Schließung der populistischen Ränge über die Sprachengrenze hinweg erwarten – vergleichbar mit dem, was Anfang der zwanziger Jahre geschah, als eine »englische« Labour Party – die für die Realität von General Smuts Politik des großen Geldes aufgewacht war – ein Bündnis mit General Hert-



**Auch Eugene Terre'Blanche und seine Afrikaner-Widerstands-Bewegung (AWB) gewinnen weiterhin an Stärke.**

zogs kürzlich gegründeter National Party bildete und sie an die Macht brachte: »Aufeinanderfolgende Maßregelungen in den vergangenen zehn Tagen gegen die radikale linke Opposition, die sich zumindest teilweise an das konservative Afrikanertum richteten, haben eindeutig ihr Ziel verfehlt.«

## Die Stimme des Volkes

Dies bestätigt Abraham Lincolns berühmtes Sprichwort über die Unmöglichkeit alle Menschen gleichzeitig an der Nase herumzuführen. Wie oft ist dieser Trick nicht schon mit Erfolg in Südafrika angewendet worden – von Roy Welensky und Ian Smith in Rhodesien und von John Vorster und P.W. Botha in Südafrika.

»Deshalb argumentieren jetzt einige Experten, die Regierung müsse mit ihrem Reformprogramm vorwärtskommen und die Unterstützung konsolidieren, die sie bei den allgemeinen Wahlen von den liberalen englischen Sprechern gewonnen hat.«

Das bedeutet, daß die National Party genauso gut reinen Tisch machen und zugeben könnte, daß sie jetzt die Partei der liberalen Linken ist, eine Tatsache, die den meisten Menschen hinreichend klar gemacht worden ist durch das praktische Verschwinden dessen, was unter einer Folge von Namensänderungen immer die offizielle liberale Linke gewesen ist.

Diese liberale Linke, das gewählte Instrument des traditionellen Feindes der Afrikanertums »die Geldmag« oder Geldmacht, erscheint in ihrer jüngsten Reinkarnation als die National Party und beweist damit erneut welche Wunder durch die Magie des Geldes ereicht werden können.

Der Korrespondent des »Telegraph« lenkt sodann die Aufmerksamkeit auf die Mißstände in der südafrikanischen Politik: »Diese Ansicht wird unterstützt durch die unbarmherzige Kampagne der Regierung gegen die geheime Afrikaner-Nazi-Widerstandsbewegung, die AWB. Eugene Terre'Blanche, der leidenschaftliche Führer der AWB, sagte Anhängern, es gäbe keinen Raum für Mäßigung in Südafrika.

Beobachter glauben, die Regierung könnte bald dazu übergehen der AWB Beschränkungen aufzuerlegen ähnlich denen, die sie in der letzten Woche gegen 17 radikale Anti-Apartheidgruppen verhängt haben. Dies würde ausländische Regierungen beeindrucken und – was noch wichtiger ist – die Zustimmung der liberalen Weißen in Natal und der Cap-Provinz finden, die zuvor für die oppositionelle Progressive Federal Party gestimmt haben.«

## Die Macht aus der öffentlichen Meinung

Bevor wir damit rechnen können das Phänomen der AWB zu verstehen, müssen wir uns Klarheit verschaffen über die Bedeutung des Wortes »populistisch«. Populismus ist das, was die Mehrheit der normalen Leute denkt und fühlt, so daß man von einem populistischen Führer sagen kann, daß er nur die Macht besitzt, die aus der »öffentlichen Meinung« kommt und die zu beträchtlichen Kosten »gemacht« wurde. Es handelt sich hier um eine Fälschung, die sehr oft eine verwirrende Ähnlichkeit mit der tatsächlichen Sache hat.

Das von den Medien dargestellte Bild Terre'Blanches, bei dem unumwunden solche Schrekkenswörter gebraucht werden wie »geheimer Nazi«, »Extremist des rechten Flügels« ist das eines Mannes, der herumgeht und der Regierung Botha Schwierigkeiten macht und Animonsität schafft, die so viele in das Lager von Treurnichts Konservativer Patei getrieben hat.

Doch ganz im Gegenteil: Es war eine Ansammlung der Empfindungen der Öffentlichkeit, die zur Gründung der AWB führte und Terre'Blanche eine leidenschaftliche Eloquenz verlieh mit fundamentalistischen, christlichen Übertönen, die er sonst nicht hätte erwerben können. Er ist kein Durchschnittspolitiker, der nach Stimmen verlangt und ist alles andere als ein konservativer Intellektueller, ein Grund dafür, warum er sich in Presseinterviews so schlecht verständlich machen kann. □

# Nicaragua

# Rio-Pakt verpflichtet zur Aktion

Mike Blair

**Nach dem Rio-Pakt aus dem Jahr 1947 ist die Reagan-Regierung verpflichtet den Honduranern zu helfen. Das ist eine Tatsache, die von den Establishment-Medien und den liberalen Kräften im amerikanischen Kongreß ignoriert wird, die es vorziehen, die kommunistischen Sandinistas zu verhätscheln und zu umschmeicheln.**

Der Rio-Vertrag, früher bekannt als der »Interamerikanische Vertrag gegenseitiger Unterstützung«, verpflichtet seine Unterzeichner »wirksame gegenseitige Hilfe zu leisten, um bewaffneten Angriffen gegen jeden amerikanischen Staat zu begegnen«. Der Pakt ermöglicht den »Abbruch diplomatischer Beziehungen, die Unterbrechung von Wirtschaftsbeziehungen und den Einsatz von bewaffneten Streitkräften«.

## Die Architekten der Notfallplanung

Der demokratische amerikanische Präsident John F. Kennedy hat sich Anfang der sechziger Jahre auf den Vertrag berufen, um ein Handelsembargo gegen Fidel Castros Kuba zu verhängen, der demokratische US-Präsident Lyndon B. Johnson berief sich im Jahr 1965 auf ihn, als amerikanische Streitkräfte in die Dominikanische Republik entsendet wurden, um eine Übernahme durch die Marxisten zu verhindern.

In den Jahren 1983/84 hat die Reagan-Regierung eine Notfallplanung formuliert, um Truppen in Nicaragua einzusetzen, falls dies erforderlich werden sollte, und zwar unter den Bedingungen des im Jahr 1947 von den Vereinigten Staaten und allen Ländern Mittelamerikas einschließlich dem nichtkommunistischen Kuba und Nicaragua unterzeichneten Rio-Pakts.

Zu den Architekten dieser »Notfallplanung« gehörten die nationalen Sicherheitsberater des Weißen Hauses, Oliver North und Constantine Menges, der Staatssekretär im US-Außenministerium Fred C. Ikle und General Paul F. Gorman, Befehlshaber des US-Southern Command.

Anfang des Jahres 1984 soll ein hochrangiger Beamter der Reagan-Regierung gesagt haben: »Es könnte der Tag kommen, an dem von uns verlangt wird, einem Land unter den Bedingungen des Rio-Pakts zu helfen und das mit militärischen Streitkräften.«

Präsident Jose Azcona Hoyo von Honduras hat eindeutig diesen Hilfeappell an die USA gerichtet und der Rio-Pakt hat Gültigkeit für die Invasion der USA in Honduras, die inzwischen allerdings wieder rückgängig gemacht wurde.

## Es ist erst die Morgendämmerung

Die angebliche Invasion des roten Sandinistenführers Daniel Ortega in Honduras hat Präsident Azconas dazu geführt, um US-Hilfe die Reagan-Regierung zu bitten, die dann ihrerseits einen Vorwand hatte, den Rio-Pakt anzuwenden.

Ironischerweise haben die Präsidenten Kennedy und Johnson die Präzedenzfälle für eine amerikanische Intervention in Mittelamerika unter diesem Pakt geschaffen, der während der Regierungszeit des demokratischen US-Präsidenten Harry S. Truman von einem demokratisch kontrollierten Kongreß ratifiziert worden ist.

Die Frage ist jetzt: »War dies bereits ›der Tag‹, den man im Jahr 1984 meinte, als die Regierung ihre ›Notfallplanung‹ erstellt hat, um mit dem marxistischen Nicaragua fertigzuwerden?«

»Wenn es nicht ›der Tag‹ war, so wette ich, daß es immerhin die Morgendämmerung ›dieses Tages‹ ist«, bekennt ein amerikanischer Militärexperte. □



## Nicaragua

# Planen die USA doch Krieg

Mike Blair

**Die Vereinigten Staaten sind einem Krieg mit Nicaragua näher als je zuvor seit die marxistischen Sandinistas in dem mittelamerikanischen Land im Jahr 1979 die Macht übernommen haben. Darin sind sich eine Reihe von amerikanischen Militärexperten innerhalb und außerhalb der US-Regierung einig.**

Nach einem kaum bekannten Vertrag, der bis ins Jahr 1947 zurückgeht, sind die Vereinigten Staaten verpflichtet Honduras zu helfen, was die Verpflichtung der US-Truppen einschließt, gegen die Kommunisten zu kämpfen. Die Vereinigten Staaten hatten dann auch 3200 Elitesoldaten nach Honduras entsandt und bezeichneten den Schritt als eine »wohlüberlegte Reaktion« auf den Einfall der Sandinistas in honduransiches Territorium. Inzwischen sind die amerikanischen Soldaten wieder abgezogen worden.

Daniel Ortega, das Oberhaupt des sowjetischen Satelliten Nicaragua, versprach eine »Revolution ohne Grenzen«.

### Notfallpläne für einen raschen Krieg

Ein Experte, ein ehemaliger hochrangiger Militärplaner im US-Verteidigungsministerium, meinte, der amerikanische Generalstab habe mehrere »Notfallpläne« für einen »raschen und kurzfristigen Krieg mit den Sandinistas«.

Wieviel Amerikaner mußten darin ihr Leben lassen? »Ich habe einen Plan entworfen, aus dem hervorgeht, daß er nicht sehr viele Leben kosten würde, wenn es ein Überraschungskrieg ist«, sagte er.

Der pensionierte Offizier meinte, es würde sechs Monate dauern, um Nicaragua zurückzugewinnen, einschließlich ein oder zwei Monate tatsächlichen Kampfes und Säuberungsoperationen und drei bis vier Monate zur Stabilisierung einer neuen Regierung und zum Aufbau einer anti-kommunistischen nicaraguanischen Verteidigungsmacht, um das Land nach dem Rückzug der US-Streitkräfte zu stabilisiern.

Der Experte befürwortete auch eine kombinierte See- und Luftblockade; sie wäre ein Weg, um »die Regierung der Sandinistas zu Fall zu bringen«.

Ein solches Vorgehen von seiten der USA wird auch von dem pensionierten Admiral Thomas Moorer befürwortet, ehemaliger Leiter des US-Generalstabs, sowie auch von anderen hochrangigen pensionierten amerikanischen Generälen und Admirälen.

Obwohl es zwar stimmt, daß eine Blockade das Leben von Amerikanern retten würde, das bei einer direkten Militäraktion gegen die Sandinistas aufs Spiel gesetzt würde, behaupten Strategen der Reagan-Regierung jedoch, daß eine Blockade zu lange dauern könnte und daß die Gegner der Regierung im Kongreß Stimmen mobilisieren würden, um sie zu stoppen.

Alle befragten Experten sind sich jedoch darin einig, daß die gegenwärtige Situation in Honduras und Nicaragua »sehr unbeständig ist«, insbesondere in Verbindung mit der Krise in Panama, die Chaos schafft.

### Nicaragua ist nicht Grenada

Sie warnten davor, daß ein fortgesetztes Eindringen auf honduranisches Territorium durch die Sandinistas, ein direkter Angriff auf US-Streitkräfte in der Region oder gar ein Angriff kommunistischer Terroristen auf ein amerikanisches Ziel in Honduras dazu führen könnte, daß sich die US-Streitkräfte gezwungen sehen den Kampf zu beginnen.

Ein Experte sagte, er glaube, die Reagan-Regierung habe sich entschlossen hinzugehen und das »Sandinisten-Chaos zu säubern« und daß sie derzeit versucht Zeit zu schinden, indem sie von einer nur »wohlüberlegten, maßvollen Reaktion« spricht, während sie sich in Wirklichkeit auf »etwas viel größeres« vorbereitet.

Unter Hinweis darauf, daß man die Sowjets und die Kubaner drei Tage vor der bevorstehenden Invasion des Inselstaates Grenada im Jahr 1983 gewarnt hatte, sagte er, es sei sehr schwer und zeitraubend »für eine solche Operation alle erforderlichen Streitkräfte an Ort und Stelle zu bekommen. Ein Krieg mit Nicaragua wird nicht das gleiche sein wie Grenada. Er wird umfangreicher sein und es werden viel mehr Soldaten gebraucht.«

Als ein Beispiel nannte er die Notwendigkeit, daß US-Marinestreitkräfte sowohl an der Ostals auch an der Westküste Nicaraguas stationiert werden müßten, von wo aus amerikanische Marinekampfgruppen gelandet werden könnten.

Er erläuterte auch, daß mehr Zeit nötig sei, um schwere Transporthubschrauber, Panzer und Artillerie nach Honduras zu bringen, von wo aus dann wahrscheinlich eine Landinvasion gestartet würde.

»Es hat ein paar Tage gedauert, um 3200 Luft-Landesoldaten und leichte Infanterie nach Honduras zu bringen, doch weitaus mehr ist nötig, um die Sandinistas zu überwältigen, die von den Sowjets und ihren kubanischen Vertretern in der Karibik gut ausgerüstet worden sind. Die Sandinistas können bis zu einem gewissen Grad überrascht werden, wenn die Operation richtig geplant ist, doch es wird eine weitaus bessere Planung nötig sein als sie in Grenada deutlich wurde.«

Die Reagan-Regierung hat gemischte Signale ausgesendet hinsichtlich ihrer Aktivitäten mit der Entsendung der 3200 amerikanischen Soldaten nach Honduras. Das US-Verteidigungsministerium nannte die Operation allgemein eine »maßvolle Reaktion«.

Angeblich verlangte der honduranische Präsident José Azcona Hoyo nach Unterstützung von seiten der Vereinigten Staaten und telegrafierte an US-Präsident Reagan mit der Bitte »um effektive und sofortige Hilfe, um einen ungerechtfertigten Angriff der Sandinistas zu bekämpfen«.

Kritiker der amerikanischen Truppenentfaltung im amerikanischen Kongreß beschuldigen jedoch die Reagan-Regierung den honduransichen Präsidenten Azcona »gedrängt« zu haben, um Hilfe zu erbitten. Das wurde allerdings von Azcona heftig dementiert. □

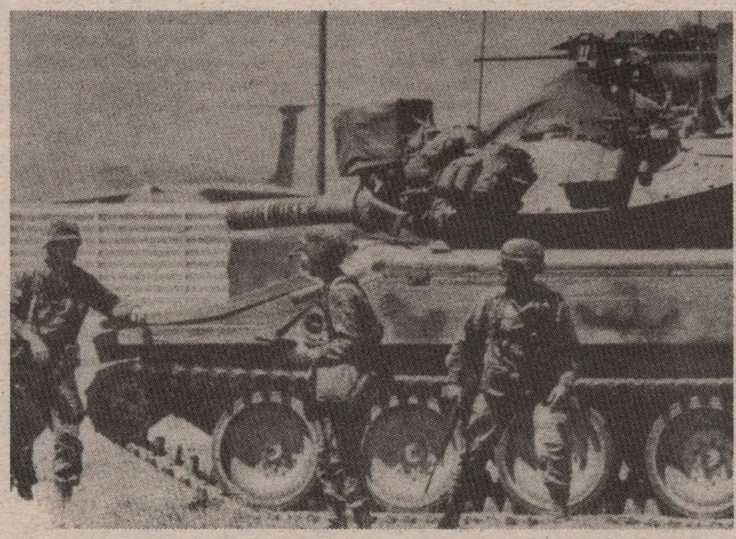
## Nicaragua

# US-Geschäfte hinter den Kulissen

Warren Hough

**Als das kommunistische Regime Nicaraguas und die bewaffneten Widerstandskräfte, bekannt unter dem Namen »Contras«, im März einen Waffenstillstand unterzeichneten, führten sie damit eine Vereinbarung aus, die einen Monat zuvor bei einem Geheimtreffen zwischen dem Staatssekretär im US-Außenministerium, Elliott Abrams, und hochrangigen Gesandten des kubanischen Diktators Fidel Castro getroffen worden waren.**

Nach fast einhelliger Ansicht gut informierter Beobachter, wird der auferlegte Waffenstillstand nicht funktionieren, Sie weisen darauf hin, daß der Pakt mit den Kommunisten einen der schlimmsten Alpträume der Reagan-Regierung ausgelöst hat anstatt diese Region zu stabilisieren: eine zunehmende Flut mittelamerikanischer Flüchtlinge, die als illegale Immigranten in die Vereinigten Staaten strömt, weil sie südlich der Grenze noch mehr Tumulte und parteiliches Gezänk fürchten.



**Angehörige einer US-Fallschirmtruppe untersuchen einen Panzer auf dem Luftwaffenstützpunkt von Palmerola in Honduras.**

### Auf dem Weg zur Eine-Welt-Regierung

In Miami, wo inzwischen vor allem Spanisch gesprochen wird, haben im Exil lebende, nicaraguanische Politiker und andere Sprecher Lateinamerikas den Handel mit den kubanischen und nicaraguanischen Kommunisten als »Kapitulation vor dem Ratenplan« verurteilt.

»Ich bin nicht überrascht über die Feststellung, daß das Weiße Haus mit den kubanischen und nicaraguanischen Satelliten der Sowjetunion in Mexiko und bei anderen Treffen hinter den Kulissen Geschäfte macht«, sagte Felip Rivero, Miamis populärster Spanisch sprechender Rundfunkkommentator. »Dieser sogenannte Waffenstillstand ist einfach die jüngste Taktik in der strategischen Annäherung zwischen Moskau und Washington, eine Verständigung, die zu einer Eine-Welt-Regierung führt, die von westlichen Plutokraten und sowjetischen Bürokraten gemeinsam geführt wird.«

Zu der ganzen Verwirrung und Kontroverse hier kam das rätselhafte Erscheinen von General John K. Singlaub, der schon seit langem für das Hauptbindeglied der Reagan-Regierung zu den Contra-Streitkräften gehalten wird. Singlaub verkündete, daß er nicht gekommen sei, um seinen Freunden im Exil Unterstützung oder Ermutigung zu geben; statt dessen, so erklärte er, befände er sich auf einer Spendensammelreise für sich selbst.

»Ich muß 100 000 Dollar für einen Gerichtsprozeß gegen meine Verleumder vom linken Flügel auftreiben«, erzählte Singlaub einem sprachlosen Publikum in Miami.

### Für Ortega ist die Vereinbarung ein Sieg

Die Waffenstillstandsvereinbarung sieht eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den kommunistischen bewaffneten Streitkräften und den vom CIA gesponserten Freiheitskämpfern vor. Dem Pakt zufolge werden sich die Contra-Streitkräfte jetzt auf sogenannte Waffenstillstandszonen innerhalb Nicaraguas zurückziehen, von wo aus sie auf den Ausgang weiterer Verhandlungen warten werden.

Daniel Ortega, Nicaraguas Kommunistenchef, rühmte die Vereinbarung als einen »Sieg«.

Doch Adolfo Calero, der Führer der Contras, der einer der Hauptunterzeichner der Vereinbarung war, wurde bei seiner Rückkehr nach Miami überhaupt nicht freundlich empfangen, sondern wurde von einer Gruppe Exilanten sogar ausgepfiffen. Ein militanter Antikommunist versuchte sogar Calero mit der Faust zu schlagen, der unter FBI-Schutz gestellt werden mußte, nachdem bekannt wurde, daß Antikommunisten ihn wegen seines »Verrats« ins Visier nehmen könnten.

In der Verwirrung hielten sich die meisten lateinamerikanischen Bewohner hier an Rivero, dessen täglicher, zweistündiger Rundfunkbericht von Zehntausenden von Zuhörern verfolgt wird. Als Leiter der kubanischen nationalistischen Bewegung und unnachgiebiger Befürworter der antikommunistischen Befreiung wird Rivero als »der einzige Führer angesehen, den wir noch haben und der keinen Ausverkauf an den CIA betrieben hat«, wie es Rene Hernandez, ein Taxifahrer aus Miami, ausdrückte, der schon in der Schweinebucht mitgekämpft hat.

»Die Schlagzeilen über Washingtons schmachvolle Unterwerfung erinnern die meisten Exilanten hier an die Schweinebucht«, erläuterte Rivero. »Diese Niederlage im Jahr 1961 entstand vor allem dadurch, daß der CIA die Exilkräfte manipuliert hat. Kuba war damals überwältigend antikommunistisch; wenn wir gewußt hätten wie wir die vorherrschenden Gefühle zu unseren Gunsten mobilisieren könnten, hätten wir Castro vor einem Vierteljahrhundert loswerden können.

Doch der CIA wollte jedes Detail und jede Person in der sogenannten Befreiungsbewegung kontrollieren. Die Folge: Kuba wurde zu einer sowjetischen Hochburg nur 90 Meilen von unserer Küste entfernt.«

### Ein Rückschlag für alle pro-westlichen Kräfte

In einer überraschenden Wende der Dinge äußerte Oberst Enrique Bermudez, der Militärbefehlshaber der Contra-Streitkräfte, ähnliche Anti-Establishment-Ansichten: »Die Reagan-Regierung war vielleicht mit diesem Waffenstillstand einverstanden, doch ich bin es nicht.«

Egal, wie vorteilhaft er von den Establishment-Medien dargestellt wird, der jüngste Waffenstillstand ist ein Rückschlag für alle prowestlichen Kräfte, gab Bermudez zu. Dieser langjährige Offizier, der bisher als einer der Hauptuntergebenen des CIA angesehen wurde, verurteilte den jüngsten Schritt der amerikanischen Regierung ganz freimütig. □

# Edwin Meese

# Es geht um Bestechungsgelder

James Harrer

**US-Justizminister Edwin Meese hat sich im Büro des Washingtoner Anwalts Leonard Garment mit einem betrügerischen Firmengründer getroffen, um angeblich den Erhalt von 300 000 Dollar zu diskutieren oder zu bestätigen. Beweise dafür kamen am 30. März 1988 vor einem New Yorker Bundesgericht ans Tageslicht.**

Die Zeugenaussagen, die im Widerspruch stehen zu Edwin Meeses wiederholten Dementis über ein solches Treffen hat das offizielle Washington erschüttert und Massenrücktritte von Beamten im amerikanischen Justizministerium ausgelöst.

## Die Frage, die sich stellt

Mario Moreno, ehemaliger zweiter Vorsitzender der betrügerischen Wedtech Corporation, der als Zeuge der amerikanischen Regierung in dem Bestechungsverfahren des Mitglieds des US-Repräsentantenhauses Mario Biaggi (demokratischer Abgeordneter des Staates New York) und sechs Mitbeklagten erschienen war, gab unter Eid einen Bericht aus erster Hand über das Treffen mit Meese im Jahr 1985.

Auf Befragen durch amerikanische Staatsanwälte gab Moreno zu über 15 Millionen Dollar an Bestechungsgelder und illegalen Zuwendungen an Beamte und Politiker auf Staats- und Bundesebene ausbezahlt zu haben, vor allem um Privilegien und lukrative Geschäfte für Wedtech zu erhalten.

Die Frage, die jeder sich stellt, »hat Meese etwas von diesem schmutzigen Geld erhalten?«, wurde von Moreno mit neuen Enthüllungen beantwortet, die ein Schnaufen im Gerichtssaal und ein Zittern durch das ganze Weiße Haus ausgelöst haben, sagen Beobachter der Szene.

Was noch wichtiger ist, seine Zeugenaussage hat ein neues Licht auf eine Anzahl geheimer Geschäfte geworfen, die die Reagan-Regierung mit Israel und seiner mächtigen Lobby in den USA in Verbindung bringt.

Das Treffen mit dem amerikanischen Justizminister fand, wie Moreno im Zeugenstand berichtete, statt, nachdem Meese der Wedtech geholfen hatte gegen die harte Opposition der Beamten aus dem US-Verteidigungsministerium ihren ersten lukrativen Rüstungsauftrag zu erhalten. Beschaffungsoffiziere aus der Armee wußten – wie einer von ihnen später vor einem Senatsausschuß sagte –, daß die Erteilung von Militäraufträgen an die Wedtech der »Erteilung einer Lizenz zum Stehlen« gleichkam.

Diese Meinung über die Wedtech war »weitgehend korrekt«, was Moreno jetzt öffentlich zugegeben hat.

## Ein schamloses Beispiel von Korruption

Unter Meeses unbarmherzigen Einschüchterungsaktionen gab das Verteidigungsministerium nach und im Jahr 1982 erteilten sie der Wedtech den ersten in einer Reihe von Spezialaufträgen im Wert von mehreren Millionen Dollar, die unerwartet hohe Gewinne abwarfen, erzählte Moreno.

Im Jahr 1985 allerdings befand sich Meese selbst in einem Dilemma. Das Weiße Haus hatte ihn zum Justizminister ernannt, doch seine durchaus nicht reine Weste ließ es unwahrscheinlich erscheinen, daß er ohne die Hilfe einflußreicher und treuer Befürworter die Unterstützung des amerikanischen Senats gewinnen würde.

Zwei Washingtoner Anwälte, die für solche Zwecke bekannt waren, sollten Meese durch diese Feuerprobe im Senat helfen. Garment war der führende Anwalt dabei, unterstützt durch E. Robert Wallach, einem Anwalt aus San Francisco, der ein enger Freund von Meese war.

Wedtech, die zu der Zeit »im Geld schwamm«, fühlte sich verpflichtet die Anstrengungen zu unterstützen. Sie steuerten zu den Gerichtskosten seines Kampfes mit dem Senat 300 000 Dollar bei.

Die Wedtech-Manager, die im letzten Jahr von dem US-Staatsanwalt Rudolph Giuliani in New York als »Kriminelle bezeichnet worden sind, die in unsaubere Geschäfte verwickelt sind«, machten vor Freude »einen Luftsprung« als Meese die Zustimmung des Senats gewonnen hatte, erzählte Moreno. Bald darauf hatte Meese in seinem Büro ein Gespräch mit Garment, bezeugte Moreno.

Was genau bei diesem Gespräch geschehen ist, wurde für irrelevant gehalten und in dem Biaggi-Prozeß nicht näher untersucht. Doch Morenos Zeugenaussage unter Eid, daß die Wedtech 300 000 Dollar beigesteuert hat, um die privaten Rechtskosten des amerikanischen Justizministers decken zu helfen, hat jetzt die lange anstehende Frage beantwortet, ob Meese von seiner Unterstützung des kriminellen Wedtech-Konsortiums in irgendeiner Form profitiert hat.

»Wir wissen jetzt, daß der Weg von Meese in das Amt als unser oberster Gesetzgeber mit Geld aus dunklen Machenschaften gepflastert ist«, sagte ein junger amerikanischer Bundesstaatsanwalt im Arbeitsstab Giulianis. »Das ist eindeutig Korruption – ein schamloses und widerliches Beispiel von Korruption.«

In einer ähnlichen Reaktion gingen der stellvertretende Justizminister Arnold Burns und William Weld, Leiter der Kriminalabteilung im Ministerium, am 30. März 1988 in Meeses Büro und teilten ihren Rücktritt mit. Trotz der Bitte des Justizministers ihre Entscheidung zu überdenken, gingen sie. Vier weitere hochrangige Beamte im Justizministerium folgten ihnen am gleichen Tag.

## Meese wird die Zionisten brauchen

Der plötzliche Weggang seiner Top-Berater bedeutet für Meese »Ärger in jeder Beziehung«, wie es ein junger Anwalt im Justizministerium nannte. »Weld ist ein zäher, harter Staatsanwalt. Er ging, als er erkannte, daß keinerlei Schritte unternommen werden würden, um Meese aufs Abstellgleis zu schieben oder ihn anzuklagen, obwohl er schmutzige Hände hat.

Bei Burns ist es anders. Er ist schon von jeher ein überzeugter Verfechter Israels und die Schlüsselfigur in der großen Zelle der Doppel-Loyalen im amerikanischen Justizministerium. Sein Weggang bedeutet, daß Meese die Protektion der israelischen Lobby gerade in dem Moment verloren hat, wo er sie am meisten benötigt.«

Meese wird die Deckung der Israelis brauchen, so meinen die Informanten, weil ein neues Licht sowohl auf die Verbindungen des Justizministers zur Wedtech Corporation als auch auf die eigenen Beziehungen der betrügerischen Firma zu Israel fällt.

»Morenos Zeugenaussage vor Gericht zufolge hat die Wedtech schon im Jahr 1984 begonnen, sich um arabische Kunden zu bemühen«, erzählte ein New Yorker Journalist, der über den täglichen Ablauf des Gerichtsverfahrens informiert ist. »Ihre Verkaufsbemühungen begannen mit dem Bestreben einfache Militärausrüstung an Saudi-Arabien, den Irak und sogar den Iran zu verkaufen. Was die Wedtech ihren moslemischen Kunden nicht erzählt hat, war, daß die Waren, mit denen sie handelten, in Israel hergestellt worden sind.« □



## John Demjanjuk

# Todesstrafe trotz Widersprüchen

**Das Jerusalemer Bezirksgericht hat den Exil-Ukrainer John Demjanjuk nach einem über 15 Monate dauernden Prozeß zum Tode durch den Strang verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es, er sei als einer der Haupthenker für Massenmorde verantwortlich gewesen und habe seine Opfer mit teuflischer Freude gequält. In diesem Fall »stumpfe auch das Gefühl nach einem halben Jahrhundert nicht ab«. Angesichts der von Demjanjuk verübten Greuel sei die Ewigkeit zu kurz zur Vergebung. Deshalb sei eine Milderung des Urteils nicht in Betracht gekommen.**

Am Montag, dem 18. April 1988, hat ein aus drei israelischen Richtern bestehendes Gremium den pensionierten Automobilarbeiter aus dem US-Bundesstaat Cleveland, John Demjanjuk, für schuldig befunden, »Iwan der Schreckliche« gewesen zu sein. Iwan war ein Wachtposten eines Konzentrationslagers, der angeblich Kriegsverbrechen begangen haben soll. Es ist über drei Jahre her, seit die nazijagende Troika – die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Israel – beschlossen hat, Demjanjuk zur Zielscheibe der Deportation und Exekution – selbstverständlich nach einem Prozeß – zu machen.

### Eine sehr zwiespältige Sache

Am 15. April 1985 unterstellte ein amerikanischer Bezirksrichter Demjanjuk der Obhut des amerikanischen Justizministers bis zu seiner Auslieferung an Israel, wo ihm wegen »Kriegsverbrechen« der Prozeß gemacht werden sollte. Die Entscheidung beraubte einen fälschlicherweise Angeklagten seiner Freiheit und sie droht ferner künftig vielen Amerikanern, die auf diese Weise ihre verfassungsmäßigen Rechte verlieren.

Mit dem Prozeß hat sich Israel zwischen zwei Stühle gesetzt. Die Beweise gegen Demjanjuk fußen auf der Wahrheitstreue der Sowjetunion, die Unantastbarkeit bereits angeklagter Zeugen und die völlige Mißachtung von Tatsachen entgegen den Behauptungen der Staatsanwaltschaft.



John Demjanjuk wird nach der Verkündigung des Todesurteils aus dem Gerichtssaal in Jerusalem geführt.

Jeder unparteiische Beobachter kann zu keinem anderen Schluß kommen, als daß Demjanjuk hereingelegt worden ist. Statt eines gloriosen Schauprozesses, in dem ein offenbar schuldiger Angeklagter im Lichte von Wahrheit und Gerechtigkeit bloßgestellt worden wäre, erfuhr Israel lediglich eine peinliche Offenlegung seiner gerichtlichen Verfahrensweisen. Doch was hätte Israel tun sollen?

Hätte es Demjanjuk für unschuldig befunden, wäre der amerikanische Justizminister Edwin Meese als Doppelt-Loyaler des Kleinstaates in Nahost enttarnt und Zweifel auf den ganzen Holocaust geworfen worden, der für Israel eine Quelle von Wiedergutmachungszahlungen ist. Wenn es den pensionierten Automobilarbeiter für schuldig erklärte, hätte es – wie es nun auch geschehen ist – offengelegt, wie Israel wirklich arbeitet und nicht wie in den wohlwollenden Artikeln der Establishment-Medien das Land und seine Regierung dargestellt wird.



Karl Linnas wurde aus den USA in die Sowjetunion deportiert auf Grund von Berichten des KGB.

### So arbeitete die Troika gegen Demjanjuk

»Schuldig« wurde zum geringsten von zwei Übeln – doch ein Übel nichtsdestotrotz.

Und während dieser Prozeß lief und jetzt in die Berufung geht, töten und foltern israelische Soldaten alltäglich Palästinenser in den besetzten Territorien. Die Todesziffer liegt bei etwa über hundert Palästinensern, alles Zivilisten, auf einen israelischen Zivilisten oder einen israelischen Soldaten.

Jedes amerikanische Kongreßmitglied ist sich dieser Situation bewußt und alle sitzen sie da mit versiegelten Lippen aus Angst vor der zionistischen Lobby in den Vereinigten Staaten, die sich offen und oft der Tatsache rühmt, daß sie nach freiem Willen jedes US-Kongreßmitglied wählen oder abwählen könnte.

Und so arbeitete die Troika gegen Demjanjuk. Als ein seit 30 Jahren naturalisierter US-Bürger wurde Demjanjuk ursprünglich in einer sowjetischen Propagandazeitung, der »Sowjet Way«, als ein »Verräter des Mutterlandes« und »Hitleranhänger« beschuldigt.

Ein »Nazi-Ausweis«, der angeblich von einer Einheit der Roten Armee bei Kriegsende beschlagnahmt worden sein soll, wurde in einem vom Kreml fabrizierten Artikel dargestellt, strotzend vor amtlich aussehenden Nazisiegeln und mit einem Foto, das den »ukrainischen Verräter« Demjanjuk zeigen sollte.

Bis in die Zeit der Regierung von Jimmy Carter reichen Anfragen zurück, die über diplomatische Kanäle an Moskau gerichtet wurden mit der Bitte um Lieferung von Beweisen für »Nazi-Kriegsverbrechen«, die von naturalisierten US-Bürgern vor ihrer Einwanderung nach Amerika begangen worden sein sollen. Den Sowjetbeamten wurde versichert, daß die im amerikanischen Justizministerium neu formierte Nazijäger-Abteilung – das Amt für Sonderermittlungen (OSI) – ihre Ermittlungen in erster Linie auf ehemalige osteuropäische Flüchtlinge, insbesondere Ukrainer, Esten, Letten und Litauer, konzentrieren würde.

### Enge Zusammenarbeit mit dem KGB

Im Jahr 1980 fanden in Moskau zwischen dem Direktor des neuen OSI und der sowjetischen Geheimpolizei, KGB, Treffen hinter verschlossenen Türen statt, um mündliche Abmachun-

# John Demjanjuk

# Todesstrafe trotz Widersprüche

gen auszuarbeiten und eine enge Zusammenarbeit bei der Verfolgung von US-Bürgern zu garantieren, die mit Hilfe von Beweismitteln der Sowjets als »Nazi« hingestellt werden sollten.

Bald nach dem OSI-KGB-Treffen in Moskau wurde dem OSI über die Botschaft der UdSSR in Washington eine offizielle Kopie des sowjetischen »Ausweises« als Beweismittel übergeben. Das OSI begann sofort damit, um den von den Sowjets gelieferten »Beweis« herum – das erste dokumentarische Beweismittel, das der KGB bereit war, seinen nazi-jagenden, amerikanischen Partnern anzuvertrauen – einen »Nazi«-Fall zu konstruieren.

Das OSI mußte den amerikanischen Kongreß befriedigen und ihm zeigen, daß die Sowjets zuverlässige Partner sind, und so machte es sich daran, nach einer Bestätigung für die Beschuldigungen der UdSSR gegen Demjanjuk zu suchen.

Als es ihnen nicht gelang, auch nur einen einzigen Zeugen oder ein dokumentarisches Beweisstück in Europa zur Stützung der Anklagen der Kommunisten zu finden, nahm das OSI die Hilfe der Nazi-Ermittlungsstelle der israelischen Polizei in Anspruch.

In der Folge wurde ein Zeuge in Israel gefunden, der – obwohl nicht in der Lage, die sowjetischen Anklagen zu erhärten – den von den Sowjets gelieferten »Ausweis« beziehungsweise das Foto darauf hingehend identifizieren konnte, daß er sagte, es ähnele einem Mann, den er unter dem Namen »Iwan Grozny« kenne. Der Zeuge hatte im Jahr 1976 angegeben, daß ein Mann mit dem Spitznamen »Iwan Grozny« oder »Iwan der Schreckliche« der »oberste Henker« der SS gewesen sein soll, der in den Jahren 1942–43 im Todeslager Treblinka des von den Nazis besetzten Polen 900 000 jüdische Gefangene ermordet haben soll.

Nicht ein einziger Jude erinnerte sich an den Namen »Demjanjuk« oder brachte den Automobilarbeiter aus Cleveland mit Treblinka in Polen in Verbindung.



**Richter Dov Levin (rechts hinten) bereitet sich auf die Urteilsverkündung im Demjanjuk-Prozeß vor.**

Trotz des völligen Fehlens der Glaubwürdigkeit der Beweise legte das OSI seinen dramatischen Fall von »Iwan dem Schrecklichen« dem amerikanischen Bezirksgericht in Cleveland vor. Die fundamentalen Widersprüche hinsichtlich Zeit, Ort und Person zwischen der ursprünglichen sowjetischen Anschuldigung »anti-sowjetischen Verrats« und den folgenden ungeheuerlichen Anklagen von Völkermord und Kriegsverbrechen von seiten israelischer Augenzeugen wurden vom OSI geflissentlich unter den Tisch gekehrt, indem alle sowjetischen Anklagen bei der Darstellung des Falles von seiten der amerikanischen Regierung einfach beiseite geschoben wurden, wobei jedoch der amtlich aussehende »Nazi-Ausweis« bei den Akten belassen wurde, um dem Fall ein gewisses Gewicht hinzuzufügen.

## Das Angebot der Auslieferung

Die Strafverfolgung verlief nach dem OSI-KGB-Plan, bis das OSI versuchte den Teufelspakt voll zu machen, indem sie Demjanjuk in die UdSSR zurück deportieren lassen wollten. Während des Deportationsverfahrens fiel die Fälschung des KGB, die dem amerikanischen Bezirksgericht sorgfältig vorenthalten worden war, der Untersuchung eines neuen Verteidigerteams zum Opfer.

Zwei von Amerikas führenden Dokumenten-Sachverständigen bei Gericht erhielten vom OSI später die Genehmigung, den Beweis aus sowjetischer Quelle zu untersuchen, und sie sagten vor dem Einwanderungsrichter aus, daß es sich bei dem von den Kommunisten gelieferten Ausweis um eine komplette Fälschung handele.

Nach mehr als sechsjährigen Ermittlungen entsandte das amerikanische Justizministerium Abgesandte nach Israel, um den Kleinstaat um eine sofortige diplomatische Anfrage nach Auslieferung von »Iwan Grozny« zu bitten, damit er dort vor Gericht gestellt werden könne. Die israelische Regierung war einverstanden.

Nach den verfahrenstechnischen Abwicklungen, die zu kompliziert sind, um an dieser Stelle darauf einzugehen, entschied ein US-Gericht, Demjanjuk werde »universeller Verbrechen« angeklagt, die in jedem Land strafbar seien mit einer Rechtsprechung zur Strafverfolgung solcher »Vergehen gegen die Menschheit«.

Somit wurde Demjanjuk die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen und er wurde nach Israel deportiert, wo ein aus drei Richtern bestehendes Gremium nun entschieden hat, daß er trotz überwältigender Beweise des Gegenteils »Iwan der Schreckliche« sei und für den Tod von mehr als 850 000 Juden mitverantwortlich sei.

Demjanjuk nahm das Urteil in einem Rollstuhl sitzend entgegen und erklärte in seinem Schlußwort, daß er unschuldig sei. Wer glaube, er sei der berüchtigte KZ-Aufseher gewesen, begehe einen großen Irrtum.

Zuvor hatte Chefstaatsanwalt Yona Blatman die Todesstrafe für Demjanjuk gefordert. Sie sei obligatorisch, weil er Verbrechen gegen die Menschheit und das jüdische Volk begangen habe. Der 68jährige sei kein kleines Rädchen gewesen, sondern ein bedeutender Verbrecher, der eigenhändig die abscheulichen Verbrechen begangen habe. Er habe sein Recht auf Zugehörigkeit zum menschlichen Geschlecht verwirkt und verdiene deshalb den Tod.

## Demjanjuk ist kein Einzelfall

Das Urteil für Demjanjuk kam leider nicht unerwartet. Es wird aufmerksam gemacht auf die Fälle von Karl Linnas, einem Esten, Erzbischof Valerian Trifa, einem Rumänen, und Andrija Artukovic, einem Kroaten. Artukovic war alt und krank, doch das störte das OSI nicht. Er wurde deportiert und »starb im Gefängnis«. Viele »Feinde des Staates« sterben in kommunistischen Ländern im Gefängnis. Sein Tod kam den Regierenden sehr gelegen.

Erzbischof Trifa wurde gezwungen, die Vereinigten Staaten zu verlassen, und starb darauf im Exil.

Es sollte auch darauf hingewiesen werden, daß die Establishment-Medien auf der Behauptung bestehen, er sei deportiert worden. Das ist allerdings nicht die Wahrheit. Der Erzbischof ging freiwillig, um seine religiöse Gemeinde nicht den Belastungen eines Prozesses auszusetzen.

Karl Linnas, ebenfalls alt und krank, wurde Berichten zufolge hingerichtet, nachdem man ihn in die Sowjetunion deportiert hatte. Ein weiterer Sieg für das amerikanische Justizministerium und für seine Spezialabteilung, das OSI.

Die Zeit eilt dahin. Es sind nur noch wenige »Kriegsverbrecher« am Leben, die umgebracht werden können. Welches wird der nächste Schritt der amerikanischen Nazijäger sein, wer wird ihr nächstes Opfer? □

## John Demjanjuk

# Die Probleme mit dem Ausweis

Alec de Montmorency

Armand Hammer besorgte über den »kleinen Dienstweg« vom KGB den »Dienstausweis« von Demjanjuk, eine plumpe KGB-Fälschung.

**Am 17. Dezember 1986 druckte die israelische Tageszeitung »Mah'riv« auf der Titelseite die folgende Nachricht ab: »Die UdSSR händigte Israel den Original-SS-Ausweis von John Demjanjuk aus«. Es heißt weiter: »Dieses Dokument wird der Staatsanwaltschaft des Landes dabei helfen die Identität von ›Iwan dem Schrecklichen‹ nachzuweisen und die Falschbehauptung der Verteidigung zurückzuweisen.«**

In dem Artikel heißt es auch, das Original des auf Ivan (John) Demjanjuk im Trainingslager ausgestellten Dokuments, wo die Kriegsgefangenen für Wachdienste vorbereitet wurden, »sei in Israel eingetroffen und wird zu dem Beweismaterial der Staatsanwaltschaft in dem Prozeß genommen«.

### Mit Hilfe von Armand Hammer

Weiter heißt es in der israelischen Tageszeitung »Mah'riv«: »Das Dokument wurde von Sowjetbeamten einer Verbindungsperson im Westen übergeben, die es wiederum Nimrod Novik aushändigte, einem offiziellen Berater des Außenministers Shimon Peres. Das Originaldokument wird der Staatsanwaltschaft dabei helfen die Identität von Demjanjuk festzustellen.

Bis jetzt besaß Israel lediglich eine Fotokopie. Behauptungen des Demjanjuk-Verteidigers Mark O'Connor (der später seiner Pflicht enthoben wurde – die Red.) zufolge war die Fotokopie abgeändert und gefälscht worden.

Das Dokument, das jetzt in Israel eingetroffen ist, wird dabei helfen die Behauptungen zu widerlegen. Bei der Übergabe sagten die sowjetischen Beamten, es sei das einzige Dokument in ihrem Besitz, das der Staatsanwaltschaft in dem Prozeß gegen Demjanjuk helfen könnte. Es ist bekannt, daß die Sowjets verlangt haben, daß das Dokument nach dem Prozeß der UdSSR wieder zurückgegeben wird.

In den letzten Monaten hatten die israelischen Unterhändler versucht dieses Dokument von den Sowjets zu bekommen. Israel bat mehrere Vermittler, so unter andren die Regierung von Polen, den Geschäftsmann Armand Hammer und den Präsidenten des Weltjudenkongresses, Edgar Bronfman, ihren ganzen Einfluß in Moskau auszuüben, um dieses Dokument zu bekommen.«

Zwei Tage später veröffentlichte die russisch-sprachige israelische Tageszeitung »Nasha Strana« (»Unser Land«) eine kurze Notiz mit zusätzlichen Informationen über das fragliche Dokument. Dieses ist der Inhalt der Notiz:

»In dieser Woche hat Israel das Originaldokument erhalten, das seinerzeit von der Nazi-Verwaltung des Lagers in Travniki an Ivan Demjanjuk ausgestellt wurde. In dem Lager wurden (sowjetische) Überläufer, vor allem Ukrainer, für Wachposten des Konzentrationslagers ausgebildet. Bisher hatte die Staatsanwaltschaft nur eine Fotokopie dieses Dokuments zur Verfügung.

### Auslieferung ohne Feststellung der Identität

Das Gericht hat es abgelehnt, die Fotokopie als Beweismittel zuzulassen und verlangte das

**Das »Dokument«, der Ausweis, aufgrund dessen Demjanjuk gehängt werden soll. Er enthält nicht einmal ein Ausstellungsdatum.**

## John Demjanjuk

# Die Probleme mit dem Ausweis

Original, das sich in den Händen der Sowjetbehörden befand.

Man hat das Dokument dank der Intervention des amerikanischen Geschäftsmannes Phyl Glazer bekommen, der die rechte Hand des bekannten und bei den Russen beliebten Armand Hammer ist. Auf die Bitte von Minister Moshe Shahal ihnen in dieser Sache zu helfen, telefonierte Glazer mit einem befreundeten Sowjetbeamten, der versprach, sein möglichstes zu tun.

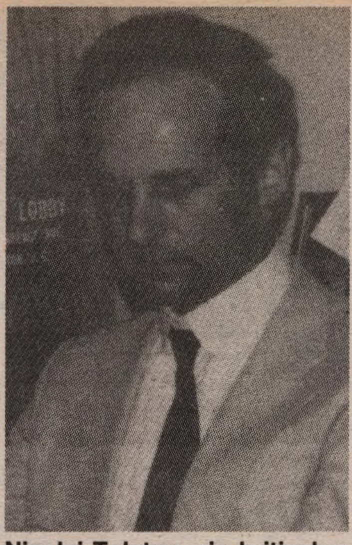
Ein sowjetischer Diplomat hat das Dokument Nimrod Novik, einem politischen Berater von Shimon Peres, übergeben, als dieser in London war.«

Die beiden Texte ergänzen einander, doch der erste sollte als maßgebender angesehen werden, da er in der hebräischen Presse veröffentlicht worden ist.

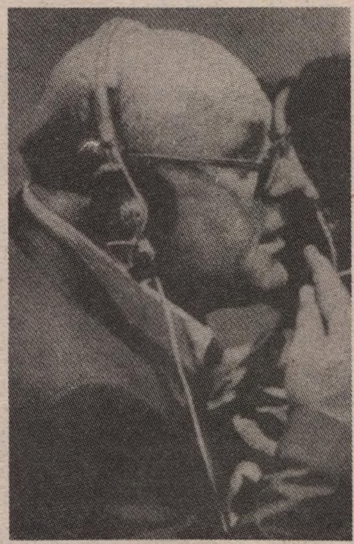
Der in der russisch-sprachigen Zeitung abgedruckte Artikel ist zweitrangig, weil es sich wie bei allen anderen Publikationen in dieser speziellen Zeitung um eine Übersetzung oder eine Zusammenstellung aus der hebräischen Presse handelt und auch weil er, wie alle anderen Informationen, die in Israel in russischer Sprache erscheinen, der Zensur unterworfen ist.

Es ist interessant, daß die beiden Depeschen aussagen, daß Demjanjuk von den Vereinigten Staaten auf illegale Weise an Israel ausgeliefert worden ist. Im Auslieferungsverfahren sind internationale Rechtsnormen, die als allererstes die Feststellung der Identität der wegen Verbrechen angeklagten Person fordern, auf das gröbste verletzt worden.

Wie jetzt klar ist, wurde Demjanjuk in Wirklichkeit ohne die Feststellung seiner Identität an Israel ausgeliefert, weil die Vereinigten Staaten nicht ein einziges Dokument in ihrem Besitz hatten – und auch über keine einzige Zeugenaussage verfügten –, aus der die Identität Demjanjuks als sogenannter Iwan der Schreckliche hervorging. Das einzige Dokument, was bei dem Prozeß Verwendung finden konnte, bekam Israel im Dezember 1986, neun Monate nach der Entscheidung der Vereinigten Staaten ihn in den Kleinstaat nach Nahost zu deportieren.



**Nicolai Tolstoy, ein britischer Historiker, war als Sachverständiger geladen, und über die Prozeßführung enttäuscht.**



**John Demjanjuk wurde von den USA an Israel ausgeliefert und dort vor Gericht gestellt, ihm droht das Todesurteil.**

## Groteske Travestie der Justiz

Genauso gesetzwidrig war die erste Gerichtsverhandlung, bei der eine sehr zweifelhafte Fotokopie das einzig »beschuldigende« Dokument gegen Demjanjuk war und das noch nicht einmal vom israelischen Gericht akzeptiert wurde.

Nicolai Tolstoy, ein führender britischer Historiker, hat die Behandlung, die Demjanjuk widerfahren ist, als eine »groteske Travestie der Justiz« bezeichnet. Zu dem »Nazi-Ausweis« meinte er:

»Es war nicht schwer eine Unmenge von Beweismaterial über den KGB und den geschickten Einsatz von Fälschungen durch seine Vorgänger zusammenzutragen, die den verschiedenen Zielen des sowjetischen Staates dienen sollten.«

Tolstoy wörtlich: »Ich habe in dem Prozeß so viel Beweismaterial vorgelegt, daß Richter Dov Levin dem schließlich verzweifelt Einhalt gebot.«

Im Zuge des Auslieferungsverfahrens haben die USA internationale Rechtsnormen auch noch in anderer Hinsicht verletzt. Selbst wenn Demjanjuk wirklich ein »Nazi-Kriegsverbrecher« gewesen wäre, hätte er diesen Normen zufolge an das Land ausgeliefert werden müssen, auf dessen Territorium er die Verbrechen ausgeübt hat.

Wenn die Vereinigten Staaten also der Meinung gewesen wären, daß Demjanjuk wirklich ein »Kriegsverbrecher« war, hätten sie ihn an Polen ausliefern müssen, aber nicht an Israel oder die UdSSR, die beiden Ländern, die die amerikanische Regierung in Erwägung gezogen hatte.

Es ist bekannt – wird aber in der Establishment-Presse nicht erwähnt –, daß Polen nicht nur Demjanjuks Auslieferung nicht verlangt, sondern auch kein einziges Dokument lieferte, das etwas über die Schuld des ehemaligen Arbeiters aus Cleveland ausgesagt hätte.

Das Dokument, das die Sowjetregierung Israel zur Verfügung gestellt hat, ist unterdessen das einzige, das existiert, so heißt es in dem Artikel in der israelischen Zeitung. Dies weckt an sich schon aus mehreren Gründen Verdacht:

Es kann nicht ein einziges Dokument als solches ausgelegt werden, da seine Authentizität durch nichts nachgewiesen werden kann. Andererseits kann die Herstellung eines solchen Dokuments als Fälschung nicht ausgeschlossen werden.

Wie kommt es, daß Polen, Westdeutschland und Mitteldeutschland alle nicht in der Lage waren auch nur ein einziges Dokument vorzuweisen, das bewies, daß es sich bei Demjanjuk um »Iwan den Schrecklichen« handelt? Man kann sich kaum vorstellen, daß solch ungeheuere Verbrechen, die auf polnischem Territorium begangen wurden, in den Archiven des Landes keinerlei Spuren hinterlassen haben.

## Wo sind die anderen Dokumente?

Noch weniger kann man glauben, daß die Verbrechen des gesuchten »Iwan des Schrecklichen« die Lagerverwaltung gleichgültig gelassen hätten.

Wenn man die Gründlichkeit der Deutschen berücksichtigt, so kann man wohl davon ausgehen, daß die Nazis in Teblinka und auch höhere Instanzen einen solch hingebungsvollen Massenmörder – wenn man der vorherrschenden Propaganda Glauben schenken darf – mit Dekorationen und Ehrungen überhäuft hätten.

Sicherlich wäre er auch auf der Liste der Lagerwachposten erschienen. Doch die Sowjets erwiesen sich als die »Gründlichsten« bei der Zusammenstellung von Dokumenten über diese Art von Verbrechen. Das einzige Dokument, das Demjanjuk verurteilt – der seinen Nazi-Überwachern auf so seltsame Weise entgangen ist – und in dem es heißt, daß er in Polen (Travniki) eine politische Schulung erhalten hat, ist weder in den Archiven von Deutschland noch in den Archiven von Polen aufgetaucht, sondern aus einem bestimmten Grund nur in den Archiven der Sowjetunion.

Es ist auch interessant, daß in dem Dokument selbst überhaupt nichts davon erwähnt ist, daß sein Inhaber in Treblinka diente. Es enthält Eintragungen über Daten und Orte, nachdem der Ausweisinhaber seine polizeiliche Schulung abgeschlossen hatte, nämlich: »22. Dezember 1942 abkommandiert für Dienste auf einem Landsitz; 27. März 1943 abkommandiert nach Sovibor.« Sovibor war ein Konzentrationslager in Polen.

Weiter Eintragungen über Einsatzorte gibt es in dem Dokument nicht. □

# John Demjanjuk

# Verteufelung der Ukrainer

Fred Blahut

**John Demjanjuk, einem Ukrainer und naturalisierten amerikanischen Staatsbürger, Automobilarbeiter aus dem US-Bundesstaat Cleveland, droht die Hinrichtung in Israel, nachdem er auf Grund von »Beweisen«, die von den Sowjets fabriziert wurden, der »Kriegsverbrechen« überführt worden ist. Die Reaktion der ukrainischen Gemeinde ist tödliches Schweigen, denn hier ist auch der Hintergrund für das Vorgehen gegen Demjanjuk zu suchen.**

Die Ukrainer können nicht einmal die Medien dazu bringen zuzugeben, daß das tausendjährige Bestehen der Christenheit in Osteuropa nicht mit der Christianisierung »Rußlands«, sonder der Christianisierung von »Rus« mit seiner Hauptstadt Kiew beginnt. Das ist heute die Ukraine. Das Fürstentum von Muskovy – das moderne Rußland – wurde erst etwa hundert Jahre später christianisiert.

Der Punkt ist, daß niemand der ukrainischen Gemeinde im westlichen Ausland einschließlich den Vereinigten Staaten Aufmerksamkeit schenkt, ebensowenig wie anderen Minderheiten und Gemeinden, deren Heimatländer heute alle von der Sowjetunion vereinnahmt sind. Alle diese ethnischen Minderheiten, deren Heimat Sowjetrepubliken geworden sind, und die als ehemalige Flüchtlinge heute in den westlichen Ländern leben, haben in ihrer neuen Heimat keinen politischen oder wirtschaftlichen Einfluß.

Und Einfluß ist allein das, was zählt. Wenn eine Gruppe Vertreter auf jeder Regierungsebene wählen und »abwählen« kann, dann hat sie den entsprechenden politischen oder finanziellen Einfluß. Wenn sie das nicht kann – egal warum, ob sie nicht können oder nicht wollen – verfügen sie eben nicht über den notwendigen Einfluß auf Politiker und Regierungen. Sollte eine solche Gruppe über die gewünschten »Drähte« verfügen, dann tun die gewählten Volksvertreter das, was ihnen im Verhältnis zu ihren Möglichkeiten machbar erscheint; sie tun es aus berechenbaren Gründen, weil jene bedeutsame Gruppierungen ihnen bei der nächsten Wiederwahl Stimmen bringen.

Von Anbeginn der Demjanjuk-Qual haben sich in den Vereinigten Staaten keine gewählten Vertreter aus der Gegend von Cleveland auf Stadt-, Land- oder nationaler Ebene mit der ukrainischen Gemeinde getroffen, um zu diskutieren, daß es nicht richtig ist, was mit dem pensionierten Automobilarbeiter geschieht. Zahllose Politiker in dieser Gegend haben dagegen vielmehr ihre unaufhörliche Loyalität zu einem ausländischen Staat zum Ausdruck gebracht, das zufällig das gleiche Land ist, in dem Demjanjuk eines Tages hingerichtet wird.

Die römisch-orthodoxe Gemeinde sah zu wie die amerikanische Regierung ihren Erzbischof aus den USA vertrieb und nicht eine Sekunde lang hat sich auch nur ein gewählter Vertreter über die Wählerstimmen aus dieser Gemeinde Gedanken gemacht. Das gleiche gilt für die Minderheiten der Esten, von der die meisten nicht einmal wissen, daß sie überhaupt existiert.

Einmal im Jahr wirft die gegenwärtige amerikanische Regierung in Washington den Hunden einen Knochen vor: sie erklärt solche Dinge wie, daß die Vereinigten Staaten es ablehnen die sowjetische Besatzung von Estland, Lettland und Litauen anzuerkennen. Das ist dann eine große Sache. Dies hinderte jedoch den US-Justizminister Edwin Meese nicht daran, den Esten Karl Linnas zur Hinrichtung an die Sowjetunion auszuliefern.

Dann gibt es die Captive Nations Week in den USA, die in Washington mit einigen Lippenbekenntnissen gewürdigt wird. Die einzelnen ethnischen Minderheiten geben Presseberichte heraus, in denen erklärt wird, daß die amerikanische Regierung hinter ihnen steht. Sie haben recht. Die US-Regierung ist hinter ihnen her und treibt sie aus den Vereinigten Staaten hinaus und in jenes Land, das sie verfolgen wird auf Geheiß der UdSSR und der zionistischen Lobby. □




**Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin**

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.



CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

**Verlag Diagnosen GdbR,** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

**ISSN 0932-3473**

**Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 27. Juli 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.**

Supermächte

# Politik auf schwanken dem Boden

Ken Hoop

**Der erste amerikanische Philosoph, der erkannte, daß der wirksame Marxismus in der Sowjetunion im Schwinden begriffen ist, war Francis Parker Yockey, und er erkannte dies bereits im Jahr 1960.**

Mit »wirksamem Marxismus« ist der Marxismus als gewürdigte politische Philosophie gemeint und nicht so sehr der Marxismus als Technik oder genauer der Marxismus als anti-westliche Technik. Die westlichen und besonders die amerikanischen Populisten täten gut daran, wenn sie in Verbindung mit der richtigen Konzentration auf die amerikanische Regierung als Hauptfeind sich mit den aktuellen politischen Strömungen in der UdSSR vertraut machen würden.

## Stalin verabscheute den internationalistischen Marxismus

Als eine reine Philosophie wurde der Marxismus historisch gesehen sofort verdächtig. Hat nicht schließlich Karl Marx selbst behauptet, daß die ursprüngliche Revolution in einem westlichen Industrieland stattfinden muß? Ein weiterer Schlag gegen den reinen Marxismus kam, als Stalin das marxistische Edikt zunichte machte, daß die internen Angelegenheiten der Kommunistischen Partei unbedingt auf demokratische Weise geregelt werden müßten.

Persönlichkeitskulte im Marxismus? Karl Marx hätte so etwas als verflucht reaktionär verurteilt.

Josef Stalin verabscheute den internationalistischen Marxismus. Deshalb ließ er seinen Hauptvertreter Leon Trotzky – alias Bronstein – auch töten. Stalin war ein Bauer und ein Feigling, doch er war nicht so dumm, an eine internationale Arbeiterklasse zu glauben und er überließ die ganzen destruktiven Phantasien, deren Verbreitung in ihrer reinsten Form die sowjetische Expansion im Keime erstickt hätte, den jüdischen Intellektuellen und perfektionistischen Nihilisten.

Nachdem er die Tore der russischen orthodoxen Kirche wieder geöffnet hatte und an Mütterchen Rußland appellierte, als die sowjetische Kriegsmaschinerie sich schwer tat in Richtung Stalingrad, gab Stalin zu, daß die russische Kultur nicht ausgelöscht werden könne. In der Slansky-Säuberung gab Stalin außerdem zu, daß ein »etikettloser kosmopolitischer« Kommunismus seinen Nutzen verloren habe.

Vielleicht erkannte Stalin, daß der Markt in Amerika selbst in die Enge getrieben wurde. Während die Ränge des Politbüros russifiziert wurden, werden jene der Knesset sowjetisiert.

## Ein Mischmasch aus Widersprüchen

Was folgte daraus in der UdSSR? Bürokratischer, militärischer Sozialismus, dessen Mitglieder die weltmüde Rhetorik einer westlichen Irrlehre weiterhin für Propagandazwecke, Selbstberuhigung und anti-westliche Absichten benutzen.

Sagte ich »westliche Irrlehre«? Sicher, denn ebenso wie ein japanischer Buddhist nicht den »christlichen« Unitarismus hätte erfinden können, war eine entfremdete Nachkommenschaft rabbinischer Vorfahren nötig, die ihrer eigenen Kultur nur etwas weniger entfremdet waren als der des Westens, um sich die marxistische Monströsität auszudenken.

Die aktuelle sowjetische Politik ist ein Mischmasch innerer und äußerer Widersprüche, symptomatisch für die Wünsche nach Verbesserung der sozialistischen Bürokratie, der Wiedergewinnung der Überbleibsel einer zunehmend »verromantisierten« zaristischen Vergangenheit, Eindämmung des aufkeimenden Nationalismus der eingenommenen Länder und der alarmierenden Reaktionen asiatischer Minderheiten im Weltreich, während man eine Verteidigungsnachhut gegen revanchistische Bewegungen in Europa, ganz abgesehen von der baltischen Region, aufbaut.

Es ist noch unklar, zu was sich das Sowjetsystem entwickeln wird, ebenso wie die Überlebensfrage von Glasnost und Gorbatschow unklar ist. Neostalinistische Verfechter eines harten Kurses fürchten um ihre Jobs und einige fürchten sogar um die Erhaltung der Russifizierung, was im Hinblick auf eine Lösung wahrscheinlich Probleme sind, die einander ausschließen.

Die schwerfällige Bürokratie hat die wirtschaftliche Stabilität behindert, die nötig ist, um viele ethnische Minderheiten ruhig zu halten.

Es sind nationalistische, slawenfreundliche Organisationen im Aufkeimen, die abwechselnd das System beschuldigen, die russische Kultur lächerlich zu machen und an die Sympathie appellieren, wenn es um die wirksame Behandlung von bestimmten gemeinsamen Feinden wie beispielsweise die zionistischen Dissidenten geht.

Ebenso verurteilen die sowjetischen Bürokraten einmal Manifestationen von slawischem Chauvinismus, ein anderes mal unterstützen sie insgeheim sogar bestimmte Schriftsteller, die gegen »jüdisch-freimaurerische Aspekte des Kommunismus« protestieren.

Solche Aktionen weisen offenbar auf ein System hin, daß sich auf der Suche befindet, das in Bewegung, das im Fluß ist.

Das Fiasko in Afghanistan, der islamische Nationalismus im In- und Ausland kann die sowjetischen Probleme nur verschlimmern. Langfristig gesehen kann nur verstärkte Russifizierung oder nationalistischer Separatismus den Zusammenbruch verhindern.

## Weltweite Feuersbrunst winkt unerbittlich

Amerika ist natürlich in etwas besserer Verfassung hinsichtlich seiner Minderheiten und die Menge auflodernder Probleme, hervorgerufen durch einen kulturellen Pluralismus, von dem man in der UdSSR nicht einmal träumt.

Umgeben von Gewaltverbrechen, illegaler Einwanderung, die die Politiker, selbst die konservativen, nur wenig bereit sind einzudämmen, unlösbaren Problemen mit dem Drogenhandel ist Amerika gleichzeitig neutralisiert durch eine Schulden- und Wucherwirtschaft, die den Charakter sonst produktiver Mehrheiten verdirbt und das Gebot nur einer Clique erfüllt, nämlich der Zionisten.

Diese Tatsachen erklären denn auch die Reagan-Gorbatschow-Vereinbarung. Eine schöpferische Handlung aufgrund der Erkenntnis der beiden schwankenden Mächte, daß ihre Haltung zueinander, ihre Ausgaben für die Weltreiche, die auf Lügen aufgebaut sind und somit auf Selbstzerstörung von Anbeginn an, ihre Bürger zunehmend verwundbar gemacht haben für den Nationalismus.

Dazu gehören auch die Japaner, die parasitisch außerhalb der Kontrolle liegenden Israelis, Pakistan, Indien oder der militante Islam und die ablehnenden Araber.

So viel ist sicher: Weder der Kreml noch die internationalen Banker können und werden eine Verbreitung von Atomwaffen verhindern, können und werden in ihrer derzeitigen Form die zunehmend widerspenstigen Bewegungen in ihren effektiv schwindenden »Einflußbereichen« nicht aufhalten und sie können und werden weder die Pax Americana noch die Pax Sowjetica einleiten. □

## Palästinenser

# Die US-Manöver

Mark Lane

**In Fortsetzung der zunehmend verzweifelten Bemühungen der amerikanischen Regierung, das Problem der Palästinenser zu lösen und Israel weitere Peinlichkeiten oder Schlimmeres zu ersparen, steht US-Außenminister George Shultz vor einer fast unlösbaren Situation. Unmittelbar im Anschluß an seinen letzten Besuch bei Israels Premierminister Yitzhak Shamir weist einiges darauf hin, daß Shultz entweder einige minimale Konzessionen aus Shamir herauspressen konnte, die er jetzt versucht den Arabern zu verkaufen, oder daß er den Boden bereitet für einen größeren Druck, den er auf Israel auszuüben gedenkt, indem er den Anschein erweckt, enger mit den Palästinensern und gar der PLO zusammenzuarbeiten.**

Im Kernpunkt all dieser diplomatischen Manöver liegt das heikle Thema des Zeitpunkts der bevorstehenden israelischen Parlamentswahlen. Der Zeitpunkt der Wahlen und ihr Ausgang ist entscheidend für das größere Problem der Beteiligung der PLO an Friedensverhandlungen, die eintreten könnten, und die größte Hürde dabei ist die Forderung der Palästinenser nach »Land für Frieden«.

### Hoffnungslos kurzsichtig und dumm

Vorrangig für Shamir ist der Wunsch des Likud-Blocks, die Wahlen zu gewinnen. Deshalb muß er hart bleiben in seinem Entschluß, die Aufstände an der besetzten West Bank, in Gaza und in Israel selbst unerbittlich zu behandeln. Außerdem muß er die Wahlen zum richtigen Zeitpunkt ausschreiben, vorzugsweise im Sommer, wenn viele der Wähler für das Labour-Bündnis sich auf ihrem langersehnten Urlaub in Europa oder anderswo außerhalb des jüdischen Staates befinden werden. Doch das könnte auch zu spät sein. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Aufstände schon außer Kontrolle geraten sein, so meinen sowohl israelische wie palästinensische Experten.

Wolf Blitzer, dem Washingtoner Bürochef der »Jerusalem Post« zufolge, sehen amerikanische Vertreter alsbaldigen israelischen Wahlen nicht mit großer Freude entgegen. Sie haben Sorge, daß die Likud gewinnen könnte, wenn die Wahlen zum Beispiel im Sommer angesetzt werden. Diese amerikanischen Vertreter, so behauptet Blitzer, lassen wenig Zweifel daran, daß sie Shamir und dessen politische Verbündete für »hoffnungslos kurzsichtig und dumm« halten, weil sie es ablehnen, sich an der Friedensinitiative der amerikanischen Regierung zu beteiligen.

Die von Shultz geplante internationale Friedenskonferenz, sagt Blitzer, würde »für Israel keine ernste Gefahr« darstellen, und dabei zitiert er einen US-Vertreter mit den Worten: »Israel hat nichts zu verlieren.«

### Beziehungen USA–Israel stärken

Doch die USA können den Frieden für Israel nicht mehr wollen als Israel selbst, haben ihm andere Vertreter gesagt. Wenn die israelische Regierung ihren Plan nicht zusammenbekommen kann, dann wird Washington schließlich keine andere Wahl haben, als »sich aus dem Friedensprozeß zurückzuziehen und Israel und die Araber ihren eigenen Mist zusammenbrauen zu lassen«.

Wenn Shamir von Shultz die gleiche Botschaft erhalten hat, so gab der israelische Politiker sicher keinerlei Hinweis darauf, zumindest nicht bei seinen öffentlichen Auftritten vor amerikanisch-jüdischen Spendensammelgruppen in Washington, New York und Los Angeles. Den großen Menschenmengen bei diesen inszenierten Zusammenkünften hat er jedenfalls stets genau das gesagt, was sie hören wollten: Unter keinen Umständen einen Handel Land für Frieden mit den Palästinensern.

Bei der Young-Leadership-Konferenz des United Jewish Appeal (UJA) in New York befand sich der israelische Premierminister unter seinesgleichen, und die »Likudniks«, wie sie ein kritischer jüdischer Reporter aus Amerika nannte, gaben ihm eine »stehende Ovation mit lauthalsem Füßetrampeln«, um damit der Welt zu beweisen, daß das amerikanische Judentum unerschütterlich hinter ihm und seinem unnachgiebigen Vorgehen bei dem palästinensischen Problem steht.

Jeder Jude, der mit Shamirs Politik nicht übereinstimmt, ist »verwirrt und haßt sich wahrscheinlich selbst«, glauben die amerikanischen Likudniks.

Wie um zu beweisen, daß der Weg Shamirs der richtige ist, schlug das Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses, Les Aspin, bei einer anderen UJA-Young-Leadership-Konferenz in Washington, an der der israelische Premierminister ebenfalls teilnahm, eine Reihe von Maßnahmen des US-Kongresses vor, die die strategischen Beziehungen zwischen den USA und Israel weiter stärken sollen.

Der Vorsitzende des Waffenausschusses des US-Repräsentantenhauses empfahl, die Vereinigten Staaten sollten: Israel zu einem permanenten Nicht-NATO-Verbündeten machen. Israel hat im Jahr 1987 vom US-Kongreß einen vorläufigen Status als Nicht-NATO-Verbündeter verliehen bekommen, doch die Ernennung muß jedes Jahr erneuert werden.

### Shultz spricht mit Vertretern der PLO

Das amerikanische Verteidigungsministerium soll angewiesen werden, in Israel ein Beschaffungsbüro einzurichten, so daß Israel besseren Zugang hätte zu den amerikanischen Plänen für den Bau neuer Waffensysteme, und die israelischen Rüstungsfirmen hätten gleichzeitig bessere Gelegenheiten, Beschaffungsaufträge zu erhalten.

Weiter soll Israel von dem Verbot des amerikanischen Verteidigungsministeriums über die Beschaffung von Munition im Ausland freigestellt werden. Dann soll Israel in die vorgeschlagene protektionistische Gesetzgebung in den USA mit einbezogen werden, so daß die Angebote Israels nicht automatisch um fünfzig Prozent erhöht werden, wie das bei anderen Ländern der Fall ist.

Das US-Verteidigungsministerium soll anweisen, israelische Firmen in Umfragen der amerikanischen Rüstungsindustrie mit einzubeziehen.

Zusätzlich zu diesen Empfehlungen ist Aspin dafür, daß die USA anfangen, israelische Waffen »in Mengen« zu stationieren. Sollte es noch irgendwelche andere Möglichkeiten geben, wie das US-Verteidigungsministerium Israel helfen könnte, so würde Aspin selbst im Augenblick nichts weiter dazu einfallen.

Während Aspin den Israelis das Zuckerbrot hinhielt, schwang Shultz dagegen die Peitsche. Der amerikanische Außenminister traf sich erneut mit Sprechern der Palästinensern, die über enge Beziehungen zur PLO verfügen.

Vor ein paar Monaten – bevor Shultz mit seiner Friedensinitiative sich in den israelisch-palästinensischen Konflikt eingeschaltet hat – schockierte er die jüdische Gemeinde in Amerika, indem er sich inoffiziell mit Hanna Sioniora, dem Herausgeber der in Jerusalem erscheinenden arabischen Zeitung »Al Fajr«, traf sowie mit Fayez Abu Rahme, einem prominenten palästinensischen Anwalt – beides Anhänger der PLO.

Jetzt verschreckte der amerikanische Außenminister die pro-israelische Lobby erneut, indem er »Gespräche« führte mit den Professoren Eduard Said von der Columbia-Universität und Ibrahim Abu Lughod von der Northwestern-Universität, die beide Mitglieder des provisorischen PLO-Kabinetts sind. □



# Friedensbewegung in Israel wächst

Die Tendenz unter ehemaligen israelischen Militär- und Geheimdienstoffizieren, ein freies Palästina zu akzeptieren, wächst weiterhin, trotz der Hinhaltetaktiken der führenden Politiker in dem zionistischen Staat. Sieben Ex-Generäle und hochrangige Offiziere, angeführt von dem ehemaligen Chef des militärischen Geheimdienstes, Aharon Yariv, haben eine neue Organisation gegründet, den Rat für Frieden und Sicherheit, um die israelische Regierung zu drängen, das Prinzip »Land für Frieden« als Grundlage der Verhandlungen mit den Palästinensern zu akzeptieren.

Bei ihrer Eröffnungssitzung an der Universität von Tel Aviv bekräftigte die neue Friedensorganisation, daß Israel sich aus den besetzten palästinensischen Gebieten von Gaza und der West Bank zurückziehen könne und dabei dennoch die Sicherheit seiner Grenzen aufrechterhalten würde.

»Wir haben die Technologie, arabische Armeen auf den Schlachtfeldern der Zukunft zu konfrontieren, selbst wenn wir die Territorien aufgeben«, sagte Moti Hod, ein ehemaliger Kommandeur der Luftwaffe und derzeitiger Chef von Israel Aircraft Industries. »Ich bin bereit, Territorium aufzugeben, solange wir vier oder fünf Frühwarnstationen dort behalten«, meinte er.

Hod brachte jedoch seine Abneigung dagegen zum Ausdruck, einen völlig unabhängigen palästinensischen Staat zwischen Israel und Jordanien zu akzeptieren, und zieht statt dessen ein autonomes Gebiet unter jordanischer Kontrolle vor.

Doch Yariv, der Leiter der Organisation, der auch Chef des Jaffe-Zentrums für Strategische Studien an der Universität ist, sagte, er sei zwar besorgt über einen palästinensischen Staat, doch er glaube, daß »wir damit fertig werden können. Wenn das Gebiet entmilitarisiert wird oder es nur eine symbolische Streitmacht für zeremonielle Zwecke gibt, wer sollte dann vor wem Angst haben?«

Yariv, der die Mordanschläge der Israelis gegen die Bewegung Schwarzer September nach dem Massaker bei den Olympischen Spielen in München in den siebziger Jahren koordiniert hat, sagte später in einer Rede an der Ben Gurion Universität in Beersheba, Israel habe weniger zu fürchten durch die Schaffung eines palästinensischen Staates als durch die Fortsetzung des politischen Status quo.

Er sagte, selbst wenn die gegenwärtigen militärischen Maßnahmen Erfolg haben werden mit der Niederwerfung der Aufstände in den besetzten Territorien, könnte die Aufrechterhaltung des Status quo in den nächsten vier bis sieben Jahren zu einem Krieg mit den arabischen Staaten führen.

Wenn die existierende politische Situation weiter anhält, so meint er, könnten sich Israels Beziehungen zu Ägypten ernsthaft verschlechtern, und es könnte sich schon innerhalb der nächsten vier Jahre eine anti-israelische arabische Allianz bilden, die in der Lage sein wird, einen uneingeschränkten Krieg zu führen.

»Die Leute sagen: ›Die Palästinenser wollen nicht nur Nablus an der West Bank, sie wollen auch Jaffa und Haifa.‹ Doch das alles wollen sie jetzt schon vierzig Jahre«, sagte er. »Wir haben es ihnen bisher nicht gegeben, und wir werden es auch in Zukunft nicht tun.«

Weitere Angehörige der neuen Friedensorganisation sind: Yitzhak Hofi, ein früherer Chef des israelischen Geheimdienstes Mossad; Avraham Adan, Polizeipräsident, und Moshe Amirav, ein Mitglied der Knesset und früher der Herut Partei vom rechten Flügel, der sich vor kurzem mit führenden palästinensischen Nationalisten getroffen hat, um Wege zu diskutieren für eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Krise.

Diesen ehemaligen Militär- und Geheimdienstoffizieren schließen sich mehrere hundert andere ehemalige Militärs an, die die Unabhängigkeit der Palästinenser als Schlüssel zum Frieden in Israel aktiv befürworten. Die meisten anderen gehören zur Bewegung »Frieden jetzt«, die derzeit von dem ehemaligen Oberst Mordechai Bar On angeführt wird und zu der auch Befürworter wie der ehemalige stellvertretende Stabschef der bewaffneten Streitkräfte, General Giora Furman, gehören.

Auch General Yehoshafat Harkabi, ebenfalls ein ehemaliger Chef des militärischen Geheimdienstes und jetzt Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, spricht sich für den Frieden mit den Palästinensern aus, indem man ihnen die Freiheit gibt. Harkabi glaubt, daß Israel »nicht mehr zwischen einem guten oder schlechten Handel« mit den Palästinensern zu wählen hat, sondern eher »zwischen einem schlechten und einem schlimmeren«.

Die Bedeutung, daß alle diese ehemaligen Militär- und Geheimdienstoffiziere sich für den Frieden aussprechen, kann an den israelischen Politikern nicht völlig vorbeigehen. Die Tatsache, daß eine solche Ansicht von genau jenen kommt, die mit den Problemen der nationalen Sicherheit am vertrautesten sind, läßt einmal mehr darauf schließen, daß ihre Kollegen, die noch in Diensten stehen, wahrscheinlich ähnlich denken. □

# Probleme mit der zionistischen Lobby

In einem Kommentar über »die amerikanischen Juden und die israelische Lobby« schreibt Edward Shapiro, ein Geschichtsprofessor an der amerikanischen Seton Hall Universität: »Die Kritik der israelischen Lobby ist jedoch durchaus nicht ganz wertlos. Sie weist beispielsweise zu Recht darauf hin, daß durch Unterstützung der israelischen Regierung als Basis der jüdischen Verwicklung in die amerikanische Politik die israelische Lobby den Dissens unter den amerikanischen Juden erstickt und ihre politischen Perspektiven einengt. Dissens gegenüber der Politik der israelischen Regierung kommt häufiger in Israel als in den USA zum Ausdruck. Wenn den amerikanischen Juden gesagt wird, sie sollen Jerry Falwell und Alan Cranston unterstützen, einfach weil beide Freunde Israels sind, besteht die Gefahr, daß sowohl das amerikanische Judentum als auch die amerikanische Politik schlechter dran sein wird.« □

# Kritik an israelischen Waffengeschäften

Die beste Antwort der Israelis auf den Kauf von Langstreckenraketen aus dem kommunistischen China durch Saudi-Arabien wäre gewesen zu schweigen und sie gegebenenfalls in einem Überraschungsangriff zu zerstören. Was die Warnung der USA an Israel betrifft, eine solche Aktion nicht zu unternehmen, reagierten die Zionisten sehr empfindlich: »In Angelegenheiten seiner Sicherheit und seiner unmittelbaren Existenz braucht sich Israel durch Warnungen von außen nicht erschrecken zu lassen oder sie zu berücksichtigen. Das ist mehr oder weniger das, was geschah, als im Jahre 1981 der irakische Atomreaktor in die Luft geflogen ist.«

Obwohl Israels Handlungsspielraum jetzt kleiner geworden ist, steht es dem Land immer noch frei eine derartige Aktion zu unternehmen. »Wenn etwas getan werden muß, wird es getan.« □

# Demjanjuk-Prozeß eine Travestie-Schau

»Verhaltenstravestie im Schauprozeß« lautet die Überschrift eines Leserbriefes im Londoner »Daily Telegraph« über den Prozeß in Israel gegen den Automobilarbeiter John Demjanjuk aus Cleveland, der auf der Grundlage von »Beweisen«, die von den Sowjets geliefert wurden, überführt worden ist, der Wachtposten »Iwan der Schreckliche« aus

dem Konzentrationslager in Treblinka gewesen zu sein. Der Brief wurde geschrieben von dem russischen Emigranten Graf Nikolai Tolstoy.

In diesem Leserbrief hieß es: »Politische Überlegungen haben bei dem jüngst abgeschlossenen Fall des John Demjanjuk in flagranter Weise die gesetzlichen Bestimmungen umgestoßen.

Im Herbst letzten Jahres war ich drei Tage lang im Gerichtssaal und sagte als sachverständiger Zeuge der Verteidigung aus. Es gab kaum einen Aspekt im Gerichtsverfahren, der nicht gegen wichtigste Prinzipien ehrlicher Justiz verstoßen hätte.

Das Fehlen von Geschworenen und der Scheinvorwand, der benutzt wurde, um der Verteidigung jegliche finanzielle Mittel zu verweigern, sind offenbar konstante Praxis in Israel, über die nichts weiter zu sagen bleibt. Der Fall wurde als ein Schauprozeß im engsten Sinne des Wortes angesehen, was nur um so deutlicher wurde, da er in einem Theater stattfand mit ständiger Life-Übertragung im Fernsehen.

Die Verfahrensdurchführung durch Richter Levin war ein erschreckendes Zerrbild für jedes Billigkeitsprinzip. Er griff regelmäßig ein mit bitterem Sarkasmus oder groben persönlichen Angriffen, immer auf Kosten des Angeklagten, seines Anwalts oder der Zeugen der Verteidigung. Wiederholt bemühte er sich intensiv darum, ohne weitere Anklärungen die Anhörung von Beweisen zu verbieten, die für die Anklage negativ waren.

Die Intervention von Shamir und anderen politischen Persönlichkeiten in dem Verfahren wäre in jedem zivilisierten Land undenkbar gewesen, obwohl vielleicht eingräumt werden kann, daß der Premierminister enger vertraut ist mit der Theorie und Praxis des Terrorismus als manch anderer. Speziell eingeschleuste Zuhörer durften in den richtigen Augenblicken Buhrufe bringen und Auspfeifen, wobei Richter Levin dann lächelnd nach Ordnung rief, nachdem eine gewisse Zeit verstrichen war.

Weder die Verteidigung noch die Anklage gaben sich irgendeiner Täuschung hin, was den Ausgang des Verfahrens betraf. Alles in allem war der überwältigende Eindruck, den man bekam, der, daß kein Richter oder die Anklage – in diesem Fall praktisch nicht voneinander zu unterscheiden – es hätte nötig finden können, so zu handeln wie sie handelten, wenn sie von der Schuld des Angeklagten überzeugt gewesen wären.« □

# China wird iranisches Waffenembargo nicht unterstützen

Die chinesische Regierung ließ verlauten, daß sie angesichts der Zusammenstöße Mitte April zwischen amerikanischen und iranischen Marinestreitkräften im Persischen Golf ein internationales Waffenembargo gegen den Iran nicht unterstützen werde.

Beamte aus dem amerikanischen Außenministerium sagten dazu, die Botschaft sei von Vertretern des chinesischen Außenministeriums dem amerikanischen Botschafter Winston Lord in Beijing als Antwort auf Anträge der Reagan-Regierung im Weltsicherheitsrat zur Durchsetzung eines Waffenembargos überbracht worden.

Die »New York Times« nannte die Antwort der Chinesen einen klaren Hinweis dafür, daß die Angriffe der amerikanischen Marine die neunmonatigen diplomatischen Bemühungen der Amerikaner bei den Vereinten Nationen unterminiert hätten.

Unterdessen trafen sich Chinas Deng Xiaoping und ein Sonderrepräsentant des japanischen Premierministers Takeshita, Masayoshi Ito, um die Stärkung der chinesisch-japanischen Bindungen zu diskutieren. Es handelte sich um das sechste Treffen zwischen den beiden, und Deng soll Ito als »einen alten Freund« bezeichnet haben.

Der chinesische Politiker kritisierte »Ultrarechte, eine Handvoll Japaner, die versuchen die chinesisch-japanische Freundschaft zu unterminieren«, und meinte, es sollten ernste Maßnahmen gegen sie ergriffen werden. Deng meinte, daß in Zukunft noch beunruhigende Dinge zwischen den beiden Ländern auftreten könnten und sagte, er hoffe, daß sie richtig gehandhabt werden würden.

Auch die Philippinen sind Gegenstand der jüngsten chinesischen Diplomatie. Der chinesische Premierminister Li Peng soll Präsidentin Corazon Aquino Chinas Versprechen gegeben haben, daß China die kommunistischen Rebellen auf den Philippinen nicht unterstützen werde.

»China wird sich nicht in Ihre internen Angelegenheiten einmischen und wird die kommunistische Partei auf den Philippinen nicht unterstützen«, sagte Li. □

# Israels Probleme mit der Inflation und dem Tourismus

Die Inflation ist in Israel in den ersten drei Monaten dieses Jahres auf eine jährliche Rate von 17 Prozent angestiegen. Schuld daran ist der Aufstand der Palästinenser. Das sind Zahlen, die vom Statistischen Zentralamt veröffentlicht worden sind. Dennoch wurde die Inflation im vergangenen Steuerjahr auf 15,7 Prozent gehalten im Vergleich zu 23 Prozent im Vorjahr.

Unterdessen fällt der Tourismus, von dem man erwartet hatte, daß er im 40. Jahr der Gründung des Staates Israel neue Rekordhöhen aufweisen würde, weiterhin ab. El Al, Israels nationale Fluglinie, hat weiterhin geringe Buchungen und hohe Stornierungen, vor allem in den Vereinigten Staaten, die sie auf die Sorge über den Aufstand der Palästinenser zurückführen. □



# Pragmatismus statt Fanatismus

Mark Lane

**Ein positives Zeichen dafür, daß sich die Zeiten und die Haltung gegenüber Israel ändern, sind die Teach-ins, die von Freunden der Bewegung »Peace Now« (»Frieden jetzt«) in den letzten Wochen in zwanzig Städten der Vereinigten Staaten abgehalten worden sind. Der erste dieser Friedensaufrufe für Israel und ein »freies Palästina« wurde in Washington am Abend vor der Ankunft des israelischen Premierministers Yitzhak Shamir abgehalten, der zu Gesprächen mit der Reagan-Regierung in die Stadt kam.**

Das Teach-in in Washington war aus zwei Gründen besonders bemerkenswert. Zum ersten Mal gehörte zu den Teilnehmern einer von einer jüdischen Organisation in Amerika geförderten Veranstaltung eine führende palästinensische Persönlichkeit, der Zeitschriftenverleger Hanna Siniora, Herausgeber der in Jerusalem erscheinenden arabischen Tageszeitung »Al Fajr«, die die PLO offen für die rechtmäßigen Vertreter des palästinensischen Volkes hält.

**Der jüdische Rechtsanwalt Mark Lane aus Washington protestiert vor der israelischen Botschaft gegen die Ermordung des PLO-Militärchefs Abu Jihad.**

## Beilegung des Konflikts durch Verhandlungen

Der zweite Grund, der ein besonderes Interesse verdient, ist das Programm, das in nur drei Wochen zusammengestellt worden war. Es zog die größte Anzahl zahlender Teilnehmer an – über 600 – und die kleinste Anzahl zionistischer Gehilfen – vielleicht ein halbes Dutzend –, die es jemals bei einer »Peace-Now«-Veranstaltung gegeben hat. Eine ähnliche Veranstaltung, die am gleichen Tag in Los Angeles abgehalten wurde, hat einen gleichermaßen guten Zuspruch in der Öffentlichkeit gefunden.

Die Bewegung »Peace Now« wurde im Jahr 1978 von 350 Reserveoffizieren und Soldaten der israelischen Verteidigungsstreitkräfte gegründet, die eine Beilegung des Konflikts durch Verhandlungen befürworteten einschließlich eines territorialen Kompromisses mit dem palästinensischen Volk als einziger Garantie für Frieden.

Heute hat die Bewegung 200 000 Anhänger in Israel. Viele von ihnen sind ehemalige Mitglieder des Militärs, doch die meisten kommen von den Universitäten, den Künsten, den freien Berufen und besonders der wissenschaftlichen und technischen Sparte der israelischen Gesellschaft. 38 Mitglieder der Knesset haben der »Peace-Now«-Bewegung ihre Unterstützung gegeben, unter ihnen auch der ehemalige US- und UNO-Botschafter Abba Eban.

In Amerika ist die Entwicklung der »Peace-Now«-Bewegung nur langsam vorangekommen, vor allem wegen des konstanten Drucks der von der jüdischen Lobby in Amerika über die mehr als 150 eifrigen gemeinnützigen »Ausbildungs«-Organisationen der Zionisten und der mächtigen PAC gegen sie ausgeübt wurde. In Kreisen der Juden in Amerika war es schwer finanzielle Unterstützung zu bekommen und die Berichterstattung in den Medien zu erreichen, so berichtete ein Mitglied.

## Ende der Illusionen einer Besatzungsmacht

»Doch der gegenwärtige Stand der Dinge in den besetzten Gebieten scheint dies jetzt zu ändern«, fügte es hinzu. »Ich war überwältigt von der positiven Reaktion auf die Bewegung von seiten amerikanischer Juden im vergangenen Monat.«

Neben Mr. Siniora war bei dem Washingtoner Teach-in noch Oberst Mordechai Bar On anwesend, der kürzlich aus der Knesset ausschied und der »Peace Now« gegründet hat. Bar On beschrieb den Aufstand der Palästinenser als eine »unglaubliche Leistung«, denn innerhalb von ein paar kurzen Wochen »zerschlug er die Illusion einer Besatzungsmacht«, Israels Vorstellung, sie könnten die Palästinenser unterjochen ohne den militärischen Preis zu zahlen und daß die Palästinenser ihr Los stillschweigend und für immer akzeptieren würden.

Diese unglaubliche Leistung, meinte er, hat auch die Meinung der »Amerikaner und Juden in Amerika« hinsichtlich dieser Vorstellung der falschen Vorstellung von Sicherheit, die sie implizierte, radikal geändert. Sie hat die Reagan-Regierung aufgerüttelt einen Friedensprozeß einzuleiten, der allerdings einen schweren Formfehler hat, denn »er akzeptiert das palästinensische Volk nicht als eine Nation mit seinen eigenen Führern und Wünschen«, sagte Bar On. »Es ist verrückt zu glauben, Israel oder die USA könnten mit dem Goodwill der Palästinenser eine permanente Besatzung erreichen.«

Der »Peace-Now«-Anhänger General Giora Furman, ehemaliger stellvertretender Befehlshaber der israelischen Luftwaffe und stellvertretender Stabschef der Verteidigungsstreitkräfte, brachte ähnliche Ansichten zum Ausdruck. Er betonte, die palästinensische Besatzung habe Israels militärische Sicherheit nicht gestärkt, sondern eher geschwächt.

Als Ausgleich zu den Teach-ins hat der Israel Freund Stuart Eizenstat, ehemaliger innenpolitischer Berater von US-Präsident Jimmy Carter, Shamirs harten Kurs hinsichtlich der Besatzung sowie den Aufstand, der daraus entstand, verteidigt. Der regierungsfreundliche Philip Wilcox, Staatssekretär im US-Außenministerium für Nahostangelegenheiten, verteidigte Außenminister George Shultz' Friedensplan.

Beide wurden jedoch in Längen geschlagen durch Logik und Geist solcher »Peace-Now«-Anhänger wie Leonhard Fein, Gründer und Herausgeber des Magazins »Moment«, und Michael Walzer von der Princeton Universität, die beide von den Zuhörern stehende Ovationen bekamen.

## Konflikt zwischen zwei zionistischen Richtungen

Eizenstat nannte jedoch verschiedene wichtige Punkte, die einen aufschlußreichen Einblick in die Argumentation der Position des harten Kurses der Zionisten zum Problem der Palästinenser lieferte. Er meinte, die geteilte Meinung in der israelischen Regierung darüber wie mit dem Problem fertigzuwerden sei, ist nicht nur eine der unterschiedlichen Taktiken, die

von gegensätzlichen politischen Parteien vorgebracht werden so wie sie zwischen Republikanern und Demokraten in den USA hinsichtlich Nicaragua existiert.

Es spiegele eher einen tiefen, seit langem bestehenden, philosophischen Konflikt zwischen den sozialistischen Zionisten – dem Labour-Bündnis – und den revisionistischen Zionisten – dem Likud-Block – wider.

Die Labour-Partei und Außenminister Shimon Peres sind bereit, sich auf das Israel zu einigen, das im Jahr 1947 durch die Teilung Palästinas durch die Vereinten Nationen geschaffen wurde, sagte er. Doch Shamir und der Likud-Block glauben an ein größeres Israel, und sie sind der Meinung, daß sie dieses Ziel im Sechs-Tage-Krieg von 1966 erreicht haben, als Jerusalem, die West Bank und Gaza erobert wurden. Den Palästinensern in den besetzten Territorien Selbstbestimmung zu gewähren, würde deshalb den Beginn der Demontage des Staates Israel bedeuten, behauptete er.

»Die amerikanischen Juden, die lediglich drei Prozent der US-Bevölkerung ausmachen«, fuhr Eizenstat fort, »besitzen keinerlei politische Macht. Doch sie haben einen politischen Einfluß und politische Interessen.« Vorrangig unter diesen Interessen, sagte er, sei es Israels »Überlebensbedürfnisse« zu befriedigen und die Juden in Amerika sollten ihren Einfluß geltend machen, um Israels »politische Macht« in Nahost zu unterstützen.

Eizenstats Empfehlungen widersprechend warnte Professor Walzer davor, daß Israel »zu einem zweiten Libanon werden würde«, wenn es angesichts der »demographischen Lage« – der rasch zunehmenden palästinensischen Bevölkerung – weiterhin solche Ziele verfolgen würde.

Walzer fuhr fort: »Die Gefahr für Israel sind nicht die Steinewerfer, sondern jene, die für immer über die Palästinenser herrschen.«

### Keinen Frieden ohne Selbstbestimmung

Hanna Siniora wurde bei dem Teach-in herzlich empfangen, obwohl er begleitet wurde von Hassan Abdul Rahman, dem Leiter des inzwischen nicht mehr existierenden PLO-Informationsbüros in Washington, und seine Botschaft wurde mit einer stehenden Ovation in Empfang genommen, obwohl er keine geballten Fäuste zeigte.

Der gemäßigte Verleger sagt, es könne keinen Frieden geben in Israel ohne die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die PLO sei die gewählte Stimme für 93 Prozent der Palästinenser an der West Bank und in Gaza.

»Es ist an der Zeit miteinander zu reden. Es ist Zeit für Frieden.

Doch es sind gewisse Voraussetzungen zu erfüllen«, sagte Siniora. Diejenigen, die er dann zitierte, reflektierten ein starkes Mißtrauen gegenüber der US-Regierung. Er sagte, »beide Supermächte müssen daran beteiligt werden«, und die »Palästinenser selbst müßten herangezogen werden. Niemand anders kann für uns sprechen. Dieser Punkt ist ein Muß.«

Siniora meinte, »Außenminister Shultz sollte aus dem Libanon gelernt haben. Die USA haben dort Friedensvereinbarungen ausgehandelt ohne die Bevölkerung mit einzubeziehen – und das war ein Fehler«. Das gleiche jetzt in Palästina zu wiederholen wird nur zu einem weiteren Fehler führen, behauptete er.

Trotz des Sinnes für Kooperation und des starken Wunsches nach Frieden, der bei den amerikanischen Freunden von »Peace Now« zum Ausdruck kam, darf man nicht vergessen, daß sie sich in erster Linie Israel gegenüber verpflichtet fühlen.

Was sie von den fanatischeren amerikanischen Zionisten unterscheidet ist ihr Pragmatismus. Sie erkennen, daß der Traum von einem größeren Israel nicht mehr erreichbar ist und deshalb müssen sie sich mit einem kleineren Israel zufriedengeben. Sie sind nicht für den Frieden aus irgendeinem starken Sinn für Gerechtigkeit heraus oder aus humanitären Gründen. Es sind Pragmatiker, die die Hälfte Palästinas wollen, weil sie realistisch genug sind, um zu verstehen, daß sie nicht das ganze Palästina haben können. □

**Israel**

# Nach vierzig Jahren

Mark Lane

**Israel feierte seinen 40. Jahrestag und die Palästinenser warfen mit Steinen auf die zionistische Regierung. So in etwa lief die Geburtstagsfeier ab. Mit anderen Worten, es war keine Feier, es war ein Reinfall.**

Nach vierzig Jahren Blut, Schweiß, Plackerei und Tränen sowie einer Menge amerikanischer Gelder kämpft Israel immer noch ums Überleben. Doch nicht, weil es bedroht wird von feindseligen arabischen Nachbarn oder von einem zornigen und rebellischen zweiten Volk in seiner Mitte, den Palästinensern. Israel kämpft ums Überleben, weil es ein soziales und kulturelles Durcheinander ist, in das niemand einen Sinn hineinbringen oder zum Funktionieren bringen kann – am allerwenigsten die Israelis selbst. Seine zahlreichen religiösen, kulturellen und Rassenprobleme bieten jeglicher Lösung die Stirn.

### Die wichtigsten Exporte sind Waffen

Darüber hinaus wird das winzige Land in wirtschaftlicher Hinsicht durch alle möglichen Finanztricks und riesigen Beihilfen aus dem Ausland über Wasser gehalten. Es kann sich kaum selbst ernähren und verfügt über keine Schwerindustrie. Sein Ehrgeiz zu einem Top-Mitbewerber in der internationalen High-Tech-Industrie zu werden wird unwiderruflich untergraben durch seine hohen Lohn- und Sozialkosten sowie eine der schwerfälligsten Bürokratien auf der Welt außerhalb des kommunistischen Blocks.

Der Erfolg, den es mit High-Tech-Entwicklungen hatte, liegt weitgehend auf einem überholten Militärsektor einer bei weitem nicht pulsierenden Wirtschaft. Während Waffenverkäufe den größten Einzelposten von Israels Exporten ausmachen – einschließlich Diamanten –, sind es der militärische Sektor und Haushalt, die den größten Teil des Investitionskapitals und der Steuern des Landes absorbieren.

In gewissem Sinne ist Israel ein Sparta, das versucht, so zu tun als sei es Athen – was nur zum Scheitern verurteilt sein kann –, es sei denn, die Wirtschaft wird kostenlos aus externen Quellen finanziert.

So sehr es sich auch bemüht durch Schaffung genialer industrieller und anderer wirtschaftlicher Joint-ventures mit verschiedenen Ländern, es war einfach nicht in der Lage effektiv mit den Industriemächten Ostasiens oder selbst den zurückhaltenderen westlichen Produzenten in Wettbewerb zu treten. Die umständlichen Sondervereinbarungen über Freihandel mit den USA, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und anderen Ländern haben Israel nicht in ein neues Venedig verwandelt, wie viele seiner Freunde gehofft hatten.

### Die jüdische Mehrheit wird zu einer Minderheit

Unterdessen leidet das neue Zion unter Bevölkerungsproblemen und anderen Störungen, die schweres Kopfzerbrechen bereiten. Die jüdische Mehrheit wird rasch zu einer Minderheit; die Palästinenser werden sie noch vor der Jahrhundertwende zahlenmäßig übertroffen haben.

Der Eckpfeiler der zionistischen Bewegung, Aliyah oder die Rückkehr in die Heimat, war ein kolossaler Fehlschlag. Die Juden aus dem Westen wollen nicht nach Israel auswandern und viele, die es tun, kehren bald in die Länder zurück, aus denen sie kamen.

Nur ein kleiner Prozentsatz der sowjetischen Juden, um die viel

Israel

# Nach vierzig Jahren

Tamtam gemacht wird, entscheidet sich wirklich in die Heimat zu gehen; die meisten ziehen die USA und den Westen vor.

Gleichzeitig kommt es zu einer sehr starken Abwanderung von Wissenschaftlern, gut ausgebildeten Israelis, die auf der Suche nach mehr und besseren Möglichkeiten in die USA oder anderswohin gehen.

Und das ist so ungefähr alles, was zu dem zionistischen Experiment zu sagen wäre. Dieses zionistische Experiment ist ein Reinfall – außer in den USA, wo die pro-israelische Lobby amerikanischer Juden an den Rockschößen des zionistischen Traums von der Schaffung eines Eretz Yisrael, des »größeren Land Israel«, zu politischer Macht gekommen ist. Doch ihre Macht ist dem amerikanischen Volk teuer zu stehen gekommen. Die Interessenvertreter und ihre Kollaborateure haben das amerikanische Gesetzessystem untergraben und die politischen Prozesse in den Vereinigten Staaten auf die übelste Weise verzerrt.

Sie und ihre Agenten – von denen einige heimlich operieren – sind bis in die höchsten Stufen der US-Regierung und des militärischen Establishments sowie des Geheimdienstes vorgedrungen. Die amerikanische Außen-, Verteidigungs- und nationale Sicherheitspolitik wird nicht mehr vorrangig im Hinblick auf Amerikas eigenen Interessen und auf das Wohlergehen der USA festgelegt, sondern die Planung und die Aktionen der US-Regierung werden vielmehr von den Bedürfnissen Israels beherrscht.

Ob es den Bürgern der westlichen Welt gefallen mag oder nicht, die Vereinigten Staaten dienen einem fremden Herrn, der das amerikanische Volk durch ein kapitalkräftiges und einflußreiches Netzwerk von Agenten, Kollaborateuren und Sympathisanten sowie einigen regelrechten Söldnern kontrolliert. Die Amerikaner haben praktisch die Kontrolle über das eigene Land verloren.

Die pro-israelische Lobby – manchmal beschönigend zionistische Lobby genannnt, um an die jüdischen Gefühle zu appellieren – hat viele clevere Techniken zur Manipulierung der öffentlichen Meinung entwickelt, so daß das amerikanische Volk die Weisung aus dem Ausland willig akzeptiert. Einer der gerissensten und heimtückischsten dieser Gedanken manipulierenden Tricks war die Fähigkeit dieser Auslandslobby den Pro-Zionismus mit dem Anti-Kommunismus gleichzusetzen.

## Die Belastung der Psyche der Amerikaner

Dieser spezielle Trick ist von den führenden Konservativen und selbst den Liberalen in den Vereinigten Staaten voll geschluckt worden und hat eine seltsame politische Mischung bekannt unter dem Namen »Neo-Cons« – die ehemaligen Liberalen – hervorgebracht; sie versuchen jetzt die eingetragenen Konservativen in den USA in vehementen Antikommunismus zu übertreffen. Diese Gruppe überwacht ständig jeden Schritt, den der internationale Kommunismus tut und ist dabei völlig blind geworden, was die Bedrohung Amerikas durch die Zionisten-Israelis angeht.



**Als David Ben Gurion die Verwirklichung des zionistischen Traumes, die Gründung Israels verkündete, ahnte niemand, was daraus nach 40 Jahren wird.**

Während sie also Türen und Fenster vor dem einen Feind verschlossen haben, haben sich diese leichtgläubigen Fanatiker mit einem anderen, vielleicht noch tödlicheren Feind im Haus eingeschlossen.



**Europäische Juden auf dem Weg nach Israel. Die von der Regierung geförderte Masseneinwanderung seit 1948 ließ Israels Bevölkerung stark ansteigen.**

Ein weiterer Schwindel, den die pro-israelische Lobby mit Erfolg durchgeführt hat, ist der Holocaust-Schuld-Trip, mit dem sie die Psyche der Amerikaner beladen haben. Irgendwie sind alle schlimmen Dinge, die den Juden im Zweiten Weltkrieg und überhaupt schon immer passiert sind, die Schuld der Amerikaner und sie schulden ihnen und Israel eine große und ewig andauernde Entschädigung dafür, das ist zumindest die stillschweigende Folgerung daraus. Es ist darum Amerikas moralische Pflicht, das zu tun, was die Zionisten und Israelis wollen, egal wie hoch der Preis für Amerikas eigene Wohlfahrt und Sicherheit dabei ist.

In engem Zusammenhang , mit dem »Schuld-Trip« steht das Gott gegebene Recht als ein souveränes Land zu existieren, von dem Israel behauptet, daß es dies hat, selbst wenn das bedeutet, das Land von anderen zu stehlen und jenes Volk dabei zu verklaven. Da dies getan worden ist, ist es auch Amerikas religiöse Pflicht dafür zu sorgen – natürlich auf Kosten der USA –, daß Isarael weiterhin überlebt.

Überlebt zu seinen Bedingungen ohne Anpassung und Kompromiß gegenüber einem anderen – am allerwenigsten gegenüber den einheimischen Palästinensern.

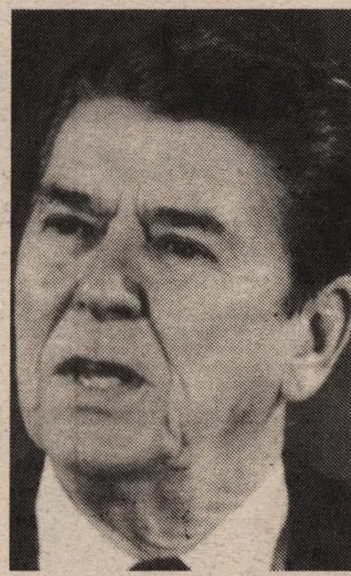
Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, Israel! □

# Geschäfte wie üblich mit Israel

Victor Marchetti

**Ein weiteres Abkommen ist zwischen der amerikanischen und israelischen Regierung geschlossen. Es geschah am 21. April 1988, dem 40. Jahrestag der Gründung des zionistischen Staates.**

Das neue Abkommen zwischen den USA und Israel soll nach offizieller Verkündung des Weißen Hauses »unsere langjährigen Beziehungen strategischer Kooperation mit Israel für die Öffentlichkeit erneut bekräftigen und betonen. Es spiegelt das fortdauernde amerikanische Engagement für die Sicherheit Israels wider. Dieses Engagement wird niemals nachlassen. Mit ihm werden unsere gemeinsamen Entwicklungsbemühungen auf militärischem Sektor, in der Sicherheitsbeihilfe und im wirtschaftlichen formuliert und verewigt.«



US-Präsident Reagan schloß neue Abkommen über Waffenkäufe, die für Israel eine wahre Goldgrube bedeuten.

## Sicherung von Israels Profit

Diese Bemühungen werden von drei, jetzt permanenten, amerikanisch-israelischen Beratungsgremien durchgeführt, der politisch-militärischen Gruppe, der Gruppe für wirtschaftliche Entwicklung und der Strategie- und Planungsgruppe.

In der Ankündigung wurde auch die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten für die »Friedensbemühungen von Außenminister George Shultz zum Ausdruck gebracht, mit der die israelische Sicherheit gewährleistet werden soll sowie legitime Rechte für das palästinensische Volk«.

Doch wenn die Friedensbemühungen keinen Erfolg haben werden, so hat das für Washington offenbar keine großen Folgen. Wichtig ist, daß die USA weiterhin für Israels Sicherheit und Profit sorgen, und zwar auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler.

Vor wenigen Wochen hat die Reagan-Regierung den amerikanischen Kongreß davon unterrichtet, daß sie beabsichtigen, 75 F-16-Kampfflugzeuge im Wert von zwei Milliarden Dollar an Israel zu verkaufen. Die Israelis werden die Flugzeuge mit Geldern aus amerikanischer Militärhilfe bezahlen.

Der »Verkauf«, mit dem die Stornierung des von den USA finanzierten Entwicklungsprojekts für den Lavi-Düsenjäger im vergangenen Jahr ausgeglichen werden soll, wird automatisch wirksam, es sei denn, der amerikanische Kongreß stimmt dagegen – was äußerst unwahrscheinlich ist.

Ebenfalls vor einigen Wochen vergab das amerikanische Verteidigungsministerium einen lukrativen Auftrag an ein Konsortium unter Führung der Soltam Ltd., Haifa, über die Lieferung von 120-Millimeter-Granatwerfer und Geschossen im Wert von 50 Millionen Dollar für die US-Armee. Die Führungskräfte der israelischen Firma betrachten das Geschäft als eine »möglicherweise große Goldgrube« für die Waffenexporteure des zionistischen Staates.

## Der Waffenhandel ist eine Goldgrube

In den nächsten zehn Jahren könnte die Vereinbarung zu »einem Umsatz von über einer Milliarde Dollar« mit der Armee allein führen. Auch die amerikanische Marine hat einen großen Beschaffungsauftrag mit Soltam in Erwägung gezogen.

Die Tür wurde den Israelis im Jahr 1985 geöffnet, einziger Lieferant von 120-Millimeter-Granatwerfern und Geschützen an die bewaffneten Streitkräfte zu werden; damals beschloß das amerikanische Verteidigungsministerium seine Standard 4,2-Zoll-Granatwerfer durch die 120-Millimeter-Version zu ersetzen. Keine amerikanische Firma stellt die 120-Millimeter-Granatwerfer her.

Soltam schloß dann ein Jointventures mit der Martin Marietta Corporation und begann für den großen Auftrag aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium zu bieten. Die Waffen und die Geschosse werden sowohl im Soltam-Werk in Haifa als auch in dessen Tochtergesellschaft, Pocal Industries, in Scranton im US-Bundesstaat Pennsylvania hergestellt.

Unterdessen verhandeln israelische Vertreter mit dem US-Verteidigungsministerium über den Verlauf eines geheimen Zieldarstellungsflugzeuges, genannt »Harpy«, an die US-Luftwaffe. Mit dem pilotlosen Flugzeugen sollen feindlicher Radar ausgekundschaftet werden, so daß angreifende, bemannte Flugzeuge ein geringeres Risiko eingehen geortet und abgeschossen zu werden. Der Harpy wird wahrscheinlich über den Seek Spinner ausgewählt, einen ähnlichen Radarjäger, der jetzt von Boeing entwickelt wird.

Im vergangenen Jahr entschied sich die US-Marine gegen ein amerikanisches und für ein israelisches Produkt. Der Pioneer, der von ehemaligen amerikanischen Ingenieuren entwickelt worden war, die nach Israel ausgewandert sind, und auf geheimer US-Technologie basiert, die sie mitgenommen haben, wurde dem Aquila amerikanischer Bauart vorgezogen, der damals von der US-Armee entwickelt wurde. Der damalige amerikanische Marineminister John Lehman war der Hauptbefürworter des Pioneer.

## Waffenexporte in alle Länder der Erde

Amerikanischen Marinequellen zufolge hat sich der Pioneer jetzt jedoch bei seinem gegenwärtigen Einsatz am Persischen Golf als entsetzlicher Fehlschlag erwiesen. »Fünf oder sechs von ihnen sind von dem Kreuzer ›Iowa‹ aus gestartet worden und keiner von ihnen hat bis jetzt funktioniert«, teilte ein Vertreter des amerikanischen Verteidigungsministeriums in einem vertraulichen Gespräch mit.

Dennoch setzt sich der Trend des US-Verteidigungsministeriums unvermindert fort, sich in zunehmende Abhängigkeit von israelischen Rüstungsproduzenten zu begeben – und das aus gutem Grund. Israel hat bei der Beteiligung an Ausschreibungen für Aufträge der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) sogar Sonderprivilegien erhalten, obwohl der amerikanische Geheimdienst das Verteidigungsministerium davor gewarnt hat, daß der kleine jüdische Staat gründlichst von sowjetischen Geheimdienstagenten unterwandert ist.

Israels High-Tech-Entwicklung, die den größten Einzelsektor seiner Industrie ausmacht, ist im wesentlichen militärisch orientiert. Israelischen Statistiken zufolge gehen 50 Prozent aller staatlichen Forschungsgelder in den Verteidigungssektor. Als Folge exportieren israelische Waffenhändler – sowohl offizielle als auch geheim – jährlich militärische Hardware und Dienstleistungen in rund 30 Länder auf der ganzen Erde im Wert von über 1,2 Milliarden Dollar. Einige dieser Länder kaufen Waffen und Ausrüstungen, wie das kommunistische China, obwohl sie keinen israelischen Botschafter ins Land lassen. □

Israel

# Sturm braut sich zusammen

Mark Lane

**Vor vierzig Jahren wurde nach einem bitteren und blutigen Krieg zwischen Juden und Arabern der Staat Israel gegründet, den man sich aus Palästina heraus erkämpft hatte. Dieses Jahr bringt dem kampf-geschüttelten Land vielleicht einen weiteren Krieg, ein weiteres, zorniges Blutvergießen zwischen Arabern und Juden, aus dem eine neue Nation, Palästina, hervorgeht. Der Sturm braut sich bereits zusammen.**

Der neue Krieg könnte vermieden werden, doch irgendwie scheint dies unwahrscheinlich. Die Israelis hätten die amerikanische Initiative akzeptieren können, eine Vereinbarung Land-für-Frieden mit den Palästinensern auszuhandeln, doch leider sind sie zu ängstlich, zu schuldig und zu gierig, um Frieden zu machen mit dem Volk, dessen Land sie gestohlen haben. Trotz der Lippenbekenntnisse über Frieden und Demokratie, beweisen die Israelis mit jeder ihrer Aktionen, daß sie eher kämpfen würden als Frieden mit den Palästinensern zu machen und ihnen ihre rechtmäßige Gelegenheit zu geben Selbstbestimmung zu üben.

## Die Furcht kommt aus der Schuld

Die Israelis fürchten, daß sie nicht lange in Frieden werden leben können mit einem freien und unabhängigen Palästina. Sie fürchten, daß es im Falle ihres Rückzugs aus Gaza und der West Bank nur eine Frage der Zeit sein wird, bis die Palästinenser verlangen, daß sie sich auch von den anderen Territorien im eigentlichen Israel zurückziehen sollen, die früher gewaltsam eingenommen worden sind. Versicherungen von seiten der örtlichen palästinensischen Führung und der PLO, die bisher abgegeben wurden, daß dies nicht geschehen würde, haben nicht genügt, die Furcht zu lindern.

Diese Furcht ist auch sicher real, denn sie liegt begründet in der Schuld, die die Israelis empfinden – trotz ihrer selbstgerechten Behauptungen vom Gegenteil –, weil sie die Palästinenser vor vierzig Jahren aus ihrer alten Heimat vertrieben haben. Die Israelis schreiben den Geschädigten den gleichen Wunsch nach Vergeltung und Rache zu, den sie selbst hegen würden, wenn es ihr Land gewesen wäre, was gestohlen wurde.

Außerdem sind sich die Israelis sehr wohl bewußt, daß die Palästinenser sehr bald – in ungefähr einem Jahrzehnt – die Mittel dazu haben werden, sich dieses Land schon allein durch ihre zahlenmäßige Übermacht an Wählern oder Truppen zurückzuholen. Kein Arsenal an Raketen oder Atomwaffen, geschweige denn eine Land-für-Frieden-Vereinbarung kann dies verhindern. Selbst zionistische Generäle sagen ihrem politischen Führer das.

## Die Kehrseite der Medaille

Größer noch als ihre Furcht oder Schuld ist allerdings Israels Gier, sein fanatischer Glaube an den zionistischen Traum von Eretz Israel, das »größere Israel«. Eine Mischung aus Tausenden von Jahren religiösen Fanatismus und kultureller Anmaßung zusammen mit moderner politischer Doktrin, das Konzept der Wiedererschaffung einer modernen Vision des alten Königreichs Israel ist in der Tat eine mächtige, messianische Kraft. Es ist die Art von Kraft, die Premierminister Yitzhak Shamir veranlaßt, an Wunder zu glauben und dabei jeglichen Sinn für die Realität zu verlieren.

Um ihre Gier rationell zu erklären, brauchen die Israelis mehr als nur den Glauben. Sie müssen alles hassen, was bei der Erfüllung des zionistischen Traums im Wege steht. Sie müssen die Palästinenser hassen und dieser Haß verlangt, daß sie schließlich versuchen müssen die Palästinenser zu zerstören.

Der ehemalige US-Präsident Richard Nixon schlug vor, die Einstellung wirtschaftlicher und militärischer Hilfe bis sich die Israelis an den Verhandlungstisch setzen.

Die Kehrseite der Medaille ist, daß die Palästinenser die Israelis inzwischen ebenfalls hassen. Es spielt keine Rolle, daß die Israelis diesen Haß durch 40 Jahre flagranter und brutaler Mißhandlung des palästinensischen Volkes selbst hervorgerufen haben. Was zählt ist, daß der Haß existiert und nicht bald vergessen sein wird, ebensowenig wie der Wunsch nach Rache und Vergeltung, den die Israelis zu Recht dem Volk zuschreiben, daß sie beinahe aber nicht ganz zerstört haben.

Jetzt haben die Israelis die Wahl. Sie können versuchen mit den Palästinensern in bewaffnetem und mißtrauischem Frieden zu leben oder sie können damit fortfahren das gescheiterte Experiment des Zionismus zu verfolgen. Das bedeutet Aufstände, Rebellion und schließlich den totalen Krieg, einen Krieg, den die Israelis nicht gewinnen können – selbst nicht mit amerikanischer Hilfe.

Was die USA allerdings tun können, um zu helfen, ist das, was der ehemalige amerikanische Präsident Richard Nixon vor kurzem vorschlug, nämlich die Einstellung wirtschaftlicher und militärischer Hilfe, bis sich die Israelis an den Verhandlungstisch setzen. Doch die Chancen, daß eine solche Politik von dieser Regierung oder ihrem Nachfolger durchgeführt wird sind gering angesichts der Macht der pro-israelischen Lobby der Juden in Amerika.

## Die Lage wird eher schlimmer als besser

Wahrscheinlich ist allerdings, daß die US-Regierung versuchen wird, Israel aus den Schwierigkeiten herauszuhalten oder schlimmer noch, sich in einem Krieg auf die Seite der Zionisten zu stellen und dabei zu behaupten, daß es im Interesse der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten läge so zu handeln.

Die israelisch-palästinensische Lage wird wahrscheinlich eher schlimmer als besser, einfach weil die Israelis und ihre Freunde in den USA immer die falsche Entscheidung treffen werden, wenn sie vor die Wahl gestellt werden. □

## Zionismus

# Propaganda mit sowjetischen Juden

Victor Marchetti

**Die ständig publizierte Notlage der Moskauer Dissidenten – angeblich eine Widerspiegelung des Leidens aller sowjetischen Juden – gehört zu den Spitzenthemen der jüdischen Spendensammler. Es ist auch ein Zeugnis für die Public-Relations-Fähigkeiten dieser cleveren Propagandaleute, die einer leichtgläubigen Öffentlichkeit einen Mythos verkaufen, der lediglich ein Körnchen Wahrheit enthält.**

In einigen amerikanischen Städten hat es in den letzten Monaten große Massenversammlungen gegeben, in denen nach einer verstärkten Durchsetzung von Menschenrechten und erhöhter Emigration von Juden aus der Sowjetunion verlangt wurde, indem impliziert wird, daß sie der einzige Teil der sowjetischen Bevölkerung sind, der in hohem Maße von dem kommunistischen Regime bedroht wird. Die amerikanische Regierung hat Moskau auf Drängen der jüdischen Lobby in Amerika und der der Israelis ständig zu diesem Thema traktiert, während sie gleichzeitig versucht haben strategische Rüstungsverhandlungen mit den Sowjets zu führen.

### Der Mythos des sowjetischen Judentums

Jedesmal, wenn ein Dissident aus der Sowjetunion nach Israel ausreisen darf, wird er von dem jüdischen Staat wie ein heimkehrender Held geehrt und sofort für eine große Spendensammelreise in die Vereinigten Staaten gebracht. Er erzählt seinen Zuhörern über die schlimme Lage seiner jüdischen Mitmenschen in der Sowjetunion und bittet um mehr Geld und politischen Druck von seiten der USA, damit seine Landsleute befreit werden können.

Wenn man sich die Ex-Dissidenten und jüdischen Spendensammler in Amerika anhört, meint man die Millionen von Juden in der Sowjetunion sollten alle nach Israel auswandern. In der Sowjetunion zu bleiben ist ein Schicksal, das schlimmer ist als der Tod.

Das ist der Mythos des sowjetischen Judentums. Doch wie sehen die Tatsachen wirklich aus?

Niemand weiß wirklich, wie viele Juden es in der Sowjetunion gibt, wahrscheinlich noch nicht einmal die kommunistische Regierung. Offizielle israelische Zahlen sprechen von 2 bis 3 Millionen, was knapp ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Davon wollen nach Rechnung der Israelis vielleicht 500 000 (20 Prozent) auswandern, wenn sie die Gelegenheit dazu bekommen. Doch nicht einmal die zionistische Regierung behauptet, daß die meisten sich für Israel als neue Heimat entscheiden würden.

### Sehnsucht nach den USA statt Israel

Israelischen Statistiken zufolge entscheiden sich in Wirklichkeit nur etwa 20 Prozent aller auswandernden sowjetischen Juden dafür nach Israel zu gehen. Die große Mehrheit wählt die Vereinigten Staaten, Kanada, Westeuropa und Lateinamerika – hier vor allem Argentinien und Mexiko – anstatt Israel und viele jener, die sich für Israel entscheiden, wandern dann wieder aus und zwar meistens in die USA.

Von den fast 8000 Juden, die die Sowjetunion im Jahr 1987 verlassen haben, gingen nur 2100 nach Israel und sie »erlebten eine große Enttäuschung – vor allem die Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker. Für sie bietet Israels Wirtschaft, die in großen Schwierigkeiten ist, nur wenig geeignete Arbeitsmöglichkeiten und viele fahren Taxi oder sind arbeitslos«, berichtet das Magazin »Business Week«.

Der »Jerusalem Post« zufolge, erlebt Israel unterdessen weiterhin eine starke Abwanderung von Wissenschaftlern und anderweitig gut ausgebildeten Bürgern, insbesondere auf technischem und wissenschaftlichem Gebiet, die in die USA, nach Kanada, Westeuropa und Australien gehen. Auch eine große Anzahl der übrigen israelischen Bürger verlassen weiterhin das Land auf der Suche nach einem besseren Leben in den USA und im Westen.

Israels Versagen darin seine eigenen, gut ausgebildeten Bürger im Lande zu halten, der mangelnde Erfolg bei seinem Ruf nach Aliyah (Rückkehr nach Israel) unter den westlichen Juden und die allgemeine Nichtbereitschaft der aus der Sowjetunion auswandernden Juden sich für die zionistische Heimat zu entscheiden, waren alles Faktoren in einer wenig publik gemachten Auseinandersetzung zwischen der israelischen Regierung einerseits und der jüdischen Gemeinde Amerikas auf der anderen Seite.

Premierminister Yitzhak Shamir hat bei zahlreichen Gelegenheiten verlangt, Amerika solle die Sowjets dahingehend unter Druck setzen, daß sie von allen emigrierenden Juden verlangen, zuerst nach Israel zu gehen, und daß die USA aufhören sollen diese Menschen als heimatlose Flüchtlinge zu akzeptieren. Amerika hat diesen Forderungen nicht nachgegeben, vor allem weil die jüdische Lobby in Amerika sich aktiv dagegen gewehrt hat.

Die Lobby möchte mehr Menschen in ihren Rängen haben ebenso so sehr wie Israel. Sie behaupten, ein sowjetischer Jude, der in seinem neuen Leben in den USA Erfolg hat, sei für Israel mehr wert als ein sowjetischer Jude, der nur ein weiterer Traktorfahrer in einem Kibbutz in Israel ist.

### Viele wollen die UdSSR nicht verlassen

Dies mag so sein, doch es verschlimmert auch ein weiteres vielleicht noch ernsteres Problem, das jetzt in Israel gärt. Die Sephardim (orientalische Juden) sind den Ashkenazim (europäischen Juden) inzwischen mit 57 zu 43 Prozent an Zahlen überlegen und der Abstand wächst ständig. Ein erschreckendes Beispiel dafür, wie ernst dieses Problem ist, zeigte E. Bob Wallach in seiner inzwischen berühmten Aktennotiz über die irakische Pipeline an den amerikanischen Justizminister Edwin Meese.

In dieser Aktennotiz nennt Wallach als einen der Gründe dafür, warum Meese den Plan unterstützen sollte – sowie den Plan zur Lieferung geheimer Geldmittel an den damaligen Premierminister Shimon Peres und sein Labour-Bündnis –: »Israel muß einen zunehmenden Zustrom von Ashkenazi-Juden aus der Sowjetunion bekommen, um den Zustrom von Sephardim (orientalische Juden) auszugleichen, die eine natürliche Affinität und Anhängerschaft für die Likud (Shamirs politische Gruppierung) zeigen. Vom Standpunkt der amerikanischen Interessen ist der Vorteil offensichtlich.«

Viele Juden genießen in der Sowjetunion einen privilegierten Status und eine beträchtliche Anzahl von ihnen sind überzeugte Kommunisten. Der Bruder des berühmten Dissidenten Natan Scharansky, ein Ingenieur aus Moskau, hat es zum Beispiel zurückgewiesen irgend etwas mit der stark publizierten Kampagne seines Halbbruders über eine Auswanderung nach Israel zu tun zu haben, und er bleibt in der Sowjetunion – selbst nachdem er seinen Bruder in Israel besucht hat.

»Ich wollte mir nur ansehen«, sagte der andere Scharansky, »was das war, wovon er plötzlich so besessen war.« □

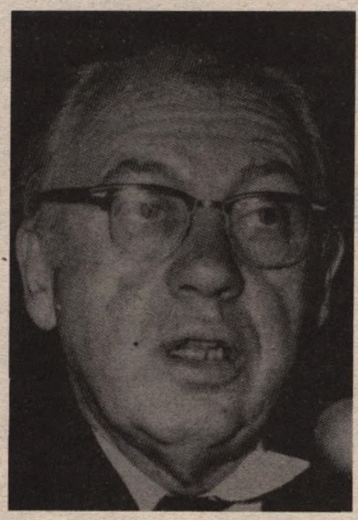
## Saudi-Arabien

# Raketen aus China

Victor Marchetti

**Die amerikanische Regierung und ihr Präsident Ronald Reagan haben Anfang dieses Jahres einen schweren Schock erlitten, als sie vom nationalen fotografischen Interpretationszentrum – einer wenig bekannten Geheimdienstabteilung in Fort Belvoir im US-Bundesstaat Virginia, die die von amerikanischen Spionagesatelliten aufgenommenen Bilder »interpretiert« – informiert wurden, daß Saudi-Arabien in der Wüste südlich der Landeshauptstadt Riad, Standorte für Mittelstreckenraketen baut.**

Dieser Nachricht folgte bald darauf eine noch unerfreulichere. Die Raketen, so der amerikanische Geheimdienst CIA, werden vom kommunistischen China unter einem geheimen Waffenvertrag geliefert, der im Jahr 1985 von dem Botschafter Saudi-Arabiens in Washington, Prinz Bandar bin Sultan, geschlossen wurde, den man für einen Busenfreund der USA hielt. Es war Bandar, der Saudi-Arabien für den damaligen CIA-Chef William Casey und Oberstleutnant Oliver North, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der USA, im Jahr 1986 ein paar Millionen Dollar lockermachen ließ, um zu helfen, die nicaraguanischen Contras zu finanzieren, als der amerikanische Kongreß dies abgelehnt hatte.



**Der verstorbene CIA-Direktor William Casey holte sich bei den Saudis ein paar Millionen Dollar für die Contras.**

### Keiner wußte vom Waffengeschäft

Die Bedeutung des Waffengeschäfts zwischen Saudi-Arabien und China entging weder US-Außenminister George Shultz noch Verteidigungsminister Frank Carlucci oder dem neuen nationalen Sicherheitsberater General Colin Powell. Das Thema wurde intensiv diskutiert bei mehreren ihrer außenpolitischen Frühstückstreffen, die mittwochs um 7 Uhr in der Früh stattfinden.

Durch den Kauf von drei Batterien – 18 Abschußvorrichtungen – der DF3A (CSS2-Klasse) East-Wind-Raketen mit einer Reichweite von 1700 Meilen hat Saudi-Arabien der US-Regierung klar und deutlich signalisiert, daß die Tage, wo Riad eine pro-israelische Außenpolitik der USA in Nahost unterwürfig akzeptiert hat, zu einem jähen Ende gekommen sind. Es gibt kein Betteln mehr um den Kauf von AWACS-Radarüberwachungs-Flugzeugen oder Düsenkampfjäger oder Panzerabwehrraketen gegen Bargeld, nur um von einem US-Kongreß in demütigender Weise abgewiesen zu werden, weil dieser unter der Herrschaft einer pro-israelischen Lobby arbeitet.

Wenn der außenpolitische Frühstücksclub auch nur schwache Hoffnungen gehabt hätte, daß die Änderung der Haltung der Saudis lediglich eine Verirrung war, so wurden die Hoffnungen rasch zerstört. Der Staatssekretär im US-Außenministerium, Richard Murphy, wurde entsendet, um Bandar zu fragen: »Was zum Teufel macht Ihr da?«

Der Botschafter antwortete ihm in höflicher, doch bestimmter Form, daß König Fahd entschlossen sei, gegen jegliche Bedrohung – auch von Israel – für die nationale Verteidigung seines Landes zu sorgen. Es läge an Washington, ob man helfen wolle oder nicht, indem man die nötigen Waffen verkauft. Die USA seien nicht die einzige Quelle moderner Waffen für ein Land, das über Bargeld verfügt.

### Mangelndes Vertrauen der Saudis in die US-Politik

Obwohl die Entscheidung der Saudis, die Waffen, die sie ihrer Ansicht nach für ihre Sicherheit benötigen, woanders zu kaufen als in den USA, erst im Januar dieses Jahres deutlich wurde, ist diese Entscheidung eindeutig vor über zwei Jahren schon getroffen worden. Es war diese Tatsache und die Erkenntnis des mangelnden Vertrauens der Saudis in die amerikanische Außenpolitik, die Shultz und Kompanie am meisten erschreckte und beunruhigte.

Dies, zusammen mit dem plötzlichen Aufstand der Palästinenser, der damals in seinem Anfangsstadium war, und einer aufkeimenden Erkenntnis der Gefahren, die er für den amerikanischen Einfluß in Nahost ankündigte, waren Schlüsselfaktoren, die Shultz veranlaßten, rasch einen Vermittlungsversuch in dem lange gärenden Konflikt zu unternehmen. Es war auch ein unerwarteter Anreiz für die neue Bereitschaft des amerikanischen Außenministeriums, mit den Vertretern des palästinensischen Volkes zu sprechen, die die PLO als die wahre Stimme ihres Volkes ansehen.

Während also das Grundmotiv für Shultz' Intervention im israelisch-palästinensischen Konflikt weiterhin der Wunsch ist, für die Zionisten die Kastanien aus dem Feuer zu holen – selbst wenn sie selbst zu blind sind, die Notwendigkeit dafür zu sehen –, gibt es eine wachsende Sorge in Washington darüber, daß Amerikas unerschütterlichsten Verbündete in der arabischen Welt sich abwenden. Außerdem ist es ohne deren Hilfe höchst zweifelhaft, daß irgendeine Art bedeutender, geschweige denn dauerhafter Frieden zwischen den Palästinensern und den Israelis erzielt werden kann.

Israels unmittelbare Reaktion auf die Nachricht, daß Saudi-Arabien Mittelstreckenraketen installiert, war Erstaunen. Die zionistische Regierung war erneut Opfer eines »Geheimdienstfehlers« von seiten ihres überbewerteten Geheimdienstes, des Mossad, geworden. Die Israelis erfuhren von den chinesischen Raketen durch die USA.

### Washington will keine Späße dulden

Die zweite Reaktion war eine Warnung an die Saudis in Form einer »Indiskretion« auf hoher Ebene, aus der hervorging, daß die Israelis sich zu einem Schlag zur Zerstörung der Raketen entschließen könnten, bevor sie voll funktionsfähig sind und eine Bedrohung für Israel darstellen. Das war allerdings mehr eine Prahlerei gegenüber der Öffentlichkeit in Israel und der halsabschneiderischen zionistischen Gemeinde in Amerika.

Als die US-Regierung den Israelis das Vorhandensein der East-Wind-Raketen in Saudi-Arabien bekanntgab, warnten sie diese auch davor, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, wie aus einer hochrangigen diplomatischen Quelle verlautete. Washington würde keine Späße dulden, ebensowenig wie die Saudis.

Mit Hilfe der USA wurden die AWACS-Überwachungsgeschwader der Saudis am Persischen Golf entfernt, wo sie zur Unterstützung des amerikanischen Kampfverbandes dienten, der dort patrouillierte, und sie bekamen statt dessen die Aufgabe, den israelischen Luftraum zu überwachen. Unterdessen wurden die gesamten bewaffneten Streitkräfte der Saudis in Alarmbereitschaft versetzt und Einheiten wurden in Richtung israelischer Grenze in Bewegung gesetzt.

Tel Aviv hat die Weisheit hinter der Warnung Washingtons gesehen und Außenminister Shultz verstärkte seine Bemühungen für eine Friedenskonferenz zur Lösung der Probleme in Nahost trotz Israels Widerstreben. □

## Naher Osten

# Politik hinter den Kulissen

Warren Hough

**Die amerikanische Reagan-Regierung entschied sich im Persischen Golf Gewalt anzuwenden. Amerikanischen Kriegsschiffen wurde der Befehl erteilt, Ölfelder und patrouillierende Schiffe des Iran mit schwerer Artillerie, Raketen und Laser-gesteuerten Bomben anzugreifen. Diese Entscheidung ist lediglich das »Eröffnungsfeuer in einem größeren und gefährlicheren Krieg«.**

Das ist die vorherrschende Meinung unter gut informierten militärischen und diplomatischen Beobachtern nach dem Feuergefecht, wobei zwei iranische Bohrinseln und sechs Patrouillenboote von einem Kampfverband der US-Marine angegriffen worden waren.



**Für David Rockefeller und seine Chase Manhattan Bank war Persien zur Zeit des Schahs eine wahre Milchkuh.**

### Wer weiß, woher die Mine kam?

Militärexperten der Region wiesen in Unglauben und gelegentlich auch zornig die Behauptung des Weißen Hauses zurück, es habe sich dabei um eine »gemäßigte Reaktion« auf eine Unterwasserexplosion gehandelt, bei der die US-Fregatte »Samuel B. Roberts« am 14. April 1988 beschädigt und zehn Mitglieder der Mannschaft verletzt worden waren.

»Präsident Ronald Reagan sagt, das Unglück sei durch eine Mine der Iraner verursacht worden«, erläuterte der Korvettenkapitän Jaafar Hamadei, ein pensionierter ägyptischer Marineoffizier. »Woher will er wissen, wessen Mine es war? Ein halbes Dutzend der Marineverbände in der Region verwenden die gleiche Art Unterwasser-Sprengstoff sowjetischer Bauart.

Zum Beispiel Ägypten: die Marine meines eigenen Landes, verwendet sie auch. Der größte Vorrat dieser Minen gehört nicht dem Iran, sondern dem Irak. Wie kann das Weiße Haus so unmittelbar und ohne zu zögern den Iran verurteilen?«

Hinsichtlich der von Hamadei – der jetzt in New York Vizepräsident eines Marineunternehmens aus Nahost ist – aufgeworfenen Frage bestätigte der iranische Botschafter bei den Vereinigten Nationen kategorisch, welcher Sprengstoff auch immer die »Roberts« zerstört habe, er war auf jeden Fall nicht iranischen Ursprungs.

»Wir haben schon vor Monaten damit aufgehört Minen zu legen«, sagte Botschafter Mohammad Mahallati. »Wir sind gegen einen Minenkrieg im Golf, wo der Schutz und die Sicherheit der Schiffe in unserem eigenen Interesse liegt. Wir übernehmen für diesen Zwischenfall keine Verantwortung, ebensowenig wie für irgendeine andere Minenexplosion, denn wir führen keinen Minenkrieg.«

### Verzerrte und tendenziöse Sicht

Lokale Berichte von dem Zwischenfall – einige davon aus Quellen, die dem Iran nicht freundlich gesonnen sind – scheinen den Dementis des Botschafters Glaubwürdigkeit zu verleihen. Einem Bericht vor Ort zufolge ereignete sich die Kollision zwischen der »Roberts« und einer Unterwassermine in Wirklichkeit in den territorialen Gewässern von Saudi-Arabien, einer Zone, von der nicht bekannt ist, daß sie jemals von den Iranern vermint worden ist.

Obwohl die Kette von Ereignissen hinter dem letzten Flammenlodern im Golf Mitte April noch immer unklar ist, warnten mehr als ein Experte, daß die militärische Aktion der Reagan-Regierung durch eine »verzerrte und tendenziöse« Sicht des Iran motiviert worden sei.

»Man kann es nicht anders beschreiben nach dem Iran-Contra-Skandal im letzten Jahr«, erläuterte Romain Drouhin, ein französischer Rundfunkkorrespondent, der sowohl aus Washington als auch aus Nahost berichtet. »Aus den Berichten geht die bestürzende Entdeckung hervor, daß das Weiße Haus sich auf Israel verläßt, was die Geheimdienstberichte über den Iran betrifft.

Große amerikanische Nachrichtenorganisationen scheinen diese außergewöhnliche Abhängigkeit fraglos zu akzeptieren. Doch europäische Politiker waren erschreckt über die Erkenntnis, daß wichtige strategische Entscheidungen der USA in dieser Region auf den Informationen oder Falschinformationen basieren, die von dem Mossad, dem israelischen Geheimdienst, geliefert wurden.«

Außerdem ist Israel nicht allein bei der Befürwortung des »Einsatzes von tödlicher Gewalt«, wie es die New Yorker Zeitung »Daily News« bezeichnete, gegen das fundamentale islamische Regime am Golf.

»David Rockefeller und sein Council on Foreign Relations (CFR) setzt Himmel und Erde in Bewegung, um die puritanische, unversöhnliche, religiöse Führung im Iran zu unterminieren«, sagte Constance DePew Mott, die an einer Studie über die ölexportierende Wirtschaft an der Universität von New York arbeitet.

### Eine schuldenfreie Wirtschaft im Iran

»In den sechziger und siebziger Jahren war dieses ölreiche Land unter einer korrupten und fügsamen Monarchie eine Milchkuh für ein Syndikat von Megabankern, das von Rockefeller und seinem Chase Manhattan-Konsortium organisiert wurde. Als die islamischen Revolutionäre die Monarchie im Jahr 1979 stürzten, hörte der Geldfluß auf; den internationalen Finanziers und ausländischen Verkäufern wurde gesagt, sie sollen das Land verlassen.«

Doch nach Ansicht der meisten Kenner der Probleme des Nahen Osten wird der Krieg der Wall Street mit dem Iran durch mehr als nur verlorengegangene Profite geschürt.

»Die fundamentalistischen Dolmetscher des Islam, die jetzt im Iran regieren, haben das scheinbar Unmögliche getan«, erläuterte Mott. »Sie haben eine schuldenfreie Wirtschaft geschaffen und Mittel und Wege gefunden, sie am laufen zu halten trotz eines langen und aufreibenden Krieges. Bis jetzt haben sie bei den Bankern keine Kredite aufzunehmen brauchen. Es ist ein einzigartiges Wirtschaftsexperiment und von dem Gesichtspunkt der Banker eine große Gefahr.«

Es ist der unnachgiebige Druck von der israelischen Lobby, von der Wall Street und von einem Medien-Establishment, das beiden ergeben ist, die die Reagan-Regierung zwingen, bewaffnete Schläge gegen den Iran zu führen.

»Wie auch die Wahrheit über den Iran aussehen mag, gut oder schlecht – es gibt von beiden viel – die amerikanischen Wähler sollten lieber die Tatsachen herausfinden, bevor die Schläge Washingtons gegen den Iran noch mehr Leben von Amerikanern fordern.« □

# Naher Osten

# Für Iran ist es Krieg

Mike Blair

**Die Vereinigten Staaten befinden sich im Krieg mit dem Iran. Während die Reagan-Regierung versucht, den Ernst der Lage herunterzuspielen, bestehen die Iraner, die bei Berührungen mit amerikanischen Marinestreitkräften im Persischen Golf schwere Verluste erlitten haben, darauf, daß jetzt ein Kriegszustand mit den Vereinigten Staaten existiert. Die Mehrzahl der Nahost-Experten rechnet damit, daß sich die Feindseligkeiten fortsetzen oder gar steigern werden, insbesondere die terror-ähnlichen Angriffe gegen amerikanische Ziele.**

In Washington ist es kein Geheimnis, daß alle amerikanischen Militärbasen und andere Einrichtungen auf der Welt wegen der Auseinandersetzungen im Persischen Golf gewarnt und alarmiert wurden. Es kam im umkämpften Persischen Golf zu mehreren Zusammenstößen zwischen amerikanischen und iranischen Marinestreitkräften, als die USA am 18. April 1988 zwei iranische Ölbohrinseln vor der Küste im südlichen Golf angegriffen und zerstörten. Nach Aussagen des US-Verteidigungsministeriums benutzten die Iraner die Bohrinseln als Plattform für militärische Operationen im Golf.

## Keine Stellungnahme zu Irans Anschuldigungen

Die Angriffe auf die Ölplattformen wurden von Vertretern der Reagan-Regierung als eine »gemäßigte Reaktion« darauf bezeichnet, daß die US-Fregatte »Samuel B. Roberts« vier Tage zuvor von einer angeblichen iranischen Mine – wie die amerikanische Regierung sie bezeichnete – fast versenkt worden wäre, als sie sich allein und angreifbar auf einer »Routinepatrouille« im zentralen Golf etwa 70 Meilen östlich von Bahrein befand.

Zehn amerikanische Seeleute wurden verletzt. Der Iran dementiert dagegen, daß es sich um eine iranische Mine gehandelt hat.

Als Folge der Zusammenstöße vom 18. April 1988 wird jetzt ein US-Cobra-Helikopter mit seiner Zwei-Mann-Crew vermißt und es wird befürchtet, daß er feindlichem Feuer zum Opfer gefallen ist. Die Iraner behaupten einen solchen Helikopter zerstört zu haben.

Die Iraner haben bei diesen Zwischenfällen allein 250 Todesopfer zu beklagen.

Die Iraner behaupten, amerikanische Helikopter hätten ihre Bodenstreitkräfte auf der Halbinsel Fao (Faw) angegriffen, die der Iran im Jahr 1986 vom Irak erobert hat. Die Iraner sagen, die Helikopter seien mit irakischen Streitkräften besetzt gewesen, die die Insel, die sich im südlichen Irak am Golf befindet, scheinbar zurückerobern wollten.

»In direkter, offener und praktischer Unterstützung des irakischen Regimes sind die Amerikaner in den Krieg eingetreten«, behauptet ein iranischer Sprecher in Radio Teheran.

Die Reagan-Regierung wollte zu den Anschuldigungen des Irans keine Stellung beziehen.

## Amerikanischer Leichtsinn im Golf

Das amerikanische Militär hat allerdings Angriffe gegen die iranischen Raketeneinrichtungen auf der Halbinsel Fao von der See her und aus der Luft in Erwägung gezogen und die Rückeroberung der Insel durch die Iraker eindeutig begrüßt. Von Stützpunkten auf der Halbinsel aus haben die Iraner Ziele in Kuwait und im nördlichen Golf mit Silkworm-Langstreckenraketen chinesischer Bauart angegriffen.

Bei der Aktion vom 18. April im südlichen Golf wurden zwei iranische Fregatten britischer Bauart der Saad-Klasse mit ferngelenkten Raketen stark beschädigt, wobei eine wahrscheinlich von amerikanischen Kriegsschiffen und Flugzeugen versenkt wurde, nachdem die iranischen Schiffe sie offenbar angegriffen haben. Jede Fregatte verfügt über eine Besatzung von etwa 140 Mann und ihr Schicksal ist unbekannt.

Außerdem wurde ein iranisches Kanonenboot französischer Bauart mit 31 Mann an Bord von einer US-Fregatte mit Fernlenkraketen in die Luft gesprengt und versenkt, nachdem es eine Rakete auf einen US-Kreuzer abgefeuert hatte, der dabei war, eine der Bohrinseln des Iran anzugreifen.

Ein oder vielleicht sogar zwei iranische Kanonenboote wurden versenkt, nachdem sie wiederholt Ziele im Mubarak-Ölfeld vor Sharjah in den Vereinigten Arabischen Emiraten im südlichen Golf angegriffen hatten. Ein britischer Öltanker, der »York Marine«, ging in Flammen auf und mußte bei diesem Angriff aufgegeben werden.

Ein Frachter aus Zypern wurde beschädigt. Die amerikanische Bohrinsel »Scambay« ging in Flammen auf und ein amerikanischer Schlepper, die »Willi Tide«, entkam nur knapp unbeschädigt.

Die US-Fregatte »Roberts« wurde von der Wassermine fast versenkt. Dem Kapitän wurde Anweisung erteilt, das Schiff zu verlassen, der er allerdings nicht Folge leistete, weil er sicher war, sein Schiff retten zu können.

Ironischerweise handelt es sich bei der »Roberts« um ein Schwesterschiff der »USS Stark«, die im Mai letzten Jahres im Golf fast versenkt worden wäre, als sie von zwei französischen Exocet-Schiffabwehrraketen getroffen wurde, die von irakischen Flugzeugen abgefeuert worden waren. Siebenunddreißig amerikanische Seeleute starben in einer lodernden Feuersbrunst, die die Schiffshülle und die Schiffsaufbauten der »Stark« erfaßt hatte.

Sowohl bei der »Stark« als auch bei der »Roberts« handelt es sich um Fregatten der Oliver-Hazard-Perry-Klasse mit ferngelenkten Raketen und 3710 Tonnen Tragkraft und einer Besatzung von 203 Mann.

## Amerikas schwimmende Gräber

Die »Roberts« hatte etwa 20 Mann zusätzlich an Bord, die zu einer speziellen Hubschraubereinheit gehörten mit Stützpunkt in Mayport im US-Bundesstaat Florida. Die Fregatte, die ihren Heimathafen in Newport, Rhode Island hat, hatte den Hafen am 11. Januar 1988 in Richtung Persischer Golf verlassen und sollte im Juni in die Vereinigten Staaten zurückkehren.

Ursprünglich versuchten die Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums anzudeuten, die »Roberts« wäre wahrscheinlich auf eine Mine gelaufen, die schon längere Zeit im Golf geschwommen sei. Sie sagten, die Minen, die kürzlich im Golf gefunden worden seien, wären mit Algen überzogen gewesen, was darauf hinweist, daß sie sich schon längere Zeit im Wasser befunden haben.

Doch die Vermutung, die »Roberts« sei auf eine Mine aufgelaufen, die schon seit langem im Golf gelegen hat, wurde vermutlich unabsichtlich von US-Vizepräsident George Bush hinweggefegt, als er im April in Washington vor der Amerikanischen Gesellschaft der Zeitungsverleger sprach.

In einer Frage- und Antwortphase im Anschluß an seine Rede sagte Bush, die »Roberts« sei auf eine kürzlich gelegte Mine gelaufen. Der Iran soll ungefähr 2000 Minen sowjetischer Machart mit Namen Mk-08 gelegt haben. Viele kommen aus Nordkorea, doch sie werden jetzt im Iran hergestellt.

Amerikanische Marineexperten meinten, sie seien erstaunt gewesen, daß die »Roberts« allein in den Gewässern des Golfs patrouillierte, als sie auf die Mine traf. Auch die »Stark« war allein, als sie von irakischen Raketen getroffen wurde.

»Wenn sie alleine unterwegs ist, ist die Fregatte der Perry-Klasse für Minen sehr leicht angreifbar«, sagte ein amerikanischer

Marineexperte. »Das Schiff verfügt über keine Minensucheinrichtungen.«

## Die Raketen versagten

Berichten aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium zufolge, sollen Mitglieder der Mannschaft an Bord der »Roberts« »einige minenähnliche Objekte« im Wasser entdeckt haben, kurz bevor eine Explosion das Schiff um 10 Uhr 10 Minuten auseinanderriß.

Bis vor kurzem hatte die US-Marine ein Geschwader minensuchender Helikopter im Golf, doch sie wurden vor ein paar Wochen abgezogen, und überließen die Minensuch- und Minenzerstöraufgabe sechs alten Minensuchern der amerikanischen Marine, die noch aus dem Koreakrieg stammen und die aufgrund ihres Alters sowie ihrer fehlerhaften Motoren sehr unzuverlässig sind.

Im letzten Jahr wurden etwa ein halbes Dutzend Schiffe, vor allem Öltanker und Frachter, im Golf von Minen getroffen.

Die »Roberts« hatte gerade den kuwaitischen Tanker »Gas King« nordwärts zur Fahrt nach Kuba geleitet und fand sich auf dem Rückweg nach Süden, als sie auf eine Mine lief und zerstört wurde. Sieben Seeleute erlitten Verbrennungen unterschiedlichen Grades, einer davon schwere. Zwei wurden am Rücken verletzt und einer in der Leistengegend. Der am schwersten Verletzte unter den Seeleuten wurde in ein Krankenhaus nach Bahrein geflogen. Die anderen wurden auf die »USS San Josi«, ein Kampfschiff der Mars-Klasse gebracht.

Nachdem sie auf die Mine gelaufen war, nahm die »Roberts« Kurs auf Bahrein mit Hilfsantrieb, der ihr lediglich eine Geschwindigkeit von zwei Knoten erlaubte.

Am 13. Februar 1988 war der US-Zerstörer »Chandler« nur knapp einer Katastrophe entkommen, als ein irakischer Badger-Bomber sowjetischer Bauart zwei C-801-Schiffsabwehrraketen rotchinesischer Bauart auf ihn abfeuerte. Die Raketen versagten offenbar und verfehlten die »Chandler«. □

## West Bank

# Der provozierte Zwischenfall

Victor Marchetti

**Wie aus Ermittlungen der Israel Defense Force (IDF) hervorgeht, war der stark publizierte Tod eines israelischen Schulmädchens an der West Bank im April offenbar ein Zufall und durch das feindselige Verhalten seines Leibwächters provoziert.**

Der Untersuchungsbericht über die blutigen Ereignisse im Dorf Beita, bei denen die 15 Jahre alte Tirza Porat angeblich durch Steine von Palästinensern getötet wurde, hat eine neue politische Kontroverse in der israelischen Regierung ausgelöst. In einer Kabinettsitzung haben Minister der rechten Herut-Partei des Likutblockes Verteidigungsminister Yitzhak Rabin, einen Angehörigen des Labour-Blocks, und den IDF-Stabschef Dan Shomron wegen falscher Handhabung des Zwischenfalls und Weitergabe an die Nachrichtenmedien angegriffen, wie es bei der Jewish Telegraphic Agency (JTA) heißt.

## Widerspruch gegen die Version der IDF

Rabin sagte dem Kabinett, bei einer Autopsie, die an dem jüdischen Mädchen vor ihrer Beerdigung vorgenommen worden ist, sei festgestellt worden, daß sie von einer abgeirrten Kugel, die in unmittelbarer Nähe abgefeuert worden sei, in den Kopf getroffen wurde. Er sagte, die Flugbahn der Kugel ging nach oben, was darauf hinweist, daß sie von einem Israeli, Romam Aldubi, einem der beiden bewaffneten Wachen von der jüdischen Siedlung Eilen Moreh abgefeuert worden ist. Die Wachen begleiteten das Mädchen und 15 andere Teenager bei einer Wanderung über die Berge in der Nähe des Dorfes Beita.

Die Minister der Likud widersprachen der Version der IDF von dem Zwischenfall und behaupteten, die Schulkinder und ihre Wachen seien von einem Steine werfenden Palästinenser-Mob in dem Dorf in eine Falle gelockt worden. Die andere bewaffnete Wache, Menahem Ilan, sagte, die Gruppe sei gezwungen gewesen, langsam durch das Dorf zu gehen und »die Leute bedrängten uns von allen Seiten. Sie versuchten uns die Waffen abzunehmen, warfen mit Steinen auf uns und schlugen mit Stöcken nach uns. Wir wären auf der Stelle niedergemetzelt worden.«

Rabin dagegen erzählte dem Kabinett, den Befragungen der IDF zufolge seien die israelischen Jugendlichen eine ganze Weile – ohne bewaffnete Eskorte – in dem Dorf gewesen und keiner von ihnen sei verletzt worden. Doch die Dorfbewohner seien zornig geworden als sie Aldubi als den Mann erkannten, der im vergangenen Jahr einen ansässigen Palästinenser getötet hatte.

Aldubi, ein 26jähriger Yeshiva (Religions)-Student und ehemaliger New Yorker, ist angeblich einer der extremsten der religiösen militanten Nationalisten, die an der West Bank leben. Als ein Gefolgsmann von Rabbi Meir Kahanes rassistischer Kach-Bewegung ist er schon mehrfach mit den israelischen Behörden zusammengestoßen.

## »Gott wird ihr Blut rächen!«

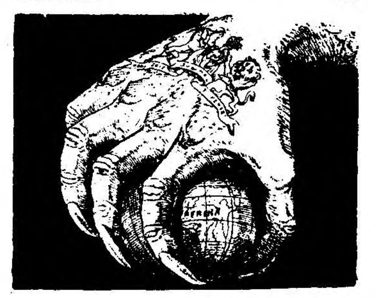
Er und andere Yeshiva-Studenten eröffneten im vergangenen Jahr das Feuer auf ein palästinensisches Flüchtlingslager in der Nähe von Nablus. Wegen dieses Verbrechens mußte er sechs Monate aus der Region fernbleiben. Das Verbot, das von General Amram Mitzna, dem Befehlshaber der Zentralregion angeordnet worden war, war der erste Gebrauch einer solchen Ermächtigung zur Anwendung von außerordentlichen Maßnahmen gegen einen jüdischen Bürger Israels. Dennoch trug Aldubi weiterhin ein Armeegewehr solange das Verbot in Kraft war.

So weisen die IDF-Ermittlungen darauf hin, daß es sich bei der Tragödie nicht um einen unprovozierten Angriff auf israelische Siedler gehandelt hat, sondern daß es eher eine kumulative Folge einer viermonatigen palästinensischen Revolte gegen die israelische Besatzung war, in deren Verlauf über 150 Palästinenser in Zusammenstößen mit der IDF und bewaffneten jüdischen Siedlern getötet wurden, so die JTA.

Weiterhin hieß es, Polizeimeister Haim Barlev habe berichtet, die Schulwanderung durch das Spannungsgebiet sei mit den örtlichen Militärbehörden nicht abgesprochen gewesen.

Der Tod von Tirza Porat brachte leidenschaftliche Forderungen von jüdischen Siedlern nach Rache und Vertreibung aller Palästinenser von der West Bank. Israels Premierminister Yitzhak Shamir schwor bei der Beerdigung des kleinen Mädchens, daß »Gott ihr Blut rächen werde«.

Unmitttelbar danach begann die IDF die Häuser der Dorfbewohner, die angeblich in den Zwischenfall verwickelt waren, zu sprengen und dem Erdboden gleichzumachen. Etwa 14 Häuser von Palästinensern wurden zerstört, bevor der Oberste Israelische Gerichtshof eine weitere Zerstörung durch Entscheidung verbot, bevor nicht eine gerichtliche Untersuchung der Ereignisse im Zusammenhang mit dem Zwischenfall stattgefunden hat. □



## Ariel Sharon

# Lösung mit eiserner Faust

Victor Marchetti

**Ariel Sharon, der als »der einzige Mann beschrieben wurde, der unbarmherzig genug ist, um die Palästinenser niederzuwerden«, hüllt sich in bedrohliches Schweigen, während die israelische Regierung verzweifelt nach Wegen sucht, um den zornigen Aufstand in den besetzten Gebieten von Gaza und der West Bank zu unterdrücken. Der zähe Politiker und Soldat jedoch, der die brutale Invasion in den Libanon Anfang der achtziger Jahre geleitet hat, um die PLO zu zerstören, wirbt für seine »Lösung mit der eisernen Faust«, um das Problem endgültig zu lösen, indirekt durch loyale Verbündete und wartet auf den richtigen Moment.**

In einem kürzlich der hebräischen Tageszeitung »Hadashot« gegebenen Interview erzählte der »Waffenkamerad« des ehemaligen Generals, Shlomo Baum, wie der »israelische Cäsar« mit den rebellierenden Palästinensern umgehen würde. Als ein langjähriger Freund nahm Baum an Sharons brutaler Kampagne zur Niederschlagung der Unruhen am Gaza-Streifen in den Jahren 1971/72 teil und half ihm auch bei anderen Stoßtrupps.

### Er läßt sich vom Fernsehen nicht stürzen

Baum zufolge würde Sharon die derzeitigen Aufstände wie folgt behandeln: »Arik hat die Möglichkeit in Erwägung gezogen, daß man ihm die Aufstände zur Erledigung übergeben würde. Er beobachtet die Ereignisse in den Territorien genau. Zunächst würde er ein intensives Seminar abhalten, um sich mit dem Problem in allen seinen Komplexitäten auseinanderzusetzen. Er würde das rasch tun, denn er ist überzeugt, daß das, was in den letzten Monaten geschehen ist, das größte Fiasko ist, das wir in 100 Jahren Zionismus und 40 Jahren Krieg in der israelischen Armee erlebt haben.

Er würde ein begrenztes Generalkommando aus hochrangigen Offizieren einsetzen, die er aus der Armee und aus seiner Zeit als Verteidigungsminister kennt, sowie Zivilexperten auf verschiedenen Gebieten, die die gleiche Wellenlänge haben und die rasch zur Tat schreiten können. Er würde das Problem in drei strategische Fronten einteilen: die interne jüdische Front, die arabischen Staaten und die internationale Front, besonders die USA.

Er würde zu dem Schluß kommen, daß der entscheidende Konflikt an der jüdischen Front ausgetragen werden muß. In dem Augenblick, wo er das Kampffeld von dem Einfluß der verschiedenen jüdischen Anhänger der Palästinenser befreit hat, wird er schon gesiegt haben.

Im Gegensatz zu Verteidigungsminister Yitzhak Rabin, der einen schwachen Charakter hat – Rabin hat das Schießen, Schlagen und die Vertreibung der Palästinenser angeordnet – und Dan Shomron, der unschlüssig ist – Shomron leitete die berühmte Rettungsaktion in Entebbe, Unganda – hat Arik keine Angst vor Massendemonstrationen und Artikeln in der Presse. Er wird in Übereinstimmung mit seiner Strategie arbeiten und er wird keinen Millimeter davon abweichen. Er läßt sich vom Fernsehen nicht zu Fall bringen.

### Den Fehler Moshe Dayans korrigieren

Er wird innerhalb des gesetzlichen Rahmens operieren. Es ist klar, daß der Engpaß des Krieges gegen den Terrorismus im Bereich der Bestrafung liegt und Bestrafung ist eine Sache des Gesetzes. Bisher haben unsere führenden Politiker sich vor der Verantwortung in diesem Bereich gedrückt, und sie haben mit Verhören und juristischen Gängeleien ihre eigene Schrekkensherrschaft ausgeübt.

Arik wird sich all dieser Dinge annehmen durch Gesetze, mit denen alle Organisationen in Israel und den Territorien mit Verbindung zur PLO verboten werden, und er wird auch die internationale Propagandamaschine der PLO in Ostjerusalem schließen. Mit derartigen Gesetzen wird auch die von der PLO inspirierte Propaganda und die Aktivitäten an allen Universitäten in Israel – jüdischen und arabischen – verboten.



**Ein 14jähriger Palästinenser wurde von israelischen Soldaten an der West Bank erschossen und von seinen Angehörigen weggebracht.**

Etwa 300 Terroristenführer und Aufwiegler werden ohne gerichtliche Anhörung rasch deportiert werden. Zu Beginn der Aufstände wäre das mit 30 Deportierten getan gewesen; heute müssen wir hundertmal so viele deportieren.

Wenn Jordanien es ablehnt sie aufzunehmen, dann ist es genau das, was Arik will. Er wird den Fehler Moshe Dayans korrigieren, den dieser mit seiner Politik der ›offenen Brücke‹ begangen hat. Mit seiner Ablehnung seine eigenen Bürger am Ostufer des Jordan aufzunehmen, wird Jordanien der Anspruch auf auch nur irgendeinen Teil von Judäa und Samaria (West Bank) abgesprochen. Arik wird die Brücken für Agrarexporte aus den Territorien schließen und er wird den Verkauf auf israelischen Märkten verbieten.

### Die Botschaft des »Schlächters von Beirut«

Arik weiß, daß die Niederschlagung der Aufstände nichts für die Nahal-Truppen (Wehrdienstverpflichteten) ist; sie tendieren normalerweise nach rechts. Wie in den siebziger Jahren wird Arik wieder kleine Eliteeinheiten einsetzen.

Er würde ein paar hundert Hekkenschützen bestimmen und ihnen den Befehl geben auf die Schultern der Steinewerfer zu schießen – nicht aus einem Abstand von drei Metern, sondern 50 oder 100 Metern. Eine Kugel in der Schulter würde diese Person daran hindern, jemals wieder nach einem Stein zu greifen.

Arik würde die Grenze zwischen den Territorien und den jüdischen Gebieten für arabische Arbeiter für Wochen verschließen, neue Arbeitserlaubnisse verteilen und jeder, der Interessen daran hat zu arbeiten, müßte eine Verpflichtung unterschreiben, daß er keine Steine wirft – andernfalls verliert er seine Arbeitserlaubnis und wird nach Jordanien abgeschoben. Das hat Sharon in Gaza gemacht und es hat funktioniert.«

Diese Botschaft von Ariel Sharon, »dem Schlächter von Beirut«, findet in Israel besonders unter den weniger privilegierten orthodox-religiösen Gruppen immer mehr Anklang. □

## Zionismus

# Auf dem Weg nach Harmagedon

Emil Rahm

**Nach der Bibel ist Israel das Demonstrationsvolk, an dem die Völker die Konsequenzen ihres Tuns, aber auch die Gnade Gottes erkennen können. Der Theologe Fritz Hubmer zeigt in seinem Buch »Weltreich und Gottes-Reich in Prophetie und Erfüllung«, daß Israel durch Gericht im Blick auf seine Verfehlung, aber auch durch Gnade seine neue Geschichte mit Christus, dem erwarteten Messias bekomme. Die eigenmächtige weltliche Vorwegnahme der geoffenbarten Verheißungen – besonders auf wirtschaftlich-monetärem Gebiet – erzeuge den neuen Antisemitismus und führe zum Weltkrieg bei Harmagedon. Nach seiner Bekehrung zu Christus werden die Juden jedoch zum Priestervolk.**

Mit dem Ausspruch, Juden seien wie andere Menschen, sie hätten jedoch von allem ein bißchen mehr, wollte mir kürzlich ein jüdischer Gesprächspartner von Rang sagen, daß Juden sowohl positiv wie negativ besonders hervortreten. Dies ist wohl nötig für ein Volk, das nach der Bibel als Demonstrationsvolk auserwählt ist, damit die Völker erkennen, wie sich Gehorsam oder Ungehorsam gegenüber den göttlichen Gesetzen auswirkt.

### Geschichtliche Notwendigkeit einer Rückführung

Am Volk Israel – die übrigen Völker sind nicht besser und nicht schlechter – demonstriert Gott auch seine Gnade für die ganze Welt. Im dritten Buch Mose heißt es im Kapitel 26: »Wenn ihr in meinen Satzungen wandelt . . . so will ich euch Regen zur rechten Zeit geben . . . ihr sollt reichlich Brot zu essen haben und sicher in eurem Land wohnen . . . Wenn ihr mir aber nicht gehorcht . . . so will ich dementsprechend mit euch verfahren und schreckliche Heimsuchungen über euch verhängen.«

Für den Fall der Abwendung von Gott sagte Mose im Vers 33 auch die Zerstreuung unter die Völker voraus, aber auch daß das Judenvolk dort nicht untergehen, sondern später wieder in sein Land zurückgeführt werden wird. Nach dem Propheten Jeremia will Gott »Fischer« (Zionisten) und »Jäger« (Judenfeinde?) aufbieten, daß das Volk Israel von anderen Völkern getrennt wird.

Fritz Hubmer schreibt, daß Israel durch Gericht und Gnade der Endzeit seine neue endgültige Geschichte mit Christus, dem erwarteten Messias bekomme. Israel werde in seine ursprüngliche Berufung, ein Segen für die Welt zu sein, wieder eingesetzt. Das bedeute aber vor allem, daß es nach seiner Zurechtbringung während der Königsherrschaft Christi die völkische und geographische Segensmitte der Erde sein werde.

Wie durch einen »heilsgeschichtlichen Instinkt« werde Israel nach Palästina geführt. Daß die Erfüllung der verheißenden Herrlichkeit Jerusalems im kommenden Königreich Jesu Christi in solchen Äußerungen führender Politiker weithin im antichristlichen Geist und Wesen verstanden und im fleischlichen, das heißt weltlichen Sinne vorweggenommen werden möchte, sei kein Beweis gegen die Erfüllung der endzeitlichen Weissagungen.

### Antisemitismus führt nach Harmagedon

Aus dem Propheten Hesekiel 37, Zephania 2,1 und anderen Stellen geht deutlich hervor, daß die Weissagung eine Sammlung Israels im Land der Väter aus zunächst rein nationalen Beweggründen vorsehe: »Erst rücken die ›Totengebeine‹ zusammen, dann kommen (im Bild der Propheten) die Adern und das Fleisch, endlich wächst die Haut darüber und dann erst kommt der Geist des Lebens aus Gott.« Der Anfang dieses Bildes entspricht völlig den jetzigen Vorgängen in Israel.

Auf dem Weg seiner politischen Entwicklung wird der Staat Israel, genau wie die außer-jüdischen Völker, in den letzten Tagen zu erschreckenden »Fluchzielen« gelangen. »Wenn wir Offenbarung 17 und 18 recht verstehen«, schreibt Hubmer, »führt der Weg vom derzeitigen Staat Israel zum einstigen Reich Israels gradlinig über die dort geweissagte Station eines welt- und geldwirtschaftlichen Buhldirnentums.«

Im Buhldirnengeist sucht das Israel der Endzeit die unter ganz anderen Voraussetzungen gegebenen Verheißungen der Herrlichkeit Jerusalems vorwegzunehmen und eigenmächtig zu erfüllen. So werde die Wiedergeburt Israels und damit die Zurechtbringung des Volksganzen im heilsgeschichtlichen Sinn überhaupt nicht auf dem Weg seiner geschichtlichen Entwicklung geschehen. »Aber das ist zu erwarten, daß eben dieser endzeitliche Eigenweg aufgrund von Offenbarung 17 und 18 zum letzten Zerbruch Israels führe. Die Buhldirne Babylon, die endzeitliche Finanzmacht, werde vom ›Tier‹ (dem letzten Weltreich) abgeworfen.«

Das ebenfalls »instinktive Gefühl der Völker, es könnte so etwas Wirklichkeit werden, wozu sich das Israel der Endzeit in fleischlich-weltlicher Weise ausstrecke, werde das Feuer des Antisemitismus neu entfachen. Weil aber der Antisemitismus vom gleichen Buhldirnengeist Babylons erfüllt und gelenkt werde, führe er auch die Weltvölker in immer neue Gerichtskatastrophen, von denen die Offenbarung Johannes Kenntnis gebe.

»Die Völker fassen ein heißes Eisen an« (Jeremia und Sacharja). So komme es schließlich über die Erfüllung des Propheten Daniel zum antichristlichen Endsturm von Harmagedon – zum Ansturm aller Nationen gegen das in seinem Land national und selbständig gewordenen Volk (Offenbarung 16, 13–16).

### Nach der Bekehrung zu Christus

Die ausführlichste prophetetische Schilderung des Alten Testaments von diesem Endsturm auf Jerusalem findet sich im Propheten Sacharja. Dieser Sturm, mit der höllischen Absicht der Vernichtung Israels und aller Heilsgeschichte, scheitert an dem unmittelbaren Eingreifen des wiederkommenden Herrn. Der Antichrist werde getötet, seine Heere geschlagen; Israel aber zerbreche, bis ins Innerste erschüttert, beim Anblick des Gekreuzigten in einer echten religiösen Buße.

Damit wäre die Verheißung des Propheten erfüllt, der gemäß Sacharja sprach: »Und soll geschehen, wie ihr vom Hause Juda und vom Hause Israel seid ein Fluch gewesen unter den Heiden, so will ich euch erlösen, daß ihr sollt ein Segen sein.«

Sind heute viele Theologen der Ansicht, daß die heilsgeschichtliche Rolle auf die christliche Kirche übergegangen sei – wenn Juden Christus als Messias anerkennen, so seien sie ja Christen –, so sieht Fritz Hubmer Israel nach seiner Bekehrung zu Christus als besonderes Priestervolk. Schon dem Stammvater Abraham sei von Gott verkündet worden.: » Durch dich und seinen Samen sollen alle Geschlechter auf Erde gesegnet werden.«

Bei Israels Erwählung gehe es nicht um die Frage der nationalen Qualität eines Volkes; es gehe um Gottes souveränen Plan. Aus der Völkerwelt sei im kommenden Gottesreich der zersetzende Fluch herausgenommen und gewendet worden. Geisterfüllte Männer, vorab aus Israel, würden, wie einst die Apostel des Herrn, die Weltmissionare der Zukunft sein.

Könnte es nicht sein, daß das Judenvolk, das anderen Völkern gleich ist, aber von allem etwas mehr hat, auch im positiven Sinn etwas mehr haben könnte als andere Völker? □

# Mit Hertz gegen Schmerz

Kay Vogel

**Viele Gebrechen des Bewegungsapparates sind mit einer gewissen Steifigkeit, aber auch mit Schmerzhaftigkeit verbunden. Wenn man den meist muskulären Beschwerden des Bewegungsapparates entgegenwirken will, braucht man ein geeignetes Heimbehandlungsgerät. Was einen dauernd an die lästigen und störenden Begleiterscheinungen erinnert, ist die psychologische Barriere, ständig zum Therapeuten laufen zu müssen. Jeder Betroffene weiß gerade von der morgendlichen Bewegungsschwierigkeit ein Lied zu singen.**

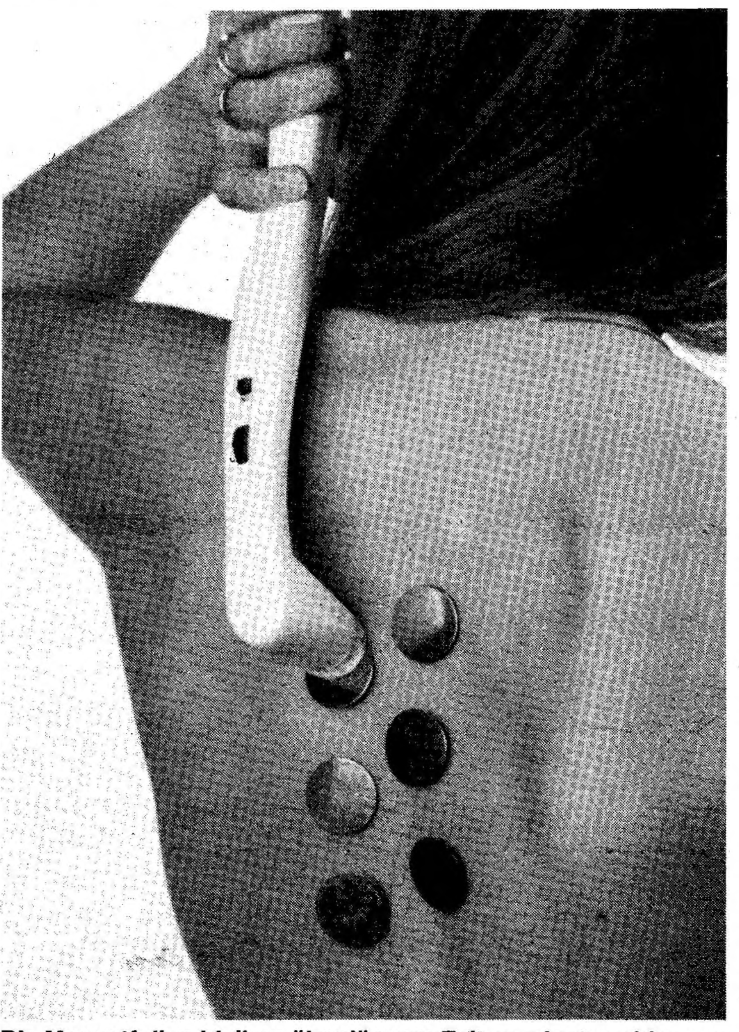
Es bleibt deshalb nur die Möglichkeit, sich selbst zu behandeln. Wie das Zähneputzen, so gehört dann auch die Heimbehandlung zum täglichen Morgenritual, um befreit von Schmerzen das Tagewerk frisch und frei beginnen zu können.

## Mit Magnetfolien gegen den Schmerz

Wir suchten lange nach einem wirksamen und dabei praktischen Gerät, aber geeignet erschien uns aus dem vorhandenen Angebot keines. Entweder versprachen sie mehr als sie schließlich hielten, oder es handelte sich um ganz simple Schwingvibratoren, die, wie ein Rasierapparat funktionierend, nur anstelle eines Scherblattes eine Schwungscheibe aufgesetzt hatten. Diese Geräte zittern zwar sehr schön, haben aber leider kaum eine Tiefenwirkung und sind in der Frequenz nicht nennenswert verstellbar.

So reifte der Gedanke zu einer Neuentwicklung eines elektronischen Heimbehandlungsgerätes. Dieses elektronische Heimbehandlungsgerät wurde endlich auch den Forderungen eines seit 24 Jahren mit der täglichen Praxis konfrontierten Psychotherapeuten für die Selbstbehandlung des Patienten gerecht.

Während zum Beispiel die handelsüblichen Geräte zur Vibrationsmassage ihre Kraft in beide Richtungen, also in die das Gerät führende Hand und auf das Behandlungszentrum teilen – und dieser Nachteil nur durch kräftiges Aufdrücken ausgeglichen werden kann –, löst der neu konstruierte, schwingungsfrei aufgehängte Hubmotor dieses Problem auf elegante Weise. Es vibriert nicht die Hand mit, vielmehr konzentriert sich die Kraft des Gerätes voll auf das Behandlungszentrum.



Die Magnetfolien bleiben über längere Zeit, wenigstens bis zum Abklingen des Schmerzes, auf der Haut.

Die Wirkungskombination als solche besteht nun in der Anwendung eines solchen Gerätes zusammen mit einem »Antischmerzfaktor«; denn es ist unmöglich, das Gerät als ständigen Begleiter in der Tasche zu haben.

Wir suchten deshalb nach einem permanent wirkenden und dem Charakter dieser Behandlungsform entsprechend nebenwirkungsfreien Produkt. Wir fanden es: Eine neue Generation von Magnetfolien, wechselseitig polarisiert, mit hoher Energiedichte und zusätzlicher wärmereflektierender und -speichernden Ober- und Unterseite.

Die Wirkung von Magneten als schmerzlinderndes, nebenwirkungsfreies Mittel ist schon seit Jahrtausenden bekannt. Doch erst unsere Generation liefert die Beweise. Man hat nämlich wissenschaftlich erkannt, daß für den notwendigen Sauerstoffaustausch bei der Zellatmung das Magnetfeld der Erde erforderlich ist.

## Sauerstoffaustausch bei der Zellatmung

Dieser Effekt kann durch das Auflegen von geeigneten Magneten verstärkt werden. Aber neben dieser sauerstoffversorgenden Komponente wirken die Magnete auch über ihre Feldstärke dämpfend und regulierend auf die Schmerzempfänger der Haut und des Gewebes ein.

Es wurde eine Magnetfolie entwickelt, die alles, was bisher in dieser Hinsicht zu haben war, entscheidend verbesserte.



Das Sano-Sono-Gerät ist einfach, leicht und unkompliziert in der Handhabung.

Das Besondere und Neuartige an diesen Folien ist die wechselnde Polarität, mit der die aktive, das heißt bei der Anwendung dem Körper zugewandte Oberfläche magnetisiert ist.

Eine optimale Wirkung, die sich insbesondere durch Linderung und Behebung von Schmerzen auszeichnet, wird jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen erreicht. Dann nämlich, wenn die Pole abwechselnder Polarität quer, sternförmig beziehungsweise rechtwinklig zur

Flußrichtung des Blutes verlaufen. Dies ist bei den hier in Frage kommenden Magnetfolien der Fall.

Diese Magnetfolien werden auf die schmerzenden Hautpartien aufgeklebt beziehungsweise befestigt. Mit dem Gerät übt man auf diese Folien und damit auf die Haut oder die Gewebepartie einen Druck aus. Die genaue Anwendungsweise ist leicht verständlich und anschaulich in einem Buch von Frank Bildau und Peter Sommer »Schmerz frei« beschrieben und bebildert, ebenso wie eine andere Behandlungsmethode, nämlich die der Akupunktur gemäße.

Für bestimmte Erkrankungen sind genau jene Akupunkturpunkte aufgezeichnet, auf die die Folien gelegt werden oder die mit dem Gerät leicht behandelt werden sollen. Doch auch ohne Magnetfolien läßt sich eine Reihe von Beschwerden wirksam behandeln.

## Nach der Behandlung ein angenehmes Gefühl

Auf diese Weise kann man von der Achillessehnenreizung bis zu Zahnschmerzen alle schmerzhaften Erkrankungen, Störungen und Beschwerden behandeln, sie werden mit dem Gerät – entweder einzeln oder zusammen mit den Folien – auf völlig natürliche Weise angegangen.

Das Schmerzbekämpfungs-Duo wirkt unter anderem bei Durchblutungsstörungen, Darmerkrankungen, Erkältungskrankheiten, Fuß- und Rückenschmerzen, Gelenk- und Ischiasbeschwerden. Aber auch bei der Bechterschen Krankheit, und selbst bei Lähmungen und Phantom- beziehungsweise Amputationsschmerzen konnte man hervorragende Ergebnisse erzielen.

Nachfolgend als Beispiel die Beschreibung der Behandlung von Schulter-Arm-Schmerzen, unter denen heute besonders viele Menschen zu leiden haben. Bei diesen Schmerzen wurden im Rahmen einer klinischen Prüfung in der Hamburger Universität mit Magneten in 92,3 Prozent Linderung und in 83 Prozent der Fälle Schmerzfreiheit erzielt.

Die Magnetfolien werden auf die entsprechenden Stellen geklebt. Wenn auch der Schmerz infolge der Magnetplazierung schnell nachläßt, kann ein Behandlungszeitraum von bis zu einem Vierteljahr notwendig sein. Der Vorteil liegt darin, daß die Magnetfolien Tag und Nacht auf der Haut bleiben und lediglich zur Hautpflege kurz abgenommen werden können. Das Heimbehandlungsgerät Sano Sono intensiviert dann noch die Wirkung der Magnete.

Nach der Behandlung mit dem Gerät hat man ein äußerst angenehmes, leichtes, wohliges Gefühl. Andererseits sorgen die durch Druck – wie bei einer Massage – hervorgerufenen Gewebshormone noch nach Stunden für eine nachweisliche bessere Durchblutung im behandelten Gebiet.

**Bei Schulter-Arm-Schmerzen hat sich eine 15minütige Behandlung einmal am Tag bewährt. Die Pfeile demonstrieren die zu behandelnden Partien.**

Ebenso können mit der Hormonanregung auch die vegetativen Nervenstränge, die ebenfalls aus der Wirbelsäule kommen und zu den Fernzielen im Körper laufen, stoffwechselmäßig begünstigt werden. Auf diese Weise meistern sie ihre Aufgabe am betreffenden Organ wieder sehr viel besser.

Durch die ausgesprochen zweckmäßige Gestaltung des Gerätes ist es auch älteren oder weniger beweglichen Menschen möglich, damit schwer erreichbare Körperteile zu massieren. Zum Beipiel Partien am Rücken, zwischen den Schulternblättern oder die Fußsohlen bei schmerzenden Füßen.

Jeder Schmerzgeplagte, der auf natürliche, unschädliche Weise etwas gegen die oft zermürbenden Beschwerden tun will, sollte es nicht versäumen, das Buch »Schmerz frei« zu erwerben, um sich in aller Ruhe über die vielfältigen Möglichkeiten der Sano-Sono-Heimbehandlungs-Methode zu informieren.

## Gesund nach der Behandlung

Diese neue Schweizer Methode hat sich bei der Auflockerung der Muskulatur, die Lösung von Muskelkrämpfen, die Übertragung leichter Vibrationen auf innere Organe, die Lockerung des Bandapparates und die Beruhigung erregter Nerven bewährt. Die Sano-Sono-Methode bekämpft ganz gezielt Schmerzen und ihre Ursachen und das ohne Nebenwirkungen.

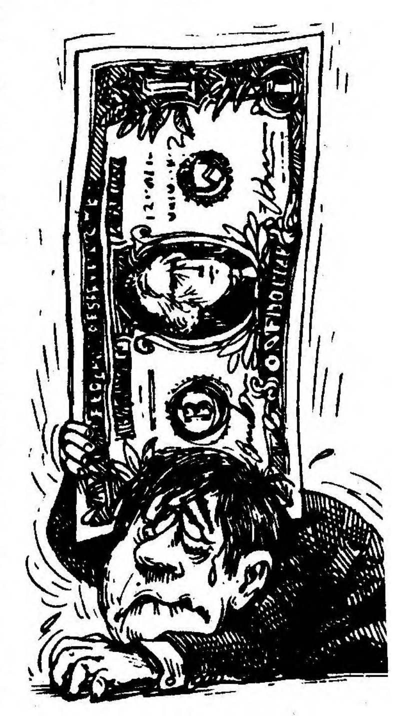
Hier wird mit Hilfe modernster Elektronik das Zellgewebe in Schwung gebracht und so auf natürliche, unschädliche Weise die Ursache für das unangenehme Alarmsignal des Körpers ausgeschaltet. Bei der Behandlung mit diesem Gerät kann man nicht die Stärke, sondern auch die Frequenz einstellen. Es erzeugt je nach Bedarf 3000 bis 36000 Schwingungen pro Minute.

Zusammenfassend möchten wir nochmals betonen, daß bei der Herstellung des Gerätes kein Wert auf die nur oberflächlich auflockernden Wirkungen der herkömmlichen Vibration gelegt wurden, sondern die »saubere« Weitergabe aller Schwingungen an die Haut.

Es ist entscheidend, wieviel Schwingungen pro Sekunde das Gerät in der Lage ist zu produzieren, um diese dann auch tatsächlich ohne Verluste auf das Gewebe weitergeben zu können. Durch die Modulation ist hier eine Weiterpufferung der Schwingungen möglich, die eine enorme Tiefenwirkung bedeuten. Dabei ist zu beachten: eine übertriebene Anwendung am Anfang, wegen der nicht sofort verspürenden Wirkung, hat eine eventuelle Erstverschlimmerung zur Folge. Dies ist aber der beste Beweis für die Wirkungsweise der neuen Naturheilmethode.

Jeder Schmerzgeplagte, der auf natürliche, unschädliche Weise etwas gegen die oft zermürbenden Schmerzen tun will, sollte es nicht versäumen, das Buch »Schmerz frei« zu erwerben, um sich in aller Ruhe über die vielfältigen Möglichkeiten der Sano-Sono-Heimbehandlungs-Methode zu informieren. □

Das Buch von Frank Bildau und Hanspeter Sommer »Schmerz frei« erhalten sie von Vital Versand Tien, Postfach 2468/1, D-4460 Nordhorn. Über diese Anschrift können sie auch kostenlos weiteres Informationsmaterial zur Sano-Sono-Heimbehandlungs-Methode erhalten.



## Medizin

# Die Zell-Regenerations-Therapie im Vergleich

Günter Carl Stahlkopf

**Je mehr die naturwissenschaftliche Medizin sich spezialisiert und den Menschen nur noch als biochemisches Substrat sieht und erforscht, desto weiter entfernt sie sich letztlich vom Ganzen, von dem kranken Menschen und von der kausalen Wahrheit. Das Fatale und Tragische der heutigen naturwissenschaftlichen Medizin ist, daß sie in ihrer Krankheitsursachen- und Therapieschau Wirkung und Ursache verwechselt. Die Ursache aller Infektionskrankheiten bis hin zur Aids-Erkrankung und Krebserkrankung ist nicht dieser oder jener Erreger oder Immundefekt, sondern stets ein multifaktoriell kranker beziehungsweise pathologischer intra- und extrazellulärer Stoffwechsel, der ganzheitlich von der Ursache her regeneriert werden muß. Der folgende Beitrag wird eine Gegenüberstellung der klassischen Medizin zur »kausalen Ganzheits-Zell-Regenerations-Therapie« nach Günter Carl Stahlkopf versuchen.**

Um die entscheidenden Unterschiede dieser beiden Behandlungsmethoden von der kausalen Seite her in bezug auf die Ursachen der akuten und chronischen Krankheiten, bis hin zum auch schwersten Krebsgeschehen in der therapeutischen Praxis klarer darstellen zu können, soll dies in Gegenüberstellung zum heutigen Stand der Lehrmedizin wort-bildlich aufgezeigt werden.

### Die »Erreger-Hypothese« und Therapie

Seit Einführung der Erreger-Erkenntnis-Therapie zwischen 1880 bis 1895 nach den Forschungen des Bakteriologen Pasteur in Frankreich, und später des Landarztes Koch in Deutschland, mit der Einführung der ersten Antidote und Impfungen gegen Pokken und Diphtherie, bezeichnet man diesen medizinischen neuen Weg einschneidend und richtungweisend, als den Beginn eines neuen medizinisch wissenschaftlichen Zeitalters.

Das heißt, daß von dieser »Zeit-Schnittlinie« her einfach hypothetisch »festgelegt« wurde, daß jede Krankheit, ob akut oder chronisch, als Ursache einen Erreger haben müßte.

Alles alte, große Erfahrungswissen der Ärzte von vor dieser Zeit aus dem Mittelalter und noch früher, wurde euphorisch wie rücksichtslos über Bord geworfen; es war als suspekt auf einmal vorverurteilt und in die Nähe der Scharlatanerie gerückt.

Das heißt weiter, daß nach dem genannten Zeitpunkt nur noch »wissenschaftlich« diagnostiziert wurde auf der »Erreger-Suche«, zusammen mit neuen Parametern aus der Mikroskopie der Blut- und Harnuntersuchungen, im Verbund mit der sich mehr und mehr aufbauenden analytischen Chemie. Diese »Erreger-Hypothese« und Therapie wurde die erste tragende, große Säule der bis heute gültigen modern-wissenschaftlichen Medizin.

### Technisch-biologisch-medizinische Fehlentwicklung

Mit dem Fortschritt der Analysen-Labor-Technik und der gewonnenen »Meßbarkeit« der vielfältigen Organ-Drüsen-Insuffizienzen, von der »Magensäure-Dichte« angefangen, über Enzym-Hormon-Vitamin-Ferment-Mineralstoff-Mangel, bis in die allerfeinsten innerzellulären Lebensbereiche hinein, hat hierzu bis heute die moderne Pharmazie das ständig wachsende Riesenangebot der tausendfältigen Substitutions-Arzneimittel zur Verfügung gestellt.

Daraus entwickelte sich die zweite große, tragende Säule der »modern-wissenschaftlichen Medizin« unter dem Namen Substitutions-Therapie.

Im Zuge der verfeinerten technisch-medizinischen Apparate, der sich echt fortschrittlich entwickelten Asepsis in der Wundbehandlung, der hochentwickelten Anästhesie, des Blutaustausches in auch Richtung Blut-Ersatz, hat sich die seit Tausenden von Jahren bestehende Chirurgie, als die bis heute noch vorherrschende Domäne der Medizin, zu einer an Wunder grenzende, fast übermenschlich exakt arbeitenden dritten großen Säule der »modern-wissenschaftlichen Medizin« entwickelt, die theoretisch »fast alles gut macht, wozu die Innere Medizin nach wie vor nicht in der Lage ist.

Umrankt und optisch gestärkt wird diese Säule der Chirurgie durch die Organ-Transplantations- und auch Gen-Chirurgie, die wir offen als eine technisch-biologisch-medizinische Fehlentwicklung ansehen und ansprechen müssen. Die sogenannten Erfolge mit ihr beweisen doch nur den Mißerfolg der oben genannten großen Säulen der Medizin, um zu verdeutlichen, daß der aufgezeigte neue, moderne Weg ein falscher war und ist.

Sittlich, moralisch, ethisch führte er die Menschheit in größte Gefahren, und zwingt zum absoluten Umdenken in die notwendige kausale, echt regenerative Ganzheits-Behandlung, die allein den echten Fortschritt und Rettung bringen kann.

Noch bis vor wenigen Jahren hat die Strahlen-Therapie, mit welchen Einheiten und Wellenlängen auch immer praktiziert, zum Aufbau einer vierten tragenden Säule der »modern-wissenschaftlichen Medizin« geführt.

Mit der aus unserer Kausal-Sicht über die ganzheitliche Krankheitsschau des Organismus werden sich alles bis heute als wissenschaftlich modern erarbeiteten Immunitätserkenntnisse um 180 Grad ändern. Diese vorausgesetzte echte und wahre Immunitätslehre wird dann auch endlich dazu beitragen, daß die rein symptomatischen Bestrahlungserfolge mit ihren schwersten Nachschäden, sich als »ad absurdum« und Contraindikation herausstellen, und damit endgültig aus der Medizin verschwinden.

### Zerstörungswaffe aller Lebensvorgänge

Trotz allem Unverständnis über diesen wiederum modern-wissenschaftlichen zur Zeit noch Fakt, soll die Chemotherapie als fünfte Säule nicht unerwähnt bleiben. Sie hat sich bisher als die größte medizinische Zerstörungswaffe aller Lebensvorgänge unstrittig erwiesen, und genießt diese »Wertschätzung« so lange, bis man hoffentlich in Bälde unser Kausal-Denkergebnis übernimmt, um das gesamte bisherige Forschungs- und Therapie-Verwechselspiel zwischen Ursache und Wirkung richtig zu stellen.

Als Grund dieser Verirrung kann man nur die völlig unausgereifte bisherige Psychologie erkennen, wie sie noch heute an den Universitäten gelehrt wird, weil diese eben zur absolut falschen Immunitätslehre geführt hat. Deshalb soll diese »Immunitätslehre« als sechste Säule dieser »modern-wissenschaftlichen Medizin« den Säulen-Reigen schließen.

Zu dieser Säulen-Reihe, die das Kapitel trägt mit der stolzen Inschrift »Modern-wissenschaftliche Medizin«, soll mit meinen Kausal-Erkenntnissen die Gegendarstellung gegeben werden.

Nicht der Erreger als Bakterium oder Virus ist das Kausale einer Krankheit, sondern das Lebensmilieu oder Terrain auf und in dem er lebt nach der richtigen Erkenntnis: gesundes Lebensmilieu beinhaltet gesunde Keime. Danach krankes oder pathogenes Lebensmilieu pathogene Keime. Das Lebensmilieu selbst – ob gesund oder krank – ist wiederum abhängig von einem ge-

sunden oder krankhaften Zellstoffwechsel nach dem gleichen Motto: gesunde Zelle schafft eine gesunde Zelltätigkeit und produziert ein gesundes Zellmilieu inner- und extrazellulär.

Pathogene Zellen, genetisch vorprogrammiert, oder durch Krankheitsfolgen über Arzneimittelschäden entstanden, schaffen eine pathogene Zelltätigkeit und produzieren ein pathogenes Milieu inner- und extrazellulär.

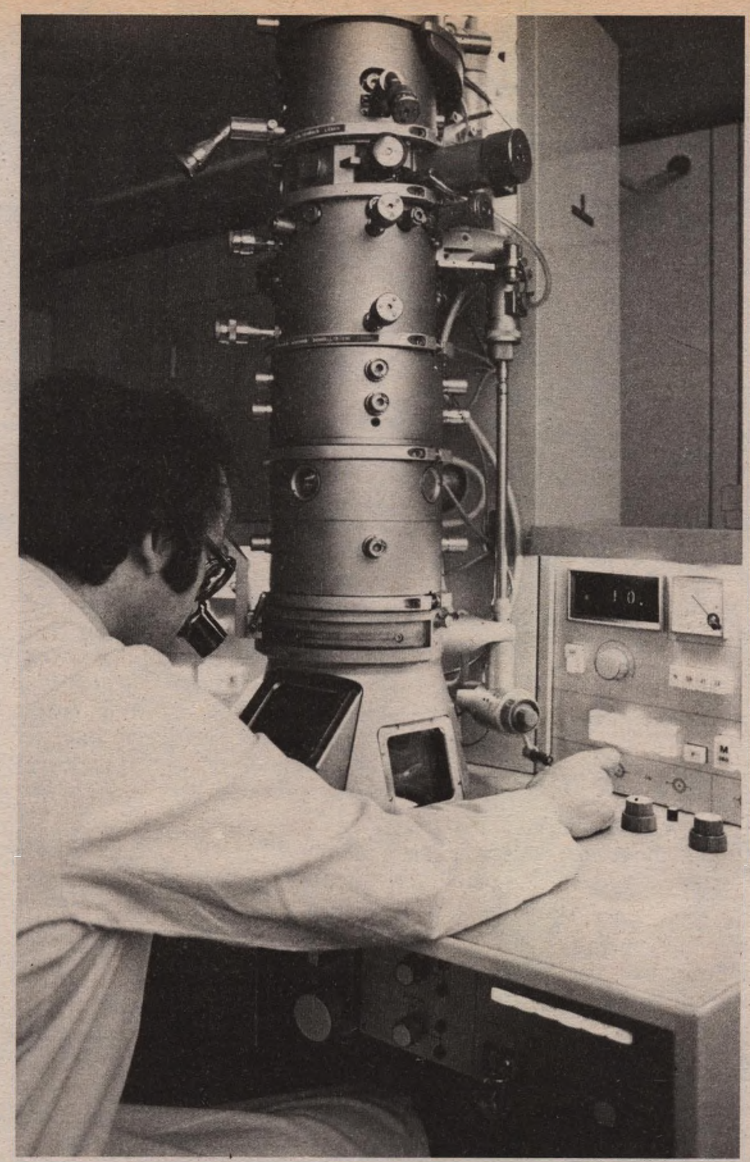
Unter dieser obigen Kausal-Schau setzen wir als Therapeuten keine Antidote ein wie die Schule, sondern die von mir entwickelten Mittelwirkungen zur Entgiftung des gesamten Stoffwechsel-Milieus in Blut und Lymphe bis hinein in das Zytoplasma der Zelle. Mittels dieser Gesamtentgiftung, individuell gezielt eingesetzt, entziehen wir den krankhaften Keimen die toxischen Substanzen aus dem Milieu, von denen dieselben bis zum Virus leben. Damit wird ihnen die Lebensgrundlage entzogen und der Erreger stirbt ab, ohne durch ein Antidot beschossen werden zu müssen, durch Verhungern. Darum ist diese Kausal-Therapie absolut nachschädenfrei im Gegensatz zu der Antidot- und Impfbehandlung.

## Eine schadlose Entgiftungs-Therapie

Diese schadlose Entgiftungs-Therapie muß unterstützt werden mit einer regenerativen Verbesserung der Ausleitung dieser Gifte über Niere–Blase, über den Darm, und bei Frauen, über die ebenfalls regenerative Verbesserung der Vaginal-Reinigung mit Einschluß der Menustration.

Bei allen chronischen Leiden, ob im Beispiel einer subakuten Lungen-Tbc oder eine eingeheilte, unterdrückte Lungenerkrankung neu aufzubrechen droht, oder bis hin zum auch schwersten Krebs-Geschehen, oder selbst bei der Aids-Erkrankung, ist genauso vorzugehen.

Grundsätzlich aber genügt bei keinem chronischen Leiden die reine Milieu- oder Nährboden-Entgiftung wie oben, weil alle chronischen Leiden von der tiefsten Ursache her eine pathogene, chronische Zell-Degeneration zugrunde liegt, die unbehandelt – wie eben bei der Antidot-Therapie – völlig unbeachtet bestehen bleibt und deshalb weiter wirkt.



**Auf der »Erreger-Suche« werden immer bessere Elektronenmikroskope zur Gewebeuntersuchung eingesetzt. Die »Erreger-Hypothese« ist heute die tragende Säule der modern-wissenschaftlichen Medizin.**

Dies ist das Einmalige und Einzigartige der Regena-Zell-Regenerations-Therapie, daß wir mit ihr den zellulären pathogenen Gesamtstoffwechsel echt regenerativ behandeln können.

Jeder Laie begreift bereits jetzt, worin der große kausale Unterschied zur irrigen klassischen hundert Jahre alten »modern-wissenschaftlichen Erreger-Hypothese- und Therapie« besteht im Gegensatz zu meiner sich seit inzwischen über zwanzig Jahren bewährten Stoffwechsel-Physiologie-Regena-Kausal-Therapie.

Mit allen Therapie-Einwirkungen fassen wir regenerativ an die Wurzel aller Leiden an in Nachschädenfreiheit. Wir entwickeln und entfalten also auf Zeit mehr und mehr Gesundheit, während seit nahezu hundert Jahren auf dem irrigen Weg, von Generation zu Generation, tausendfältig mehr Krankheit zwangsweise produziert wird mit dem schon heute bekannten Endergebnis der medizinischen Patt-Situation.

Antidot-Entwicklung und Antidot-Therapie in der »modernen« Medizin führt täglich vor Augen, daß die medizinischen Probleme der Behandlung aller Infektionskrankheiten laufend neue gebären, die schwerer und schwerer zu beherrschen sind, das Krankengut und generell den Menschen mehr und mehr degenerieren lassen. In verhängnisvoller Verwechslung von Ursache und Wirkung sucht die Schulmedizin nach wie vor den angeblich dafür verantwortlichen Erreger, ohne zu begreifen, daß ihre Antidote eben nicht nur den Erreger abtöten, sondern das Lebensmilieu und die Zelltätigkeit weiter und weiter schädigen.

## Schädigung bis hin zur Zell-Degeneration

So millionenfachen Segen die heute nahezu perfekte Substitution von synthetisierten Ausfall- und Mangelfunktions-Sekreten an Hormonen, Enzymen, Vitaminen, Säuren oder Alkalien, umfassender Mineralstoffgaben und Metallen, von der »normalen« physiologischen Kochsalzinfusion oder Injektion, den Blut-Plasma-Eiweiß-Gaben, über den direkten Blutaustausch, oder aus Konserven der Blutbanken, bis hin zum voll synthetisierten Blut in den letzten 80 Jahren weltweit diese zweite Säule der modernen Medizin gebracht hat, so ist in den letzten zwanzig Jahren davon unstrittig erkannt worden, daß mit dieser Therapie letztlich nur das kranke Leben auf kurze oder längere Zeit hin verlängert wird, weil keine Gesundung damit erzielt werden kann.

Das heißt, daß es damit lediglich eine lebensverlängernde Not-Therapie ist, weil sie die Krankheiten auch hier nicht an der Ursache zellregenerativ ausheilt. Anders und klarer ausgedrückt heißt dies ebenso unstrittig, daß wie bei der Erreger-Therapie, die Substitutions-Therapie die Eltern vor dem »kurzen Leben« rettet auf Kosten von Kind- und Kindes-Kind. Dies ist wiederum auch zum Fakt geworden nach vier bis fünf Generationen Therapie-Erfahrung.

Damit tragen beide genannten Therapieformen über ihre genetischen Nachschädenwirkungen, die sich von Generation zu Generation mehr und mehr vertiefend, zu der beschriebenen Patt-Situation – sich gegenseitig unterstützend – bei.

Jede Form einer Substitutions-Therapie, erweitert auch auf das Ernährungssystem, führt danach zu einer weiter und weiter vertiefenden Schädigung des Gesamt- und Zellulär-Stoffwechsels, bis hin zur Zell-Latenz und

Medizin

# Die Zell-Regenerations-Therapie im Vergleich

Zell-Degeneration. Das heißt, wir verbessern mit jeder Substitutions-Therapie, die auch schon beim Traubenzucker oder Milchzucker anfängt, zum Beispiel nicht eine akute oder chronische Organerkrankung, sondern erkaufen uns mit ihr eine Symptom-Einheilung, um die Chronizität der bestehenden Erkrankung noch mehr ganzheitsschädigend zu vertiefen bis in das genetische Material.

Letzteres ist der tiefe Erbschaden nicht durch Umweltgifte, als ein heute so modern gewordenes Wort, das bewußt in der Medizin viel gebraucht wird, um von den hier eigentlich voll verantwortlichen Inwelt-Körper-Vergiftungen abzuleiten, deren Auslöser die generellen Arznei-Tabletten-Spritzen-Infusionen in Wahrheit sind.

## Vorkrankheiten sind nur eingeheilt

Echte Zellregeneration kann dagegen als Kausal-Therapie nur bestehen, daß insuffiziente Drüsen- oder Organ-Systeme bis in die Zelle und den Zellkern hinein generell in Aufbau und Physiologie voll regeneriert werden, damit Substitutionen vermieden oder schon vorhandene Kranke auf Substitutionen eingestellt, diese wieder abbauen können.

Es heißt aber auch weiter, daß akute Krankheiten von der normalen Verletzungswunde oder einer Entzündung des Darmes, der Nieren, der Blase, Leber-Galle-Milz, einer Prostatitis oder Pancreatitis, Gastritis oder Cerebralbereich echt ausgeheilt werden im Sinn einer Zellregeneration der betroffenen Schleimhäute oder Organe, Muskel oder Gewebe.

Die bisherigen Symptom-Einheilungen erreichen dies niemals und hinterlassen Zell-Einschmelzungen, Verhärtungen, Vernarbungen mit zwangsweisen Folgen nach allen Richtungen, die echt als iatrogen erkannt werden müssen und von dort her den Gesamtstoffwechsel pathogen beeinflussen.

Darum ist es bei meiner Therapie so außerordentlich wichtig, die Vorgeschichte des Patienten genau zu kennen und auf Vorkrankheiten hin zu prüfen. Das heißt, man muß davon ausgehen, daß alle Vorkrankheiten nicht schädigungsfrei ausgeheilt wurden, sondern mit Nachschäden nur eingeheilt wurden.

Kommen wir zur dritten Säule der Schulmedizin: der Chirurgie. Dazu hat die kausale Regena-Therapie als erste echte Zellregenerations-Therapie unter der Einschränkung, daß sich die Chirurgie schon über 5000 Jahre lang auf diesem Gebiet der vorwiegend Unfall-Chirurgie bewegt, keine Alternative.

Das heißt, dieselbe ist in diesem Bereich auch keine »modern-wissenschaftliche« Chirurgie, sondern eine auf ein Höchstmaß an technischer Perfektion weiter entwickelte Chirurgie, die seit Menschengedenken schon geübt wurde.

Anzumerken wäre hier nur aus der Regenau-Kausal-Sicht: Jede Eiterung, als Eiweiß-Zerfallsprodukt, besonders von einem insuffizienten Leber-Galle-Verdauungstrakt, und einem vorwiegend insuffizienten Nierensystem herkommend, ist im Sinne eines körpereigenen Selbstreinigungs-Versuchs anzusehen. Das heißt, also noch deutlicher ausgesprochen, es ist der Ausdruck eines hochwirksamen Immunsystems und nicht einer Immunschwäche oder sogar eines Immunversagens, wie es uns die derzeit »gültige« Immunitätslehre fälschlich und irrig vorzugaukeln pflegt.

Das heißt auch, daß sich der belastete oder kranke Organismus von diesen Toxinen selbstreinigend befreien will, um sich über den »Eiterungs-Sammlungs-Prozeß« ein Notventil zur Ausscheidung dieser pathogenen Stoffe bewußt zu schaffen.

## Verwechslung von Ursache und Wirkung

Nochmals also: Was nützt hier in Wahrheit der chirurgische Eingriff? Er »saniert« hier nur örtlich, um aus kausaler Sicht die Ursachen, die nach dem Eingriff weiter wirken unberücksichtigt zu lassen mit allen Nachfolgen. Aus dieser Kausalität, die bisher nur die Regena-Therapie mit ihren Mittelwirkungen freigelegt und beherrscht, ist mit das Entscheidenste dieser Forschung deutlich zu erkennen. Mit welcher sogenannten »Außenseiter-Therapie«, die sich dann noch völlig falsch »Naturheil-Therapie« nennt, ist dies zu erreichen. Mit bisher keiner!

In Beipielen auch hier: Weder die Ozon-Therapie als einer reinen oxygen-chemischen Therapie, noch mit Neural-Therapie, mit keiner Phyto-Therapie, mit keiner der sich fälschlich bezeichneten »Zell-Therapie«, mit keiner Nosoden-Therapie und schon gar nicht mit einer sogenannten chinesischen Akupunktur. Alle – und noch mehr – dieser Außenseiter-Therapieformen verwechseln Ursache und Wirkung, und sie können sich in keiner Weise der klassischen Schulmedizin »überlegen« fühlen.

Ganz im Gegenteil, denn: Sie vertiefen die akuten und besonders chronischen Krankheiten wegen ihrer nach wie vor reinen Symptom-Einheil-Therapiemaßnahmen mehr und mehr mit dem klaren Ergebnis, daß sie mit dem danach lebensbedrohten Patienten therapeutisch – in wenig kürzer oder längerer Zeit – am Therapieende angelangt sind, aus der derselbe dann nur noch lebensrettend und lebensverlängernd von der Schule gerettet werden kann.

Also durch die medizinisch-klassische Instanz, der sie sich sonst am Anfang ihrer Aussagen und Versprechungen immer überlegen zu fühlen glaubten. Auch dies ist ein Fakt zur klaren Ehrenrettung der Schule.

Diese Feststellung ist auch deshalb notwendig, um dagegen festzuhalten, daß die Regena-Forschung und Therapie gemäß des allgemeinen Wissenschaftsauftrages auf der Suche nach der kausalen Wahrheit ist, und diese im Ansatz und im Fortschritt in der hier nur unvollkommenden Dokumentation darüber, gefunden hat.

In der Medizin gibt es nur eine einzige Wahrheit und nicht drei Wahrheiten wie zum Beispiel in der »Jurisprudenz«, oder etwa nach dem billigen Wort: »Es führen viele Wege nach Rom...« Der scharlatanische Ausspruch »Wer heilt, hat recht« muß endlich getilgt werden, indem er richtiggestellt wird mit der wahrheitsgemäßen Aussage: »Wer kausal heilt, der ist im Recht.«

## So endet man unwissenschaftlich

Am Schluß meiner heutigen Ausführungen über die dritte Säule der »modern-wissenschaftlichen Chirurgie« kann ich mich kurz fassen mit ebenfalls wenigen Beipielen:

Organ-Plantationen mit ihren allen kostensprengenden Folgen, mit allen großen ethischen Belastungen und juristischen »Verbogenheiten«, weil absolut ungeklärt, sind im medizinischen Sinne nach wie vor risikovoll und können aus der Kausal-Regena-Therapie-Schau wie Praxis ideal lösbar vermieden werden.

Alle Gefäß-Krankheiten können mit der Regena-Therapie ganzheitlich kausal ausgeheilt werden über ihren echten zell-regenerativen Effekt.

Alle bisherigen »chirurgischen Machenschaften« in der Notsituation des bisherigen internistischen Versagens, mit den implantierten Kunststoffschläuchen und den absolut unsinnigen Bypass-Operationen, sind vermeidbar mit der Ganzheitsbehandlung der Regena-Therapie.

Die Gen-Chirurgie ist vom Gedanken her schon als satanisch anzusprechen, weil es damit auch schlußendlich in der Zielrichtung dahin geht, einen manipulierten Kunstmenschen herzustellen à la Frankenstein. Dies ist das Ende einer »biologischen Bombe«, die schon jetzt verwirrten Forschern nur potenzierte Irre schafft, die die Menschheit vernichten werden zusammen mit der Welt, auf der wir leben mit dem Auftrag nicht zerstörerisch, sondern nach der göttlichen Ordnung schöpferisch tätig zu sein.

So endet man unwissenschaftlich, wenn man Ursache mit Wirkung verwechselt. □

Weitere Informationen über die Regena-Zell-Regenerations-Therapie erhalten Sie vom Biologen Günter Carl Stahlkopf, Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell/TG, Schweiz.

# Vertrauliches

## Mossad

# Der Mord in Tunis

Daß die Nummer Zwei in der PLO, Abu Jihad – der Name bedeutet Vater des Heiligen Krieges, sein richtiger Name lautet Khalil al-Wazir – in Tunis von einem israelischen Kommandoteam auf Befehl von Premierminister Yitzhak Shamir und des inneren Kabinetts ermordet wurde, steht fest. Was nicht absolut klar ist, ist die Tatsache, warum die Israelis Jihad zu diesem Zeitpunkt ermordet haben und damit eine Intensivierung der Intifada (Aufstände) in den besetzten palästinensischen Territorien riskierten.

Ein möglicher Grund liegt einer kenntnisreichen Quelle zufolge darin, daß die Operation, die seit sechs Monaten vorbereitet wurde, schon zu weit fortgeschritten war, um sie aufzugeben, als Shamir schließlich das innere Kabinett informierte. Der israelische Geheimdienst, der Mossad, begann die Planung der Ermordung Jihads im Oktober letzten Jahres, lange bevor der Aufstand begann, sagt dieser Informant.

Die Kommandos, die von dem Mossad zur Durchführung der Operation eingesetzt wurden – Elemente des Regiments des 269. Hauptquartiers und der israelischen Marine – wurden ab Dezember nach Tunesien eingeschleust, etwa zur gleichen Zeit als die Gewaltakte in Gaza und an der West Bank ausbrachen.

Shamir soll dem inneren Kabinett über die geplanten Aktionen zum ersten Mal Anfang März berichtet haben, ein paar Tage nachdem einige Mitglieder von Jihads Militärorganisation Fatah einen Bus in der Negev-Region in Israel angegriffen und mehrere israelische Zivilisten getötet hatten. Das Kabinett sprach sich für die Fortsetzung der Vorbereitungen zur Ermordung des Militärchefs der PLO aus und war sich dabei nicht ganz darüber im klaren wie weit die Operation schon gediehen war.

Etwa fünf Wochen später – Mitte April – brachte Shamir das Thema erneut zur Sprache. Das innere Kabinett, das aus fünf Mitgliedern des Likud-Blocks und fünf Angehörigen der Labour-Gruppierung besteht, diskutierte die Angelegenheit nur 30 Minuten lang. Alle Likud-Angehörigen gaben der Operation ihre endgültige Zustimmung, ebenso wie zwei aus den Labour-Reihen, Verteidigungsminister Yitzhak Rabin und Polizeiminister Haim Bar-Lev.

Von den anderen drei Labour-Angehörigen, Außenminister Shimon Peres, Erziehungsminister Yitzhak Navon und Minister ohne Geschäftsbereich Ezer Weizmann – die ursprünglich alle gegen den Plan gewesen waren – sprach sich nur Weizman gegen die Operation aus. Nach der Ermordung sagte Weizman öffentlich, seiner Meinung nach sei die Ermordung ein unmoralischer Akt und ein schwerer Fehler auf seiten Israels. Bisher ist er der einzige israelische Vertreter, der dies tat.

Jetzt, wo es geschehen ist, wird die Tat allerdings als ein politisches Plus für Shamir und den Likud-Block in Israel angesehen. Der PLO wurde eine weitere Lektion erteilt, eine, die schon seit langem überfällig war. Mit der Ermordung wird der ganze Verdruß, den der Aufstand der Palästinenser verursacht hat und die verschiedensten Infiltrationen von seiten der PLO in den letzten Monaten ein wenig ausgeglichen, die der Armee schwer zu schaffen gemacht haben. Nach der Ermordung soll die Moral der Armee unheimlich gestiegen sein ebenso wie das Vertrauen der Öffentlichkeit in Militär und Regierung.

Die Reaktionen der Palästinenser und der PLO auf die Ermordung Jihads waren überraschend zurückhaltend. Einige israelische Beobachter sind der Ansicht, der Mord hat PLO-Führer Yassir Arafat verwirrt und die palästinensischen Demonstranten ernüchtert – zumindest vorerst einmal.

Eine Sache, die beide fürchten – so behaupten diese Informanten – ist, daß das Kabinett der Operation letztlich zugestimmt hat, vor allem, weil man hoffte, damit eine heftige Reaktion zu provozieren, die die Israelis dann dazu benutzen könnten den Einsatz umfassender militärischer Gewalt zur Niederschlagung des Aufstandes zu rechtfertigen. Eine weitere Sorge von Arafat und den Palästinensern ist es, daß die US-Regierung von der Operation vorher wußte und sie stillschweigend gutgeheißen hat.

Angesichts der langen Planung und Trainingszeit sowie der Größe der operierenden Kräfte liegt es nahe, daß dieser Verdacht vielleicht nicht ganz unbegründet ist. Die israelischen Raketenboote mit 30 bis 40 Kommandos für den Anschlag auf Jihads Haus in Tunis mußten etwa 1500 Meilen fahren – unter den Augen der im Mittelmeer stationierten amerikanischen Flotte –, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Eine israelische Boeing 707 wurde als Kommandoposten benutzt und um in dem Gebiet nördlich von Tunesien Streife zu fliegen und die lokalen Funkfrequenzen während der Operation zu stören, etwas, das der US-Flotte oder den NATO-Radarstützpunkten in Italien kaum entgehen konnte.

Unter diesen Umständen und insbesondere im Hinblick auf die engen Beziehungen zwischen CIA und Mossad, ist es nur klug anzunehmen, daß Washington weggeschaut hat als Jihad in Tunis ermordet wurde. □

## USA

# Kongreßmitglieder sprachen mit Arafat

Viele Angehörige der amerikanischen Judikative sagen, sie seien »überrascht« gewesen, als sie kürzlich erfuhren, daß Angehörige ihres Stabs sich in Bagdad auf Gespräche mit dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat eingelassen hatten. Die Gespräche fanden bei einer Reise in den Nahen Osten statt, die vom Amerikanischen Nationalrat für amerikanisch-arabische Beziehungen unternommen worden war.

Zu der amerikanischen Kongreß-Delegation gehörten Stabsmitglieder aus den Büros der Senatoren Mark Hatfield, John Heinz, Bennett Johnston und David Karnes; die Mitglieder des Repräsentantenhauses Edward Feighan, Robert Torricelli, Helen Bentley, Doug Bereuter, William Clay, James Inhofe und Robert Lagomarsino. Lediglich die Mitarbeiter von John Heinz nahmen nicht an den Gesprächen mit Arafat teil. □

## USA

# Ehefrau wirbt um jüdische Stimmen

Kitty Dukakis, die jüdische Ehefrau des aussichtsreichen demokratischen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Michael Dukakis, half bei den Vorwahlen um die Stimmen der New Yorker Juden zu werben. Mrs. Dukakis, die Mitglied des Vorstandes der Anti-Defamation-League (ADL) ist, sagte, sie sei »sehr stolz auf ihre religiöse und ethnische Abstammung«, doch sie erwarte nicht, daß die Leute für ihren Mann stimmen, der kein Jude sei, nur weil sie es ist. □

## Kanada

# Bronfman im Kommen

Der gegenwärtige Präsident des Weltjudenkongresses, der Kanadier Edgar Bronfman, wird als der nächste Vorsitzende der mächtigen Konferenz der Präsidenten großer jüdischer Organisationen in Amerika in Betracht gezogen. Die Präsidentenkonferenz, eine Dachorganisation, die über 40 jüdische Organisationen umfaßt, ist die kollektive Stimme der Gemeinde zu Themen der amerikanischen Außenpolitik.

Bronfman soll dem israelischen Außenminister Shimon Peres politisch und persönlich nahestehen. Obwohl er dem Premierminister Yitzhak Shamir nicht eng verbunden ist, soll er zu ihm allerdings »sehr gute offizielle und private Beziehungen« unterhalten; die Unterstützung des israelischen Staatspräsidenten ist nicht sicher, falls Bronfman den neuen Posten bekommen sollte. □

## USA

# Republikanischer Präsident besser für Israel

Die »Nationale Jüdische Koalition« der USA (NJC) verbreitet in einem direkten Spendenaufruf: »Die Demokraten haben ihren Anspruch bedingungsloser Loyalität gegenüber der jüdischen Gemeinde verloren, den sie einst besaßen.«

Warum? Weil, so die NJC: »Die nationale Konvention der Demokraten hat es im Jahr 1984 abgelehnt eine Resolution zu verabschieden, in der der Antisemitismus verurteilt wird; im Jahr 1986 versuchte Senator Christopher Dodd Israel in Verlegenheit zu bringen, indem er versuchte, das Gesetz zur Verweigerung von amerikanischer Hilfe an jene Länder durchzubringen, die an Südafrika Waffen verkaufen; und der demokratische Kongreß hat für Einschränkungen der Ausgaben für die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) gestimmt, an der sich israelische Firmen eine starke Beteiligung erhoffen.«

»Während die Demokraten (die von ›Isolationisten‹ beherrscht werden) unsere Interessen ständig verraten haben«, sagt die NJC, »haben die Republikaner darauf hingearbeitet, unsere Unterstützung zu verdienen.« □

## Brasilien

# Banker beurteilen die Sparmaßnahmen als zu wenig und zu spät

Brasiliens Gläubiger befinden sich in einem »Bummelstreik« und verzögern die Unterzeichnung der Schuldenvereinbarung mit Brasilien vom Februar, bis Brasilien den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit »härteren Sparmaßnahmen« zufriedenstellt, so heißt es in der brasilianischen Zeitung »Estado do Sao Paulo«. Die Wall Street Banker sollen laut dieser Zeitung Finanzminister Mailson da Nobrega ausgelacht haben, als er versuchte, sie zur Unterzeichnung des Vertrages zu überlisten, indem er ein Telex vom IWF vorgab zu haben, in dem Brasilien das Okay gegeben wird.

Da Nobrega war sehr deprimiert, als er von seinem Treffen mit dem amerikanischen Finanzminister James Baker kam, hieß es in der gesamten brasilianischen Presse. Baker verlangte, er solle sofort seine Versprechen einlösen und die verstaatlichten Industrien reprivatisieren.

»Minister Nobrega sollte ein bißchen verärgert sein, weil die US-Regierung mit Brasilien sehr hart umgeht«, meinte ein Banker.

Das brasilianische Militär scheint gespaltener Meinung zu sein hinsichtlich der Kapitulation von Präsident Jośe Sarney und da Nobrega vor dem IWF. Ein öffentlicher Kampf ist seit Februar im Gange zwischen General Ivan de Souza Mendes, dem Chef von Brasiliens »FBI-CIA«, der die Schlüsselrolle spielt bei der Übernahme durch den IWF, und dem Chef des Generalstabs, Brigadegeneral Paulo Roberto Camarinha.

Camarinha, ein Luftwaffenoffizier, der die Unterstützung seiner Einheit zu haben scheint, erklärte: »Wie können wir die Löhne einfrieren, wenn die Preise gleichzeitig in enorme Höhen steigen. Da ist das Problem des Schulgeldes und der Arzneimittelpreise. Es gibt Preiserhöhungen bei den Benzinpreisen und in den Energieversorgungskosten. Das Lohnproblem in Brasilien ist sehr ernst. Wenn die Erhöhungen in den Lebenshaltungskosten eingefroren werden, verlieren die öffentlichen Angestellten 35 Prozent ihres Reallohnes.« □

## China

# Handel mit israelischen Waffen

Israel soll mit dem kommunistischen China einen Waffenhandel im Wert von mehreren Millionen Dollar abgeschlossen haben, bei dem es unter anderem um den Transfer von israelischen Raketensprengköpfen und fortgeschrittener Kampfflug-Technologie geht. Das Geschäft wurde unter außerordentlicher Geheimhaltung in Beijing, der chinesischen Hauptstadt, im November des vergangenen Jahres von Agenten der Israel Military Industries (IMI) ausgehandelt.

Das neue Abkommen ist ein weiteres Kapitel in der sich entwickelnden geheimen Kooperation zwischen dem kleinen zionistischen Staat und dem riesigen asiatischen Weltreich, die im Jahr 1980 begann, wie aus amerikanischen Verteidigungs- und Geheimdienstquellen verlautete.

Diese Quellen vermuten seit langem, daß eine »Verbindung zwischen der Sachkenntnis der Israelis und der Geschwindigkeit besteht, die China bei der Entwicklung fortgeschrittener Waffensysteme an den Tag legt«.

Das Team, das das Geschäft mit den Chinesen ausgehandelt hat, wurde von Israels Generalkonsul in Hongkong, Reuven Merhav, geleitet. Es war von höchster Stelle in der israelischen Regierung genehmigt und hatte höchste Geheimhaltungsstufe.

Die Geheimhaltung um die Verhandlungen wurde jedoch im Dezember letzten Jahres ein wenig gelüftet, als Zvi Gafni, ein israelischer Geschäftsmann, der den Generalkonsul bei dem Unternehmen unterstützte, von der Hongkonger Polizei verhaftet wurde, weil er im Besitz mehrerer falscher philippinischer Pässe war. Diese Pässe waren von einem israelischen Militärteam verwendet worden, das nach China entsandt worden war, um an den Verhandlungen teilzunehmen.

Gafni soll bei dem Unternehmen als Mittelsmann dienen. Er hatte sich Anfang der achtziger Jahre in Hongkong niedergelassen und eine zwielichtige Firma mit dem Namen »Lerik« gegründet, die in eine Reihe von internationalen Waffengeschäften verwickelt war. Gafni begann die Verhandlungen für Israel mit Vertretern des kommunistischen China in Hongkong und wurde später dafür eingesetzt die Militärvertreter beider Länder zusammenzubringen.

Generalkonsul Merhav, der sich in seiner Zeit als Geheimdienstoffizier des Mossad einen Ruf als gewandter Troubleshooter erworben hat, wurde im Jahr 1985 vom israelischen Außenministerium nach Hongkong geschickt, angeblich um das israelische Konsulat dort wieder zu eröffnen. Wahrscheinlicher ist es jedoch, daß er in erster Linie dort hingeschickt worden ist, um eine geheime Waffengeschäftsverbindung mit dem Mutterland zu entwickeln.

Um Merhav zu unterstützen und die Waffenverkaufsinitiative zu festigen, hat das Außenministerium auch den pensionierten Admiral Benni Telem, ehemaliger Chef der israelischen Marine, nach Hongkong entsandt. Er leitet dort eine Firma mit dem Namen »Palindent«, die angeblich der asiatische Marketingarm von IMI sein soll.

»Die Israelis haben alle Stops beseitigt, um dieses Geschäft durchzubringen«, berichtet ein Beamter des amerikanischen Verteidigungsministeriums.

Als Gerüchte über das Geschäft erstmals in den Massenmedien in London im Frühjahr durchsikkerten, hat der israelische Verteidigungsminister Yitzhak Shamir die Geschichte eifrig dementiert. Doch er lehnte es auch ab, Fragen zur israelisch-chinesischen Militärkooperation zu beantworten, die ihm die »Jerusalem Post« stellte. Die »Post« brachte dann die Geschichte aus London.

»Der Grund für die gesamte Geheimhaltung und die Dementis«, so ein US-Geheimdienstexperte, »ist, daß die Israelis besorgt sind über die Auswirkungen, die das Geschäft auf das Pentagon und den Kongreß haben wird. Sie fürchten, es könnte ihre Versuche verkomplizieren, Rüstungsaufträge des Pentagons zu erlangen, vor allem weil die USA sich in den letzten Jahren stark darum bemüht haben, Hauptlieferant fortgeschrittener Waffen und Militärtechnologie an die Chinesen zu werden.«

Einer der Posten, der Teil des israelisch-chinesischen Geschäfts sein soll, ist die Entwicklung eines Kampfjägers mit

Technologie aus dem von den USA finanzierten Lavi-Projekt, das im vergangenen Jahr stationiert wurde. Ein großer Teil der Technologie für den Lavi wurde von amerikanischen Firmen entwickelt. □

## Kolumbien

# Arbeiterführer fordert Kommunisten heraus

Der Präsident des kolumbianischen Arbeiterverbands CUT, Jorge Carrillo, hat die Frage nach der Übernahme der CUT durch die Kommunisten aufgeworfen. Bei einem »Annäherungs«-Kongreß pfiffen Linke Carrillo aus und unterbrachen ihn jedesmal, wenn er Guerilla-Angriffe auf das Militär verurteilte oder von den Enzykliken des Papstes sprach. Die gleiche Behandlung erfuhr ein Priester, der Kardinal Lopez Trujillo repräsentierte.

Carrillo verkündete daraufhin, er werde ein Treffen veranstalten, in dem festgelegt werden sollte, ob die CUT demokratisch oder kommunistisch ist.

Carrillo und seine Genossen zogen sich von dem »Annäherungs«-Kongreß zurück und erklärten das dortige Vorgehen für nichtig und als nicht bindend für die demokratischen Gewerkschaften in der CUT.

Carrillo, der ehemalige Arbeitsminister Kolumbiens unter Belisario Betancur, schuf den CUT im vergangenen Jahr nach der Abspaltung vieler Gewerkschaften von anderen Arbeiterorganisationen, bei denen nachgewiesen wurde, daß ihre Führer in den Drogenhandel verwickelt waren. □

## China

# Änderung der Verfassung und neue Minister

Die Volksrepublik China hat ihre Verfassung geändert, um die Existenz von Privatfirmen zu legalisieren, während gleichzeitig die Oberhoheit des staatseigenen Vermögens aufrechterhalten wird.

Britischen Informationen zufolge, sind Einzelpersonen und Organisationen jetzt berechtigt »Grundstücknutzungsrechte« zu übertragen, das heißt ihr Land zu verkaufen oder zu verpachten obwohl nominell alles Land dem Staat gehört und nur verpachtet werden kann.

Grundstücktausch ist in den blühenden Gebieten Chinas inzwischen weit verbreitet und es ist eine Klasse kommerzieller Farmer-Grundbesitzer herangewachsen, sagen westliche Diplomaten.

Unterdessen wurde der chinesische Außenminister Wu Xueqian ausgetauscht, doch er wurde offensichtlich nicht degradiert. Wu wurde Premierminister und er wird von dieser Position aus Geschäfte mit Europa und besonders Großbritannien überwachen einschließlich der so überaus wichtigen Vorbereitungen für die Übergabe von Hongkong an China im Jahr 1997.

Sein Nachfolger im Außenministerium ist Qian Qichen, ein hochrangiger Diplomat mit viel Erfahrungen in Verhandlungen mit der Sowjetunion. Qian verbrachte zehn Jahre in der Sowjetunion und war Chinas Chefrepräsentant in Verhandlungen mit den Sowjets. □

## Mittelamerika

# Durch den Krieg breitet sich der Drogenhandel aus

Das Bischofssekretariat der katholischen Bischöfe Mittelamerikas hat den Drogenhandel verurteilt sowie jene, die den Krieg als ein Mittel dazu benutzen Drogen weiter zu verbreiten, so heißt es in einer Erklärung.

»Wenn der Krieg von einigen in ein Geschäft verwandelt wird und von anderen in ein Mittel, um den Drogenhandel auszuweiten, dann ist er noch weitaus verheerender für das moralische, patriotische und religiöse Wohlergehen des Volkes«, meinten die Bischöfe.

»Wir verurteilen mit unserer ganzen Autorität als Pastoren der Kirche dieses Übel des Krieges, das nur verlängert wird, weil es einigen hohe Profite durch den ideologischen Eigensinn anderer bringt und immer auf Kosten des Leids der Mehrheit. Im Namen der Jugend, die wir auf das Jahr 2000 vorbereiten sollen und die bedroht ist durch Arbeitslosigkeit, Drogen und andere Laster, bitten wir die Behörden – und verlangen sogar von ihnen –, daß sie diese Übel angehen und weitaus größere Anstrengungen unternehmen, um den Drogenhandel in unseren Ländern einzudämmen.«

Die Bischöfe forderten von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion keine Waffen mehr nach Mittelamerika zu schicken und sie baten um Vermittlung in der Krise in Panama. »Wir machen uns Sorgen um die negativen Konsequenzen, die die amerikanischen Wirtschaftssanktionen dem Volk von Panama bringen.« □

## USA

# 169 Milliarden Dollar als Bankenstützung

Einige Vertreter des amerikanischen Sparkassensektors sind der Meinung, daß die 145 Milliarden Dollar an Vermögenswerten aus insolventen Spareinlagen Ende 1987 auf etwa 295 Milliarden Dollar Ende 1988 ansteigen werden. Wie es in einem Artikel der »Washington Post« heißt, sucht die amerikanische Bundesversicherungsanstalt für den Schutz von Bankeinlegern (FDIC), die die Einleger bei den Handelsbanken des Landes versichert, derzeit nach Geboten von 33 Cents pro Dollar für die Vermögenswerte, die sie übernommen hat, als die Continental Illinois of Chicago im Jahre 1984 bankrott ging.

Damit tut sich ein interessantes Phänomen auf. Was passiert, wenn das amerikanische Bundesaufsichtsamt für Bausparkassen (FSLIC) nur 33 Cents pro Dollar für die Vermögenswerte der insolventen Spar- und Kreditanstalten bekommen kann? In diesem Fall würde es weitere 169 Milliarden Dollar aus dem Verkauf der Vermögenswerte bekommen – 18,8 Milliarden Dollar aufgrund der Kreditvergabe und etwa 9 Milliarden Dollar an Gebühren –, was eine Lücke von 169 Milliarden Dollar hinterläßt.

Angesichts dieser Tatsache wundert es kaum, daß der amerikanische Verband der Sparkasseninstitute, der größte Interessenverband der Spar- und Kreditvereinigungen, eine Politik betreibt, mit der befürwortet wird, daß die zwölf regionalen Federal Home Loan Bank Boards keine FSLIC-Garantien mehr auf Kredite von Spar- und Kreditvereinigungen akzeptieren, die in Schwierigkeiten sind. Die FSLIC steht finanziell so schlecht da, daß der Verband Sorge hat, daß die Wall Street angesichts der Tatsache, daß FSLIC-Garantien wertlos sind, höhere Zinsen für Kredite an gesunde Spar- und Kreditinstitute berechnen wird. □

## Iran

# Flugzeugentführer werden in Spezialcamps trainiert

Hunderte von schiitischen Flugzeugentführern und Terroristen werden in Spezialcamps im Iran trainiert. Eines dieser Camps liegt in Vakil-Abab, nicht weit entfernt von Mashad, der Stadt, wo die Entführer des Flugzeugs stoppten, um aufzutanken und Nachschub an Bord zu nehmen. In Vakil-Abab proben Terroristen die Erstürmung von Flugzeugen des Typs Boeing 707, 727 und 747.

Andere Camps liegen in Manzarieh, nördlich von Teheran und in Shahid Chamran, auf der Halbinsel Bushir. In einem Spezialcamp in Marudashi, in der Nähe der Ruinen des antiken Persepolis, führen Ausbilder aus Bulgarien und der DDR terroristische Trainingsprogramme durch. □

# Briefe

## Betr.: Deutschland »Nationalmasochismus der Deutschen«, Nr. 5/88

Im April 1945 kämpfte ich als Oberleutnant der 1. Skijägerdivision zuerst um die Ortschaft Kringelbeutel und zuletzt entlang der ehemaligen tschechischen Bunkerlinie bei Klebsch in erbitterten Abwehr- und Gegenangriffen um Troppau. Am 20. April sahen wir aus unseren Erdlöchern hinter uns in Troppau noch auf hohen Fahnenmasten zum letzten Mal die Hakenkreuzfahnen wehen. Wir lagen durch den ungeheueren Granathagel in der reinsten Knochenmühle.

Am 21. April, früh, begann der Russe mit schwersten Kalibern sein Feuer hinter unsere Linien zu verlegen. Wir freuten uns, trotz dünnster Besetzung unserer Stellung, auf die zu erwartende russische Infanterie, der wir uns kämpferisch weit überlegen wußten. Der Russe schoß nun Nebel, so daß wir jede Sicht verloren. Massive Kettengeräusche ließen uns das Durchrollen zahlreicher Panzer erkennen. Als sich der Nebel etwas lichtete, standen etwa 30 Meter von meiner Deckung drei T-43-Panzer und etwas links davon ein Stalin-Panzer mit seinem großen Geschütz auf unsere Stellung gerichtet.

Als ich mit einer Panzerfaust auf einen der T-43 zielte, hörte ich hinter mir ein Geschrei. Es stand ein Trupp Rotarmisten mit MP im Anschlag da, der scheinbar von durchfahrenden Panzern abgesetzt worden war und so unsere Stellung aufrollte. Jede Abwehrbewegung war sinnlos. So wurden wir in Gefangenschaft gebracht. Den Weg zu beschreiben wäre zu umfangreich. Nach unmenschlichen Leiden und einigen Zwischenstationen kam ich mit 1500 Gefangenen am 9. Mai 1945 nach Auschwitz – Hauptlager.

Wir waren die ersten deutschen Gefangenen, die in dieses Lager kamen.

Vom Haupteingang rechts war eine behelfsmäßige Abzäunung, hinter der sich noch sehr viele KZ-Insassen befanden. Da sich am Ende der Lagerstraße eine sichtlich von russischen Panzern gemachte Öffnung der dreifachen KZ-Umzäunung befand, bestätigte dies uns, daß wir die ersten Kriegsgefangenen hier waren.

Vom Russen wurden sofort unter verstärkter Bewachung Arbeitskommandos eingeteilt. Das Lager bestand aus 26 einstöckigen, gemauerten Kasernenblocks. Davon war ein Block wie ein Spital, mit allem erdenklichen medizinischen Zubehör (auch Röntgenstation), eingerichtet. Und ein Block als Gefängnis mit einem Galgen im Inneren (das konnte ich erst später sehen, als ich in diesen Block eingegliedert wurde). Die einzelnen Wohnblocks waren zu diesem Zeitpunkt noch ordentlich, ähnlich unseren deutschen Kasernen, eingerichtet.

Die Arbeitskommandos mußten nun aus den Wohnblocks sämtliche Gegenstände wie Spinde, Strohsäcke, Waschbecken, Wasserkrüge, Stühle, Hocker und Spiegel durch die Öffnung am Ende der Lagerstraße auf ein dort befindliches Feld tragen. Dabei fanden unsere Soldaten manche Wertgegenstände, wie Goldmünzen und anderes.

Nach der Räumung wurde die Lücke in der Umzäunung von dafür ausgesuchten und scheinbar technisch befähigten Gefangenen sachgemäß geschlossen und auch die Stromsicherung wieder eingeschaltet, die von einem eigenen, für das Lager vorgesehenen Relais, gespeist wurde.

Verpflegung gab es die ersten drei Tage überhaupt nicht. Erst dann wurde eine dünne Wassersuppe aus übelriechenden Rinderhufen ausgegeben, was zu umfangreichen Erkrankungen und vermehrten Todesfällen führte. In den einzelnen Blocks waren ordentliche Keller, die von der deutschen KZ-Leitung voll mit Trockengemüse, getrockneten Rübenschnitzeln, alles in luftigen Papiersäcken und sauber, gefüllt waren. Zuerst bemerkte es der Russe nicht, so daß die Landser einfallsreich; mit selbst gebastelten elektrischen Kochvorrichtungen die fast nicht vorhandene Verpflegung etwas aufbessern konnten. Als der Russe dies merkte, wurden sämtliche Keller-Vorräte entfernt.

Wir mußten nun auch namentlich erfaßt werden. Da die Russen scheinbar über kein Schreibpapier verfügten, nahmen sie aus dem Bürotrakt der ehemaligen Lagerleitung noch unbeschriebene Bücher, die für das an das Lager anschließende Krematorium bevorratet waren (Ofen-Bücher). Trotz unserer trostlosen Situation wurde bei uns mit Galgenhumor über unsere Eintragung in diese Bücher gelacht.

Die noch in einem Teil des Lagers festgehaltenen KZler beschimpften uns dauernd, sobald man in die Nähe der Abzäunung kam, auch mit der Drohung »eure Wächter sollten wir sein«. Um so größer war unsere Schadenfreude, wenn abends betrunkene russische Offiziersgruppen aus dem Lager Frauen und Mädchen herausholten, um ihre andauernden Siegesfeiern richtig begehen zu können.

Ich machte niemals ein Geheimnis aus meiner festen Haltung als deutscher Offizier und wurde daher öfters zu russischen Polit-Offizieren unter lächerlichen Vorwänden, wie zum Beispiel wo wir unsere Fahne versteckt haben, zum Verhör und Gespräch geholt.

Das damals schon das Gerücht von sechs Millionen vergasten Juden verbreitet wurde, und mir kein Objekt im Bereiche dieses großen Lagers für eine derartige Masseneinrichtung geeignet erschien, fragte ich im Gespräch einen Polit-Offizier, wo eigentlich diese Gas-Kammern seien. Er deutete auf eine Baracke, die nahe dem Verwaltungsgebäude stand.

Als ich mir die Baracke später ansah, merkte ich sofort die Unmöglichkeit. Dort war nur ein normaler Duschraum mit einfachen, unvergitterten Fenstern, ebenerdig, und da er so nahe dem Verwaltungsgebäude war, wäre das eine Gefährdung für die dort Anwesenden gewesen. Ich hatte während des Krieges an der Gas-Schutzschule Bromberg einen sehr aufschlußreichen Gasschutz-Lehrgang absolviert und konnte sofort die Unmöglichkeit dieser Behauptung feststellen, da die Wachmannschaft mehr als nur gefährdet gewesen wäre.

Kommandos aus dem Lager wurden täglich zur Demontage des Leuna-Werkes, das sich in der Nähe über eine Länge von mehreren Kilometern erstreckte, abgeführt. Dieses Werk wurde hauptsächlich mit Hilfe von KZ-Häftlingen betrieben. Da die Russen, wenn sich Gefangene während der Demontage-Arbeiten unbemerkt auf die Flucht begaben, ihre Mannschaftszahl aber wieder komplett ins Lager zurückführen mußten, einfach unterwegs befindliche Passanten (Polen) in die Einteilung zwangen, befanden sich auch Ortseinwohner unter uns.

Von diesen erfuhr ich, daß bei Vollbesetzung der Lager ca. 200 000 bis 300 000 KZler sich dort und im Umkreis befunden hätten. Nach meiner Überlegung dürfte die Sterblichkeit unter diesen Arbeitern wegen der ungewöhnlich schweren Arbeit, der Umstände und auch der psychischen Belastung, viel höher, als unter normalen Umständen gewesen sein. Sind doch auch in unserem Hauptlager täglich 20 bis 30 Kriegsgefangene gestorben, wie ich jeweils in der Früh beim Abtransport beim Haupttor beobachten konnte. Dabei waren das kriegsgewohnte Soldaten, denen mehr Durchhaltekraft zuzumuten war.

Anfang Juli kam ich in einen Gefangenentransport für Rußland zusammen mit 100 Mann in einem Pullman-Waggon. Wir mußten 8 Tage im Waggon auf eine Lok warten. Mit Offizierskameraden machten wir einen Fluchtplan. Der Stacheldraht bei einer Waggon-Luke wurde gelockert. Als die Fahrt eines Nachts losging, entstand im Waggon ein Kampf gegen uns Flüchtende aus Angst vor Repressalien der Russen.

Mir gelang der Absprung, einem zweiten, mir unbekannten Leutnant Brunner, ebenfalls. Es war allerdings ein frontunerfahrener, ängstlicher Typ. Vor jedem Strohmann auf den Feldern sah er einen Miliz-Soldaten und lag in Deckung. Am dritten Tag der Flucht, nahe Bieliz, also dem deutschen Gebiet, lagen wir in einem hohen Kleefeld nahe einem polnischen Gehöft. Als das damals tägliche Gewitter mit Wolkenbruch ausbrach, hielt es mein Kamerad nicht mehr aus und ging in das Gehöft. Allein wollte ich ihn nicht lassen, so ging auch ich.

Alte Leute bekreuzigten sich, als sie uns sahen. Wir bekamen ein Stück Brot und Milch. Ich fragte, wo die Miliz sich befindet. Sie deuteten Richtung Kirche. Als ich sah, daß Kinder diese Richtung liefen, brach ich jäh auf. Mein Kamerad folgte widerwillig. Wir liefen einen Feldweg lang – alles flache Felder. Nun krochen wir in ein hochstehendes Getreidefeld, stellten das Getreide hinter uns wieder auf und lagen still. Kurz darauf kamen ca. 30 Miliz-Leute mit Gewehren und Pistolen bewaffnet. Sie waren eigentlich schon an uns vorbei, als einer in das Feld ging und rückblickend uns bemerkte. Sie brachten uns auf das Kommando.

Der Kommandant war vom »London-Komitee«, also westlich orientiert. Sie behandelten uns anständig. Nächsten Tag wurden wir nach Bieliz auf eine höhere polnische Militärdienststelle gebracht. Als man mich ausfragte und feststellte, daß meine Spezialausbildung für sie interessant sei, ich katholisch bin und aus Wien stamme, was Leutnant Brunner plötzlich auch behauptete, wollte man uns in ein polnisches Militärlager zur polnischen Armee anwerben.

Wir sollten uns bemühen, dort schnell polnisch zu lernen, so daß der Russe nicht merkt, daß wir Deutsche sind. In einem Pferdewagen versteckt, wurden wir also dahin, nur unter Bewachung des Fahrers abtransportiert. Der Fahrer verirrte sich, und es wurde Nacht. Als eine russische Militärstreife trotz Gegenwehr des polnischen Fahrers den Wagen anhielt, waren wir verloren und kamen nach irrsinnigen Qualen wieder nach Auschwitz – in den Gefangenenblock.

So blieb ich bis Oktober 1945 in Auschwitz und wurde mit dem letzten »Todestransport« (SS, politische Funktionäre, Kreisleiter) nach Rußland transportiert.

Die Fahrt dauerte ungefähr 4 Wochen. Wir standen oft mehrere Tage ohne Lokomotive auf der Strecke. Der Kommandant des Transportes, ein russischer Leutnant, verkaufte die für den Transport vorgesehene Verpflegung an die Zivilbevölkerung. Ein Fluchtversuch mehrerer Offiziere wurde entdeckt. Sie wurden kurzerhand erschossen. Wir führten einen eigenen Waggon mit am Transport Verstorbenen mit.

In Minsk, es war bereits Oktober und sehr kalt, wir mußten neben einem Verschubgleis unsere Toten eingraben. Dann wurde eine sogenannte Entlausung durchgeführt, das heißt, wir mußten uns im Freien nackt ausziehen, sämtliche Garderobe abgeben, in eine mit einer Lokomotive betriebene Entlausungsstation. Nach einer Stunde Wartezeit in grausiger Kälte wurden unsere Kleidungsstücke einfach wahllos aus dem Waggon herausgeworfen, so daß jeder trachten mußte, überhaupt etwas auf den Leib zu bekommen.

Der Transport ging weiter nach Wolotschek, etwas nördlich von Kalinin. Bei der Ausladung konnten viele, besonders Ältere nicht mehr gehen. Sie wurden auf der Straße mit Gewehrkolben niedergeschlagen. Nach einigen Kilometern Fußweg wurde der Transport von einem russischen Major namens Tederlein, der im Ersten Weltkrieg in Österreich in Gefangenschaft war, übernommen.

Heinz Mazakarini, Wien